

Zum erstenmal seit zwei Jahrhunderten besaß die Welt in den neunziger Jahren kein internationales System und keine Struktur. ... Was immer die Zukunft bringen mochte: Die Tatsache, daß alle alten Akteure des Weltdramas außer einem einzigen verschwunden oder transformiert worden waren, bedeutete, daß ein dritter Weltkrieg der alten Art zu den am wenigsten wahrscheinlichen Aussichten gehörte. Aber das bedeutet ganz und gar nicht, daß auch das Zeitalter der Kriege zu Ende gegangen sei. ... In den Jahren nach 1989 fanden mehr militärische Operationen in mehr Gebieten von Europa, Asien und Afrika statt als irgend jemand erinnern konnte, wenngleich nicht alle von ihnen auch offiziell als Kriege eingestuft wurden. ... Kurzum, die weltweite Kriegsgefahr war nicht gebannt. Sie hatte sich einfach nur verändert.

Zweifellos konnten sich die Bürger von stabilen, starken und privilegierten Staaten ... immun gegenüber den Unruheherden und Blutbadzonen fühlen, die es nun in den unglücklichen Gebieten der Dritten Welt und der ehemals sozialistischen Welt gab. Nur, falls sie tatsächlich so empfanden, irrten sie. ... Kurzum, das Jahrhundert endete mit weltweiten Unruhen, deren Beschaffenheit unklar war, und verfügte über keinerlei Mechanismen, um sie zu beenden oder unter Kontrolle halten zu können."

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München-Wien 1995, S. 668-693.



Nr. 38, Juni 1999

Höhme - **Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 1998/99**

Deutsche Normalität

Reusch - **Berliner Republik**

Heuer - **Deutschland führt wieder Krieg**

Pax Americana

Gowan - **Die NATO-Mächte und die Balkan-Tragödie**

Arbeit und Politik II

Braun - **Utopie jenseits der Arbeit?**/Siekmeier,

Werner - **Dienstleistungsgewerkschaft**

Wompel - **Lean Production**/Graf - **Krise der Erwerbsarbeit**

Und: Nyikos - **Utopie der kapitalistischen Gesellschaft**/Förster - **Feuerbachthesen**

Neubert - **Theorie und Politik**/Hahn - **Kritik der Postmoderne**/Peters - **50 Jahre Volksrepublik China**

Sowie: **Berichte, Rezensionen**

Georg Fülberth

Berlin - Bonn - Berlin

Deutsche Geschichte seit 1945

Gebunden, 315 S.; DM 36,-; ISBN 3-89438-168-X

Georg Fülberth legt ein Handbuch vor, in dem die grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Prozesse in beiden deutschen Staaten sowie im vereinigten Deutschland prägnant herausgearbeitet werden.

Georg Fülberth



**Berlin - Bonn
BERLIN**



Johannes Klotz (Hg.)

Schlimmer als die Nazis?

Das „Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus
Broschur; 207 S.; DM 26,-; ISBN 3-89438-169-8

Kommunismus und Sozialismus seien schlimmer als der Faschismus. Mit dieser Aussage überholt das „Schwarzbuch des Kommunismus“ die früher übliche Gleichsetzung von „rot“ und „braun“. Die Autoren prüfen, wie sich diese Formel mit den historischen Tatsachen verträgt, was sie

bezweckt und warum sie gerade jetzt in Umlauf gebracht wird.

Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.)

Geistige Brandstiftung?

Die Walsers-Bubis-Debatte

Broschur; 144 S.; DM 18,-; ISBN 3-89438-179-5

Die Autoren erörtern die Rede Walsers, die maßgeblichen Beiträge zur Debatte, das befremdliche Schweigen der Politik, vor allem der „neuen Mitte“, die Reaktionen der extremen Rechten sowie die Folgen für den weiteren Umgang mit der faschistischen Vergangenheit und dem deutschen Völkermord an den europäischen Juden.

Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.)

**Geistige
Brandstiftung?**



Papyrossa

Papyrossa Verlag

Petersbergstr.4 - 50939 Köln
Tel. 0221/44 85 45 - Fax 44 43 05
www.papyrossa.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
10. Jahrgang
Heft 38 (Juni 1999)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heining
Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz,
Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

- 7 *Hans-Joachim Höhme*
Abschwächung der Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 1998/99
-

Deutsche Normalität

- 23 *Jürgen Reusch*
Die Banalität des „Normalen“
Kritische Anmerkungen zur Diskussion um die Berliner Republik
- 38 *Uwe-Jens Heuer*
Deutschland führt wieder Krieg
-

Pax Americana

- 53 *Peter Gowan*
Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie
-

Arbeit und Politik II

- 88 *Anneliese Braun*
Konkrete Utopie jenseits der Arbeit?
- 101 *Friedrich Siekmeier/Harald Werner*
Ver.di als Chiffre eines gewerkschaftlichen Risorgimento?
Beginn einer Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft
- 113 *Mag Wompe*
Lean Production und Gruppenarbeit
Über späte und doch unzureichende Einsichten
- 127 *Ralph Graf*
Die Normalisierung der Krise der Erwerbsarbeit
-

Inhalt

- 139 *Emmerich Nyikos*
Die Utopie der kapitalistischen Gesellschaft
- 146 *Wolfgang Förster*
Zur Aktualität von Marx' „Thesen über Feuerbach“
- 160 *Harald Neubert*
Kann es bzw. muß es ein funktionelles Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Politik geben?
- 175 *Erich Hahn*
Zur Kritik der Postmoderne
- 190 *Helmut Peters*
50 Jahre Volksrepublik China
Historische Bedingungen und aktuelle Herausforderungen
-

Berichte

- 197 *Rainer Beeh*
SPD - Abschied vom historischen Weg
Tagung in Kassel, 16. - 18. April 1999
- 200 *André Leisewitz*
Positionen der gewerkschaftlichen Linken
Tagung in Oberursel/Frankfurt a.M., 17./18. April 1999
- 202 *Marvin Chlada/Wolfgang Haible*
Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert
Symposium in Elgersburg (Thüringen) vom 18. - 21. März. 1999
-

206 **Buchbesprechungen**

- US-amerikanische Außenpolitik (Harald Neubert)
Reaktionäre Geschichtspolitik (Gerd Wiegel)
Europäische Beschäftigungspolitik I (Ingo Schmidt)
Europäische Beschäftigungspolitik II (Margit Schratzenstaller)
Grüne europäische Beschäftigungspolitik (Margit Schratzenstaller)
Ein Jahrbuch mit Verbesserungsmöglichkeiten (Jörg Goldberg)
Soziale Bewegungen in Lateinamerika (Peter Hiedl)
Erschöpfung des Neoliberalismus? (Fritz Fiehler)
Mehr als Reklame. Plakate der internationalen Arbeiterbewegung (Reiner Diederich)
Erinnerungen an heiße und kalte Kriegstage (Heinz Schäfer)

4	Impressum
21	Vorschau
238	Autorinnen und Autoren

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. Der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt DM 60,- Bei Bezug aus dem Ausland DM 70,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. 4. 1999

Editorial

Die zivile Ausprägung der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft stellt sich seit dem 24. März 1999 als ein bloßes Durchgangsstadium dar. Zur *deutschen Normalität* gehört es wieder, daß Deutschland Krieg führt. Der Schwerpunkt dieses Heftes ist dieser „deutschen Normalität“ gewidmet und der Frage nach den Ursachen der NATO-Aggression gegen Jugoslawien.

Vor Jahrzehnten hatte Franz-Josef Strauß das Wort vom „wirtschaftlichen Riesen und politischen Zwerg“ geprägt. Die deutsche Geschichte hing der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs wie ein Bleigewicht am Fuß: die von den europäischen Nachbarn so schnell nicht vergessene faschistische Barbarei, der von Deutschland entfesselte zweite Weltkrieg, der Holocaust. Noch beim beherzten Zugriff der Bundesrepublik auf die DDR 1989/90 - und damit der Herstellung eines Stücks „deutscher Normalität“, nämlich der nationalen Einheit - hatte sie es mit europäischen Nachbarn zu tun, die im Grunde eine deutsche Zweistaatlichkeit lieber sahen als die „Wiedervereinigung“. Dank den Amerikanern (und dank Gorbatschow) konnte dieser zögerliche Widerstand in Paris und London rasch überwunden werden. Damit waren die Herrschenden ihrem Ziel, im Globalisierungsgeschehen wieder „normal“ agieren zu können, die politische Statur mit der wirtschaftlichen Stärke in Übereinstimmung zu bringen und dort Gleicher unter Gleichen zu sein, wo die Rangfolge nur nach der Stärke bestimmt wird, ein wesentliches Stück näher gekommen. Die neunziger Jahre waren vom Bemühen um eine solche „Normalität“ geprägt: Ausweitung des Machteinflusses im Rahmen einer neuen Mittel- und Osteuropa-Politik (wozu der Aufbau einer deutschen Einflußzone auf dem Balkan mit der Herauslösung Kroatiens aus dem jugoslawischen Staatsverband gehörte), Ausweitung des Machteinflusses im Rahmen der europäischen Union, Neubestimmung des Auftrags der Bundeswehr und schrittweiser Übergang zum Einsatz deutschen Militärs im Ausland.

Am Ausgang der neunziger Jahre, beim symbolträchtigen Umzug des Bonner Parlaments in den modernisierten Reichstag, gehört Deutschland wieder zu den kriegführenden Mächten. Aber diese deutsche Normalität ist nur zu haben um den Preis einer subalternen Unterordnung im Rahmen der NATO, einer Unterordnung unter die Pax Americana, die besonders beflissen von der um den Nachweis ihres „standings“ und ihrer Bündnistreue bemühten „rotgrünen“ Koalition - Joschka Fischer als Schoßhund Madeleine Albright - demonstriert wurde. Beileibe kein deutscher Sonderweg. Denn der hätte in der Einhaltung des Völkerrechts und im Verzicht auf Teilnahme an der NATO-Aggression bestanden.

Der Übergang Deutschlands zum Status einer normalen kriegführenden Großmacht ist ohne innere ideologische Konvulsionen undenkbar. Seit dem Historikerstreit dreht sich die Auseinandersetzung um die Revision des Geschichtsbildes und die schrittweise Aufkündigung von Essentials des Nachkriegskonsenses. Dazu gehörte auch die Akzeptanz einer besonderen Verantwortung Deutschlands auf Grund seiner Geschichte bis hin zu der noch im 2 + 4-Vertrag ausdrücklich festgehaltenen Verpflichtung, von deutschem Boden dürfe kein Krieg ausgehen. Jürgen Reusch zeigt, daß die von der FAZ gesteuerte Diskussion um Martin Walser zu dieser „Normalisierung“ gehört. Der Kern dieser Diskussion ist das Dementi des Brechtschen Satzes „Der Schoß ist fruchtbar noch“. Der kühne Blick in die Zukunft der Berliner Republik schließt eine Relativierung der faschistischen Vergangenheit Deutschlands ein. Das Vergangene war schrecklich, aber es ist vergangen, und Deutschland hat ein Recht darauf, als „normaler“ Staat damit nun nicht mehr belästigt zu werden. Daß die Politik der Bundesrepublik damit auch gleich Ernst gemacht hat, zeigt der Beitrag von Uwe-Jens Heuer. Der mit deutscher Beteiligung geführte Krieg gegen Jugoslawien bedeutet die offene Aufhebung des antifaschistischen Völkerrechts, wie es nach 1945 definiert wurde. Die Berliner Republik ist, so zeigt Heuer, integriert in eine Strategie, die ein neues Zivilisationsmodell anstrebt. Sein Kern ist die rechtsfreie Hegemonie des Imperialismus, heute in der Form der Pax Americana, exekutiert von der NATO. Es ist das militärische Gegenstück zur neoliberalen Globalisierung.

Der Krieg gegen Jugoslawien wird mit der Notwendigkeit einer gewaltsamen Implementierung der Menschenrechte begründet; dies legitimiere den Bruch des Völkerrechts und den Übergang zum Faustrecht - eine Position, der sich auch Jürgen Habermas mit einigem Wenn und Aber angeschlossen hat. Wer so argumentiert, muß nicht nur die Schrecken der inneren Auseinandersetzung in Jugoslawien und der nationalistischen Mobilisierung der Völker Jugoslawiens gegeneinander zu einem neuen Faschismus stilisieren (Milosevic als Hitler unserer Tage), er darf auch nicht die Frage nach der Geschichte des zum Krieg eskalierten Konflikts in und um Jugoslawien stellen und schon gar nicht die nach den Interessen der intervenierenden Großmächte. Denn hier zeigt sich, wie Peter Gowan in einer subtilen Analyse der Hintergründe der jugoslawischen Tragödie berichtet, daß die heute im Namen des Völkerrechts in Jugoslawien bombadierenden Mächte zugleich jene sind, die durch ihre ökonomische und politische Intervention auf dem Balkan das Land destabilisiert und die Bedingungen geschaffen haben, die zur Eskalation des Nationalismus, zu Massenvertreibungen und eskalierendem Bürgerkrieg geführt haben. Hier liegen die Wurzeln heutiger imperialistischer Aggression.

Wir setzen den in Z 37 begonnen Schwerpunkt „Arbeit und Politik“ in diesem Heft fort. Im Mittelpunkt des nächsten Heftes werden Beiträge zum Konzernumbau und zu den internationalen Konzernfusionen stehen.

Hans-Joachim Höhme

Abschwächung der Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 1998/99

Die Entwicklung seit dem letzten Konjunkturbericht zeigt, daß die direkten und indirekten Wirkungen der internationalen Finanzkrise zwar nicht zu einer umfassenden Weltwirtschaftskrise geführt haben, daß sie aber die Weltkonjunktur und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen doch gravierender belasten, als es von der Mehrzahl der maßgeblichen Ökonomen und Politiker ursprünglich prognostiziert worden war.¹

1. Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Das aktuelle Gesamtbild der Weltwirtschaft wird vor allem durch zwei Tatsachen bestimmt:

- Die globale Finanzkrise ist noch nicht überwunden. Schien es zunächst noch so, als könne bei der Währungskrise Brasiliens, die sich im vergangenen Jahr bereits anbahnte, ein freier Fall der Landeswährung verhindert werden, so war dies eine kurzzeitige Hoffnung. Nachdem ein großer Teil der Devisenreserven des Landes geopfert worden waren, um die Bindung des Real an den US-Dollar zu erhalten, mußten Mitte Januar dieses Jahres auch der von der USA-Regierung unterstützte Internationale Währungsfond (IWF) und die brasilianische Regierung den Real zum Fall freigeben. Wenn auch die dadurch international ausgelösten Börsen- und Währungsturbulenzen nicht die Ausmaße der beiden vorangegangenen Stufen der Finanzkrise erreichten, so sind doch die Wirkungen dieser Währungskrise auf die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brasiliens und ganz Lateinamerikas noch nicht abzusehen.

- Gegenüber der vorjährigen Einschätzung bietet die Weltwirtschaft insgesamt ein wesentlich ungünstigeres Datenbild. Die Wachstumsrate des Weltsozialprodukts halbierte sich 1998 gegenüber dem Vorjahr, das war der niedrigste Zuwachs seit dem Krisenjahr 1991. Die Zuwachsraten des während der 90er Jahre besonders stark expandierten Welthandelsvolumens sank um beinahe zwei Drittel auf 3,7 Prozent.

In Ostasien sind die schweren Wirtschaftskrisen, in die die 1997 unmittelbar von der globalen Finanzkrise erfaßten Schwellenländer, vor allem Indonesien, Thailand, Südkorea und Malaysia, nach den zum Teil dramatischen Abwertungen ihrer Währungen gerieten, bei weitem noch nicht überwunden.

¹ Vgl. hierzu: H. Höhme, Asienkrise und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, in: Z 34 (Juni 1998), S. 8 ff. sowie zur Einschätzung der Finanzkrise auch: H. Höhme, Eine Krise der neoliberalen Globalisierung, in: Z 36 (Dezember 1998), S. 12 ff.

Tabelle 1: Wachstum der Weltwirtschaft 1994 - 1998 in Prozent

	1994	1995	1996	1997	1998
Weltwirtschaft insgesamt	3,9	3,7	4,2	4,1	2,0
Entwickelte kapitalistische Länder	3,2	2,5	3,0	3,1	2,0
EU	2,9	2,4	1,7	2,7	2,0
USA	3,5	2,3	3,4	3,9	3,5
Japan	0,6	1,5	3,9	0,8	- 3,0
Übergangswirtschaften ¹	- 7,1	- 1,5	- 1,0	2,0	- 0,2
Rußland	-11,6	- 4,8	- 5,0	0,9	- 6,0
Entwicklungsländer ²	6,7	6,1	6,6	5,8	2,3
China	12,6	10,5	9,6	8,8	5,5
Indonesien	7,5	8,2	8,0	4,6	-15,0
Südkorea	8,6	8,9	7,1	5,5	- 7,0
Brasilien	5,9	4,2	2,8	3,2	1,5
Welthandel	9,3	9,5	6,8	9,7	3,7

Berechnet nach: IMF, World Economic Outlook, Oktober 1998; OECD, Main Economic Indicators, lfd. Für 1998 zum Teil Schätzungen auf der Grundlage dieser Quellen.

¹ Ehemals sozialistische Staaten Europas und früher zur UdSSR gehörende asiatische Staaten.

² Einschließlich China und Vietnam.

Besonders gravierend wirkten sich - neben den auf Weisung des IWF durchgeführten restriktiven Maßnahmen - die infolge der Währungsabwertungen eingetretenen enormen Preiserhöhungen für Importwaren auf die konjunkturelle und soziale Situation in diesen Staaten aus. Sie reduzierten über rückläufige Investitionen, sinkende Realeinkommen der privaten Haushalte und wachsende Arbeitslosigkeit die Binnennachfrage. So stellt die ILO in einem am Jahresbeginn veröffentlichten Bericht fest, daß die Arbeitslosigkeit in ganz Asien unabhängig vom wirtschaftlichen Entwicklungsniveau steil ansteigt und die Asienkrise die dort in Jahrzehnten zuvor erzielten Fortschritte im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit weitgehend zunichte gemacht hat.² Die Reallohne sind dadurch zum Beispiel in Indonesien um 30 Prozent, in Thailand um 8 und in Südkorea um 5 bis 10 Prozent gefallen. Die Armutsgrenze wurde Ende 1998 in Südkorea von 12 Prozent und in Thailand von 28 Prozent der Bevölkerung unterschritten.

² Berliner Zeitung, 13.1.1999.

Die betroffenen Länder versuchen, dieser Wirtschaftskrise vor allem über eine Forcierung der Exporte und eine Rückführung der Importe zu begegnen. Ihre Exportoffensive wird allerdings innerhalb der Region dadurch erschwert, daß sich auch Japan als größte Volkswirtschaft Asiens in einer anhaltenden Rezession befindet und weniger als Abnehmer von Gütern und Dienstleistungen denn als Konkurrent auf dem asiatischen Markt fungiert. Sowohl Japan als auch die anderen asiatischen Volkswirtschaften haben deshalb ihre auf beträchtliche abwertungsbedingte Preisvorteile gestützte Exportoffensive mit Erfolg in andere Teile der Weltwirtschaft getragen. Dies ist einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß die Auswirkungen der Asienkrise auf die Weltkonjunktur, nicht zuletzt auf die besonders exportlastige deutsche Wirtschaftsstruktur, erheblich stärker durchgeschlagen haben als von den meisten Experten angenommen wurde.

In den asiatischen Tigerstaaten haben sich zwar die Währungen von ihren Tiefständen inzwischen wieder erholt. Sie werden aber noch geraume Zeit zur Überwindung ihrer Wirtschaftskrisen brauchen. So erwartet der für den asiatischen Raum zuständige IWF-Direktor Neiss³ erst für das Jahr 2001 dort wieder ein durchgängiges Wirtschaftswachstum, und dann auch nur um 1 bis 2 Prozent. An die hohen Zuwachsraten der Jahre vor der Krise würden diese Volkswirtschaften auch danach nicht anschließen können.

Die Aussichten für das laufende Jahr sind auch für die anderen Teile Ostasiens ungünstig. Ein überdurchschnittliches, wenn auch gegenüber den Vorjahren erheblich abgeschwächtes Wachstumstempo haben derzeit nur China und Taiwan zu verzeichnen. In China, das bis 1996 über einen Zeitraum von 5 Jahren hinweg jährliche Zuwachsraten von 10 Prozent oder mehr erzielt hatte, nahm das Sozialprodukt in vorigen Jahr noch um 5,5 Prozent zu. Das Land hat damit die asiatische Finanzkrise erheblich besser überstanden als die anderen wichtigen Staaten der Region. Als ein Signal für dennoch bestehende Schwierigkeiten muß es allerdings bewertet werden, daß der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji vor dem Volkskongreß erstmals einräumte, "die weitreichenden Wirkungen der asiatischen Finanzkrise waren für China viel schlimmer als erwartet"⁴. Weitere Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten können die chinesische Währung und Wirtschaft durchaus härter treffen. Abzuwarten bleibt auch, wie das Land die sozialen und ökonomischen Probleme bewältigen kann, die aus den beabsichtigten Reformen erwachsen werden, die den Abbau nicht genügend profitabler Staatsbetriebe in beschäftigungsintensiven Zweigen wie Bergbau, Stahl und Textil einschließen.

Die Entwicklung im asiatischen Raum wie auch in der gesamten Weltwirtschaft wird zudem wesentlich vom weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise in Japan beeinflusst. Im vergangenen Jahr erlebte die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts um gut 3 Prozent

³ Berliner Zeitung, 7.4.1999.

⁴ Die Zeit, 11.3.1999.

und der Industrieproduktion um reichlich 6 Prozent den tiefsten Einbruch der Nachkriegszeit. Dabei sanken auch die Warenpreise, die Vermögenswerte und die Einkommen der Beschäftigten deflationär. Zugleich hat die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen und einen für japanische Verhältnisse außerordentlich hohen Stand erreicht.

Eine anhaltende expansive Geldpolitik, die den Diskontsatz seit über drei Jahren auf dem Niedrigrekordsatz von 0,5 Prozent gehalten hat, vermochte daran ebenso wenig etwas zu ändern wie eine Reihe von Konjunkturprogrammen. In diesem Jahr wurde ein neues Programm aufgelegt, das neben zusätzlichen staatlichen Ausgaben vor allem Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors und der Kreditvergabe sowie Steuererleichterungen umfaßt. Das hat zwar dazu beigetragen, die weit abgesunkenen japanischen Aktienkurse zu stimulieren und das Stimmungsbarometer etwas weniger pessimistisch werden zu lassen. Selbst Regierungspolitiker sprechen aber bisher lediglich davon, daß Japan die schlimmste Phase der Krise hinter sich habe. Auch in diesem Jahr ist deshalb noch nicht wieder mit einem nennenswerten Wachstum, sondern allenfalls mit einer Stagnation der japanischen Wirtschaft zu rechnen.

Rußland befindet sich nach wie vor in der tiefen akuten Wirtschaftskrise, in die das Land infolge seiner Währungskrise im August/September 1998 gestürzt war. Der Rubel mußte seinerzeit freigegeben werden und erfuhr eine dramatische Abwertung. Bekam man Anfang August 1998 einen US-Dollar noch für 6 Rubel, so muß man jetzt rund 23 Rubel bezahlen. Die damit verbundene schlagartige Erhöhung der Importpreise ließ die Verbraucherpreise nach oben schnellen, zumal Rußland indessen etwa die Hälfte seiner Nahrungsmittel importierte. Die Inflationsrate stieg bis zum Ende des vergangenen Jahres auf 84 Prozent. Crashartig wurden damit aber auch die Realeinkommen der Bevölkerung reduziert, die im September 1998 um etwa ein Drittel niedriger waren als im Monat zuvor. Am Jahresende 1998 lebte nach amtlichen Schätzungen fast ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Zugleich ging die Wirtschaftsleistung des Landes soweit zurück, daß sie für das gesamte Jahr 1998 um rund 6 Prozent unter der des Vorjahres lag.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß es einerseits der jetzigen russischen Regierung gelungen ist, die reale Gefahr einer Verschärfung der ökonomischen Krise bis zur Hungersnot und sozialen Katastrophe zunächst einmal zu bannen und auch dem weiteren Verfall der Staatsautorität entgegenzuwirken. Andererseits aber sind die meisten der Probleme des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft ebenso ungelöst wie die durch das Übergreifen der globalen Finanzkrise auf Rußland neu hinzugekommenen Schwierigkeiten. Im Verlaufe dieses Jahres könnte bestenfalls der Tiefpunkt der akuten, durch den Währungscrash induzierten Wirtschaftskrise erreicht werden. Damit wären aber die Voraussetzungen für eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung noch keineswegs gegeben.

Das Inflationstempo wird auch 1999 hoch bleiben, die Kaufkraft der Bevölkerung bleibt auf niedrigem Niveau oder wird sogar weiter sinken und die schon

im Vorjahr deutlich gestiegenen Arbeitslosenzahlen werden noch zunehmen. Ausländische Investitionen in der produktiven Sphäre werden angesichts der unsicheren ökonomischen und politischen Verhältnisse zunächst weitgehend ausbleiben. Einer stimulierenden Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft sind durch die katastrophale Haushaltssituation sehr enge Grenzen gesetzt. Gleichzeitig lasten enorme Schuldenverpflichtungen gegenüber dem Ausland, die nach der Rubelabwertung 1998 ausgesetzt worden waren, auf der Wirtschaft des Landes. So müßte die Regierung in diesem Jahr 17 Milliarden und der private Sektor etwa 16 Milliarden Dollar Tilgungen und Zinsen an das Ausland zahlen. Damit würde der Schuldendienst 1999 allein etwa 15 Prozent des erwarteten russischen Bruttoinlandsprodukts (in Dollar gerechnet) aufzehren.

Rußland ist also auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen. Die Bedingungen, die der IWF für weitere Kredite stellt, werden jedoch zusätzlich restriktiv auf die russische Konjunktur wirken. So fordert der IWF einen Haushaltsüberschuß in Höhe von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der für 1999 beschlossene Etat sieht jedoch nur einen Überschuß von 1,7 Prozent des BIP vor. Selbst das ist aber völlig illusorisch, denn bei der Etatplanung wurde von einer Inflationsrate von 30 Prozent und von einer im 2. Halbjahr wieder wachsenden Wirtschaft ausgegangen, während Experten indessen mit einer Inflationsrate von über 100 Prozent und einer erneuten Schrumpfung des BIP um 5 bis 6 Prozent rechnen.

Aufgrund der zum Teil noch engen Handelsverflechtungen drohen auch andere GUS-Länder, wie die Ukraine und Weißrußland, stärker mit in den Sog der Krise in Rußland zu geraten. Die anderen mittel- und osteuropäischen Übergangsländer konnten sich bislang weitgehend von der Talfahrt der russischen Wirtschaft abkoppeln. Ihre Wachstumsabschwächungen waren nur gering.

Die wirtschaftliche Lage in **Lateinamerika** war schon vor der jüngsten Zuspitzung der Währungskrise Brasiliens labil. Einige Länder hatten versucht, ihr Wachstumspotential durch ausländisches Finanzkapital mit einem zunehmenden Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten zu vergrößern. Die Währungskrisen in Ostasien und in Rußland veranlaßten jedoch internationale Anleger, ihr Geldkapital auch aus Lateinamerika abzuziehen. Dadurch gerieten die Währungen einiger Staaten - insbesondere der brasilianische Real - bereits während des vergangenen Jahres unter Druck. Durch den Einsatz von Devisenreserven, drastische Zinserhöhungen und eine restriktive Finanzpolitik wurde der Druck auf die Währungen zunächst abgewehrt. Diese Maßnahmen trugen aber wesentlich zur Abschwächung der Konjunktur in den betroffenen Ländern bei.

Im Januar dieses Jahres wurde in Brasilien bei einer weiteren Welle der Kapitalflucht der Druck auf die Landeswährung so stark, daß die Dollarbindung des Real schließlich aufgehoben werden mußte und dieser in den freien Fall geriet. Die Währungsabwertung verschärfte akut die Schuldendienstprobleme des im Ausland hoch in der Kreide stehenden Landes. Zugleich kam es ähnlich

wie zuvor in den asiatischen Krisenländern infolge der Abwertung zu Konkurrenz und Massenentlassungen, importbedingten Preissteigerungen, sinkenden Einkommen und einer rückläufigen Binnennachfrage. Bisherige Schätzungen gehen für dieses Jahr von einem Rückgang des BIP um 3 bis 5 Prozent aus.

Diese akute Wirtschaftskrise der größten lateinamerikanischen Volkswirtschaft führt auch für die anderen Staaten der Region, in erster Linie für Argentinien, zu prekären Konjunkturaussichten. Schon 1998 hatte sich das Wachstum Lateinamerikas insgesamt deutlich verlangsamt; die Exporte waren erstmals seit 12 Jahren gesunken und das Handelsbilanzdefizit hatte zugenommen, während die Haushaltsdefizite sich fast verdoppelten.

Wichtigste Konjunkturstütze der Weltwirtschaft sind derzeit die USA. Nachdem sich dort im Verlauf des vergangenen Jahres zunächst ein schwächeres Wachstumstempo abzeichnete, gab es im letzten Quartal 1998 noch einmal einen boomartigen Konjunkturschub. Träger des Aufschwungs sind insbesondere kräftige Zuwächse des privaten Verbrauchs und der Bautätigkeit, während es in den anderen binnenwirtschaftlichen Nachfragebereichen keine spürbaren Abschwächungstendenzen gibt. Der amerikanische Bundeshaushalt konnte im letzten Fiskaljahr sogar einen Überschuss ausweisen, der im wesentlichen einer im Konjunkturaufschwung bislang zurückhaltenden Ausgabenpolitik zugeschrieben wird.

Das Handelsbilanzdefizit der USA kletterte 1998 auf eine Rekordhöhe von 248 Milliarden Dollar. Dabei hat es sich zweifellos negativ ausgewirkt, daß die ostasiatischen Tigerstaaten und auch Japan den Hauptausweg aus ihren Wirtschaftskrisen in einer auf günstige Wechselkursrelationen gestützten Exportoffensive suchen, die sich vor allem auf den größten und stark expandierenden Konsumentenmarkt USA richtet. Dies hat zum Anwachsen der amerikanischen Importe geführt, zugleich aber auch infolge der schärfer gewordenen Konkurrenz dieser Länder auf Drittmärkten dazu beigetragen, daß das reale Ausfuhrvolumen der USA um knapp 1 Prozent zurückging. Die ungünstige Außenhandelslage bildet auch den Hintergrund der in jüngster Zeit von den USA forcierten Handelsauseinandersetzungen mit Japan, China und der EU.

Die prekäre Handelssituation, die durch eine Ausbreitung der Krise in Lateinamerika noch zugespitzt werden könnte, ist neben einer sich abzeichnenden Abschwächung der Ausrüstungsinvestitionen der Hauptgrund, für dieses Jahr insgesamt eine geringere Wachstumsrate der USA-Wirtschaft als 1998 zu erwarten. Stimulierend könnte sich dagegen bei einer Fortsetzung und Ausweitung des Nato-Angriffs gegen Jugoslawien, bei dem überwiegend in den USA produzierte Waffen eingesetzt werden, eine Expansion der Nachfrage auf diesem Sektor auswirken. Die Profite und Aktienkurse amerikanischer Hersteller von Marschflugkörpern, Raketen, Militärflugzeugen und Kriegsschiffen wie *Raytheon*, *United Technologies* und *General Dynamics* boomen im Ergebnis dieses Krieges ohnehin schon.

In der EU insgesamt wuchs das BIP in den ersten drei Quartalen 1998 etwa im

Tempo des vorangegangenen Jahres, während im letzten Quartal eine deutliche Abschwächung der Produktion und Nachfrage zu verzeichnen war. Dabei gab es regionale Unterschiede. Während Irland, Spanien, Portugal und Finnland ein überdurchschnittliches Wachstum aufwiesen, waren die Abschwächungstendenzen in Italien und vor allem in Großbritannien stärker ausgeprägt. Konjunkturabschwächend haben sich vor allem die Krisen in Asien, Rußland und Teilen Lateinamerikas auszuwirken begonnen. Deren direkte Effekte sind zwar wegen des geringen Anteils der Krisenregionen an den EU-Ausfuhren relativ begrenzt. Hinzu kommen jedoch vor allem die indirekten Wirkungen dieser Krisen, weil sich nach den Aufträgen aus den Krisenländern auch die Nachfrage aus anderen Industrieländern verringerte, die infolge ihrer reduzierten Exportmöglichkeiten jetzt langsamer wachsen und weniger importieren. Außerdem verschärft sich auf den Exportmärkten der EU-Länder auch die unmittelbare Konkurrenz der jetzt durch ihre Währungsabwertungen begünstigten asiatischen Staaten. Insgesamt kann im laufenden Jahr für die EU mit einem gegenüber 1998 bestenfalls gleichen, eher aber etwas verminderten Wachstum gerechnet werden.

Das dürfte in etwa auch für das 1999 zu erwartende Wachstumstempo der gesamten Weltwirtschaft gelten.⁵ Auch hier sind Prognosen nach unten korrigiert worden. So hatte der IWF im Oktober 1998 noch eine leichte Erhöhung der Wachstumsrate von 2 auf 2,5 Prozent prognostiziert, während die Weltbank Anfang April 1999 sogar ein geringfügig niedrigeres Wachstum von 1,8 Prozent erwartete.

2. Deutliche Konjunkturabschwächung in Deutschland zur Jahreswende 1998/99

Betrachtet man die wichtigsten Gesamtdaten der deutschen Wirtschaft für das Jahr 1998, dann ergibt sich auf den ersten Blick ein relativ günstiges Bild: Das Bruttoinlandsprodukt nahm mit einer Rate von 2,8 Prozent etwas stärker zu als im Vorjahr. Die Ausrüstungsinvestitionen als wichtigster statistischer Gradmesser für die Akkumulation von zusätzlichem produktiven Kapital wuchsen dreimal so schnell wie das Sozialprodukt und erreichten damit zu ersten Mal in diesem Zyklus die für einen Aufschwung erforderliche Dynamik. Der private und der öffentliche Verbrauch nahmen zwar nur schwach und deutlich unterproportional zu, entwickelten sich damit aber immer noch besser als im Jahr zuvor. Die Produktion der verarbeitenden Industrie stieg um mehr als 5 Prozent und damit kräftiger als im Vorjahr, wobei das Investitionsgütergewerbe mit einer Zunahme um 7,5 Prozent der am stärksten expandierende Bereich war. Auch der gesamte Exportüberschuss stieg noch einmal um reichlich 10 Mrd. DM. Die Warenexporte nahmen zwar im Jahresschnitt mit erheblich verlangsamten Tempo, aber immer noch um reichlich 6 Prozent zu. Allerdings

⁵ IMF, World Economic Outlook, Oktober 1998; World Bank, Global Development Finance 1999, April 1999.

deutete die Tatsache, daß die realen Auslandsaufträge 1998 nur noch um 2 Prozent (1997: 13,7) anstiegen, bereits darauf hin, daß der bislang wichtigste Konjunkturmotor ins Stottern geraten war. In der Krise blieb auch im vergangenen Jahr die Bauwirtschaft mit Minusraten von 6 Prozent im Bauhauptgewerbe und von gut 4 Prozent bei den Bauinvestitionen.

Einbruch der Exportkonjunktur

Erscheint somit im Jahresdurchschnitt 1998 das gesamtwirtschaftliche Ergebnis noch relativ günstig, so wird bei einer Betrachtung des Jahresverlaufs und einzelner Indikatoren deutlich, daß es zu einer strukturellen Umschichtung zwischen den die Konjunktur tragenden Nachfragesektoren kam, die während des zweiten Halbjahres mit einem konjunkturellen Rückschlag verbunden war.

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland stützte sich während der vergangenen Jahre fast einseitig auf eine sehr kräftige Ausfuhrerweiterung. Sie wurde in den letzten drei Jahren durch ein Absinken des realen Außenwerts der DM begünstigt, der sich von Mitte 1995 bis zum Frühjahr des vorigen Jahres um etwa 11 Prozent verringerte. Zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft haben aber nicht unwesentlich auch die geringen Lohnerhöhungen und dadurch zustande gekommenen niedrigen, seit der Jahreswende 1995/96 um 3,5 Prozent gesunkenen Lohnstückkosten beigetragen.

Hatten sich schon um die Jahreswende 1997/98 erste Indizien für eine bevorstehende Abschwächung des deutschen Außenhandelsbooms gezeigt, auf die in unserer letzten Konjunktüreinschätzung hingewiesen wurde, so hat sich diese Entwicklung im weiteren Jahresverlauf weiter ausgeprägt. Nachdem die realen Auftragseingänge aus dem Ausland schon im 1. Halbjahr nur noch geringfügig zugenommen hatten, gingen sie in der zweiten Jahreshälfte deutlich zurück. Im 3. Quartal betrug der (saisonbereinigte) Rückgang gegenüber dem Vorquartal 2,8 und im 4. Quartal 2,0 Prozent. Die Exporte folgten dieser Abwärtsbewegung. Sie sind nach einer erheblichen Wachstumsverlangsamung in den ersten Monaten des Jahres seit August geschrumpft und sanken allein im 3. Quartal um 3,5 Prozent gegen dem Vorquartal.

Zu diesem Abbruch der Exportkonjunktur haben vor allem die zunehmenden Einbußen an Nachfrage aus die Krisenländer Ostasiens, aus den vom Preisverfall beim Erdöl besonders betroffenen OPEC-Ländern sowie aus einigen von Konjunkturabschwächungen betroffenen lateinamerikanischen Ländern beigetragen. Hinzu kam, daß die deutschen Exporte nach Rußland nach der Rubelkrise völlig einbrachen. Der Anteil dieser Länder an den deutschen Ausfuhren lag bisher bei 12 bis 13 Prozent. Die Wirkungen der Asienkrise erstrecken sich jedoch nicht nur auf den direkten Außenhandel mit den unmittelbar betroffenen Krisenländern. Darüber hinaus verringerte sich auch die Nachfrage aus anderen Industrieländern, deren Wirtschaft infolge ihrer nunmehr verringerten Exportmöglichkeiten langsamer wuchs und weniger importierte. Außerdem verschärft sich auf den Exportmärkten der EU-Staaten auch die Kon-

kurrenz der asiatischen Staaten, die sich - begünstigt durch ihre verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit - durch eine Außenhandelsoffensive aus der Krise zu exportieren versuchten. Diese indirekten Wirkungen der internationalen Finanzkrise führten zwar nicht dazu, daß die deutschen Exporte in Nichtkrisenländer zurückgingen. Ihr Wachstum verminderte sich jedoch in vielen Fällen.

Tabelle 2: Ausgewählte aktuelle Wirtschaftsdaten Deutschlands - Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1996	1997	1998	1. Halbj. 1998	2. Halbj. 1998
Bruttoinlandsprodukt insgesamt	0,7	2,2	2,8	2,9	2,6
Privater Verbrauch	1,5	0,5	1,7	1,2	2,2
Staatsverbrauch	2,5	- 0,7	0,5	- 0,5	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,0	3,9	8,6	8,70	8,6
Bauinvestitionen	- 4,4	- 2,5	- 4,2	- 4,0	- 4,5
Produktion der verarbeitenden Industrie	- 0,2	4,2	5,2	6,6	3,8
Warenexport	5,4	12,8	6,4	11,8	1,3
Exportüberschuß (Mrd. DM)	98,2	116,5	127,4	65,0	62,4
Auftragseingänge aus dem Inland	- 0,4	2,0	3,6	5,6	1,7
Auftragseingänge aus dem Ausland	5,6	13,7	2,0	7,0	- 2,7
Erwerbstätige (Tsd.)	34.423	33.962	33.973	33.902	34.045
Arbeitslose (Tsd.)	3.965	4.384	4.279	4.493	4.038

Quellen: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen u. Monatsberichte, lfd.; DIW-Wochenbericht, Nr. 7/99 v. 18.2.1998.

Auch im Januar dieses Jahres hat die deutsche Wirtschaft insgesamt 5,6 Prozent weniger exportiert als im gleichen Vorjahresmonat. Dabei gingen selbst die Ausfuhren in die EU-Länder zurück. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Situation muß auch 1999 noch mit einer Fortdauer der deutschen Exportschwäche gerechnet werden. Zumindest in der ersten Jahreshälfte ist dabei

auch ein weiterer Ausfuhrückgang zu erwarten. Der Wandel, der sich während des vergangenen Jahres vollzogen hat, besteht somit darin, daß der Export vom Haupt- und zeitweise einzigen Träger der konjunkturellen Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft zum Auslöser ihrer Abschwächung geworden ist.

Exporteinbruch kann durch Binnennachfrage nicht ausgeglichen werden

Die Inlandsnachfrage erwies sich unter dieser Konstellation als zu schwach, um die durch den Exporteinbruch entstandene Lücke soweit zu kompensieren, daß eine spürbare Abschwächung der konjunkturellen Aufwärtstendenz im volkswirtschaftlichen Maßstab vermieden werden konnte. 1998 haben die Ausrüstungsinvestitionen als zweitwichtigster Träger der Konjunkturbelebung ein wesentlich stärkeres Gewicht bekommen als im Jahr zuvor. Sie sind nicht nur insgesamt mit einer Jahresrate von real 8,5 Prozent kräftig gestiegen, sondern auch während der zweiten Jahreshälfte, als die Auslandsaufträge schon zurückgingen, in unvermindertem Tempo weiter gewachsen. Daß ihr Zuwachs trotzdem nicht ausreichte, um den Abbruch des Exportbooms auszugleichen, zeigt ein Blick auf einige Daten des letzten Quartals 1998.

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten mit einem Zuwachs von 2,7 Prozent gegenüber dem vorausgegangenen Vierteljahr. Der private Konsum nahm gleichzeitig um 0,8 und der öffentliche Verbrauch um 1,6 Prozent zu, während die ohnehin sehr hohen Lagervorräte noch einmal um knapp 7 Prozent wuchsen. Die Bauinvestitionen stagnierten⁶. Die Binnennachfrage vergrößerte sich damit insgesamt wie schon im 3. Vierteljahr um 1,3 Prozent. Die im gleichen Zeitraum erreichte Zuwachsrates des gesamten Bruttoinlandsprodukts war jedoch deutlich niedriger; sie halbierte sich gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr auf knappe 0,5 Prozent. Der Grund für diese Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Binnennachfrage und BIP liegt allein in der negativen Außenhandelsentwicklung. Die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen verminderten sich nämlich bei einer gleichzeitigen leichten Zunahme der Importe um rund 2 Prozent. Das hatte zur Folge, daß der seit über zwei Jahren in jedem Quartal positive Außenhandelsbeitrag rapide um 23 Milliarden absank und von einem im Vorquartal noch erzielten realen Plus von 16 Milliarden auf ein Minus von 7 Milliarden DM kippte. Um eine solche Lücke zu schließen, reichten die Zuwächse der inländischen Nachfragesektoren nicht aus.

Die Ausgangslage für eine baldige Reaktivierung des Aufschwungs ist nicht günstig. Wie aus der Einschätzung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Aussichten hervorgeht, ist gegenwärtig noch keine Verbesserung der äußeren Bedingungen für eine schnelles Herauskommen aus dem Exporteinbruch

⁶ Berechnet nach: DIW-Wochenbericht, Nr. 7/99 v. 18.2.1999, S. 150 ff. Die Angaben beziehen sich auf reale und saisonbereinigte Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

in Sicht. Die jüngste Entwicklung der Auslandsaufträge ist denn auch wenig ermutigend. Diese sind seit dem Frühjahr 1998 rückläufig und lagen am Jahresende real um fast 7 Prozent unter ihrem im April erreichten Höhepunkt. Ein Indiz für die schlechten Aussichten der deutschen Exportkonjunktur ist auch die Tatsache, daß die Nachfrage aus dem Ausland sich seit dem vorigen Frühjahr langsamer entwickelt hat als die Umsätze in den Abnehmerländern. Im 2. Halbjahr 1998 lag der Gesamtumfang der Auslandsaufträge um rund 4 Prozent unter dem der -umsätze⁷; die Auftragsbestände sind also geschrumpft. Der Bundesverband des Groß- und Außenhandels erwartet für das Gesamtjahr 1999 sogar einen Einfuhrüberschuß. Selbst optimistische Einschätzungen erwarten erst im Verlaufe des zweiten Halbjahres wieder eine Exportbelebung. Eine mit den Vorjahren vergleichbare Rolle als Konjunkturmotor wird der Außenhandel in diesem Jahr jedenfalls nicht spielen können.

Die Binnennachfrage wird auch 1999 nicht genügend expandieren, um die Abschwächung der Exportkonjunktur voll auszugleichen. Die Tatsache, daß auch die realen Inlandsaufträge im Jahresverlauf 1998 seit dem Frühjahr zunächst nicht mehr zunahmen, dann seit dem Herbst deutlich zurückgingen und schließlich im letzten Quartal um rund 4 Prozent unter jenen des ersten Vierteljahres lagen, ist ein Indikator dafür. Auch die Nachfrageentwicklung im Investitionsgüterbereich, eine sinkende Kapazitätsauslastung in einigen Industriebereichen sind Indizien dafür, daß die Investitionsneigung der Unternehmen nachläßt. Außerdem deuten die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie auch Umfrageergebnisse darauf hin, daß ein Teil der Unternehmen zu hohe Lagerbestände an Fertigerzeugnissen hat. Dies dürfte im ersten Halbjahr 1999 zum Lagerabbau und damit zu einer niedrigeren Produktion führen. Ein Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen in der Größenordnung des Vorjahres ist deshalb nicht möglich. Die kürzlich von der Europäischen Zentralbank beschlossene Senkung des Leitzinssatzes wird daran tendenziell kaum etwas ändern können, wenn ihr auch eine positive Signalwirkung nicht abgesprochen werden soll.

Für die Bauwirtschaft lassen die Prognosen zumindest die Hoffnung zu, daß sich insgesamt die Krise in diesem wichtigen Bereich nach mehr als drei Jahren deutlich sinkender Produktion nicht noch weiter vertiefen wird. Dazu werden jedoch in erster Linie die westdeutschen Bauinvestitionen beitragen, für die 1999 eine Stagnation erwartet wird. In Ostdeutschland, wo im März noch zwei Drittel der Bauunternehmer ihre Geschäftsaussichten als negativ beurteilten, muß erneut mit einem Rückgang von Bauinvestitionen und -produktion gerechnet werden. Damit dürfte der Bausektor die konjunkturelle Gesamtentwicklung zwar etwas weniger belasten als 1998. Dennoch rechnet der Zentralverband des Baugewerbes damit, daß in diesem Jahr weitere 50 000 Arbeitsplätze verloren gehen, davon 30 000 in Ostdeutschland.

Von der Einkommensentwicklung her erscheint eine weitere leichte Belebung

⁷ Berechnet nach: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Februar 1999.

des privaten Verbrauchs möglich. Dazu sollten die bereits erreichten bzw. noch zu erwartenden höheren Tarifabschlüsse ebenso beitragen wie die Erhöhung des Grundfreibetrages und des Kindergeldes seit dem Jahresbeginn sowie die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge ab 1.4.1999. Da diese Maßnahmen vor allem Haushalten mit relativ niedrigen Einkommen und damit hoher Konsumquote zugute kommen, werden von ihnen zunächst stimulierende Wirkungen auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs ausgehen. Sie dürften allerdings teilweise durch die die Benzin-, Strom-, und Gaspreise steigenden Effekte der neuen Ökosteuer wieder aufgehoben werden. Unter dem Strich sollte der private Verbrauch jedoch trotzdem etwas stärker ansteigen als 1998, was ihm angesichts seines Gewichts als mit knapp 57 Prozent des BIP weitaus größter Nachfragesektor der Volkswirtschaft auch eine größere Rolle als Konjunkturstütze geben wird.

Als Fazit der Aussichten für 1999 läßt sich somit feststellen, daß der Export zu wachstumsschwach bleiben wird, um seine Rolle als Konjunkturmotor in den aus den vergangenen Jahren gewohnten Maßstäben wieder ausüben zu können. Die Binnennachfrage wird diesen Ausfall nur teilweise kompensieren können. Sie wird sich nach wie vor auf die Ausrüstungsinvestitionen, deren Dynamik allerdings deutlich zurückgehen dürfte, und in stärkerem Maße als im Vorjahr auf den moderat wachsenden privaten Verbrauch stützen. Dagegen wird sich die Baunachfrage, selbst bei einer Abschwächung der Strukturkrise in diesem Sektor, unterproportional entwickeln und keinen Beitrag zum Wachstum leisten können. Von dem zu erwartenden Abbau der Lagerbestände in der Wirtschaft werden zusätzliche Bremswirkungen auf die Produktion ausgehen. Angesichts dieses Gesamtbildes ist es durchaus berechtigt, daß Institute, Verbände und internationale Institutionen ihre Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr nach unten korrigiert haben. Die geschätzten Wachstumsraten differieren dabei zwischen 1,2 und 2,3 Prozent. Die bislang vorliegenden Indikatoren lassen 1999 ein Wachstum des deutschen BIP in einer Größenordnung um 1,5 Prozent am wahrscheinlichsten erscheinen. Dabei wird die ostdeutsche Wirtschaft bestenfalls im gleichen Tempo, wahrscheinlich aber auch im dritten Jahr hintereinander langsamer wachsen als die westdeutsche und damit weiter zurückfallen. Angesichts der Unwägbarkeiten in den internationalen ökonomischen und politischen Verhältnissen muß aber auch eine noch stärkere Abschwächung der deutschen Konjunktur durchaus mit ins Kalkül gezogen werden.

Das zu erwartende Wirtschaftswachstum wird jedoch keineswegs ausreichen, um die 1998 etwa gleichgebliebene Zahl der Beschäftigten nennenswert zu vergrößern und die im Vorjahr sogar geringfügig gesunkene Arbeitslosigkeit spürbar zu verringern.

3. Wirtschaftspolitik ohne Wende

Der gegenwärtige Konjunkturrückschlag ist auch das Resultat einer seit langem praktizierten einseitigen Orientierung der wirtschaftspolitischen Strategie

auf die Außenhandelsexpansion und die diesem Zweck dienende Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen durch Lohnzurückhaltung und Konsumbeschränkung. Zusammen mit der dadurch geförderten strukturellen Schwäche der fast nur noch von einem exportinduzierten Aufschwung abhängigen deutschen Konjunktur ist somit auch die Fehlerhaftigkeit dieses angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Kurses in der gegenwärtigen konjunkturellen Misere offen zutage getreten.

Der Regierungswechsel in Bonn weckte zunächst einige Hoffnungen auf wirtschaftspolitische Veränderungen. Allerdings waren schon im Ausblick unseres letzten Konjunkturberichts, als eine SPD-geführte Regierung nur als Möglichkeitsform existierte, Bedenken gegen allzu optimistische Erwartungen geäußert worden. Nach einem guten halben Jahr praktizierter rotgrüner Regierungspolitik sieht sich der Autor in seiner Skepsis nicht nur bestätigt, sondern von der Realität noch übertroffen.

Zunächst wurden einige der im SPD-Wahlprogramm angekündigten Maßnahmen, die durchaus in die richtige Richtung gehen, realisiert oder begonnen. Dazu gehört vor allem die Rücknahme einiger von der Kohl-Regierung vorgenommener Sozialabstriche sowie die Vorbereitung einer Steuerreform. Im März wurden dann sowohl ein etwas hochtrabend als „Steuerreform“ deklariertes Gesetz zu Veränderungen in der Einkommensbesteuerung als auch eine Ökosteuer vom Bundestag beschlossen. Beide Gesetze blieben zwar in ihrer Substanz hinter vielen Erwartungen zurück, können jedoch durchaus als Anzeichen einer beabsichtigten Trendwende in der Steuerpolitik gewertet werden.

Die Ökosteuer sieht neben einem Aufschlag auf die Mineralölsteuer Abgaben auf Strom und Erdgas vor. Damit wurde erstmals eine ökologische Komponente im deutschen Steuersystem verankert. Allerdings wurde dem eigentlichen Grundanliegen dieser Steuer, Energie teurer und Arbeit billiger zu machen, nur in sehr verwässerter Form entsprochen, weil es den Unternehmern gelang, auch für Industriebetriebe ermäßigte Steuersätze durchzusetzen. Die durch diese neue Steuer entstehenden Belastungen müssen somit überproportional von den privaten Verbrauchern getragen werden.

Die Veränderungen in der Einkommensbesteuerung stellen insofern eine Trendwende dar, als sie in Umkehrung der während der vergangenen Jahre verfolgten Steuerpolitik der Umverteilung von unten nach oben erstmals wieder eine Entlastung der Bezieher niedriger Einkommen in drei Stufen zum Inhalt haben. In der Endstufe zum Jahr 2002 soll dies einer durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie eine jährliche Entlastung von rund 2 500 DM bringen.

Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit diesen steuerpolitischen Maßnahmen und einigen anderen Vorhaben lassen allerdings Zweifel aufkommen, ob und inwieweit der Bundeskanzler und andere führende Kräfte der Regierungskoalition willens und fähig sind, in der mit den ersten Maßnahmen angedeuteten Richtung weiterzugehen. Die Unternehmerseite hat durch ihre Proteste und zum Teil direkten Interventionen vorbereitete oder auch bereits

getroffene Entscheidungen mehrfach verhindern oder in ihrem Sinne verändern können. Noch nie haben Unternehmerverbände und Topmanager eine Bundesregierung so massiv und frontal unter Druck gesetzt, wie dies in den letzten Monaten mit der rotgrünen Koalition geschehen ist. Und da sie oft genug damit Erfolg hatten, weil Schröder die Wirtschaftsfreundlichkeit ganz offen zur obersten Regierungsmaxime erklärt und ihnen immer wieder nachgegeben hat, wurden sie in ihren Forderungen immer dreister. So forderten Verbände, ganze Gesetze kurz vor ihrer Verabschiedung zurückzuziehen, verlangten die Konzernchefs einzelner Branchen wie der Kraftwerksbetreiber oder der Versicherungen ganz offen die Verewigung alter Besitzstände oder setzte der VW-Chef per Telefon beim Bundeskanzler durch, daß die den Autokonzernen zu Recht auferlegte Verpflichtung zur Entsorgung alter Fahrzeuge zurückgenommen wurde. Das gilt auch bei den Verhandlungen über das „Bündnis für Arbeit“, bei denen das Dreigestirn Henkel-Stihl-Hundt bisher die Regierung faktisch vorgeführt hat, indem es sich darauf beschränkte, die üblichen eigenen Forderungen zu stellen, ohne selbst irgendwelche konstruktiven Vorschläge anzubieten.

Nachdem Lafontaine als einziger ernsthafter Widerpart innerhalb der Regierung resigniert hat und Schröder nunmehr auch SPD-Vorsitzender ist, hat sich diese Tendenz deutlich verstärkt. Sie verbindet sich mit dem Rechtsruck, der sich in der Außenpolitik mit der deutschen Teilnahme an dem US-gesteuerten Nato-Angriff auf Jugoslawien vollzogen hat. Diese Kriegsteilnahme dürfte für Deutschland und Europa, abgesehen von den politisch-moralischen Folgen, auch nicht zu unterschätzende negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. So werden die unmittelbaren Militärausgaben für den Krieg selbst, vor allem wenn er noch länger andauert, wie auch der Wiederaufbau in den nicht zuletzt durch die Nato-Bombardements zerstörten Gebieten die ohnehin strapazierten Budgets der beteiligten Staaten in nicht unerheblichem Maße zusätzlich belasten. Hinzu kommt auch, daß die internationalen Finanzmärkte negativ auf den Krieg und die daraus erwachsenden Haushaltsbelastungen reagieren dürften, indem sie ihr auf dem bislang als besonders sicher geltenden europäischen Finanzmarkt angelegtes kurzfristig verfügbares Geldkapital abziehen und auf ihnen sicherer erscheinende andere Märkte wie vor allem den US-Dollarmarkt transferieren. Kapitalabzüge größeren Umfangs könnten aber den gegenwärtig ohnehin etwas schwachen Kurs des Euro soweit unter Druck setzen, daß seiner weiteren Abwertung mit Zinserhöhungen entgegengewirkt wird, die wiederum kontraproduktiv auf die schwächelnde Investitionskonjunktur wirken würden.

Angesichts der veränderten Kräftekonstellation in der Regierung und der SPD ist kaum damit zu rechnen, daß die bisherigen, ohnehin bescheidenen Ansätze zu wirtschafts- und finanzpolitischen Veränderungen weitergeführt werden. Vielmehr ist zu befürchten, daß es zu einer sozial ein wenig gemilderten, „linken“ Neuauflage der angebots-, oder präziser gesagt: unternehmensorientierten Politik in einem modischeren Gewand und teilweise auch mit veränderter,

direkterer Kommunikation zwischen Unternehmensmanagern und Bundeskanzleramt kommt.

Auf diesem Wege wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik aber auch weiterhin nicht genug zur Überwindung der strukturell und wirtschaftsstrategisch bedingten Gründe für die gegenwärtige Konjunkturschwäche beitragen und damit auch ihr erklärtes Ziel, eine spürbare Verringerung der Massenarbeitslosigkeit, nicht erreichen.

Vorschau

Z - Nr. 39

erscheint Anfang September 1999

mit dem Schwerpunktthema

„Kapitalkonzentration und Monopolisierung heute“

Mit Beiträgen u.a. von Joachim Bischoff, Gretchen Binus/Horst Heiningen, Dietmar Düe, Gert Hautsch, Jörg Huffschmid, Klaus-Peter Kisker, André Leisewitz, Wolfgang Müller, Heiko Wegmann

Außerdem Beiträge zu Interessenpolitik und Veränderungsprozessen in der Automobilindustrie von Uwe Fritsch/Heinrich Betz, zu Perspektiven der Arbeitslandschaft von Eberhard Dähne, zu 50 Jahre BRD/50 Jahre Grundgesetz von Martin Kutscha und Gerhard Stuby; Besprechungen u.a. zu 48er Revolution, Dritte Welt, Bourdieu, Kritische Theorie

Z - Nr. 40

erscheint Anfang Dezember 1999

mit dem Schwerpunktthema

„Gerechtigkeit“

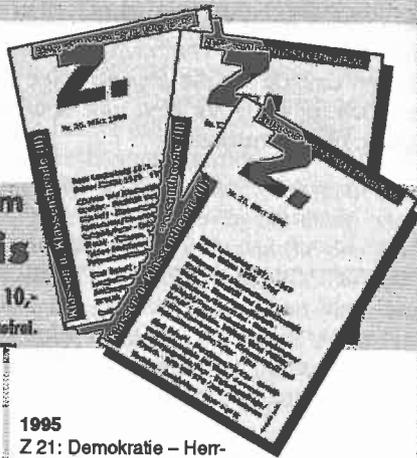
Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahresschrift

Z wurde im Herbst '89 gegründet. Z versteht sich als eine Stimme der marxistischen Linken, als pluralistisches marxistisches Diskussions- und Publikationsorgan. Z wird vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. und dem MSF e.V., Frankfurt M. herausgegeben.

Zurückliegende Hefte zum reduzierten Preis

Z 1-20 je Heft DM 7,-; Z 21-28 je Heft DM 10,-
Ab H. 29 regulärer Preis DM 18,-; Bestellung ab 50,- portofrei.



1990

- Z 1: Sozialismus, DDR
- Z 2: Marxismus und linke Politik
- Z 3: Reformalternative?
- Z 4: Deutschland, die neue Hegemonialmacht?

1991

- Z 5: Marxismus-Diskussion
- Z 6: Postsozialistischer Kapitalismus – Analyse und Kritik
- Z 7: Zivilgesellschaft
- Z 8: Neue Weltordnung – globale Probleme

1992

- Z 9: Marxismus international
- Z 10: Das 50jährige Reich
- Z 11: Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik
- Z 12: Realsozialismus, Zusammenbruch

1993

- Z 13: Gewerkschaften: Orientierungen / Realsozialismus (II)
- Z 14: Realsozialismus, Zusammenbruch (III) / Nationalismus und Linke
- Z 15: Macht, Herrschaft, Metropolenkapitalismus / Nationalismus und Linke (II)
- Z 16: Sozialismus – Neuansätze nach dem Crash (I)

1994

- Z 17: Sozialismus – Utopien, Theorie, Perspektiven (II)
- Z 18: Anthropologische Lücke? Menschenbild im Marxismus
- Z 19: Gewerkschaften in der Krise?
- Z 20: Geschichte und Restaurationsperiode

1995

- Z 21: Demokratie – Herrschaft und Grenzen der Emanzipation
- Z 22: Historischer Materialismus/Engels
- Z 23: Kapitalismus und Medien
- Z 24: Klassen und Klassentheorie heute (I)

1996

- Z 25: Klassen und Klassentheorie heute (II)
- Z 26: Asozialer Kapitalismus
- Z 27: Dialektik des Ganzen
- Z 28: Ökologie-Aspekte

1997

- Z 29: Der rechte Rechtsstaat
- Z 30: Marxismus – Bilanz und Perspektive
- Z 31: Kapitalismus – Ökonomie
- Z 32: EU und die Linke

1998

- Z 33: Kommunistisches Manifest
- Z 34: Staatsverschuldung
- Z 35: Jugend ohne Perspektive?
- Z 36: Globalisierung und Peripherie

Jedes Heft enthält neben Beiträgen zum Schwerpunktthema Aufsätze zu theoretischen Problemen der Linken, sowie Tagungsberichte, Diskussion / Kritik / ZUschriften und einen ausführlichen Rezensionsteil.

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo 60,- DM, Auslandsabo 70,- DM (4 Hefte / Jahr incl. Versand), Bezug über Buchhandel ISSN 0940-0648, oder direkt:

Z. Kölner Straße 66 · 60327 Frankfurt a.M. · Telefon: 069 / 7 39 29 34

Jürgen Reusch

Die Banalität des „Normalen“

Kritische Anmerkungen zur Diskussion um die Berliner Republik

Als der Bundestag am 19. April zu seiner ersten Sitzung im restaurierten Berliner Reichstagsgebäude zusammentrat, empfanden dies viele Akteure und Kommentatoren der politischen Klasse als symbolischen Beginn der „Berliner Republik“, mit dem sie Hoffnungen auf ein Ende des Bonner Provisoriums und die endliche „Normalität“ Deutschlands verknüpften. Die eigentliche historische Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte aber hatte sich schon am 24. März ereignet: Seit diesem Tag galt in Deutschland der Grundsatz „Nie wieder Krieg“, eine der entscheidenden Konsequenzen aus dem Zusammenbruch von 1945, nicht mehr. An diesem Tag begannen die Bombenangriffe der NATO auf Jugoslawien, mit aktiver Beteiligung der Bundesrepublik, unter offener Mißachtung des Völkerrechts und gegen das im Grundgesetz verankerte Verbot eines Angriffskrieges. Die Repräsentanten der politischen Klasse feierten in Berlin zwar den Beginn einer neuen Ära, in der Deutschland nun „endlich erwachsen“ geworden sei; sie waren aber auch bemüht, nach innen und außen den Eindruck zu vermeiden, deutsches Großmachtstreben könne wiederauferstehen. Im Tenor des herrschenden Diskurses fehlten Hurratriotismus und Kriegspathos völlig; das Bekenntnis der Redner zum Krieg der NATO fiel eher trotzig-gequält aus. Bundeskanzler Gerhard Schröder kam erst gegen Ende seiner Regierungserklärung und geradezu beiläufig auf den Balkan-Krieg zu sprechen. „Es hat sich dramatisch vollzogen“, sagte er, „was als ‚neue deutsche Verantwortung‘ seit Ende des Kalten Krieges absehbar war“. Der Krieg im Kosovo sei der „Gründungsakt“ eines neuen, eines Europas der Menschenrechte. Der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble variierte den gleichen Gedanken: „Wir werden nicht mehr bevormundet und tragen deshalb Verantwortung.“ (Die Woche, 17. 23. April 1999). Für das wiedervereinigte Deutschland sind die „Wonnen des Status quo“ offenbar für immer vorbei, wie es ein konservativer Kommentator formulierte (Schirmacher 1998). Eine Phase der Neudefinition des nationalen Selbstverständnisses steht an, deren Ausgang in verschiedener Hinsicht noch offen ist. Der fünfzigjährige europäische Nachkriegsfrieden, von dem Deutschland in besonderem Maße profitierte, scheint sich als Übergangsstadium herauszustellen. Die Führungseliten der neuen Berliner Republik glauben offenbar, den Preis des Krieges zahlen zu müssen, um an der Seite ihrer Verbündeten so „normal“ sein zu können wie diese. Sie tun das ersichtlich ohne Begeisterung, aber sie tun es.

Es ist nun aber gerade kein nationalkonservativer Block, der diese geschichtliche Zäsur in Bonn und Berlin umsetzt, sondern eine rot-grüne Regierung, in ihrem Selbstverständnis eine Koalition der „neuen Mitte“. Ihre Repräsentan-

ten entstammen den politischen Traditionen der Zivilgesellschaft. Diesen Krieg als legitimes Mittel zur Fortsetzung einer verfehlten Politik zu rechtfertigen verursacht ihnen schwere Argumentationsnöte. In den Auseinandersetzungen darum wird durchaus auch eine neue Qualität im Umgang mit der deutschen Geschichte und der faschistischen Vergangenheit erkennbar. Evident ist, daß der Nationalismus durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre einen kräftigen Schub erhalten hat (Hahn 1999, S. 113f.). Welchen genauen Stellenwert er in der neuen Berliner Republik haben wird, muß sich noch herausstellen.

„Normalität“ wird heute in doppeltem Sinne eingefordert: Erstens im Sinne neuer politischer Bewegungsfreiheit, die die provisorische Bonner Republik offenbar nicht hatte, in der Mit-Übernahme von „Verantwortung“ weltweit. Und zweitens im Sinne einer Relativierung der faschistischen Vergangenheit Deutschlands, die dem Land offenbar bis heute eine Sonderrolle aufgegeben hat, die nun abgestreift werden soll. Die politische Klasse leidet unter dem „Stigma der verspäteten Nation“ (Arend 1999): Deutschland soll nun endlich nicht mehr unter Beobachtung stehen, auch nicht durch Nachbarstaaten und Verbündete. Die durch die Wahlen vom September 1998 an die politischen Schalthebel gekommene Nachkriegsgeneration traut sich offenbar zu, unbeschwerter von der Vergangenheit, unbekümmerter und pragmatischer „deutsche Interessen“ zu vertreten. Sie will sich selbst nicht mehr an sie erinnern, sie will sich auch von anderen nicht mehr erinnern lassen. Es greift eine „neue deutsche Schamlosigkeit“ um sich (Küntzel 1999, S. 16). In bezug auf den Balkan-Krieg strapazieren Bundesregierung und ein großer Teil der Medien ideologische Stereotypen des Anti-Totalitarismus. Das von Martin Walser in seiner Paulskirchen-Rede im Herbst 1998 vehement vorgetragene Plädoyer für einen endlich unbefangeneren Umgang mit der faschistischen Vergangenheit, sein Bekenntnis zu einem „normalen“ Deutschland, hat in der politischen Klasse ein befreites Aufatmen erzeugt und ein Klima (mit-)geschaffen, in dem das neue nationale Selbstverständnis der Berliner Republik sich in der gewünschten Weise entwickelt. Dabei wird der unsinnige Eindruck erweckt, Deutschland habe zur Strafe für seine faschistische Vergangenheit 50 Jahre lang geradezu eine Art „Ausnahmestand“ erdulden müssen, sei permanent den Bevormundungen und Vorwürfen der Kritikaster des In- und Auslands ausgesetzt gewesen - eine groteske Übertreibung.

Walser selbst hat sich als Gegner des NATO-Krieges auf dem Balkan zu erkennen gegeben. Andere, als Anhänger zivilgesellschaftlicher Positionen bekannte Diskutanten, wie Jürgen Habermas, äußerten Verständnis für die NATO. Einfach und klar sind die politischen Fronten in dieser Frage also nicht, zu groß ist vorerst die Irritation, die die bundesdeutsche Beteiligung an einem Angriffskrieg in allen politischen Lagern ausgelöst hat.. Der von Walser wesentlich mitinitiierte und mitgeprägte Diskurs über Vergangenheit und Nation führt nicht zwangsläufig zur Zustimmung zum Krieg. Er läßt diese Schlußfolgerung aber zu und legt sie sogar nahe, auch wenn Walser persönlich sie nicht gezogen hat. Walsers Plädoyer für „Normalität“ zielt vorrangig

auf den gegenwärtigen Umgang Deutschlands mit seiner Vergangenheit und das politische Selbstverständnis der neuen Republik. Der Dichter hat selbst die, wie er empfindet, „befreiende Wirkung“ seiner Rede in bewußten Bezug zur neuen Bundesrepublik gestellt (Bubis/Walser 1998). Die Entsorgung der Vergangenheit, die Relativierung der Erinnerung an Auschwitz und den Holocaust prägen seither stärker das geistige Klima der Berliner Republik. In diesem Klima gedeiht auch die neue Unbefangenheit in der Teilnahme an Kriegshandlungen, wie es eben einem normalen kapitalistischen Staat entspricht. Stehen die zivilen Ausprägungen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft im Interesse von „Normalität“ nun zur Disposition? Einen Krieg hatte Gerhard Schröder vielleicht noch nicht im Sinn, als er zu Beginn seiner Amtszeit vom Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, von der „Unbefangenheit“ Deutschlands, von der „Normalität“ der heraufziehenden Berliner Republik (Die Zeit, 11. November 1998; Der Spiegel 49/1998) sprach. Wenige Monate später gehört er aber schon dazu.

Walser war als international anerkannter Schriftsteller hervorragend geeignet, das geistige Klima dieser beginnenden Berliner Republik nachhaltig zu beeinflussen. Auf ihn, den ehemaligen und „geläuterten“ Linken, den über den Verdacht des Rechtsextremismus Erhabenen, den Unbelasteten, den keiner Interessengruppe Verpflichteten konnte sich die politische Klasse dankbar berufen, ohne daß die von ihm mit angestoßenen Verschiebungen des politischen Koordinatensystems nach rechts als unanständig und anstößig gelten mußten. Da redete im November 1998 in der Frankfurter Paulskirche ja nicht der Direktor eines Strategie-Instituts. Es ging überhaupt nicht um Strategien - die werden anderswo gemacht -, es ging um Paradigmen, es ging ums geistig-kulturelle Klima. Walser hat, wie Ignatz Bubis mit Recht sagte, eine Tür geöffnet, durch die andere eindringen konnten (Bubis 1998). Alles weitere war das Werk einer kunstvoll inszenierten politischen Kampagne, an der vor allem die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ entscheidenden Anteil hatte.

Die Relativierung der faschistischen Vergangenheit

Welche Bedeutung haben die Verbrechen des Faschismus für das nationale Selbstverständnis Deutschlands heute und in Zukunft? Um diese Frage kreisen Walsers Überlegungen. Die Deutschen, so wünscht er es sich, sollen endlich nicht mehr unter Faschismusverdacht stehen, wenn sie sich als normale Nation fühlen und verhalten. „Aber in welchem Verdacht gerät man“, klagte Walser in der Paulskirche, „wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, einen ganz gewöhnliche Gesellschaft?“ (Walser 1998, S. 20). Vor allem, so scheint es dem Dichter, sind es die linken Intellektuellen und die Medien, die mit ihrem lästigen öffentlichen Erinnern an die Vergangenheit das Volk daran hindern, sich normal zu fühlen. Das soll nun aufhören, und zwar nicht, indem die Verbrechen des Faschismus verleugnet werden. Von derlei rechtsradikalen Dumpfheiten ist Walser weit entfernt. Er unterstreicht sogar: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zu rechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz her-

um“ (Walser 1998, S. 18). Diese Vergangenheit ist also „grauenhaft“, aber sie ist auch eine Last. Zumindest empfindet Walser es so. Die deutsche Gegenwart hat nach so langer Zeit, so meint er, ein Recht darauf, sich von der Last der Vergangenheit zu befreien. „Die `normale` Nation kann so ihre Interessen ohne öffentliche und hemmende Rückschau verfolgen. Die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik beispielsweise wird damit zu einem Beweis dieser Normalität“, schreiben Johannes Klotz und Gerd Wiegel (Klotz/Wiegel 1999, S. 11).

Noch ist „Normalität“ aber offenbar nicht ganz erreicht. Die Welt erinnert sich sehr gut daran, daß die deutsche Nation Auschwitz auf dem Gewissen hat. Deutschland steht auch heute noch unter einer gewissen Beobachtung. Deutsche Politik sieht sich nach wie vor zur Vorsicht genötigt, muß sich in besonderem Maße legitimieren. Auch das soll sich ändern. Walser bringt das unmißverständlich auf den Punkt: „Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. ... Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen die Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. ... Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung. ... Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.“ (Walser 1998, S. 18 und 20).

Der beschuldigte Deutsche ist also das eigentliche Opfer. Die in diesen Worten zum Ausdruck gebrachte persönliche Haltung des Dichters, für die er „Kühnheit“ beansprucht, die der gekränkten Unschuld, kehrt als Grundmotiv im gesamten politischen Normalisierungsdiskurs wieder: Deutschland als immer noch - und zunehmend zu Unrecht - beschuldigte Nation, die genug gebüßt hat, der ihre Rechte nun schon zu lange vorenthalten werden. Es wird der Eindruck erweckt, den Deutschen werde Auschwitz in einem pausenlosen medialen Trommelfeuer vorgehalten, in Deutschland werde eine intensive Aufarbeitung der faschistischen Verbrechen betrieben. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die in Walsers Rede enthaltene Übertreibung erscheint im Licht der Realität geradezu maßlos. Er übertreibt, um die Tragweite des Tabubruchs besser legitimieren zu können. Sein eigentliches Problem ist die „Instrumentalisierung“ des Gedenkens, die er überall am Werk sieht. Damit meint er aber nicht die tatsächliche Instrumentalisierung von Auschwitz, die es in der Bundesrepublik stets gab und noch gibt: „Ritualisierte Demutsgesten“ nämlich, die eine ernsthafte Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit ersetzen (Seppmann 1999, S. 76f.).

Es sei Walser nicht darum zu tun, die Erinnerung zu relativieren, einen „Schlußstrich zu ziehen“, hielt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dem Walser-Kritiker Bubis entgegen (vgl. Bubis 1998), sondern es gehe gegen die Instrumentalisierung der Erinnerung zu ganz anderen, politischen, moralischen, medialen Zwecken (Raulff 1998). Das soll heißen: Erinnerung darf sein, aber sie soll sich nur auf die Vergangenheit beziehen, und sie kann nur die ganz persönliche Gewissensangelegenheit jedes Einzelnen sein. Dieses Denkmuster ist viel eleganter als jede grobschlächtige Verleugnung des Holocaust. Aber seinen Opfern würde dadurch gleichwohl die öffentliche Erinnerung fortan verwehrt bleiben. Wenn das Erinnern nur eine Sache des persönlichen Gewissens ist, kann es nicht Gegenstand öffentlicher Debatten sein. Diese Weise der Erinnerung an Auschwitz bietet keine Handlungsorientierungen mehr für die Gegenwart. Wer diese dennoch im Erinnern sucht, verfällt dem Walserschen Verdikt der „Instrumentalisierung“. „Walsers Text zielt auf die Auflösung der geschichtlichen Kontinuität.“ (Köhler 1999, S. 77). Es ist nicht das in der Tat oft erstarrte Ritual der Erinnerung, es ist die öffentliche Erinnerung mit ihren Mahnungen für die Gegenwart, die ihn stört. Und es stören ihn die Mahner: Intellektuelle, ein Teil der Medien.

Im Streitgespräch mit Bubis verwahrte sich Walser heftig dagegen, Brutalität gegen Ausländer, Anschläge auf Wohnheime von Asylsuchenden und die Ausschreitungen rechtsradikaler Gewalttäter als Neonazismus zu bezeichnen. Das seien einfach „Asoziale“. Die gebe es überall. Es gebe, sagte er, in allen europäischen Ländern „soziale Konflikte“, aus denen „Arbeitslosigkeit“ und „Brutalitäten“ entstünden, genauso kraß wie hier. Doch nur in Deutschland würden solche Dinge „zurückgebunden ans Nazitum. Und das können die Leute nicht mehr ertragen, und das wollen sie nicht andauernd hören, und darauf haben sie ein Recht, denn sie haben mit diesem Spuk nichts mehr zu tun. Wir haben heutige Probleme und die müssen eine heutige Sprache finden.“ (Bubis/Walser 1998). Das politisch-kulturelle Selbstverständnis der neuen Berliner Republik will sich mit Schuldgefühlen wegen Auschwitz nicht mehr belasten.

Ähnliches haben auch schon andere neokonservative Intellektuelle vor Walser gesagt, unter ihnen auch etliche ehemalige Linke (Altenburg 1997). Auch sie pflegen den gleichen Gestus der gekränkten Unschuld, auch sie halten sich für kühne Tabubrecher. Jürgen Habermas hatte 1995 diesen „Seitenwechsel“ im Umgang mit der NS-Periode analysiert, der bereits 1989 eingesetzt habe. Man schweige heute nicht mehr über die NS-Vergangenheit, sagte Habermas, die Neue Rechte rede sogar sehr viel darüber. Nur wie? „Bis ins Feuilleton der FAZ hat sie eine breite Koalition zustande gebracht“, sagte er in Anspielung auf Botho Strauß, „die in answellendem Bocksgesang `die ressentimentgeladene Demagogie` der `Bewältigungsprofis` als Ausfluß `politischer Korrektheit` brandmarkt.“ (Habermas 1995). Er kritisierte damals schon die Behauptung solcher Intellektueller, daß „wir uns selbst nicht schämen müssen“.

Nation und Volk, nicht Gesellschaft und Staat

Begriffe wie Staat und Gesellschaft kommen in Walsers politischen Äußerungen nicht vor. Immer geht es um die Nation und die Deutschen, häufig mit einem wolkigen „wir“ umschrieben. Immer wieder formuliert er seine eigenen, persönlichen Anliegen als nationale. Oder, wie Köhler es formuliert: Bei Walser gibt es den „unbegründbaren Übergang vom fühlenden Ich zur leidenden Nation“ (Köhler 1999, S. 78). Woran leidet die Nation? Sie leidet - mit Blick auf Auschwitz - an der „Schande“. Im Gespräch mit Bubis lehnt Walser es vehement ab, in bezug auf den Holocaust von Verbrechen und von Scham zu sprechen. Diese Wahl der Begriffe trifft er mit Bedacht. Er weiß, woran die Deutschen leiden: Sie leiden nicht an ihren Taten oder denen ihrer Eltern und Vorfahren, sondern darunter, daß sie ihnen noch immer vorgehalten werden. Sie leiden unter der „Dauerpräsentation ihrer Schande“ durch andere. Denn zur Schande gehören stets andere, die sie einem vorhalten (Baier 1998). Die Verbrechen selbst sind noch keine Schande. Diejenigen, die unter der Schande leiden, sind die eigentlichen Opfer. Mit ihnen identifiziert sich Walser, ihnen fühlt er sich zugehörig. Daraus resultiert eine geradezu trotzig Protesthaltung: Jetzt wieder eine anerkannte Nation zu sein, die sich nicht schämen muß.

Ende der siebziger Jahre begann Walser, Begriffen wie Nation, Heimat, Deutschsein und Volk eine positive Wendung zu geben. Nach eigener Aussage bezeichnet er seit 1977 die deutsche Teilung als „Katastrophe“. Er kritisierte das skeptische Verhältnis vieler linker Intellektueller zur deutschen Nation in dieser Zeit und warf ihnen vor, die deutsche Teilung als die sozusagen gerechte Strafe für Auschwitz zu akzeptieren. Meine „linken Freunde“, so sagte er im Streitgespräch mit Ignatz Bubis, wollten die Nation „abmelden“. Diese Haltung lehnte er nun mit dem Eifer des Konvertiten ab (Walser 1997). 1978 sagte Walser: „Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden“ (zit. in Bubis 1998/2). Anders ausgedrückt: Die Nation müsse weiterbestehen, denn sie habe Auschwitz begangen (Bubis/Walser 1998). Diesen Gedanken will Walser aber gerade nicht als Plädoyer für eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust verstanden wissen. Deshalb auch sein vehementes Veto gegen den Plan des Holocaust-Denkmal. Ein Holocaust-Mahnmal mitten im Zentrum der neuen Berliner Republik sei eine „Monumentalisierung der Schande“, „ein fußballfeldgroßer Alptraum“ und, mit dem Historiker Heinrich August Winkler, Ausdruck eines „negativen Nationalismus“. Und der sei kein bißchen besser als sein Gegenteil (Walser 1998, S. 20). Walser selbst hat seine Rede „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ betitelt. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschien sie zuerst - am 12. Oktober 1998 - unter der Überschrift „Die Banalität des Guten“. Der Begriff kommt in Walsers Rede auch vor (Walser 1998, S. 20). Er spielt auf Hannah Arendts Formulierung von der „Banalität des Bösen“ an, die auf Eichmann, den Buchhalter der Massenvernichtung gemünzt war. Walser macht mit seinem Begriff die Bestre-

bungen verächtlich, den Opfern des Holocaust ein Denkmal zu errichten.

Das alles hat seine Logik. Wenn das Erinnern an die Vergangenheit Gewissenssache des Einzelnen ist und die Normalitätsgefühle der Nation und des Volkes nicht stören darf, hat es auch im nationalen Selbstverständnis nichts zu suchen. Antifaschismus soll kein konstituierendes Element dieses nationalen Selbstverständnisses sein. FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher erläuterte in seiner Laudatio auf Walser in der Paulskirche: Die Urerfahrung von Walsers Generation sei gewesen, daß sie im Jahre 1945 feststellen mußte, ihr Land habe sich in etwas Abstoßendes verwandelt. Diese Verwandlung geschah also nicht durch die Verbrechen selbst - dann hätte diese Generation Deutschland ja lange vor 1945 als etwas Abstoßendes empfinden müssen - sondern eben durch die Schande, die ihr seither von anderen (zu Unrecht?) vorgehalten wurde und offenbar noch wird. Seitdem und bis heute dominieren für Schirrmacher die „Schlagworte“: „Ende der Geschichte, Ende der Nation, deutsche Teilung als verdiente Strafe, 'Der Schoß ist fruchtbar noch' und ewig so weiter. Das war der Augenblick, in dem Martin Walser über Deutschland zu reden begann. ... Er zerstörte die Schlagworte“ (Schirrmacher 1999, S. 39). Und er rehabilitierte die historisch überwunden geglaubte Nation, indem er sich der vermeintlichen Inflationierung des Faschismusvorwurfs widersetzte. Man soll heute wieder national sein dürfen, ohne gleich als Nazi dazustehen. Begriffe wie Nation, Volk und Heimat, so Walser in der Diskussion mit Bubis, dürfe man nicht den Rechtsextremisten überlassen.

Ganz selbstverständlich und gleichsam nebenbei identifiziert Walser Begriffe wie Nation und Volk mit den Deutschen im ethnischen Sinne (Schmierer 1999, S. 6). Nation wird völkisch interpretiert - zu einem Zeitpunkt, an dem die Politik im Einwanderungsland Deutschland mühselig, schwankend und zögernd erste zaghafte Schritte weg vom traditionellen Abstammungsrecht hin zu einem modernen Staatsbürgerschaftsverständnis versucht. Wenn Walser „wir“ sagt, sind nicht deutsche Staatsbürger unterschiedlicher nationaler Herkunft gemeint, sondern die Deutschen im ethnischen Sinne, das Volk der Täter, das Volk der Beschuldigten. Ihr verbindendes Element ist ein gemeinsames Empfinden, das Walser mit seinem eigenen gleichsetzt. Plötzlich sind die Juden wieder „die Anderen“ (Rosh 1999, S. 118 ff). Im Streitgespräch mit Bubis unterschied Walser sehr klar zwischen den (nichtjüdischen) Deutschen („wir“) und den (offenbar nicht-deutschen) Juden. Deshalb wohl auch warf er Bubis vor, er sei nach seiner Paulskirchen-Rede vom israelischen Botschafter Avi Primor gekränkt worden - als habe da Bubis' Botschafter gesprochen (Schütte 1998).

Linke Nestbeschmutzer – Feindbild und Identitätsstifter

Konstituierendes Element des Nationalbewußtseins, wie Walser es meint, ist die leidenschaftliche Ablehnung der linken intellektuellen Kritiker. „Diese Denker sind nicht einfach Verräter; durch ihr Vorhandensein stellen sie erst die fühlende Gemeinschaft, die ein Volk ist, her“ (Wiegel 1999, S. 74). Dieses

identitätsstiftende Feinbild erinnert an konservative Denker wie Carl Schmitt, für den die Feinderklärung die zentrale Kategorie des Politischen ist (ebd.). Die bereits 20 Jahre andauernde, geradezu leidenschaftlich und teilweise haßerfüllt geführte Fehde des ehemaligen Linken und DKP-Sympathisanten Walser gegen die linken Intellektuellen trägt Züge persönlicher Verletztheit, Eitelkeit, Verschrobenheit; sie widerspiegelt aber gleichzeitig ein Stück antiaufklärerischen Zeitgeistes. Walsers Rede, mehr noch die daran anknüpfende Kampagne, die FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher inszenierte, zeigt, daß das der Berliner Republik verordnete neue nationale Selbstverständnis die rigorose Ausgrenzung noch verbliebener gesellschaftskritischer Denkrichtungen aus dem herrschenden Diskurs einschließt, die sich bei aller inneren Differenziertheit über den Antifaschismus der Nachkriegszeit definieren. Mit Bedacht ironisierte Schirrmacher in der Paulskirche den Satz „Der Schoß ist fruchtbar noch“. Das ging nicht nur gegen Brecht, also gegen einen der wirklich großen linken und antifaschistischen Intellektuellen, sondern gegen einen Grundkonsens des bundesrepublikanischen Antifaschismus, gegen die linke Intelligenz überhaupt, auch gegen die Generation der achtundsechziger, die nur dann an der Macht teilhaben darf, wenn sie ihren früheren Idealen konsequent abschwört.

Er werde von den linken Intellektuellen „in das rechte Lage geschubst“, klagte Walser nach seinem nationalen Schwenk. Er verzichtete auch nicht darauf, diesen in feinen Formulierungen Methoden Stalinscher Säuberung zu unterstellen („... daß die mich aus ihren Reihen entfernt haben“). Besonders heftig griff er die 68er an, die jetzt die Mächtigen seien: Sie seien heute hemmungsloser, rücksichtsloser, dogmatischer als die Rechten und Liberalen der siebziger Jahre. Es fielen Begriffe wie (linke) „Platzanweiser“, „Diffamierungspotenz“, „Meinungssoldaten“, die einen mit vorgehaltener „Moralpistole“ in den „Meinungsdienst“ nötigten (Walser 1997; Walser 1998). Gelegentlich nannte er Namen: Adorno, Habermas, Grass. In seiner Friedenspreisrede verhöhnnte er Habermas und Grass „vornehm“, ohne direkte Namensnennung. Erst indem er sich an dem „Denker“ und dem „Dichter“ abarbeite, könne seine Rede wirklich „kritisch“ werden, erklärte er. Habermas warf er vor, die Immunschwäche der politischen Mitte gegen rechten Terror als moralische und politische Verwahrlosung gewertet zu haben. Grass kreierte er an, die Bevölkerung noch immer latenter faschistischer Neigungen zu verdächtigen. Aus beider Äußerungen hörte er einen gemeinsamen Tenor heraus, der ihm nicht paßte und gegen den sich auch Schirrmacher wandte (Schirrmacher 1998/2): Die These, es gebe in Deutschland aus dem Faschismus herrührende, bis in die Gegenwart wirksame reaktionäre Traditionen, die nicht nur in rechten Randgruppen wirksam seien, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Walser widersprach: Ihm bietet sich das nicht so dar. Dies sei alles unbewiesene „Verdächtigung oder schon Beschuldigung“.

Nicht daß die kritische Denkrichtung, für die Habermas und Grass bei Walser stehen, im heutigen herrschenden Diskurs noch besonders einflußreich wäre. Marginalisierung wäre wohl eher die richtige Bezeichnung für ihren aktuellen

Stellenwert, wie überhaupt derzeit für linke Positionen im politischen Spektrum. Darum ging es auch Walser und der FAZ nicht wirklich. Beide, Habermas und Grass, standen vielmehr stellvertretend als Repräsentanten einer linksbürgerlich-antifaschistischen, zivilen und demokratischen Entwicklungsrichtung des wiedervereinigten Deutschland nach dem Kalten Krieg. Beide hatten vor einer sich abzeichnenden konservativ-nationalen Entwicklungsrichtung Deutschlands gewarnt, z.T. unter direkter Bezugnahme auf die darin tonangebende „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Den Einfluß dieser kritischen Richtung auszuschalten war das eine. Zweck der Übung war aber zugleich, sie als Feindbilder für die Schaffung eines nationalistisch geprägten geistigen Klimas zu benutzen, in dem sich die ersehnte „Normalität“ Deutschland leichter erreichen ließ.

Günter Grass hatte im Herbst 1997 in der Paulskirche mit seiner Laudatio auf den Friedenspreisträger Yasar Kemal eine Rede gehalten, die den Walserschen Intentionen genau entgegengesetzt war. Dafür war er von eben den Konservativen beschimpft worden, die später Walser stehend applaudierten. Auch von sozialdemokratischer und grüner Seite erhielt er bemerkenswert wenig Unterstützung. Wörtlich sagte Grass: „Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommenen Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zuläßt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert.“ (Grass 1997). Es mag dahingestellt sein, ob mit Grass der klassische Linksintellektuelle der alten Bundesrepublik bereits seine Abschiedsrede gehalten hat. Sicherlich aber hat mit Walser „der Intellektuellentypus der künftigen Berliner Republik seine Antrittsrede gehalten“ (Brumlik 1999).

Jürgen Habermas hat einen denkbaren anderen Entwicklungsweg in die neue Republik skizziert, einen Staat, der weder allein vom nationalen Empfinden (wie bei Walser) noch vom Markt (wie bei den Neoliberalen) zusammengehalten wird (Habermas 1995). Er plädierte gegen den neu aufkommenden Nationalismus, für friedenssichernde Demokratisierungsstrategien. Dieser Staat wäre ein Übergangsgebilde, das sich verantwortungsvoll seiner NS-Vergangenheit bewußt ist, das durch immer tiefere Integration in die Europäische Union und die westliche Gemeinschaft schrittweise seine Souveränität aufgibt und eine neue Form der demokratischen Legitimation jenseits des überkommenen Nationalstaats sucht. Es liegt auf der Hand, daß diese Richtung keinen Platz haben darf in einer Nation, die „das Jahrhundert hinter sich läßt“ (Schirrmacher 1998/3). Das ändert sich auch nicht dadurch, daß Habermas die Anwendung militärischer Gewalt im Kosovo durch die NATO als möglichen Einstieg in ein neues „Weltbürgerrecht“ in der Nachfolge des klassischen Völkerrechts - allerdings unter Initiative der UNO - betrachtet (Habermas 1999). Befremdlich ist an dieser Position vor allem ihre Geschichtslosigkeit: USA, NATO und Europäische Union haben doch wirkungsvoll die Konflikte auf dem Balkan geschürt, die sie nun vorgeblich durch einen Krieg lösen wollen. So wird die Westintegration mit allen Konsequenzen zum Bollwerk gegen einen Rückfall in „totalitäre“ Barbarei gesehen, die heute ungezügelter Brutalität des Imperialismus aber verkannt.

Das Ende der Vormundschaft über Deutschland?

Damit wären wie wieder beim Stichwort „Normalität“: Was für ein Begriff von „Normalität“ soll nun tonangebend sein in der neuen Berliner Republik? Walser dazu: Die Deutschen müßten immer erst beweisen, daß sie human sind. *Eo ipso* seien sie es nicht (Bubis/Walser 1998). Walser-Mentor Schirrmacher sagte es ähnlich: Mit dem Hinweis auf Auschwitz wollten viele Deutschland das Recht auf Selbstbestimmung verweigern (Schirrmacher 1998/3). Und Paul Scheffer, wieder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Resozialisierung Deutschlands ist in der Tat schon lange vollzogen, die Vormundschaft über das Land muß Vergangenheit sein. ... Niemand kann darüber erstaunt sein, daß viele Deutsche sich immer weniger bereit zeigen, sich der moralischen Vormundschaft unterzuordnen“. (Scheffer 1998). Elisabeth Noelle-Neumann hat diese Haltung als Ausdruck einer stabilen und schon länger erkennbaren Meinungsströmung in der Bevölkerung bezeichnet. Sie erwähnt den „Eindruck der Überfremdung im eigenen Land, sich nirgends mehr zu Hause zu fühlen, Beschimpfungen des eigenen Landes anhören und dulden zu müssen“ (Noelle-Neumann 1999). In der Politik widerspiegelte sich diese Haltung mit Sätzen wie dem des Regierungssprechers Uwe Karsten Heye, unsere Nachbarländer sollten sich daran gewöhnen, „daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt“ (Der Spiegel, 49/1998).

Die enthusiastische Zustimmung großer Teile der politischen Klasse zu der wolkigen Sonntagsrede Walsers, das geradezu befreite Aufatmen des gesunden Volksempfindens signalisierten, an welche Art von „Normalität“ viele denken. Trotz deutlicher Richtungsentscheidungen gibt es im herrschenden Diskurs aber auch noch Unsicherheiten und offene Fragen. Eine betrifft die Tabuisierung des Antisemitismus - bisher ein Grundkonsens der provisorischen Bonner Nachkriegsrepublik, der latenten Antisemitismus bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht ausschloß, ihn oft nur notdürftig verdeckte, aber trotzdem aus Gründen der politischen Reputation der Republik diszipliniert aufrechterhalten wurde. In den Jahren seit der Wiedervereinigung haben sich im politischen Diskurs antisemitische Ressentiments unverfrorener herauskristallisiert. Auch bei Walser sind antisemitische Stereotypen nachweisbar (Wiegel 1999, S. 35f., 40f.; Köhler 1999, S. 78ff.; vgl. auch Brumlik 1999), obwohl er offensichtlich kein dezidiertes Antisemit ist. Deutlicher als bei ihm traten antisemitische Ressentiments in den Debattenbeiträgen Klaus von Dohnanyis und Rudolf Augsteins zutage (Dohnanyi 1998; Augstein 1998). In diesem veränderten geistigen Klima kam aber ein tiefer Einschnitt im bisher offiziell respektvollen Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland zum Ausdruck: Die Juden, so darf man es nun offenbar wieder sehen, sind selbst schuld am Antisemitismus, weil sie den empfindlichen Deutschen immer noch ihre Schande vorhalten. Wenn sie ihren Platz in der neuen deutschen Normalität haben wollen, sollen sie damit aufhören.

Neben Bubis äußerten weitere Diskussions TeilnehmerInnen Bedenken, so Bun-

despräsident Roman Herzog (Frankfurter Rundschau, 10. November 1998), Altbundespräsident Richard von Weizsäcker und die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (Süßmuth 1998) oder der damalige Bundesratspräsident und hessische Ministerpräsident Hans Eichel (FR 18. Dezember 1998), der den Begriff „Normalität“ problematisierte. Herzog, Weizsäcker und Süßmuth versuchten, die Schärfe der Auseinandersetzung zu mäßigen. Mehr oder weniger deutlich äußerten sie die Sorge, Walsers Einlassungen könnten dem deutschen Image unzutraglich sein und dazu provozieren, die bisher noch einigermaßen intakte Tabuisierung des Antisemitismus aufzubrechen und damit Schleusen zu öffnen, die besser geschlossen blieben. Inwieweit ein Bruch dieses bisherigen Tabus Bestandteil der neuen deutschen Normalität sein darf, ist in der Debatte bisher umstritten (ak 1998). Den Tabubrechern der „neuen Mitte“ oder des rechten Spektrums stehen konservative Anhänger bisheriger *political correctness* gegenüber.

Das zeigt sich auch an der Diskussion um das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin, dem Walser, wie erwähnt, eine vehemente Absage erteilt hat. Gegner und Befürworter des Vorhabens gibt es quer durch die politischen Lager. Der ehemalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Helmut Kohl war jahrelang der einflußreichste Befürworter dieses Projekts. In der politischen Klasse gibt es aber auch zahlreiche Stimmen, die bezweifeln, ob „wir“ so etwas heute noch nötig haben (ak 1998). Derzeit deuten die Zeichen darauf hin, daß das Denkmal - in welcher Form auch immer - gebaut und damit der Berliner Republik eingeschrieben wird - möglicherweise aber genau in dem Sinne, in dem Walser den Umgang mit Auschwitz umdeutete: Als Gedenken an etwas „Grauenhaftes“, das aber der Vergangenheit angehört und das die selbstbewußte Politik der neuen „Normalität“ nicht stören kann. Ein Ort, wie es Schröder sagte, wo man gerne hingehet.

Es ist richtig, daß Walsers politisches Denken punktuell Nähe zu rechtskonservativen Positionen aufweist. Kritiker verschiedener politischer Richtungen haben auch recht, wenn sie anmerken, daß sich nun rechtskonservative und sogar rechtsextreme Kräfte auf ihn berufen können (Bubis 1998; Seppmann 1999). Richtig ist auch, daß Walsers Denken Züge eines kulturkritischen Antimodernismus aufweist (Lieber 1999, S.15f.). Es wäre aber verfehlt, wie Hahn richtig feststellt (Hahn 1999, S. 114), Walsers Rede vom Herbst 1998 umstandslos der Strömung der Neuen Rechten zuzuordnen, auch wenn diese seine Rede dankbar aufgenommen haben (Wiegel 1999, S. 56ff). Es handelt sich auch nicht einfach um eine reine „Inflation des Gestrigen“, wie manche linken Kritiker meinen (Vogt 1998). Viele Äußerungen und Veröffentlichungen Walsers über Jahrzehnte hinweg sprechen dagegen. Hier bildet sich unter Zuhilfenahme herkömmlicher konservativer Klischees etwas durchaus Neues heraus.

Aber während Walser treuherzig „Normalität“ einfordert, stellt er sich nicht dem Problem, daß seine Positionsbestimmung von Rechten und Rechtsextremen vereinnahmt werden kann, deren Einfluß er verharmlost und unterschätzt,

wie z.B. im Gespräch mit Bubis (Bubis/Walser 1998) nachzulesen. Er problematisiert auch nicht, daß er zu einer Klimaveränderung maßgeblich beiträgt, in der die Immunität gegen rechtskonservative Positionen auch bei der „Neuen Mitte“ deutlich nachgelassen hat. Er stellt auch an keiner Stelle die Frage, ob denn die Bundesrepublik die vergangenen 50 Jahre dazu genutzt hat, Konsequenzen aus Faschismus und Holocaust zu ziehen? Denn nur das könnte doch ein Weg sein, einer politischen „Normalität“ näherzukommen: Wurden die faschistischen Täter bestraft? Wurden die Opfer geehrt und, wo noch möglich, entschädigt? Gab es zuviel Erinnerung an Auschwitz, zu viel Aufarbeitung der Vergangenheit, zu viel Aufklärung, auch durch Massenmedien? Wurden die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend geändert, die das alles hervorbrachten? Gab es in der Nachkriegs-Bundesrepublik etwa einen antifaschistischen gesellschaftlichen Grundkonsens, wie ihn andere europäische Länder hervorbrachten? Solche Fragen zeigen nur, wie wenig Anlaß in Wirklichkeit besteht, jetzt die Vergangenheit für erledigt zu erklären und zur „Normalität“ überzugehen.

Die Kampagne um die Walser-Rede wurde - wiederum unter tätiger Mithilfe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ - geschickt mit anderen Aspekten der „Normalitäts“-Diskussion verknüpft, so in der jüngsten Zeit auch mit der Frage der Beteiligung Deutschlands am Krieg der NATO gegen Jugoslawien, ausgerechnet auf dem Balkan also. Diese Kriegsbeteiligung wurde als Ausdruck der bereits wiedergewonnenen deutschen „Normalität“ betrachtet. Nur ein Deutschland, das sich von der historischen Schuld am Holocaust und am Weltkrieg nicht mehr belastet fühlt, das sich nicht mehr schämt, kann unbefangen an einem solchen Krieg teilnehmen. Diese Aufhebung des antifaschistischen, modernen Völkerrechts (vgl. den Beitrag von Uwe Jens Heuer in diesem Heft) zugunsten einer Politik offener staatlicher Machtentfaltung unter aktiver Beteiligung Deutschlands wurde moralisch als Notwehr gegen einen drohenden neuen Faschismus verbrämt. Milosevic wurde mit Hitler gleichgesetzt, die Unterdrückung und Vertreibung der albanischen Bevölkerung im Kosovo mit Auschwitz verglichen, der Krieg der NATO zu einer Art Neuauflage des militärischen Kampfes der Anti-Hitler-Koalition überhöht und sogar mit dem linken antifaschistischen Widerstand verglichen. Flüchtlinge wurden in bewußter Wortwahl zu Vertriebenen, es wurde von Deportationen und Konzentrationslagern gesprochen usw. Diese Argumentationsmuster sind auch in der politischen Klasse nicht unumstritten, aber sie prägen die Diskussion maßgeblich.

Auch darin zeigt sich, wie wenig in Deutschland von „Normalität“ die Rede sein kann. Grüne und sozialdemokratische Politiker, die diese Argumentationsmuster benutzen, geben damit letzte Positionen kritischer Theorie auf und „verschanzen sich in den Kasematten des Historikersteits“ (Sozialismus, 5/1999, S. 3). Vor allem steckt darin eine schon ins politische Alltagsbewußtsein eingesickerte Verharmlosung und Relativierung des Faschismus und des Holocaust, denen Walser zumindest Vorschub geleistet hat. Mit Recht haben sich Auschwitz-Überlebende und ehemalige Widerstandskämpfer in einem

Aufruf dagegen gewandt, zugunsten des Auftrags „Nie wieder Auschwitz“ dürfe auf das Postulat „Nie wieder Krieg“ verzichtet werden. Sie warfen der Bundesregierung vor, „eine aus der Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der Menschheitsgeschichte bisher einmaligen Verbrechen“ zu betreiben (Offener Brief 1999). An die Stelle des Antifaschismus tritt ein ritualisierter „antitotalitärer“ Konsens. Dieser wiederum schließt eine Sinnentleerung der Kritik am Faschismus ein: Jede beliebige Unterdrückung, jedes autoritäre politische System kann, wenn es beliebt, als faschistisch bezeichnet werden. Daraus ergeben sich dann nach Belieben konstruierte moralische Rechtfertigungen für Interventionen, die an die Stelle völkerrechtlich verbindlicher Normen treten. Auch diese Art der politischen Brutalisierung gehört zur „Normalität“ der Berliner Republik.

Die „Normalität“ der Berliner Republik geht nach der jetzigen Lage der Dinge nicht in die Richtung eines großdeutsch-nationalistischen Konsenses, der „Normalität“ schlicht als die Überwindung noch immer vorhanden geglaubter Souveränitätsbeschränkungen interpretiert und im Grunde das Staatsverständnis des Deutschen Reiches von 1871 wiederaufnimmt (Schmierer 1999), als dessen Rechtsnachfolger sich die Bonner und Berliner Republik ja auch verstand und weiterhin versteht. Das ist ein Konzept, das in dieser reinen und fundamentalistischen Form nur bei der „Neuen Rechten“ vertreten wird. Spuren dieses Denkens finden sich auch bei CDU und CSU. Es beinhaltet aber den deutschen Anspruch auf einen Sonderweg, und gerade diesem wird zugunsten der Einbindung in die EU und die NATO eine vehemente Absage erteilt. Darüber herrscht trotz unterschiedlicher Akzentuierungen Übereinstimmung zwischen den politischen Lagern. Zwar wurde diese Option eines deutschen Sonderweges in der Phase der Wiedervereinigung in der politischen Klasse der Bundesrepublik zeitweilig vorsichtig sondiert, blieb aber eine Minderheitsposition. Auch die USA, Großbritannien und Frankreich ließen diese Option nicht zu. Tatsächlich ist das wiedervereinigte Deutschland fest in die Europäische Union und in die - allerdings ungleiche - Partnerschaft mit den USA in die NATO integriert. Die Staatsbildung der Berliner Republik als normaler Staat ist für die maßgeblichen Kräfte der politischen Klasse anders gar nicht denkbar. Hier können rechtskonservative Elemente und nationalistische Töne mehr als früher einfließen, vor allem auf der Ebene der geistig-kulturellen Diskurse - aber dies ist kein rechtsnationales Konzept, sondern eines der politischen Mitte, wie sie sich als richtungweisende Strömung der Berliner Republik konstituiert.

Die politisch-kulturelle Debatte, der Walsers Intervention vorübergehend beträchtlich Schärfe verliehen hat, hat signalisiert, daß die politischen Fronten neu formiert werden. Auch in den politischen Auseinandersetzungen um die Rolle Deutschlands im Kosovo-Krieg haben sich neue Interessenkonstellationen gezeigt: Der mainstream ist offenbar ein modernisierter Konservatismus, der sowohl in der Regierungskoalition als auch bei den Parteien der alten Bundesregierung dominiert und sich innerhalb dieser Lager vielfach variiert und nuanciert. Dagegen ist bisher der Einfluß linksbürgerlicher, linkssozial-

demokratischer und linkssozialistischer Strömungen weiter zurückgegangen. Walser hat dazu beigetragen, das Klima zu schaffen, in dem das leichter vorstatten geht. Damit setzt sich diese Richtung sowohl gegen den traditionellen Konservatismus als auch gegen die Linke ab. Walsers Verhöhnung von Habermas und Grass, gegen die sich kaum eine ernstzunehmende Stimme aus der Linken erhoben hat, auch nicht aus Kreisen der Regierungskoalition, weist in diese Richtung: Die Protagonisten der neuen Berliner Republik wollen auf dem Weg in die „Normalität“ jegliche Weichenstellung in eine demokratischere und zivilere Entwicklungsrichtung verhindern. Ob das gelingt, muß sich in den öffentlichen Auseinandersetzungen herausstellen.

Literatur

- ak 1998: Sonntagsrede mit Folgen. Martin Walsers Appell an die selbstbewußte Nation, in: analyse und kritik, 17. Dezember 1998.
- Altenburg 1997: Die deutsche Sau wird rausgelassen. Interview mit Matthias Altenburg, in: Marxistische Blätter, 6/1997, S. 56 – 60.
- Arend 1999: Ingo Arend, Parlamentarische Sitzprobe, in: Freitag, 17, 23. April 1999.
- Augstein 1998: Rudolf Augstein, Wir sind alle verletzbar, in: Der Spiegel, 49/1998, S. 32f.
- Baier 1998: Lothar Baier, Meister Anton und Walsers Schande, in: Freitag, 51, 11. Dezember 1998.
- Brumlik 1998: Micha Brumlik, Abschied vom Gerechtigkeitsdiskurs? Die Rolle der Intellektuellen in der „Berliner Republik“, in: kommune 12/1998.
- Brumlik 1999: Micha Brumlik, Apologie und Amoral, in: konkret, 2/1999, S. 19 – 21.
- Bubis 1998: Ignatz Bubis, Wer von der Schande spricht. Niemand darf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auslöschen: Eine Rede zum 9. November, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. November 1998.
- Bubis 1998/2: Ignatz Bubis, Über den Seelenfrieden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 1998.
- Bubis/Walser 1998: Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung. Das Treffen von Ignatz Bubis und Martin Walser, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998.
- Burkhardt 1999: Wolfram Burkhardt, Hinsehen – sonst droht Verwilderung, in: Sozialismus, 2/1999, S. 4-6.
- Dohnanyi 1998: Klaus von Dohnanyi, Eine Friedensrede, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1998.
- Grass 1997: Günter Grass, Die Literatur verkuppelt uns und macht uns zu Mittätern. Laudatio auf Yasar Kemal in der Frankfurter Paulskirche, in: Frankfurter Rundschau, 20. Oktober 1997.
- Habermas 1995: Jürgen Habermas, Aufgeklärte Ratlosigkeit. Warum die Politik ohne Perspektiven ist, in: Frankfurter Rundschau, 30. Dezember 1995.
- Habermas 1999: Jürgen Habermas, Bestialität und Humanität, in: Die Zeit, 18, 29. April 1999.
- Hahn 1999: Erich Hahn, Ideologien am Ende eines Jahrzehnts, in: Z 37, März 1999, S. 107-117.
- Klotz/Wiegel 1999: Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999.
- Köhler 1999: Kai Köhler, Die poetische Nation. Zu Martin Walsers Friedenspreisrede und seinen neueren Romanen, in: Klotz/Wiegel 1999, S. 65ff.
- Küntzel 1999: Matthias Küntzel, Getriebe der Erinnerung. Normalität und Wahn, in: konkret

- 2/1999, S. 16 – 19.
- Lieber 1999: Christoph Lieber, „Sprachmensch“ contra „Meinungssoldat“. Martin Walser und der Antimodernismus der politischen Klasse, in: Sozialismus 1/1999, S. 15f.
- Noelle-Neumann 1999: Elisabeth Noelle-Neumann, Rückkehr in das Leben, das wirklich zählt? Deutschland im Frühjahr 1999, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März 1999.
- Offener Brief 1999: Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping. Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge, in: Frankfurter Rundschau, 23. April 1999.
- Raulff 1998: Ulrich Raulff, Das geteilte Gedächtnis. Ignatz Bubis attackiert Martin Walser, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. November 1998.
- Rohloff 1998: Joachim Rohloff, Heuchler in braun, in: konkret 10/1998, S. 46 - 49.
- Rosh 1999: Lea Rosh, „Die Juden, das sind doch die anderen“, in: Klotz/Wiegel 1999, S. 118ff.; zuerst in: Frankfurter Rundschau, 6. Februar 1999.
- Scheffer 1998: Paul Scheffer, Das Mißtrauenskapital schwindet. Die Walser-Bubis-Kontroverse zeigt, daß die Zeit der Vormundschaft über Deutschland vorbei ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Dezember 1998.
- Schirmmacher 1998: Frank Schirmmacher, Sein Anteil. Laudatio auf Martin Walser, in: Walser 1998, S. 29ff.
- Schirmmacher 1998/2: Frank Schirmmacher, Seelenarbeit. Zwischenbeschreibung: Walser antwortet seinen Kritikern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. November 1998.
- Schirmmacher 1998/3: Frank Schirmmacher, Ein Gespräch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998.
- Schmierer 1999: Joscha Schmierer, Von Hysterie und Normalität. Zu Klimafragen der Bundesrepublik, in: kommune 1/1999.
- Schütte 1998: Wolfram Schütte, Der Fleck auf seinem Rock. Nach dem Gespräch Walser/Bubis: ein deutscher Trauerfall, in: Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1998.
- Seppmann 1999: Werner Seppmann, Kann sich Auschwitz wiederholen?, in: Marxistische Blätter 1/1999, S. 76-79.
- Süssmuth 1998: Rita Süssmuth, Erinnern und Gedenken sollen nicht lähmen, sondern wachsam machen, in: Frankfurter Rundschau, Weihnachten 1998.
- Klotz/Wiegel 1999: Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln.
- Vogt 1998: Ursula Vogt, Die Inflation des Gestrigen, in: Unsere Zeit, 18. Dezember 1998.
- Walser 1997: Es ist das Vorurteil, das den Ausschlag gibt. Martin Walser über Platzanweiser, linke Millionäre und die Diffamierungspotenz der 68er, in: Frankfurter Rundschau, 24. März 1997 (Gespräch aus Anlaß seines 70. Geburtstags).
- Walser 1998: Martin Walser, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, Frankfurt/Main, zuerst erschienen unter dem Titel „Die Banalität des Guten“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 1998.

Deutschland führt wieder Krieg

Deutschland führt wieder Krieg. Von Tag zu Tag nimmt die Wucht der Luftangriffe zu. Gleich zu Beginn lehnte ein wesentlicher Teil, im Osten sogar die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg ab. Während sich in Westdeutschland die Zustimmung zum Kampfeinsatz (38,4 %) und das Abhängigmachen von der - nicht vorliegenden- Entscheidung der UNO (37,8 %) die Waage halten, stimmen nur 21,5 % im Osten vorbehaltlos zu, 43,4 % verlangen ein UNO-Mandat, 30,2 % (im Westen 20,4 %) sind in jedem Fall dagegen. Bei der Frage nach dem Einsatz deutscher Soldaten (ohne Bezugnahme auf ein UNO-Mandat), sind im Westen 60 % dafür im Osten 60 % dagegen.¹

Die Menschen sind beunruhigt, viele haben Angst, viele sind unsicher in der Bewertung. In der Berichterstattung der Massenmedien wächst der Widerspruch zwischen den Bildern, ihrer Kommentierung und einer sachlichen Analyse. Vom Völkerrecht als Ganzem ist keine Rede mehr, die Moderatoren versuchen zunehmend, die Politiker zu Aussagen über neue Angriffsmaßnahmen zu provozieren. Immer wieder scheut man sich vom Krieg zu sprechen, ersetzt diesen Begriff durch verharmlosende Formulierungen. Bei den Kriegsgegnern nehmen Wut, Erregung, aber auch das Gefühl von Ohnmacht zu. Es wächst der Wunsch nach einer objektiven Analyse, die Ausgangspunkt für eigenes Handeln sein kann.

I. NATO-Krieg und Völkerrecht

Am vergleichsweise einfachsten ist die Frage der rechtlichen Grundlagen dieses Krieges zu beantworten. Die NATO hat am 24. April 1999 Jugoslawien, einen souveränen ebenfalls der UNO angehörenden Staat mit militärischen Mitteln, also mit Gewalt, angegriffen. Gemäß Artikel 2 Punkt 4 der Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945 haben alle Mitglieder „jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“ zu unterlassen. Von diesem Verbot gibt es gemäß Kap. VII der Charta nur zwei Ausnahmen. Erstens kann der Sicherheitsrat - und nur er - feststellen, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt und dann entsprechende Maßnahmen bis hin zu militärischen Sanktionen ergreifen (Art. 39 ff). Zweitens hat jeder Staat bei einem bewaffneten Angriff auf ein Mitglied der Vereinten Nationen das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Ent-

¹ NATO-Aggression ohne hinreichende Legitimation (Dietmar Wittich), Pressedienst PDS, 1999, Nr. 14, S. 2. Am 20. und 21. April erklärten sich in West bzw. Ost jeweils 43 bzw. 33 % für eine Fortsetzung des Bombardements, 19 bzw. 11 % für den zusätzlichen Bodeneinsatz und 30 bzw. 49 % für die Einstellung der Bombardements (Der Spiegel Nr. 37/1999, S. 23).

sprechende Maßnahmen sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen (Art. 54). Ein Angriff Jugoslawiens auf einen der NATO-Staaten lag nicht vor und wurde dementsprechend auch nicht angezeigt.

Das Verbot des Angriffskrieges durch die UN-Charta ist ein zentraler Bestandteil des antifaschistischen Völkerrechts der Epoche nach dem 2. Weltkrieg. Am 8.8.1945 hatten die vier Siegermächte in London die Errichtung eines internationalen Militärgerichtshofs und dessen Statut beschlossen. Er war zuständig für die Aburteilung von Verbrechen gegen den Frieden, von Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Krieges. Unabhängig davon, ob bereits vorher, insbesondere durch den Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der Angriffskrieg rechtsverbindlich zum Verbrechen erklärt worden war, stand die Völkerrechtswidrigkeit der verbrecherischen Entfesselung des zweiten Weltkrieges als Angriffskrieg zum Zeitpunkt von Statut und Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes fest.²

Verschiedentlich wurde -gerade auch in letzter Zeit- die Tatsache kritisiert, daß die Entscheidung über die Anwendung von Gewalt zwischen Staaten vom Weltsicherheitsrat gefällt wird und insbesondere, daß dabei die Einstimmigkeit von fünf Staaten der Anti-Hitler-Koalition verlangt wird (das sog. Vetorecht). Diese Stellung ergab sich aus den Machtverhältnissen nach dem zweiten Weltkrieg. Sie wurde später abgestützt durch die entsprechenden militärischen Potentiale, insbesondere das atomare Patt. Wie jede rechtliche Regelung spiegelte sie ein bestimmtes Kräfteverhältnis wieder und sicherte in erheblichem Maße die Konfliktlösung. Sie schloß allerdings vor allem ein Vorgehen gegen eine der beiden Weltmächte aus. Sicherlich wäre auch eine andere Regelung denkmöglich. Seit langem wird über die Erweiterung des Sicherheitsrats durch weitere Staaten, vor allem aus der dritten Welt diskutiert. Eine absolute Gerechtigkeit kann es auch hier nicht geben. Soll jeder Staat eine Stimme haben wie in der Vollversammlung - damit wären die USA nie einverstanden- oder soll es nach der Bevölkerungszahl gehen? Vetorechte des Präsidenten gibt es in den USA, des Bundesrates in Deutschland, beide gegenüber der gewählten Volksvertretung. Trotzdem wird niemand auf die Idee kommen, dieses Vetorecht für unzulässig zu erklären.

Ist ein Krieg zur Durchsetzung von Menschenrechten in einem anderen Staat zulässig? Auch die Menschenrechte wurden international erstmalig in der UN-Charta verankert, in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 von der Vollversammlung beschlossen und dann mit zwei internationalen Pakten 1966 rechtsverbindlich gemacht. Die Staaten sind zu ihrer Einhaltung verpflichtet. Hier ist noch außerordentlich viel zu tun. Allerdings ist es nicht zulässig, die völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechte aus dem Bestand des Völkerrechts herauszulösen, insbesondere dem Gewaltverbot

² Vgl. hierzu das Urteil sowie speziell zur Frage der Völkerrechtswidrigkeit des Angriffskrieges vor 1945 die Einleitung, in: Der Nürnberger Prozeß, ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P.A. Steiniger, Berlin 1957.

entgegenzusetzen. Ihre Verwirklichung ist in erster Linie Verpflichtung des einzelnen Staates. Die anderen Staaten sowie die Vereinten Nationen können es von ihm verlangen und auch zivile Mittel bis hin zu Sanktionen verwenden. Militärische Gewalt aber gehört nicht zu ihnen, zumal sie in der Regel mehr an Menschenrechten zerstört als sichert. Deshalb darf auch das Entscheidungsmonopol des Sicherheitsrates nicht angetastet werden. Anderenfalls wäre der Zustand von vor 1945 - des jus ad bellum - wiederhergestellt, nur diesmal unter der Flagge der Menschenrechtsverteidigung.³

Der Angriffskrieg ist und bleibt das schwerste völkerrechtliche Verbrechen. Der NATO-Vertrag nimmt ausdrücklich auf die UN-Charta Bezug. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 heißt es am Ende: „Die Regierungen der BRD und der DDR erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ Das Grundgesetz endlich erklärt ausdrücklich im Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Es war schon gespenstisch, daß diese Rechtslage in der Vorbereitung der verhängnisvollen Entscheidung des Bundestages am 16. Oktober 1998, ich war damals noch Mitglied, obwohl schon der neue Bundestag gewählt war, überhaupt nicht ernsthaft diskutiert wurde.

Den Mitgliedern des Rechtsausschusses, der übrigens noch gar keinen Auftrag vom Bundestag hatte, war am Vortag ausgesprochen unwohl. Staatssekretär Funke sprach von außergewöhnlichen Umständen, von rechtlicher Umstrittenheit, die humanitäre Intervention sei im Entstehen begriffenes Völkerrecht. Herr Stiffenberg vom Justizministerium sprach von einem ganz speziellen Ausnahmefall, vom Unvermögen des Sicherheitsrates, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Die Sicherheitsratsresolution 1199, in der von militärischen Sanktionen eben nicht die Rede war, sei keine eigenständige Ermächtigung, wohl aber ein wesentlicher Baustein. Frau von Renesse von der SPD sprach von einem internationalen Nothilferecht. In der Bundestagsdebatte des folgenden Tages berief sich der Noch-Außenminister Kinkel vor allem darauf, daß unsere Partner sich auf uns verlassen können. Auch er erklärte, daß dieser Beschluß nicht zum Präzedenzfall werden dürfe. Gerhard Schröder verwies auf Bedenken vieler Kollegen zur Rechtsgrundlage, ihm sei ein neues Mandat lieber gewesen. Auch für Schäuble war ein klares Mandat besser, aber auch ohne das wären wir zum Handeln gezwungen. Man müsse auch an das denken, was morgen anstehen kann. Nur Gregor Gysi, Kurt Neumann, Burkhard Hirsch und ich (beide in persönlichen Erklärungen) sprachen klipp und klar gegen die Völkerrechtswidrigkeit der Bundestagsentscheidung. Ich wies den Außenminister hin auf einen Artikel von Prof. Fastenrath in der FAZ vom gleichen Tag

³ Vgl. dazu U.-J. Heuer, G. Schirmer, Menschenrechte und Großmachtspolitik, Z 35, September 1998, S. 172.

unter der eindeutigen Überschrift „Es wird ein Präzedenzfall geschaffen“. Es werde auf den Zustand vor der Gründung der UNO zurückgegangen, auf das Faustrecht.

Der Bundestag beschloß die Kriegsermächtigung mit 503 Ja-Stimmen, 63 Neinstimmen und 18 Enthaltungen. Es folgten auf dieser Grundlage Ergänzungsbeschlüsse des Bundestages am 13.11. und am 19.11.1998 sowie am 25.2.1999 mit einer sich immer mehr auf die PDS reduzierenden Gegnerschaft.

Hier und in der Folgezeit ist kaum noch von den juristischen Grundlagen die Rede.⁴ Am 26.3. erklärte Wolfgang Schäuble im Bundestag: „Es ist nicht die Zeit für verfassungsrechtliche Rabulistik“⁵. In der Bundestagsitzung vom 19.4.1999 zur inneren Einheit Deutschlands charakterisierte Wolfgang Thierse die Entspannungspolitik gegenüber der DDR als eine humanitäre Intervention unter den damaligen Bedingungen und sprach von einem hohen völkerrechtlichen Risiko sowie von tiefer Tragik. Für Gerhard Schröder ist der Krieg gegen Jugoslawien nicht weniger als eine neue Seite der Weltgeschichte, es ginge um den Gründungskonsens für ein Europa der Menschen und der Menschenrechte. In der Bundestagsdebatte vom 15.4.1999 hatte er sogar behauptet, daß der Anlaß für dieses Zusammenstehen in der EU, also der Angriffskrieg, „die Werte und die Grundorientierungen der Europäer, des europäischen Zivilisationsmodells berührt.“ Etwas realitätsnäher sprach Schäuble von der Notwendigkeit staatlicher Machtentfaltung. Auf eine direkte Frage des „Spiegel“ nach den völkerrechtlichen Grundlagen wußte Gerhard Schröder nichts weiter zu antworten als: „Ich halte es da mit dem Bundespräsidenten, der einer der wichtigsten Grundgesetzkommentatoren war (übrigens zusammen mit Maunz, einem anonymen Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“) und der die völkerrechtliche Grundlage für klar gegeben sieht. Man kann das auch anders sehen“ und sprach dann von Nothilfe.⁶ Die neue Regierung steht auch hier durchaus in Kontinuität. Bereits am 19.6.1998 hatte der damalige Außenminister Rühle erklärt: „Der Königsweg ist der Weg über den UN-Sicherheitsrat. Aber was machen Sie, wenn sie dort kein Ergebnis bekommen ... Wir handeln auf einer gesicherten Rechtsgrundlage.“

In diesen Positionen tritt eine Richtung zu Tage, die man nur als rechtsnihilistisch charakterisieren kann. Nicht zuletzt die Erfahrungen der DDR haben mich gelehrt, gegenüber jedem Angriff auf das positive Recht im Namen höherer Werte, „der Geschichte“, der Politik, der Gerechtigkeit mißtrauisch zu sein. In der DDR gab es immer wieder das Bestreben, unter Berufung auf die

⁴ E. O. Czempiel verwundert sich vor allem über die Sprachlosigkeit der politischen Klasse. Der Pazifismus habe sich wohl in der Blauhelmdebatte erschöpft (Seltsame Stille, Die ZEIT vom 31.3.1999).

⁵ C. Schwägerl, Die Mehrheit im Bundestag unterstützt weitere Angriffe, Berliner Zeitung vom 28.3.1999.

⁶ Ich bin kein Kriegskanzler, Der Spiegel, Nr. 15/1999, S. 35.

von der Geschichte legitimierte „Parteilichkeit“ die Einhaltung des positiven Rechts in Frage zu stellen. Ich habe die Position der Einhaltung des geltenden Rechts nachdrücklich verteidigt, weil sie in meinen Augen für sozialistische Demokratie und Gesetzlichkeit unverzichtbar war: „Jede andere Position würde neben das geltende Recht ein zweites, drittes, viertes Recht stellen, das sich auf objektive Gesetze, Ergebnisse der Wissenschaft, Vorstellungen der Massen oder Parteibeschlüsse berufen könnte.“⁷

Bundesdeutsche Juristen haben mit Recht mangelnde Rechtsstaatlichkeit in der DDR kritisiert. Wie aber heute, besonders auf dem Gebiet des Völkerrechts, aber auch innerstaatlich, ausgehend von der Behandlung Ostdeutschlands, mit der Rechtsstaatlichkeit umgegangen wird, das ist schon erschreckend. Immerhin sind hier, um Gegensatz zur DDR, überwiegend Einser-Juristen tätig. In meiner letzten Rede im Bundestag am 27.5.1998 habe ich meinen Kollegen gesagt, daß ich mehr rechtsstaatliches Bewußtsein und weniger Zurückweichen vor der Politik des Bundeskanzleramts erwartet hätte. Tatsächlich mußte ich nun ihnen gegenüber Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsmäßigkeit einklagen. In der Richtigkeit meiner Position sehe ich mich durch einen Artikel der FAZ erneut bestätigt, in dem es heißt: „Vielsagend ist, daß die PDS sich in ihrer Argumentation, die in den neuen Bundesländern weithin auf fruchtbaren Boden fällt, wiederum legalistischer Argumentationsmuster bedient. Die Angriffe der Nato seien, da nicht einstimmig vom Sicherheitsrat beschlossen, völkerrechtswidrig ... Dasselbe Modell wendet die PDS auch auf die justizförmige Vergangenheitsbewältigung des staatlich induzierten Unrechts in der DDR an. Hier argumentiert sie mit dem rechtsstaatlichen Rückwirkungsverbot. In beiden Fällen soll das Recht aber nur instrumentalisiert werden, um Rechtsbrecher und Rechtfertigungsverächter vor Strafe oder Gegenmacht zu schützen.“⁸ Ich hatte bisher stets angenommen, daß sich jeder auf die Rechte berufen kann, die er hat, unabhängig davon, ob er ein Guter oder ein Böser ist. Gerade darin besteht die zivilisatorische Bedeutung des Rechts, übrigens im Unterschied zur Moral.

Fazit: Deutschland führt als Mitglied der NATO gegen Jugoslawien einen völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg. Zugleich bildet dieser bewußte Bruch des Völkerrechts den Auftakt für die offene Aufhebung des antifaschistischen, modernen Völkerrechts mit seinem Verbot des Angriffskrieges.

⁷ U.-J. Heuer, *Recht und Wirtschaftsleitung im Sozialismus. Von den Möglichkeiten und der Wirklichkeit des Rechts*, Berlin 1982, S. 128. Vgl. dazu jetzt: ders., *Recht und Politik*, Z. 29, März 1997, S.91 ff., Abschnitt 1: Vom Eigenwert juristischen Kampfes.

⁸ V. Zastrow, *Nachkriegszeit*, FAZ vom 19.4.1999.

2. Kriegsmoral oder „Das zu fressende Lebewesen muß böse sein“ (Theodor W. Adorno)⁹

Was aber tritt nun an die Stelle der völkerrechtlichen Legitimation? Wer entscheidet denn nun über Krieg und Frieden und nach welchen Maßstäben? An die Stelle des rechtlichen Maßstabs des Völkerrechts tritt in der Argumentation der Politiker, der Massenmedien die moralische Empörung. Unablässig ist von Greueln, von Verbrechen, von hunderten, ja tausenden von Massakern, von zahllosen Massengräbern, ja von Völkermord die Rede. Pazifismus wird als abstrakt, platt, Pazifisten werden als gesinnungsethische Illusionisten abgestempelt. Einmal wird Jugoslawien vorgeworfen, daß es die Menschen vertreibe, dann wieder, daß es sie zurückhalte. Abwechselnd lautet der Sprachgebrauch Flucht, Vertreibung, Deportation. Besonders Rudolf Scharping tut sich mit allgemeinen Behauptungen hervor. Er spricht von Konzentrationslagern, ohne den Schatten eines Beweises, und Gerhard Schröder antwortet darauf: „Es kommt darauf an, was man dem Begriff unterlegt.“¹⁰ Was die Opfer des Luftkrieges auf serbischer Seite betrifft, so werden sie so lange wie möglich geleugnet, dann wird die technizistische Vokabel „Kollateralschäden“ eingeführt. Von menschlichen Verlusten wird nur bei der Zivilbevölkerung gesprochen, die toten Soldaten der anderen Seite zählen nicht als Menschen. Je linker die Vergangenheit, desto schärfer die Tonart. Am 15. April warf Joseph Fischer Gregor Gysi im Bundestag wegen seines Gesprächs mit Milosevic vor, er mache sich „zum Weißwäscher der Politik eines neuen Faschismus“. Fischer sieht sich folgerichtig in der Rolle der spanischen Widerstandskämpferin 'La Pasionaria': „Wir führen keinen Krieg, wir leisten Widerstand ... die Faschisten kommen nicht durch.“¹¹

Eine ungeheure moralisch-propagandistische Welle ergießt sich über das Land, in die sich wenig kritische Stimmen mischen. Man muß deshalb wohl Schröders Behauptung: „Demokratien verfügen nun mal nicht über die Propagandamaschinen von Diktaturen“¹² in Frage stellen. Allerdings wachsen die Zweifel an der Wirksamkeit der Propaganda, werden Stimmen gegen Manipulierung laut.

Kein Zweifel, in Kosovo tobt ein Bürgerkrieg, ein Bürgerkrieg mit einer langen Geschichte. Es werden schlimme Untaten begangen. Gregor Gysi hat wieder auf systematische Vertreibungen von Kosovo-Albanern durch jugoslawische Armee und Polizei in den Grenzregionen, aber nicht nur dort, hingewiesen.¹³ Die Logik des Krieges und erst Recht eines Bürgerkrieges führt zu immer härteren Aktionen, die ihrerseits entsprechende Antworten auslösen.

⁹ T. W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt am Main 1970, S. 31.

¹⁰ Ich bin kein Kriegskanzler, a.a.O., S. 34.

¹¹ Milosevic wird der Verlierer sein, *Der Spiegel*, Nr. 16/1999, S. 36.

¹² Ich bin kein Kriegskanzler, a.a.O., S. 33.

¹³ Raus aus der Logik des Krieges, *Neues Deutschland* vom 19.4.1999.

Ralph Hartmann schreibt über die Geschichte Jugoslawien seit 1991, daß der Bürgerkrieg „von allen Seiten mit größter Härte und nicht selten mit fast unvorstellbarer Brutalität geführt“ wurde. „Irrationaler nationalistischer Haß gegen mittelalterliche Grausamkeit, Verletzungen elementarer Menschenrechte, begangen von allen Konfliktparteien, waren an der Tagesordnung. Das Töten, Brandschatzen und Foltern der einen werden nicht durch das Morden, Plündern und Martern der anderen relativiert“. Bereits 1994 habe die ZEIT in einem Beitrag zum „Krieg der Kriegsreporter“ geschrieben, daß nicht alle westlichen Medien sich die Mühe machen, der Wahrheit nachzugehen, „manche berichten nach dem Motto: Zum Teufel mit den Fakten, wenn nur das Feindbild stimmt“. ¹⁴ „Das Ziel der Vertreibung der ethnisch anderen, die Säuberung des Kosovo von ihnen ist zu unterschiedlichen Zeiten von beiden Zeiten verfolgt worden ... Ganz überwiegend ist das, was die Reporter heute Menschenrechtsverletzung nennen, kriegsimmanent.“ schreibt Günter Gaus. „Jede kriegführende Partei ist in unterschiedlichem Maße daran beteiligt, auch die NATO. In demokratisierten Bewegungs-Kriegen ist in der Regel die Zivilbevölkerung stärker gefährdet als das Militär.“ ¹⁵

Ein wichtiger Bestandteil des Propagandakrieges ist die Berufung auf Geschichte, jüngste Geschichte wie Geschichte dieses Jahrhunderts, aber auch älteste Vergangenheit bis zurück zur Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje) 1389, bei der die Serben von den Türken vernichtend geschlagen wurden. Kein Zweifel, die Albaner waren im königlichen Jugoslawien vor dem 2. Weltkrieg unterdrückt, kein Zweifel aber auch, daß sie dann mit der NS-Besatzungsmacht zusammenarbeiteten. Seit 1974 genossen sie eine umfassende Autonomie, die fast der einer Republik Jugoslawiens gleichkam. 1989 wurden diese Rechte eingeschränkt, die Kossovoalbaner traten in den Generalstreik, es gab bewaffnete Auseinandersetzungen. Der Autonomiestatus blieb erhalten, wurde aber von den Kossovoalbanern boykottiert, sie nahmen ihr Wahlrecht nicht wahr, gründeten eigene Schulen, wählten eine eigene Volksvertretung und einen eigenen Präsidenten. 1997 nahm dann die UCK als Untergrundarmee ihre Tätigkeit auf. Ihr Ziel war ein unabhängiges albanisches Kosovo. Die jugoslawische Regierung bekämpfte diese zunehmend vom Westen unterstützte Bewegung als terroristisch. Es wurde dann von der NATO eine Verständigung über den Abzug des größten Teils der jugoslawischen Verbände erzwungen, wobei die UCK ihrerseits nachrückte. 1200 OSZE Beobachter ohne Waffen (teilweise Polizisten in Zivil) sollten den Waffenstillstand kontrollieren. Verhandlungen in Rambouillet scheiterten. Das inzwischen - aber eben erst nach Kriegsbeginn - veröffentlichte Dokument, das von den Kossovoalbanern, deren Vertreter jetzt die UCK ist, aber nicht von Jugo-

¹⁴ R. Hartmann, „Die ehrlichen Makler“. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Eine Bilanz, Berlin 1999, S. 145. Das zentrale Anliegen Hartmanns ist der Nachweis des deutschen Anteils am Zerfall Jugoslawiens und damit auch seiner fürchterlichen Folgen.

¹⁵ G. Gaus, Entschlossene Ratlosigkeit, Freitag, 2. April 1999.

slawien akzeptiert worden war, wäre eine Kapitulationsurkunde Jugoslawiens ohne Krieg gewesen. Ähnliche Verträge waren China nach den Opiumkriegen ab 1839 aufgezwungen worden. „Erst wenn Staaten kapituliert hatten, sicherten sich Besatzungsmächte solche Rechte“. ¹⁶ Die Serben erinnern sich noch heute an ein unannehmbares Ultimatum Österreich-Ungarns vom 23.7. 1914. Ein bis heute ungeklärtes Massaker bei Racak (40 Tote), einer Hochburg der UCK, am 15. Januar wurde den Jugoslawen angelastet, die Auseinandersetzungen verschärfen sich wieder.

Dem Abzug der Beobachter folgte der NATO-Krieg, der dann seinerseits die Vertreibungswelle auslöste, jedenfalls ungeheuer anheizte. Vertreibungen gehören allerdings zur Geschichte der Auflösung Jugoslawiens von Anfang an. Die wohl vorher größte Vertreibung, allerdings ohne ernsthafte internationale Reaktionen, erfolgte in der von Serben bewohnten kroatischen Kraina, wo sich 1990 die Serben von dem jetzt von den kroatischen Nationalisten beherrschten Staat abgespalten hatten. Sie wurden von der UNPROFOR seit 1992 geschützt, 1995 in wenigen Tagen überrollt, über 200 000 Serben flohen, ein Teil wurde im Kosovo angesiedelt. ¹⁷

Vor dieser Geschichte müßte jede Rechthaberei schweigen, wäre es notwendig gewesen, alles zu tun, um die Konflikte zu mildern, nicht sie zu schüren. Genau das ist aber nicht geschehen. Die Gründe hierfür sollen unter 3. skizziert werden. Durch den NATO-Krieg jedenfalls ist keine Milderung erfolgt, der Nationalismus aller Beteiligten nur angeheizt worden. Dabei wird zwischen gutem und bösem Nationalismus entschieden. Ein Großserbien ist schlimm, das war es übrigens schon 1876 ¹⁸, ein Großkroatien, ein Großalbanien ist schon etwas anderes.

Offenbar ist die moralische Bewertung, da sie selektiv und von den verschiedensten Positionen aus vorgenommen wird, nicht in der Lage, die geltende, wenn auch unvollkommene, völkerrechtliche Regelung zu ersetzen. Augstein kommentiert die Kennzeichnung Slobodan Milosevics als einen der größten Verbrecher des Jahrhunderts mit den Worten „Diese Moralisierung bringt wenig.“ Zu den ersten zehn müßte dann auch Präsident Truman wegen des Atomwaffenabwurfs, Kemal Atatürk und viele andere gerechnet werden. „Hier in Verbrecher-Kategorien zu denken, erweist sich immer mehr als Sackgasse.“ ¹⁹ Daniela Dahn schreibt, daß es außerordentlich gefährlich sei, „wenn Vernunft durch Moral ersetzt wird. Also Gesetze, Charten, Verträge, Verfassungen, Statuten durch Empörung. Denn die Moral ist ein Ding, das per Defi-

¹⁶ K. Große, Kapitulationen historisch, Frankfurter Rundschau vom 16. April 1999. In derselben Ausgabe finden sich auch ausführliche Auszüge des „Abkommens“.

¹⁷ Zur historischen Entwicklung im Kosovo vgl. ausführlich R. Hartmann, a.a.O., vor allem S. 108 ff., S. 205 ff. Stärker aus albanischer Sicht: H. Sundhausen, Das Faustrecht des Stärkeren, Berliner Zeitung vom 17./18. April 1999. Zur Kraina: R. Hartmann, a.a.O., S. 110 ff.

¹⁸ Vgl. R. Hartmann, a.a.O., S. 23 ff.

¹⁹ R. Augstein, Rückfall in die Steinzeit, Der Spiegel, Nr. 15/1999, S. 26.

nitionshoheit immer auf der eigenen Seite ist. Ausnahmslos alle Kriege haben mit einer moralischen Argumentation begonnen.²⁰ 1914 wurden die Sozialdemokraten mit der Abwehr des blutbefleckten russischen Despotismus (Haase) zur Zustimmung zu den Kriegskrediten bewegt, Hitler argumentierte 1939 mit den Leiden der Sudetendeutschen und dann mit polnischem Amoklauf gegen Frieden und Recht in Europa, flüchtenden Familien, brennenden Bauernhöfen, allgemeinem Chaos in Polen.²¹ Er erklärte in seinem Kriegsauftrag an die Wehrmacht am 1.9.1939: „Die Deutschen in Polen werden mit blutigem Terror verfolgt, von Haus und Hof vertrieben.“ Es gäbe unerträgliche Grenzverletzungen. „Um diesem wahnwitzigen Treiben ein Ende zu bereiten, bleibt kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen.“

Deswegen halte ich es auch für falsch, wenn wirkliche oder vermeintliche Verbrechen dem verbrecherischen Angriffskrieg gleichsam gleichwertig gegenübergestellt werden, schon gar, wenn diese Verbrechen nach Beginn des Krieges begangen wurden. Wenn man dann wie André Brie von zwei Übeln spricht, zwischen denen die SPD nur eine anderen Wahl trifft als die PDS, dann ist der Weg nicht weit, wie Helmut Holter zuerst die Beendigung der Vertreibungen als Voraussetzung für die Einstellung des NATO-Krieges zu fordern. Auch die Umorientierung der kommunistischen Partei Frankreichs macht deutlich, daß der einstige Beschluß der ersten Tagung des 4. Parteitages der PDS von 1995, daß prinzipielle Opposition gegenüber den herrschenden Machtverhältnissen auch bei Regierungsbeteiligung möglich sei, wohl doch eine fromme Lüge war.²² Hierüber sollte bei der Diskussion um Veränderungen des Parteiprogramms der PDS nachgedacht werden.

In der herrschenden öffentlichen Meinung und – wie zu befürchten ist – bei einem großen Teil der Bevölkerung ist das Verständnis für die Notwendigkeit der Einhaltung der völkerrechtlichen Ordnung, vor allem der Charta der Vereinten Nationen, für den verbrecherischen Charakter des Angriffskrieges verloren gegangen. Der Krieg der Bilder, die absolute Diskreditierung und bedingungslose moralische Verurteilung einer Seite hat weitgehend obsiegt. Es bleibt die Frage, wer an dieser Entwicklung ein Interesse hatte und hat, welche neue Seite der Geschichte, um mit Gerhard Schröder zu sprechen, hier tatsächlich aufgeschlagen wird.

²⁰ D. Dahn, Wenn Vernunft durch Moral ersetzt wird, Berliner Zeitung vom 17./18. April 1999.

²¹ Vgl. die Anführungen von Schlagzeilen der deutschen Presse vom 19., 26. und 27. August 1939 bei W. L. Shirer, The Rise and Fall of the Third Reich, London und Sydney 1960, S. 682. K.-H. Gräfe, Wie die Naziverbrecher einst ihre Aggression begründeten, Neues Deutschland vom 23.4.1999.

²² Erschreckende Passivität, Der Spiegel, Nr.16/1999, S. 20; Holters Dreh: Erst Vertreibung, dann NATO-Angriffe beenden, Neues Deutschland vom 14. April 1999; R. Klinsky, Hue korrigiert Kosovo-Kurs, Neues Deutschland vom 21. April 1999. Sozialismus Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel, DISPUT, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, H.3/1995, S. 27.

3. Das Gesicht der neuen Epoche oder Krieg als Zivilisationsmodell

Es ist gegenwärtig viel vom Versagen der NATO die Rede. Theo Sommer schreibt: „Die Zwischenbilanz nach zwei Wochen massiver Einsätze deprimiert: Das Bündnis hat den Konflikt miserabel vorbereitet und führt ihn militärisch ohne Fortüne, jedenfalls ohne den schnellen Erfolg, den manche erhofft hatten.“²³ „Zweimal total verkalkuliert“ und „Ziellos und traumatisiert“ titelt der „Spiegel“ in zwei aufeinanderfolgenden Heften über die Strategie der NATO.²⁴ Lothar Bisky erklärt, daß bisher der Krieg nur die Interessen des Milosevic-Regimes bedient hätte. „Nach diesem Stand hat die NATO den Krieg verloren – und weil sie das nicht eingestehen will, verlängert sie den Krieg über den Zeitpunkt der Niederlage hinaus.“²⁵ Gleichzeitig erfahren wir allerdings, daß schon im Oktober vorigen Jahres Schröder und Fischer wußten, welches die Ziele der Amerikaner waren: „Die Amis wollen den Krieg.“²⁶ Immer mehr ist vom unausweichlichen Bodenkrieg die Rede, den die Militärs schon immer gefordert (und sicher auch geplant) hatten. Schon werden Apache-Hubschrauber nach Albanien geschickt, ebenfalls USA Soldaten, deutsche werden folgen, die amerikanische weitere Aufrüstung der UCK steht bevor. Vielleicht sollen auch die Kroaten eingreifen, wie einst in der Kraina.

Woraus eigentlich sollen wir schließen, daß es weitergehende Zielvorstellungen nicht schon länger gibt? Es kann doch unterstellt werden, daß ein sofort in Angriff genommener Bodenkrieg weder bei den Parlamenten, noch bei der Bevölkerung auf Einverständnis gestoßen wäre. Was soll es denn anderes heißen, wenn immer von neuen Phasen gesprochen wird? Das bestätigt auf makabre Weise Herzinger, wenn er schreibt, daß die NATO mit ihrer „verharmlosenden“ Sprache uns nur das gibt, was wir wollen. „Sie versucht umzusetzen, was die humanitär sensibilisierte und zugleich auf ihrer Bequemlichkeit bestehende westliche Öffentlichkeit verlangt ... Als effizientes Unternehmen der Dienstleistungsgesellschaft richtet sich die Nato nach den Kundenwünschen und versucht die Quadratur des Kreises.“²⁷ Wir sind also selbst schuld, wenn wir belogen werden. Goebbels gebrauchte in diesem Zusammenhang übrigens das Wort Humantätsduselei. Wir können also davon ausgehen, daß wir sowohl über die Methoden, als auch über die wirklichen Ziele bewußt im Unklaren gehalten werden. Diese Ziele der NATO, vor allem aber ihrer Führungsmacht, den USA, müssen wir an anderer Stelle suchen. Am eindeutigsten wird der Wandel der u.s. amerikanischen Strategie seit 1990, seit der Umwäl-

²³ T. Sommer, Jetzt ein Vermittler vom Schlage Nelson Mandelas, dann eine internationale Balkan-Konferenz, Die ZEIT vom 8. April 1999.

²⁴ Der Spiegel, Nr. 15/1999, S. 24, und Nr. 16/1999, S. 188.

²⁵ L. Bisky, Die neue politische Situation und die Politik der PDS, Pressedienst PDS, 1999 Nr. 15, S. 4.

²⁶ Der Spiegel, Nr. 16/1999: Aus freier Überzeugung, S. 25, 27.

²⁷ R. Herzinger, Aus einem fernen, fremden Krieg, Die ZEIT vom 8. April 1999.

zung des Kräfteverhältnisses infolge des Endes der Systemkonkurrenz, in den Werken dreier Politikwissenschaftler widergespiegelt.

Die erste Aussage über die neue Epoche stammte von *Francis Fukuyama*, im „Spiegel“ als Sowjetexperte des us-amerikanischen Außenministeriums und Vordenker der neuen Konservativen bezeichnet. Er veröffentlichte im Sommer 1989 einen Artikel, in dem er den vollständigen Sieg des ökonomischen und politischen Liberalismus, zu dem es keine wirkliche ideologische Alternative mehr gäbe, und damit das Ende der Geschichte verkündete. Noch vorhandene Widersprüche, etwa die schwarze Armut in den USA, seien kein Produkt des Liberalismus, sondern Erbe der Sklaverei und des Rassismus. Das Ende der Geschichte bedeute die Ersetzung des ideologischen Kampfes durch ökonomische Kalkulation und Lösung technischer Probleme, das Ende von Kunst und Philosophie, ihre Ersetzung durch Verwaltung eines Museums menschlicher Geschichte.²⁸ Wenig später, 1992, reichte er ein ganzes Buch von 510 Seiten nach, in dem er die auf Hegel und Kojève fußende These vom Ende der Geschichte mehr philosophisch als realhistorisch begründete, gestützt auf eine Universalgeschichte, die die 'häßlichen Nebenstränge' ausblendet, „von denen der Faschismus 1945 und der Sozialismus 1989 gekappt werden konnten“ (Kossok)²⁹. Neben der posthistorischen gibt es immer noch eine, wenn auch abnehmende historische Welt, in der noch die Regeln der Machtpolitik gelten. Zwischen ihnen finde wenig Austausch statt. Eine Einheit beider in der UNO sei allerdings überholt. „Es ginge um einen Bund wirklich freier Staaten“, man müßte sich „offenkundig mehr an der NATO orientieren als an der UNO“, denn ein solcher Bund wäre vermutlich viel eher zu einer militärischen Aktion fähig.“³⁰

Eine weitere populäre theoretische Begründung für die Haltung der USA und der anderen kapitalistischen Großmächte gab *Samuel P. Huntington*, dessen Buch „Der Kampf der Kulturen“ gewissermaßen das schon zitierte Buch Fukuyamas abgelöst hat. Huntington geht von sieben Kulturkreisen der heutigen Welt aus, wobei er sich vor allem dem Konflikt zwischen dem islamischen (fundamentalistischen) und dem westlichen Kulturkreis widmet. Hier wird die Gefahr von Bruchlinienkriegen, vor allem unter dem Gewicht von demographischen Veränderungen, an die Wand gemalt. Huntington fordert energisch die moralische Aufrüstung des Westens: „Der Westen ist sehr wohlhabend und deshalb dekadent und gesinnungslos“. „Wir sollten anerkennen, daß Iran ein feindlicher Staat ist ... Die beste Antwort auf terroristische Anschläge sind kurze, schlagkräftige Aktionen.“³¹ Die deutlichste, nicht kulturell, sondern

²⁸ F. Fukuyama, *The End of History? The National Interest*, Summer 1989; S. 3, S. 13, S. 9, S. 19. *Der Mensch braucht das Risiko*, *Der Spiegel*, Nr. 15/1992.

²⁹ F. Fukuyama, *Das Ende Der Geschichte*, München 1992; M. Kossok, *Liberale Demokratie - Sinn und Gesetz der Geschichte?* *Neues Deutschland* vom 18./19.4.1992.

³⁰ F. Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, a.a.O., S. 371f., S. 379.

³¹ Noch ist der Westen nicht verloren, *Berliner Zeitung* vom 28./29.6.1997.

geostrategisch-militärpolitisch begründete Argumentation für die amerikanische Hegemonie lieferte dann *Zbigniew Brzezinski* in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“. Diese Stellung beruhe darauf, daß der gesamte eurasische Kontinent „von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät“ sei. Zugleich beruhe die imperiale Macht „in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und auf der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technologische Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen, auf dem nicht genauer bestimmbareren, aber erheblichen kulturellen Reiz des amerikanischen way of life sowie auf der Dynamik und dem ihr innewohnenden Wettbewerbsgeist der Führungskräfte in Gesellschaft und Politik“. Die drei großen Imperative imperialer Geostrategie seien „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die 'Barbarenvölker' sich nicht zusammenschließen“. Speziell für Rußland wird dabei besonderer Wert auf einen künftigen NATO-Beitritt der Ukraine gelegt.³²

Von einer solchen Strategie her ist das Vorgehen der USA durchaus verständlich. Aus ihr ergibt sich auch zwangsläufig, daß nur solche bewaffneten Erhebungen unterstützt werden, die in dieses Konzept passen, also eben nicht die Palästinenser oder Kurden, sondern die Kossovoalbaner. Die Auswahl erscheint nur dann willkürlich, wenn man nicht die Interessen der USA in Betracht zieht. „Schurken sind die Länder mit schlechten Beziehungen zu den USA“ lautete die Überschrift eines Artikels über die neue USA - Militärdoktrin.³³ Dabei sind auch weitgreifende Ziele einbegriffen. Europa, so erklärte Clinton bei seiner Begründung des Krieges, werde von den USA als Partner gebraucht, es sei der Schlüssel zu einer langfristig starken US-Wirtschaft und für die Chancen des Landes, seine Waren weltweit ungehindert zu vertreiben.³⁴ Gleichzeitig soll Europa, das heißt die EU, der US-amerikanischen Vorherrschaft unterworfen, soll Rußland eingebunden, also untergeordnet und zugleich als „Papiertiger“ gedemütigt werden. Geht es in Jugoslawien nicht um Öl, so doch in Kasachstan, das heute schon ökonomisch und bald auch politisch zur u.s. amerikanischen Einflußsphäre gehören soll.³⁵ Fern am Zeithorizont wird schon das Problem China sichtbar.

Diese Strategie hat auf die Probleme der heutigen Welt eine Hauptantwort, den Einsatz von Krisenreaktionsstreitkräften. Ihre Vertreter erleben wir heute

³² Z. Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Weinheim und München 1997, S. 41, S. 26, S. 65f., S. 178.

³³ E. Chauviré, *Schurken sind die Länder mit schlechten Beziehungen zu den USA*, *Frankfurter Rundschau* vom 4.2.1998.

³⁴ M. Winter, *Die USA brauchen Europa als Partner*, *Frankfurter Rundschau* vom 25.3.1999.

³⁵ T. Rüttig, *Die zweite Osterweiterung? Neues Deutschland* vom 13.4.1999; C. Schmidt-Häuer, *Kalter Krieg ums Öl*, *Die ZEIT* vom 16.6.1995. S. Neil MacFarlane, *Amerikanische Politik in Zentralasien und im Transkaukasus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B. 43-44/1998, S. 3.

im Fernsehen. Die Hauptlegitimation ist: „Ich mache meinen job.“. Von nationalen Interessen ist vor allem bei den abhängigen Verbündeten der USA kaum noch die Rede. Es geht nur noch um eine effektive Lösung des Auftrags. Auf fatale Weise kam eine solche Haltung in einer Polemik Jens Biskys gegen Gregor Gysi zum Ausdruck. Hinter dessen Ablehnung des Angriffskrieges sei für jeden ehemaligen DDR-Bürger die „Leninsche Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen“ sichtbar. Das ist offensichtlich Unsinn. Das Fatale ist aber nun, daß Jens Bisky die Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg durch die Lehre vom effektiven Krieg ersetzen will, die er dem abstrakten Pazifismus entgegensetzt. „Nun muß pragmatisch geurteilt werden. Über die Berechtigung dieses Krieges entscheidet seine Effektivität. ... das moralische Urteil über die jetzigen Luftangriffe hängt von ihrem Erfolg ab.“³⁶ Klaus Hartung in der ZEIT fordert die Deutschen auf, von den Höhen der Moral herabzusteigen. Das „Nie Wieder“, „die Grundausstattung des besseren Deutschen“ sei „weder Lebenshilfe noch politisches Rezept“. Das gilt offenbar sowohl für das „Nie wieder Krieg“ wie für das „Nie wieder Auschwitz“.³⁷ Am entschiedensten wird dann der elektronisch bewehrte Landsknecht von der WELT heraufbeschworen: „Es ist Krieg ... Die Feldhermhügel höherer Moral leergefegt. ... Es ist ein Atemholen nach kurzem Aufstieg aus den Feldern eines fünfzig Jahre alten, halb realen, halb illusionären Friedensreichs. Auf dem Paß hat der Wanderer künftige unruhigere Ebenen vor sich, auch Schlachtfelder ... Wir lernen den Krieg“.³⁸ Bei General Bernd Müller in Mazedonien hört sich das so an: „Ein Angriff auf einen souveränen Staat ist von Zeit zu Zeit notwendig. Ich bin den Amerikanern ja auch dankbar dafür, daß sie damals Hitler angegriffen haben.“ Das ist übrigens historisch falsch, aber warum muß er als General die Geschichte kennen. „Die Zäsur für die Bundeswehr, das war 1990. Deutschland wurde souverän, und wir bekamen einen neuen Auftrag.“³⁹

Die Gewöhnung von Truppe und Volk an diesen Auftrag, an die Aushöhlung der bisherigen Völkerrechtsordnung wird in derselben Nummer der ZEIT nachgezeichnet.⁴⁰ Von den Bundeswehrsanitäten in Kambodscha ging es - begleitet von entsprechenden Bundestagsbeschlüssen - über die Teilnahme deutscher Zerstörer in der Adria, die Kontrolle des bosnischen Luftraumes, den Einsatz in Somalia 1973/4, die Beteiligung deutscher Tornados in Bosnien, die Teilnahme an der Durchsetzung des Dayton Abkommens, die Entsendung deutscher Truppen nach Bosnien, den ersten bewaffneten Einsatz in Albanien 1997 immer begleitet von Bundestagsbeschlüssen jetzt endlich zum wirklichen Krieg. Und damit beginnt die Stunde dessen, was Gerhard Schröder als Zivilisationsmodell und was man besser mit Norman Paech als das

³⁶ J. Bisky, Dieser Krieg ist weder gerecht noch ungerecht, Berliner Zeitung vom 27./28.4.1999.

³⁷ K. Hartung, Nie wieder? Die ZEIT vom 15. April 1999.

³⁸ W. Buscher, Wir lernen den Krieg, Die Welt vom 8.4.1999.

³⁹ A. Molitor, S. Rückert, S. Willecke, Aus Dienst wird Ernst, Die ZEIT vom 8. April 1999.

⁴⁰ M. Geis, Auf dem Prüfstand, Die ZEIT vom 8. April 1999.

Streben nach rechtsfreier Hegemonie bezeichnen sollte.⁴¹ Die Strategie der USA kann das bestehende Völkerrechtssystem, kann die Dominanz der UNO nicht akzeptieren. Sein Abbau war vorgedacht im Konzept der humanitären Intervention.⁴² Die neue Weltordnung mit den USA als einziger Supermacht muß eine neue Rechtsideologie durchsetzen. „Nach dieser Ideologie ist die Freiheit der Märkte ein unveräußerlicher Teil der Menschenrechte - eine Freiheit, die auch die nationale Souveränität aufhebt.“⁴³ Der eigentliche Inhalt aber ist der Kampf gegen den „Süden“. Für den gebildeten ZEIT-Leser liest sich das so: Entweder werden schließlich doch Bodentruppen geschickt „und die Konfrontation mit dem Gewaltpotential, das sich rings um unsere Wohlstandsinsel ansammelt, (geht) in eine neue Runde“, oder wir werden „durch Rückzug oder einen faulen Kompromiß mit den ethnischen Schlächtern auf dem Boden unserer eigenen Verunsicherung landen“.⁴⁴

Diese Strategie ist in ihrer Verbindung von Durchsetzung neoliberaler Globalisierung und militärischer Hegemonie der USA heute dominant, aber nicht allmächtig. Sie wird auf die Dauer auf den immer stärker werdenden Widerstand wesentlicher Teile der Dritten Welt stoßen. Nach dem UNDP-Bericht 1996 hatten in 10 Jahren fast eine Mrd. Menschen Einkommensverluste erlitten. Dazu gehören drei Viertel der am wenigsten entwickelten Länder, meist in Afrika südlich der Sahara. Der Nettowert des Vermögens der 358 reichsten Menschen der Welt entspricht dem Gesamteinkommen der ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung.⁴⁵ Auch in den reichen Ländern gibt es Gegenkräfte. In der EU meldet sich eine Opposition zu Wort, die die Abhängigkeit von den USA jedenfalls einschränken will.⁴⁶ Allerdings würde ein Kondominium den Grundwiderspruch der heutigen Welt nicht aufheben. Rußland und China müssen sich auf die Dauer widersetzen. Die entscheidende Gefahr der jetzigen Strategie der führenden kapitalistischen Staaten liegt in der Verweigerung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die den unterdrückten und verelendeten Teilen dieser Welt eine wirkliche Chance gibt. *Der Kampf für die Verteidigung und den Ausbau der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Völkerrechtsordnung ist der Form nach ein Kampf für die Verteidigung des Rechts.*

⁴¹ N. Paech, Das gütige Imperium, Freitag vom 26. März 1999, mit eindrucksvollen Belegen.

⁴² Vgl. dazu etwa D. Blumenwitz, Die humanitäre Intervention, Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 47/94, S. 3.

⁴³ J. Myrdal, USA und Europa - ein Vasallenverhältnis, Neues Deutschland vom 13. April 1999.

⁴⁴ R. Herzinger, a.a.O.

⁴⁵ Die 358 Milliardäre besitzen soviel wie die Hälfte der Weltbevölkerung; vgl. Frankfurter Rundschau vom 5.11.1996.

⁴⁶ Vgl. etwa die Kritik Helmut Schmidts an der Position von Brzezinski in: H. Schmidt, Eine Hegemonie neuen Typs, Die ZEIT vom 31.10.1997, sowie H. Schmidt, Die Nato gehört nicht Amerika, Die ZEIT vom 22.4.1999. Die USA „können keine langfristig angelegte Gesellschaftsstrategie anbieten. ... Klar ist aber ihre Vorstellung von ihrer eigenen künftigen machtpolitischen und militärischen Weltrolle.“ Vor allem in der CDU/CSU werden entsprechende Stimmen deutlicher hörbar.

Seinem Inhalt nach ist es ein Kampf für die Beendigung der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Erdbevölkerung. Ein Zivilisationsmodell, das auf den Trümmern des Völkerrechtes und der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit beruht, wird keinen Bestand haben. Es wird längst nicht das Alter des römischen Weltreichs erreichen, aber vielleicht vorher die ganze Menschheit in den Abgrund reißen. Der Preis für das Scheitern einer Alternative zur heutigen Gesellschaft ist Finsternis (Hobsbawm).⁴⁷

⁴⁷ So schließt E. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, München/Wien 1995, S. 720.

Peter Gowan

Die Nato-Mächte und die Balkan-Tragödie*

Die westlichen Mächte legitimieren militärische Interventionen normalerweise durch die erklärte Bindung an eine universalistische Norm oder ein Ziel, das solch eine Norm zum Gegenstand hat. Diese erklärten Ziele können oszillieren, aber sie sind wichtig, weil ein zentrales Element der Außenpolitik der westlichen Mächte - insbesondere wenn es um den Beginn eines Krieges geht - die Unterstützung durch die eigene Bevölkerung ist. In den angelsächsischen Ländern sehen sich die Bürger gern - vermittelt über den Staat - als Wächter und Förderer der zivilisiertesten, humansten, liberalsten und demokratischsten Werte in der Welt. Es ist wahr, daß für die Welt jenseits ihrer Landesgrenzen nur wenig Aufmerksamkeit haben und in dieser Hinsicht insgesamt ignoranter sind als die Bürger vieler anderer Länder. Aber zumindest können die gewählten Repräsentanten ihrer Staaten in Schwierigkeiten geraten, wenn die erklärten Normen und Ziele nicht im entferntesten verwirklicht werden oder wenn deren Umsetzung so barbarisch erfolgt, daß es anderen, vielleicht grundlegenden Normen und Zielen zu widersprechen scheint.

So wird heute der Angriff auf Jugoslawien als Versuch gerechtfertigt, die Unterdrückung der Kosovo-Albaner dadurch zu beenden, daß ihnen ihre Menschenrechte garantiert werden. Das kann auf ein Nato-Protectorat hinauslaufen, auf die Autonomie innerhalb Serbiens, auf eine Aufteilung des Kosovo oder sogar auf ein unabhängiges Kosovo, vielleicht wird es unter Rugovas Führung aufgebaut, vielleicht unter der UCK. Das wissen wir einfach nicht. Diese Normen sind nur die neuesten einer ganzen Reihe solcher von den Nato-Mächten seit dem Beginn der jugoslawischen Krise Ende der 80er Jahre aufgestellten Grundsätze. Eine Wiederholung aller von ihnen seit 1989 verkündeten Normen und Ziele wäre ermüdend und würde uns wenig über die wirklichen Operationsziele der Nato-Mächte in Jugoslawien in dem letzten Jahrzehnt sagen. Und zwar deswegen, weil sie auf diesem Schauplatz nicht nach Maßgabe der einen oder anderen universalistischen Norm operiert haben, sondern auf der Grundlage ihrer *staatspolitische Interessen und staatspolitischen Ziele*. Die wirklichen Ziele der westlichen Staaten ergeben sich für gewöhnlich aus Absichten, die wenig mit den Menschenrechten der Bürger zu tun haben. Jugoslawien ist für eine lange Zeit der Kampfplatz Europas gewesen: ein Kampfplatz, auf dem die Großmächte versuchten, Siege in der umfassenderen europäischen Arena zu erringen. Gleichzeitig waren die Operationen der westlichen Mächte auf dem jugoslawischen Schauplatz eine wichtige - einige würden sagen, *die wichtigste* - Ursache für all jene Schrecken, mit denen

* Dieser vom Verfasser geringfügig erweiterte Beitrag ist zuerst in der Mai-Ausgabe 1999 der „New Left Review“, London (Verso) erschienen. Der Z-Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verfassers. Übersetzt wurde der Artikel von Jörg Cézanne, Kai Michelsen und Monika Peichel.

jugoslawische Männer und Frauen in der Vergangenheit konfrontiert wurden. Ein ausgewogenes Urteil über den Nato-Angriff auf Jugoslawien im März 1999 erfordert eine Betrachtung der gesamten Tragödie.

Die westlichen Mächte und der Zusammenbruch Jugoslawiens

Nachkriegs-Jugoslawien war in vieler Hinsicht ein Modell für den Aufbau eines multinationalen Staates, obwohl die Eingliederung des Kosovo in Serbien von Beginn an eine Anomalie darstellte.¹ Die Föderation wurde vor einem zweifachen Hintergrund errichtet: Einem Zwischenkriegs-Jugoslawien, das von einer das Land unterdrückenden herrschenden Klasse serbischer Nationalität dominiert wurde; und einem Kriegsgemetzel, in dem die Nazis sich die frühere serbische Unterdrückung zunutze machten, um die kroatischen Faschisten für barbarische Schlächtereien zu gewinnen, und außerdem Kapital aus den anti-serbischen Gefühlen in der kosovo-albanischen – und Teilen der bosnisch-muslimischen – Bevölkerung schlugen, um ihre Herrschaft zu festigen.

Im neuen jugoslawischen Staat war die Lösung der nationalen Frage in einigen wesentlichen Strukturprinzipien festgeschrieben: Zuallererst eine sozialisierte Wirtschaft und eine auf soziale Gleichheit und Entwicklung gerichtete Gesellschaft; zweitens eine anspruchsvolle konstitutionelle Ordnung, um die vollen Rechte und die Gleichheit aller größeren Nationalitäten und Völker im Land sicherzustellen; drittens eine territoriale Aufteilung in Republiken, die sicherstellen sollte, daß die zuvor dominierende serbische Bevölkerung als größte Bevölkerungsgruppe Jugoslawiens nicht wieder die Vorherrschaft über die anderen jugoslawischen Nationalitäten ausübte. Beide, die verfassungsmäßigen Nationalitäten und Republiken wurden mit den gleichen konstitutionellen Rechten ausgestattet; und schließlich war der jugoslawische Staat politisch in einer transnationalen jugoslawischen Kommunistischen Partei verankert, die in allen jugoslawischen Nationalitäten verwurzelt war.² Die Kommunistische Partei monopolisierte zwar die politische Macht, aber trotz des oligarchischen Charakters des neuen Staates genoß sie in der Bevölkerung als Garantin der anderen positiven Elemente im System und als eine Macht, die erfolgreich Widerstand gegen den Faschismus geleistet hatte, breiten Rückhalt.

Zum Teil, um serbischen Emotionen gegenüber der Tatsache, daß große Teile der serbischen Bevölkerung außerhalb der neuen serbischen Republik lebten, Rechnung zu tragen, gliederte die kommunistische Führung das Kosovo der

¹ Zu dem historischen Hintergrund der Stellung des Kosovos in der jugoslawischen Nachkriegsgeschichte siehe Branka Magas weitblickenden Artikel unter dem Namen Michelle Lee, *Kosovo Between Yugoslavia and Albania*, *New Left Review* 140, July-August 1985.

² Allerdings waren die Wurzeln im Kosovo schwach, im Gegensatz zu denen der Albanischen Kommunistischen Partei in Albanien.

Serbischen Republik als autonome Provinz an. Sie betrachtete dies als eine vorübergehende Maßnahme, bis sie ihr auch von den bulgarischen und albanischen Kommunisten geteiltes Ziel einer Balkan-Föderation umsetzen konnte. In solch einer Föderation hätten die Grenzen, die albanische Gemeinschaften durchschnitten, verschwinden können. Aber der Bruch zwischen Stalin und Tito blockierte diese Möglichkeit.

Es gab noch ein weiteres strukturelles Element in der Stabilität Nachkriegs-Jugoslawiens: das gemeinsame Anliegen der UdSSR und der USA, den Zusammenhalt Jugoslawiens als neutraler Staat an den Grenzen der Konfrontation zwischen den beiden Supermächten in Europa zu erhalten.

Der Zusammenbruch dieses Staates war das Ergebnis von sowohl internen als auch externen Faktoren. Den externen Faktoren gegenüber den internen in der umfassenden Krise, die Jugoslawien 1990-1991 erschütterte, ein vergleichsweise größeres Gewicht zuzuschreiben ist eine komplizierte Angelegenheit. Aber ohne die Rolle der westlichen Mächte zu verstehen, die mithalfen, die Krise hervorzurufen und zu lenken, ist es schwierig, das Auseinanderfallen Jugoslawiens zu begreifen. Dennoch ist diese westliche Rolle weitgehend in der westlichen Literatur übersehen worden.³

Von der Verschuldung zur Krise

Der wesentliche Grund für den jugoslawischen Zusammenbruch war die ökonomische Krise. Diese wurde dann von gesellschaftlichen Gruppen in Jugoslawien und im Westen benutzt, um den kollektivierten Kern der Wirtschaft zu unterminieren und Jugoslawien in die kapitalistische Restauration zu treiben. Die ökonomische Krise war das Produkt verheerender Fehler der jugoslawischen Regierung in den späten 70er Jahren, die sich in großem Umfang westliches Kapital lieh, um das Wachstum durch Exporte zu fördern. Die westlichen Wirtschaften gerieten dann in die Krise, blockierten die jugoslawischen Exporte und schufen ein großes Schuldenproblem. Die jugoslawische Regierung akzeptierte dann die IWF-Bedingungen, die die Last der Krise der jugoslawischen Arbeiterklasse aufbürdeten. Gleichzeitig formierten sich in der jugoslawischen Kommunistischen Partei starke soziale Gruppen als Verbündete der westlichen Geschäfts-, Banken- und Staatsinteressen und begannen, in Richtung Neoliberalismus zu drängen - zur Freude der USA. Es war die Reagan-Regierung, die 1984 einen Antrag des Nationale Sicherheitsrates annahm, um Jugoslawien in die Richtung einer kapitalistischen Restauration zu drängen.

Natürlich untergrub das einen wichtigen Stützpfeiler des Staates: Den Sozia-

³ Die großen Ausnahmen unter den westlichen Autoren sind zwei herausragende Arbeiten: Susan Woodward, *The Balkan Tragedy*, The Brookings Institution 1995, auf die ich mich in dieser Arbeit stark beziehe; und Catherine Samary, *Yugoslavia Dismembered*, *Monthly Review Press*, New York 1995. (Vgl. Catherine Samary, *Krieg in Jugoslawien*. Vom titoistischen Sonderweg zum nationalistischen Exzeß, Köln 1992; Anm. d. Red.)

lismus als Bindeglied zwischen Kommunistischer Partei und Arbeiterklasse. Die Auswirkungen des Bruchs fielen in den verschiedenen Teilen Jugoslawiens unterschiedlich aus. Als erstes kam es 1981 im Kosovo, wo die Bindung zwischen dem jugoslawischen Kommunismus und der Bevölkerung immer am schwächsten und die ökonomische Krise am ausgeprägtesten war, in wachsendem Umfang zu Forderungen nach einem vollen republikanischen Status des Kosovo. Im Rahmen dieser Mobilisierung artikulierten sich auch separatistische Tendenzen, die das Kosovo mit Albanien vereinigen wollten. (Zu dieser Zeit waren die Kosovo-Albaner konsitutionell eine autonome Provinz der Serbischen Republik, aber dieser Status verlieh ihnen bei weitem mehr Rechte und Macht in Jugoslawien, als nationalen Minoritäten im allgemeinen in westeuropäischen Staaten zuteil wird.) Wie auch immer, als Antwort auf die separatistischen Tendenzen begann der Zentralstaat seine Macht wieder zur Geltung zu bringen und hart jene zu unterdrücken, die unzuverlässig schienen.

In Serbien versuchten dann Teile der Intelligenz, die Bindung zwischen der Kommunistischen Partei und der Bevölkerung auf einer serbisch-nationalistischen anti-kosovo-albanischen Basis wiederherzustellen, eine Bewegung, an der sich der serbische Kommunistenführer Milosevic sofort führend beteiligte.⁴ Sie mobilisierte populistischen serbischen anti-albanischen Chauvinismus als neue Basis für den Erhalt einer breiten Unterstützung für die Kommunistische Partei, während gleichzeitig das Strukturadaptationsprogramm der Reagan-Regierung unter Federführung der Weltbank umgesetzt wurde.

In Slowenien widersetzte sich die Kommunistische Führung Milosevic und suchte neue Legitimität durch die Agitation für mehr Autonomie, mit dem offensichtlichen Endziel einer Abspaltung von Jugoslawien. So würde die kapitalistische Restauration in Slowenien als Mittel für den ‚Weg nach Europa‘ erscheinen. Ähnliche nationalistische Trends entstanden in Kroatien, wenn auch überwiegend außerhalb der Kommunistischen Partei. Alle Versuche, den Sozialismus als Bindeglied zwischen Führung und Bevölkerung durch neue Ideologien zu ersetzen, schlossen Symbole und Diskurse der jugoslawischen Bourgeoisie von vor 1945 ein. Diese Verschiebung zugunsten von Vorkriegswerten auf der Seite der früheren kommunistischen Führer und anderer, die neue pro-kapitalistische Parteien aufbauten, war kein spezifisch jugoslawisches Phänomen: Sie zog sich quer durch den Ostblock und das Aufblühen dieses Trends wurde im allgemeinen in den westlichen Hauptstädten sehr begrüßt. Dort galten vielmehr Parteien, die sozialistische Bindungen an die Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten versuchten, als die wesentlichen, zu bekämpfenden Gegner.⁵ Die westlichen Regierungen hatten schließlich jahrelang na-

⁴ Zur Entwicklung der serbischen Intelligenz siehe Branka Magas, *The Destruction of Yugoslavia*, Verso, London 1993, S. 49-76.

⁵ Der Anfangspunkt für eine ernsthafte Analyse von sowohl Milosevic als auch Tudjman liegt darin, sie als Vertreter einer weiter gefaßten ost-europäischen Gattung zu sehen: Milosevics

tionalistische Emigrantenorganisationen aus der ganzen Region finanziert und dabei solche Gruppen wie den Anti-Bolschewistischen Block der Nationen und ähnliche unterstützt.⁶

Vorbereitung der Zerstückelung

Dies war die Situation im Jahr 1989, als der Ostblock zu bröckeln anfang. Als dies der Fall war, zogen die USA ihre früheren Zusicherungen für die Einheit des jugoslawischen Staates zurück. In diesem Positionswandel der USA drückte sich die allgemeine Sicht der westlichen Hauptmächte aus: Keine hatte ein gewichtiges Interesse an der jugoslawischen Einheit, und alle drängten auf einen schnellen Wechsel zum Kapitalismus in dieser Region - einen Wechsel, der durch von außen ausgelöste Wirtschaftskrisen hervorgerufen werden sollte, um die kollektivistischen sozialen Errungenschaften der Bevölkerung im Sozialismus zu zerstören. Von der Bevölkerung wurde erwartet, den Verlust sozialer Rechte und ökonomischer Sicherheit hinzunehmen, da sie die Aussicht hatte, später ‚an Europa teilzuhaben‘ – eine Phrase, die bedeutete, dem reichen EG-Block beizutreten. Dieses Paket aus Politiken und Bedingungen wirkte anfänglich in weiten Teilen Ostmitteleuropas und scharte die Bevölkerung um Regierungen, die den Weg einer Schocktherapie zum Kapitalismus beschritten. Aber in zwei Staaten produzierte es Brüche und politische Fragmentierungen: Der eine war die CSSR, Jugoslawien der andere.

Im Fall Jugoslawiens nahm die zerstörerische Wirkung dieser Taktik aus zwei Gründen eine besonders gewalttätige Form an. Erstens war wegen des Eifers westlicher Politiker bei der Einführung ihres neuen Paradigmas in den ersten beiden Fällen Jugoslawien und Polen, wo die Schocktherapie gleichzeitig am 1. Januar 1990 von den gleichen Leuten eingeführt wurde – von Stanley Fischer vom IWF und George Sachs als Sonderberater der polnischen und jugoslawischen Regierungen. Aber es gab einen zweiten Grund: Einige europäische Regierungen wollten Jugoslawien zerschlagen, was in anderen osteuropäischen Regionen zu dieser Zeit nicht angestrebt wurde. Ihr Druck fiel mit der allgemeinen westlichen Tendenz zu einem neoliberalen Kapitalismus zusammen und beschleunigte den Zusammenbruch in den Jahren 1989 und 1990. Auf der einen Seite hatten einige europäische Staaten ein Interesse an der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens; auf der anderen Seite standen die USA mit ihrem Interesse, sicherzustellen, daß Jugoslawien seine Schulden bei den westlichen Banken bezahlte und seine politische Ökonomie durch eine Schocktherapie ‚globalisierte‘, um in dem Land ein für die westlichen multinationalen Konzerne offenes Regime zu sichern.

Die Kräfte, die darauf aus waren, Jugoslawien durch die Unabhängigkeit Slo-

Ähnlichkeiten mit Iliescu in Rumänien und Tudjmans mit Antall in Ungarn oder den Christmationalen in Polen sind trotz der jeweils unterschiedlichen Bedingungen offensichtlich.

⁶ Solche Emigranten aus Kroatien spielten im kroatischen Nationalismus der 90er Jahre eine wichtige Rolle.

weniens und Kroatiens auseinanderbrechen zu lassen, waren der Vatikan, Österreich, Ungarn, Deutschland und, mit einer gewissen Ambivalenz, Italien. Seit Mitte der 80er Jahre hatten der Vatikan und Österreich eine aktive Kampagne in Ostmittel- und Osteuropa gestartet, um ihren Einfluß wieder aufzubauen, und in den Jahren 1989 und 1990 trat der Vatikan offen für die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens ein. Im Jahr 1990 agierte die österreichische Regierung ähnlich unverhohlen. Nach einer Untersuchung des internationalen Instituts für Strategische Studien betrieb Österreich eine „bemerkenswert offene und manchmal schamlose Politik, die darauf zielte, Slowenien und Kroatien in ihren Anstrengungen zu unterstützen, die [jugoslawische] Föderation zu verlassen“.⁷ Die österreichischen Medien prangerten an, was sie als ‚Panzer-Kommunismus‘ in Jugoslawien und ‚primitive Serben‘ bezeichneten, während die österreichische Regierung so weit ging, den Slowenischen Außenminister Dmitri Rupel in die österreichische Delegation für ein KSZE-Treffen in Berlin aufzunehmen. Obwohl Österreich seinen Vorstoß für die slowenische und kroatische Unabhängigkeit unter den Stichwörtern ‚Demokratie‘ und ‚demokratische Rechte‘ für die Slowenen und Kroaten präsentierte, standen diese Anliegen im österreichischen Staat schwerlich an erster Stelle – angesichts der Tatsache, daß Österreich jahrzehntelang laut Zemetica „versuchte, die slowenische Minorität im Klagenfurter Becken und die Kroaten im Burgenland zu assimilieren“ und „schamlos und konsequent seine Verpflichtungen gegenüber Minoritäten nach dem Staatsvertrag von 1955 beiseite schob“.⁸

In Wirklichkeit lag das Ziel der österreichischen Politik darin, Österreichs regionalen Einfluß auszudehnen, da es „die jugoslawische Krise als günstigen Moment für seine eigene Stärkung sah“.⁹ Im Sommer 1991 sah sich die EG schließlich veranlaßt, Österreich zu warnen, daß es bei einer Fortsetzung seiner energischen Bemühungen, Jugoslawien auseinanderbrechen zu lassen, von einer eventuellen EG-Mitgliedschaft ausgeschlossen würde. Aber auch diese Drohung stoppte nicht die österreichischen Bestrebungen.

Die im Frühjahr 1990 gewählte ungarische Regierung unter Jozef Antal verfolgte eine der österreichischen Politik sehr ähnliche Linie, aber mit zusätzlichen ungarischen Zielen in bezug auf die serbischen Provinz Vojvodina. Wie Zemetica erklärt, „förderte und unterstützte [die ungarische Regierung] in der jugoslawischen Krise konsequent den secessionistischen Kampf Sloweniens und insbesondere Kroatiens. Die Kalaschnikov-Affäre Anfang 1991 enthüllte,

⁷ John Zemetica, *The Yugoslav Conflict*, Adelphi Papers No. 270, The International Institute for Strategic Studies, London, Summer 1992, S. 49.

⁸ Ebd. Der Staatsvertrag von 1955 zwischen Österreich, der UdSSR und den westlichen Mächten legte den Grundstein für den Rückzug der UdSSR aus Österreich 1955 und bildete den Rahmen für Österreichs Souveränität als neutraler Staat. Zum Vertrag siehe Sven Allard, *Russia and the Austrian State Treaty*, The Pennsylvania State University Press 1970.

⁹ John Zemetica, a.a.O., S. 50. Österreich schien Hoffnungen zu haben, wieder eine Art ‚Habsburg‘-Sphäre in Slowenien, Kroatien und Ungarn zu errichten.

daß weite Kreise der ungarischen Bürokratie in die illegalen und umfassenden Waffengeschäfte an Kroatien verwickelt waren.“ Ungarn bot Kroatien Ende 1990 verdeckt automatische Sturmgewehre an. Im Juli 1991, auf dem Höhepunkt der Krise zwischen Serbien und Kroatien, erklärte der ungarische Premierminister, daß die internationalen Verträge über die südlichen ungarischen Grenzen mit Serbien und insbesondere Vojvodina Verträge seien, die lediglich mit Jugoslawien geschlossen worden seien. Dies, so sagte er, sei eine „historische Tatsache“, die „im Auge behalten werden müsse“.¹⁰ Und im Rückgriff auf den Vertrag von Trianon aus dem Jahr 1920 sprach Antal aus, warum Ungarn so kräftig Kroatiens Abspaltung unterstützte. „Wir gaben Vojvodina an Jugoslawien. Wenn es kein Jugoslawien mehr gibt, sollten wir es zurückbekommen.“¹¹

Diese österreichischen und ungarischen Manöver zur Aufspaltung Jugoslawiens traten dann natürlich gegenüber dem Vorstoß der deutschen Regierung, Jugoslawien durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens preiszugeben, in den Hintergrund. Daß die deutsche Regierung eine Aufspaltung Jugoslawiens offen befürwortete, wurde erst im Spätfrühling 1991 deutlich, aber schon lange zuvor wurden Slowenien und Kroatien in ihren Bemühungen von Bonn ermutigt. Die deutsche Kampagne wurde häufig mit Kohls heimischen Wahlinteressen erklärt. Aber diese Deutung hat Schwächen, weil Außenminister Genscher – kein Christdemokrat – anscheinend derjenige war, der die deutschen Politik antrieb. Es gab damit eine konzentrierte und koordinierte Koalition, die Österreich, Deutschland, Ungarn und den Vatikan umschloß und in der alle auf dasselbe Ziel drängten: Jugoslawiens Aufspaltung.

Diese Kampagne wurde natürlich nicht von den USA unterstützt. Sie befürworteten Jugoslawiens Einheit, ebenso wie Großbritannien und Frankreich. Aber für die USA war die Einheit nicht das Wichtigste: Ihre Politik war im wesentlichen von dem Anliegen bestimmt, die Schocktherapie für das Land als Ganzes über den IWF abzusichern. 1989 hielt sich Geoffrey Sachs in Jugoslawien auf, um der Föderationsregierung unter Ante Markovic dabei zu helfen, das Maßnahmenpaket für die Schocktherapie vorzubereiten, das dann 1990 zu dem Zeitpunkt eingeführt wurde, als in den verschiedenen Republiken wichtige Parlamentswahlen abgehalten wurden.

Ein Aspekt der jugoslawischen Schocktherapie war 1989/90 für die Region ebenso einmalig wie politisch äußerst bedeutsam: der von der Weltbank eingeführte Konkursmechanismus. Während im übrigen Ostmitteleuropa die Regierungen entschieden, den überwiegenden Teil der insolventen Unternehmen am Laufen zu halten und die Einführung drakonischer Konkursgesetze hinauszögerten (vielleicht gewarnt durch die früheren jugoslawischen Erfahrun-

¹⁰ John Zemetica, a.a.O. Zemetica zitiert das ungarische Außenministerium, Newsletter 398 v. 9. Juli 1991.

¹¹ Susan Woodward, *Balkan Tragedy, Chaos and Dissolution After the Cold War*, The Brookings Institution, Washington DC 1995, S. 219.

gen), hatte das Weltbank-Programm 1989 und 1990 in Jugoslawien eine zerstörerische Wirkung.¹²

Das Konkursgesetz zur Liquidation von Staatsunternehmen trat mit dem Finanzgesetz 1989 in Kraft und legte fest, daß im Fall von Unternehmen, die 30 Tage lang oder 30 Tage innerhalb einer Frist von 45 Tagen zahlungsunfähig waren, ein Übereinkommen mit den Gläubigern getroffen werden mußte, in dem diesen entweder der Besitz übertragen wurde oder es zur Liquidation kam, wobei die Beschäftigten - normalerweise ohne Abfindung - zu entlassen waren. Nach offiziellen Quellen wurden 1989 248 Firmen für bankrott erklärt oder liquidiert, und 89.400 Beschäftigte wurden entlassen. In den ersten neun Monaten 1990, in direktem Anschluß an das IWF-Programm, erlitten weitere 889 Unternehmen mit zusammen 525.000 Beschäftigten das gleiche Schicksal. Der ‚Auslöse-Mechanismus‘ (mit dem Finanzgesetz) führte in weniger als zwei Jahren zur Entlassung von mehr als 600.000 Beschäftigten bei einer industriellen Beschäftigung von insgesamt 2,7 Millionen.¹³ Weiteren 20 Prozent der Beschäftigten - einer halben Million Menschen - wurde in den ersten Monaten des Jahres 1990 kein Lohn gezahlt, weil die Unternehmen versuchten, einen Bankrott zu vermeiden. Die größte Konzentration von bankrotten Unternehmen und von Entlassungen war in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo zu verzeichnen.¹⁴ Michel Chossudovsky hält in seiner Analyse fest: „Die Reallöhne befanden sich im freien Fall, soziale Programme kollabierten, die Arbeitslosigkeit nahm überhand und rief in der Bevölkerung eine Atmosphäre sozialer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit hervor.“¹⁵

Dies war ein kritischer Wendepunkt in der jugoslawischen Tragödie. Im Frühjahr 1990 war Markovic der bei weitem populärste Politiker nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in allen Teilrepubliken. Er hätte die jugoslawische Bevölkerung gegen den partikularistischen Nationalismus von Milosevic in Serbien und Tudjman in Kroatien sammeln und auf die Gefolgschaft der bewaffneten Truppen vertrauen können. Er wurde von 83 Prozent der kroatischen, 81 Prozent der serbischen, 59 Prozent der slowenischen und 79 Prozent der jugoslawischen Gesamtbevölkerung unterstützt.¹⁶ Dieses Ausmaß an Un-

¹² Es ist wahr, daß auch in Ungarn ein durch die Weltbank angestoßener Bankrott-Mechanismus unnötigen Schaden hervorrief, aber bei weitem nicht in dem Umfang wie in Jugoslawien. Anderswo entschieden sich die Regierungen zu Lippenbekenntnissen über Bankrott-Mechanismen im Übergangstief, während sie aber in der Praxis den Großteil ihrer Industrie im Staatssektor am Leben erhielten.

¹³ World Bank, Industrial restructuring Study, Overview, Issues and Strategy for Restructuring, Washington DC, Juni 1991.

¹⁴ Die ganze Episode wird analysiert in Michel Chossudovsky, Dismantling the Former Yugoslavia, Research Paper, University of Ottawa, April 1996. (Vgl. Michel Chossudovsky, Die Zerstörung des früheren Jugoslawien und die Rekolonialisierung Bosniens, in: Z 29, März 1997, S. 142-155; Anm. d. Red.)

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Diese Statistiken entstammen Meinungsumfragen, die im Mai und Juli 1990 in ‚Borba‘ und

terstützung zeigte, in welchem Umfang die jugoslawische Bevölkerung sich zum Erhalt des Staates bekannte. Aber Marcovic verknüpfte seinen Jugoslawismus mit der IWF-Schocktherapie-Programm und den EG-Bedingungen, und genau dies ermöglichte den Separatisten im Nordwesten und den Nationalisten in Serbien ihren Auftritt auf der politischen Bühne. Die Anziehungskraft der Separatisten in Slowenien und Kroatien beruhte für ihre Wähler auch darauf, daß sie die Austeritätspolitik Marcovics und des IWF ablehnten und damit ihren Republiken den Weg aus Jugoslawien und den Anschluß an Europa vorzubereiten halfen. Die Anziehungskraft von Milosevic in Serbien verdankte sich der Tatsache, daß der Westen gegen die Interessen des serbischen Volkes handelte. Und diese Anziehungskräfte wirkten. So erklärt Susan Woodward: „In jeder Republik, angefangen bei Slowenien und Kroatien im Frühling, ignorierten die Regierungen die monetären Restriktionen von Marcovics Stabilitätsprogramm, um Stimmen zu gewinnen...“¹⁷ Nachdem sie die Wahlen gewannen, arbeiteten sie mit Nachdruck auf den Zerfall des Landes hin. Hätte die westliche Politik gegenüber Jugoslawien in einem Marshall-Plan bestanden, den die jugoslawische Bundesregierung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts des Landes hätte nutzen können, wäre die ganze Geschichte anders verlaufen.

Es geht nicht darum, im nachhinein schlauer zu sein. Westliche Politiker waren sich der Anforderungen in dieser Zeit sehr bewußt. 1989 und 1990 sah sich die US-Regierung in ihrer Jugoslawien-Politik an einem kritischen Punkt angelangt. 1990 war das Außenministerium hinsichtlich der Stabilität Jugoslawiens beunruhigt. In diesem Jahr warnte die CIA die Bush-Regierung, daß Jugoslawien in den nächsten 18 Monaten auf einen Bürgerkrieg zusteuerte.¹⁸ Das Dilemma brachte ein Journalist bei einer Pressekonferenz des Außenministers Baker am 5. Juli 1990 in Washington gut auf den Punkt. Der Journalist fragte Baker nach seinen Bedenken hinsichtlich der Situation in Jugoslawien und nach einer Bewertung der dortigen Problemlage: Er hätte den Informationen Bakers entnommen, daß die Probleme weniger auf die Zentralregierung als auf die einzelnen Republiken zurückgeführt werden müßten und äußerte die Vermutung, daß Belgrad möglicherweise den US-amerikanischen Forderungen nicht gerecht werden könnte.

Baker, normalerweise wortkarg, antwortete leicht betroffen, aber ziemlich ausweichend, daß ernsthafte Überlegungen erforderlich seien, inwieweit die einzelnen Republiken in den Betrachtungen zu berücksichtigen seien, und ob

‚Vjesnik‘ veröffentlicht wurden; zitiert nach Robert Hayden, The Beginning of the End of Federal Yugoslavia: The Slovenian Amendment Crisis of 1989, The Carl Becker Papers No. 1001, University of Pittsburgh, Dezember 1992; auch zitiert in Woodward, a.a.O., S. 129.

¹⁷ Susan Woodward, Balkan Tragedy, Chaos and Dissolution After the Cold War, The Brookings Institution, Washington DC 1995, S. 129.

¹⁸ Der CIA-Bericht wurde später der Öffentlichkeit zugespielt. Sein Inhalt wurde in der International Herald Tribune vom 29. November 1990 wiedergegeben; zitiert nach Zametica, a.a.O., S. 58.

es dabei zu einem Gegensatz mit der zentralstaatlichen Ebene kommen könne. Einiges könne die Zentralregierung in manchen Ländern umsetzen, in anderen könne sie es nicht.¹⁹ Aber in der US-Regierung als ganzes herrschte die Auffassung vor, daß das Schocktherapie-Programm gegenüber der Bewahrung des inneren Zusammenhalts Jugoslawiens wichtiger sei. So wurde die innere Dynamik Jugoslawiens auf dem Weg in den Bürgerkrieg beschleunigt. Und die europäischen Staaten, die überhaupt ein strategisches Interesse am jugoslawischen Schauplatz hatten, wollten das Land aufspalten.

Es wäre natürlich falsch, davon auszugehen, daß es keine anderen, spezifisch jugoslawischen strukturellen Schwachpunkte gab, die zum Zusammenbruch beitrugen. Viele würden argumentieren, daß der dezentralisierte Marktsozialismus in der geopolitischen Situation Jugoslawiens ein desaströses Experiment war. Die Verfassung von 1974, obwohl von Vorteil für die Kosovo-Albaner, gab den Republiken zuviel und untergrub die institutionelle und materielle Stärke der Bundesregierung. Titos Autorität glich diese Schwäche bis zu seinem Tod 1980 aus, danach waren der Staat und die Kommunistische Partei zunehmend paralysiert und gerieten in die Krise. Aber wenn die westlichen Mächte nur im mindesten die Interessen der jugoslawischen Bevölkerung im Sinn gehabt hätten, hätten vor allem sie über die adäquaten Mittel verfügt, um eine entscheidende Rolle zu spielen und zusammen mit der jugoslawischen Regierung die Einheit des Landes zu verteidigen. Statt dessen arbeiteten die westlichen Mächte, die das größte Interesse an der jugoslawischen Entwicklung hatten, politisch und materiell eifrig daran, den Zusammenbruch herbeizuführen.

Die westlichen Mächte und der systematische Weg ins Gemetzel

1990 und 1991 befand sich Jugoslawien im Sog der Auflösung, obgleich die überwältigende Mehrheit seiner Bevölkerung einen solchen Kurs nicht befürwortete. Ein Auseinanderfallen würde auch ein Hauptprinzip des neuen Staatensystems nach dem Ende des Kalten Krieges verletzen, das in der KSZE und im Pariser Vertrag von 1990 niedergelegt war: Danach sollten Staatsgrenzen nicht verändert werden. Statt dessen sollten interne Vereinbarungen in den Ländern getroffen werden, um allen Bevölkerungsgruppen angemessene Rechte zu garantieren. Aber die westlichen Mächte waren nicht bereit, diesen Grundsätzen im Falle Jugoslawiens Geltung zu verschaffen, weil Deutschland

¹⁹ Das Baker-Zitat im Original: „The question you raised is a very, very good question. There will have to be some serious thought given to the degree to which you look at the republic level as opposed to looking at the central government level. And you are quite right. There are some things in some countries with respect to which the central government can deliver on; and in other countries that cannot be done.“ In: „Baker Says East Europe Aid for Reform, Not Status Quo.“ Secretary of State Baker's press briefing following a meeting of the Group of 24, Tracking Number 145648 Text TXT404 3Fm Re (Background for the Houston Economic Summit, US Information Agency, 5.7.1990).

es nicht wünschte und die anderen Staaten nicht das geringste strategische Interesse daran hatten. Die Normen, die für westliche Staatsinteressen nicht von Belang waren, wurden über Bord geworfen. Im Frühsommer 1991 gelangten die Bestrebungen Deutschlands und Österreichs zum Erfolg, indem die EU eingeschaltet wurde, um zwischen Slowenien sowie Kroatien und der jugoslawischen Zentralregierung zu vermitteln. Die EU-Staaten waren begierig darauf, durch diese Vermittlerrolle ihr außenpolitisches Gewicht und ihr Ansehen auszubauen. Deshalb akzeptierten sie eine Rolle, die die Zerstörung Jugoslawiens einschloß: Vermittlung zwischen widerstreitenden Kräften innerhalb eines Staates über die Einheit eben dieses Staates impliziert die Mißachtung seiner Souveränität.

Der Zerfall wäre vielleicht ohne großes Blutvergießen vonstatten gegangen, wenn klare Kriterien hätten eingeführt werden können, mit denen die Sicherheit aller großen Bevölkerungsgruppen auf jugoslawischem Gebiet gewährleistet gewesen wäre. Dies war nicht nur deshalb eine lebenswichtige Frage, weil Jugoslawien ein multinationaler Staat war, in dem verschiedene Nationalitäten untereinander völlig vermischt lebten, sondern auch und vor allem, weil der wiederauflebende bürgerliche Nationalismus der Vorkriegs- und Kriegszeit in Osteuropa eine allgemeine Begleiterscheinung der schockartigen gesellschaftlichen Transformation war. Einige dieser nationalistischen Bestrebungen standen unter Vorzeichen, die viele jugoslawische Volksgruppen in Angst und Schrecken versetzten. Die konkrete Anwendung klarer und gerechter Grundsätze in der Nationalitätenfrage war buchstäblich eine Frage von Leben und Tod. Dafür hatten die westlichen Mächte einzustehen, als sie als Vermittler auftraten. Und die westlichen Mächte trugen die Verantwortung für dieses Hauptproblem, denn schließlich konnten nur die großen Westmächte den postjugoslawischen protostaatlichen Gebilden die Rechte von Staaten innerhalb des internationalen Staatensystems verleihen. Und das war jedem bekannt

Das Problem war, daß die verfassungsrechtlichen Regelungen in Jugoslawien, die die jugoslawischen Teilrepubliken und die Nationalitäten und Völker mit Rechten ausstatteten, auf der Voraussetzung fußten, daß Jugoslawien als Staat unangetastet blieb. Hierbei gab es zwei grundlegende Strukturfragen: Die erste war die Aufteilung des Landes in Republiken in der Weise, daß die nicht-serbischen Nationalitäten nicht zu befürchten hatten, die Serben könnten den Staat dominieren. Zu diesem Zweck mußten, wie Branka Magas erläutert²⁰, die Serben für eine neue Verfassungsordnung gewonnen werden, die die serbische Bevölkerung – mehr der Form nach als tatsächlich – innerhalb des postrevolutionären Jugoslawiens zerteilte. Denn große Teile siedelten in anderen Republiken oder in autonomen Provinzen, die eine größere Autonomie genossen als beispielsweise gegenwärtig das Baskenland in Spanien. Die Serben verteilten sich auf das eigentliche Serbien, Kroatien, Bosnien, die Vojvo-

²⁰ Branka Magas, *The Destruction of Yugoslavia*, London, Verso, 1993, S. 34.

dina und das Kosovo. Dies war innerhalb eines integrierten Jugoslawiens in der Tat mehr eine Frage der Form als der Faktizität, doch es wurde im Gefolge der Auflösung Jugoslawiens natürlich zunehmend zu einer tatsächlichen und nicht mehr nur formalen Zerteilung. Hierfür nun boten die Verfassungsprinzipien Jugoslawiens aber keine Lösung, denn die Verfassung räumte den Nationalitäten gleichermaßen unveräußerliche Rechte ein wie den Teilrepubliken. Nach Maßgabe dieser Bestimmungen besaßen ethnische Serben etwa in Kroatien Nationalitätsrechte, die nicht in der Verfügungsmacht der kroatischen Republik standen. Doch wie sollte diese Frage behandelt werden in einer Situation, in der die jugoslawische Verfassung im Zusammenbruch begriffen war?

Die zweite Strukturfrage betraf die größte nichtslawische Nationalität in Jugoslawien, die Kosovo-Albaner. Während sich die Serben in Nachkriegs-Jugoslawien *innerhalb* des Zentralstaates auf verschiedene Republiken aufteilten, waren die Albaner darüber hinaus auf Jugoslawien und Albanien aufgeteilt. Infolgedessen gab es innerhalb der albanischen Gemeinschaften im Kosovo und in Mazedonien die begriffliche Tendenz, alle Albaner in einem einzigen albanischen Staat zu vereinen. Mit der Zersetzung Jugoslawiens wurde dies für viele jugoslawische Albaner zu einer realistischen Option. Wie sollte (und soll) man mit diesem Problem umgehen?

Die kroatische Frage

Die Antworten, die die westlichen Mächte auf diese zwei Grundfragen gaben, wirkten ganz unmittelbar mit an den wiederholt auftretenden blutigen Gemetzeln, die sich in den 90er Jahren auf dem jugoslawischen Schauplatz zutrug. 1991 gaben die Westmächte unter Führung Deutschlands ihre Antwort auf die Serbenfrage in Kroatien. Ihnen zufolge stand Kroatien die Unabhängigkeit zu, und zwar auf Basis des Selbstbestimmungsrechts und innerhalb der Grenzen der kroatischen Republik in Nachkriegs-Jugoslawien. Das Recht auf Selbstbestimmung gründete sich hierbei auf die Tatsache, daß die Kroaten in einem Referendum für die Unabhängigkeit votiert hatten. Das kam einer Kriegserklärung zwischen der nationalistischen Regierung Kroatiens und den dort ansässigen Serben gleich, denn es verletzte die Prinzipien, nach denen die Nationalitätenfrage in Nachkriegs-Jugoslawien geregelt war: Es nahm den Serben in Kroatien ihre unumschränkten Nationalitätsrechte.

Laut Verfassung konnte sich der Mehrheitswille in einer Republik nicht über den gleichermaßen wirksamen Willen einer verfassungsmäßigen Nationalität hinwegsetzen. Daher konnte das Votum der kroatischen Mehrheit für die Unabhängigkeit nicht die Rechte der serbischen Bevölkerung außer Kraft setzen, die im selben Ausmaß anerkannt werden mußten. Die politische Führung der Serben in Kroatien organisierte ein Referendum über den Verbleib in einem unabhängigen Kroatien, und das Ergebnis war eine überwältigende Absage. Entsprechend den jugoslawischen Prinzipien wäre die Unabhängigkeit Kroati-

ens abhängig gewesen von einer vorhergehenden Lösung dieses Konfliktes von Rechten und demokratischen Willensäußerungen.

Aber die EU-Staaten ignorierten dies im Verlauf des Jahres 1991, indem sie die jugoslawische Auffassung zurückwiesen, daß der serbischen Volksgruppe die gleichen Rechte zustünden wie dem Willen der kroatischen Republik. Statt dessen machten sich die meisten EU-Länder die Ansicht zu eigen, daß die serbische Bevölkerung in Kroatien ihren Status als nationale Minderheit innerhalb eines unabhängigen Kroatiens zu akzeptieren habe. Dieser Ansatz hätte freilich impliziert, daß die KSZE-Grundsätze über Schutzrechte für Minderheiten erst einmal garantiert werden mußten, bevor die Unabhängigkeit Kroatiens anerkannt würde. Die kroatische Regierung weigerte sich jedoch, Rechte gemäß KSZE zu gewähren.

Die deutsche Regierung fetzte diesen KSZE-Grundsatz willkürlich beiseite und erkannte Kroatien an, ohne daß sich die kroatische Regierung zu angemessenen Minderheitenrechten für die dortigen Serben hätte verpflichten müssen. Diese deutsche Position bedeutete für die kroatischen Serben doppelten Betrug: Sie wurden um ihre jugoslawischen Verfassungsrechte und um ihre Rechte gemäß den KSZE-Prinzipien betrogen. Dieser Betrug mußte die kroatischen Serben in einen Krieg unter dem Feldzeichen des serbischen Nationalismus treiben. Das veranlaßte den US-amerikanischen Vermittler Cyrus Vance, den daraus resultierenden Krieg als „Genschers Krieg“ zu bezeichnen, also als den Krieg des deutschen Außenministers. Das ist vielleicht übertrieben, es war auch Tudjmans und Milosevics Krieg. Aber Genscher machte den kroatischen Serben deutlich, daß sie sich zur Verteidigung ihrer Rechte auf niemand stützen konnten außer auf ihre eigenen Waffen und die Serbiens.

Weshalb die deutsche Regierung diese Position einnahm, liegt bis heute im dunkeln. Die Standarderklärung lautet, sie habe wegen anstehender Wahlen so gehandelt. Das mag der Fall sein, obgleich wir sehen werden, daß es seinerzeit andere Interpretationen gab. Gleichermäßen bedeutsam ist jedoch die Frage, warum die anderen EU-Mächte bereit waren, die deutsche Linie zu billigen. Die Verhandlungen über dieses Thema erreichten ihren Höhepunkt auf einer nächtlichen Sondertagung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) vom 15. auf den 16. Dezember 1991 in Brüssel. Bei diesem Treffen brachte Kanzler Kohl die Briten dazu, ihn zu unterstützen, indem er John Major zwei weitgehende Lockangebote zum Maastrichter Vertrag unterbreitete: die britische Nichtbeteiligung an der Währungsunion und der Sozialcharta (über Arbeitnehmerrechte in der EU). Zugleich versprach Kohl, daß er Kroatien und Slowenien erst anerkennen werde, wenn sie volle Schutzrechte für ihre Minderheiten eingeführt hätten (vor allem Rechte für die kroatischen Serben). Doch Kohl nahm dieses erhebliche Zugeständnis wieder zurück, indem er Kroatien und Slowenien am 23. Dezember ohne jegliche Garantie von Minderheitenrechten einseitig anerkannte.²¹

²¹ Vgl. Susan Woodward, *The Balkan Tragedy* (Brookings Institution, 1995), S. 184.

Nun erhebt sich die Frage: Weshalb akzeptierten die anderen Hauptmächte des Westens diesen deutschen Sonderweg? Darauf gibt es eine zweifache Antwort: Erstens nahmen die USA diesen weitreichenden diplomatischen Schritt Deutschlands nicht hin; sie beschlossen, sich doch noch in die Jugoslawien-Krise einzumischen. Und für die anderen EU-Mächte war Jugoslawien strategisch einfach nicht von Belang: Viel wichtiger war der Maastrichter Vertrag (und im Falle der Briten die Möglichkeit, von zentralen Vertragsbestandteilen ausgenommen zu werden).

Es soll auch betont werden, daß die EU nicht nur Tudjman's Ablehnung der KSZE-Prinzipien für die große serbische Bevölkerungsgruppe in Kroatien duldete. Sie ignorierte außerdem den Anspruch der Kosovo-Albaner auf KSZE-gemäße Minderheitenrechte in der serbischen Kosovo-Provinz. Der einfache Grund: Für kein westliches Land stand dabei irgendetwas auf dem Spiel.

Eine Gruppe im Westen hatte sich allerdings ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt, wie entsetzlichen ethnischen Gemetzeln vorzubeugen wäre. Es handelt sich um die Badinter-Kommission aus führenden internationalen Juristen, die von der EU im August 1991 als Schiedsgremium eingesetzt worden war, um Grundfragen im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens zu behandeln. Anfangs, während der Kroatien- und Slowenien-Krise, vertrat die Badinter-Kommission die sozusagen deutsche Linie: Von der serbischen Regierung um einen Schiedsspruch gebeten zur Frage des serbisch-kroatischen Grenzverlaufs, zitierte die Kommission eine Klage aus einem Konflikt zwischen Mali und Burkina Faso, wonach postkoloniale Grenzen nicht verändert werden sollten. Sie bestritt auch die Bedeutung des Votums, das die serbische Bevölkerung in Kroatien in einem Referendum gegen ihre Einverleibung in ein unabhängiges Kroatien abgegeben hatte. Zugleich wandte sie sich gegen die Anerkennung Kroatiens mit der Begründung, es achte die Minderheitenrechte nicht. Im Falle Bosniens jedoch nahm die Badinter-Kommission eine Sicht ein, die der früheren jugoslawischen Rechtsauffassung näher kam: Sie erklärte, die Unabhängigkeit Bosniens sei nur dann zu billigen, wenn alle drei Völker in Bosnien dem wirklich zugestimmt hätten - die bosnischen Serben, die bosnischen Muslime und die bosnischen Kroaten. Während die EU im Falle der Anerkennung der Grenzen Kroatiens (und des Kosovo) einen Ansatz der „historischen Rechte“ verfolgte, vertrat sie also im Falle Bosniens einen Ansatz, der die demokratischen Rechte aller Nationalitäten anerkannte. Da die bosnischen Serben eine Unabhängigkeit Bosniens, die sie von ihren Landsleuten in Serbien abtrennen würde, aufs entschiedenste ablehnten, bedeutete die Badinter-Position die Unannehmbarkeit der bosnischen Unabhängigkeit. Das war im Januar 1992 auch die Linie der deutschen Regierung und fand in der EU weithin Zustimmung. Aber zu diesem kritischen Zeitpunkt intervenierten die USA erstmals energisch in der Jugoslawien-Krise.

US-Intervention: Wie die bosnische Karte gegen die neue deutsche Einflußzone ausgespielt wird

Im Verlauf des Jahres 1991 lautete die offizielle Politik der USA, die Einheit Jugoslawiens zu unterstützen. In Wirklichkeit jedoch hielten sich die USA von der Jugoslawien-Krise fern und verfolgten lediglich das chaotische Hin und Her der europäischen Mächte in dieser Angelegenheit. Die USA hatten an Jugoslawien kein bedeutsames nationales Interesse mehr.²² Aber sie waren fixiert auf ein für sie überragend wichtiges Ziel in der Europa-Politik: nämlich sicherzustellen, daß Westeuropa dem Atlantischen Bündnis unter US-Führung unverbrüchlich untergeordnet blieb. Die Bush-Regierung betrachtete dies als ernsthaftes Problem, das durch die neuen Strukturen entstanden war, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergeben hatten. Erstens hatte die Nato - der militärische Grundpfeiler der Allianz - ihren Daseinsgrund verloren, und es gab Bestrebungen in Westeuropa (und in der UdSSR), in Europa eine neue Sicherheitsordnung zu errichten, die die US-amerikanische Führungsrolle tendenziell untergrub. Zweitens schien das neue vereinte Deutschland, von der US-Vormundschaft befreit, zusammen mit Frankreich einen neuen politischen Block aufzubauen, und zwar mittels des Maastricht-Vertrags, der die EU-Außen- und Sicherheitspolitik stark akzentuierte in Richtung auf eine „gemeinsame Verteidigungspolitik“. Es handelte sich anscheinend um mehr als nur Worte, da Deutschland und Frankreich im Begriff waren, außerhalb des Nato-Systems ein binationales Korps aufzustellen, das sogenannte „Euro-Korps“ - ein Schritt, der Washington und London gründlich störte. Und drittens schien Deutschlands Vorstoß in der Jugoslawien-Politik nicht nur auf die heimische Wählerschaft abzuzielen, sondern vielmehr auf die Schaffung einer deutschen Einflußzone in Mitteleuropa, unter Einbeziehung von Österreich, Ungarn, Kroatien sowie Slowenien und unter möglichem späterem Einschluß der Tschechoslowakei, bis hin zum kritischsten Punkt, der Einbeziehung Polens. Dies war anscheinend die einzige Erklärung für den zielstrebigem Alleingang Genschers und Kohls, bei dem sie ihre EU-Partner 1991 überrumpelten und ganz Europa signalisierten, daß Bonn die Schaltstelle geworden war, an der das neue Europa gestaltet wurde.

Für die Bush-Regierung war das unannehmbar. Wie Eagleburger erklärte, galoppierte Deutschland mit seinem Kroatien-Vorstoß den USA davon. Mit

²² Zufällig befanden sich in den höchsten Führungspositionen der Bush-Regierung langjährige Jugoslawien-Experten: Eagleburger, zuständig für Europa-Politik, war dort einmal Botschafter, und Scowcroft, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats, hatte der Botschaft in Belgrad angehört und über Jugoslawien promoviert. Laut Woodward war einer der Gründe für die Untätigkeit der USA in den Jahren 1990 und 1991, daß beide Politiker geschäftliche Interessen in Jugoslawien hatten, und man habe in den USA bereits Fragen gestellt nach dem möglichen Einfluß dieser persönlichen Interessen auf die amerikanische Jugoslawien-Politik. Siehe Woodward, op. cit., S. 155.

anderen Worten, die USA interpretierten Genschers Eifer bei der Zerschlagung Jugoslawiens keineswegs dahingehend, daß damit die eigene katholische Wählerschaft und der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen bedient werden sollten. Als Antwort auf diese Herausforderung beschloß die US-Regierung, in der Jugoslawien-Krise das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

Doch ebenso, wie Deutschlands wechselnde universelle Werte und Ziele nicht etwa zum Wohle des jugoslawischen Volkes verkündet wurden, sondern zur Mehrung des eigenen politischen Einflusses, so betraten die Vereinigten Staaten den Schauplatz Jugoslawien natürlich auch nicht zu dem Zweck, die Wogen des Krieges zu glätten und den in Angst lebenden jugoslawischen Völkern wieder Sicherheit zu verschaffen. Ganz im Gegenteil. Die Bush-Regierung trat auf die Szene, um Deutschland und die Europäische Union auf die Ränge zu verweisen, doch sie tat dies, indem sie den Boden für einen neuen und viel grausameren jugoslawischen Krieg bereitete.

Um die Führung an sich zu bringen, wählte Washington das Mittel, die bosnische Regierung in ihrem Streben nach Unabhängigkeit zu ermutigen, und damit den Krieg in Bosnien. Die bosnische Unabhängigkeit wurde von der deutschen Regierung und der EU abgelehnt. Ihnen war daran gelegen, das restliche Jugoslawien zusammenzuhalten. Die US-Regierung beschloß, dem ein Ende zu setzen, indem sie einen Vorstoß für die bosnische Unabhängigkeit unternahm, und zwar just im Januar 1992, als sich die EU anschickte, Deutschland in der Frage der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens zu folgen.

Deutschland hatte die innere Krise Jugoslawiens gemäß seiner eigenen Problemdefinition umgedeutet: Europa müsse das unabhängige Kroatien gegen serbisch-jugoslawische Aggression verteidigen. Nun lieferte Washington eine neue Problemdefinition: Europa und die Welt müßten ein unabhängiges Bosnien vor serbisch-jugoslawischer Aggression und vielleicht sogar, falls taktisch nützlich, vor kroatischer Aggression schützen. So verkündeten die USA die große Wertnorm, die ihnen die Führung in Europa eintragen würde: Selbstbestimmung für die bosnische Nation und Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegen äußere Angriffe.

Bosnien: Staat ohne Nation

Ein faktisches Problem stellte sich der amerikanischen Position: Es gab im politischen Sinne oder nach jugoslawischem Verfassungsbegriff keine bosnische Nation. Statt dessen gab es drei Nationalitäten in Bosnien, von denen keine die Bevölkerungsmehrheit darstellte (s. Tabelle 1).

Aus Wahlergebnissen war ersichtlich, daß die Mehrheit der bosnischen Bevölkerung die Autorität eines unabhängigen bosnischen Staates nicht anerkennen würde. (Die kroatischen Nationalistenführer unterstützten die bosnische Unabhängigkeit nur aus dem Kalkül heraus, daß sich Bosnien dadurch um so leichter zerlegen ließe.) Und es war ebenso völlig klar, daß große Teile

der Bevölkerung eher in einen Krieg ziehen würden, als diesen Staat zu akzeptieren. Die amerikanische Regierung wußte dies sehr wohl. Indem sie die Izetbegovic-Regierung zu Aktionen für die Unabhängigkeit drängte, drängte die Bush-Regierung zum Krieg.

Tabelle 1:

Muslime	1.629.000
Serben	1.320.000
Kroaten	758.000
Jugoslawen	326.000
Bosnier	0

Die Izetbegovic-Regierung selbst hatte den deutschen Alleingang für die Unabhängigkeit Kroatiens erbittert abgelehnt, weil sie überzeugt war, daß dies in Bosnien den Druck in Richtung Unabhängigkeit und somit Bürgerkrieg verstärken würde. Izetbegovic hatte im Dezember eine bewegte Bitte an Genscher gerichtet, diese Aktion abzubrechen, um Bosnien zu retten; jedoch vergeblich. Doch als Kroatien anerkannt war und die USA Izetbegovic drängten, die Unabhängigkeit zu fordern, muß die bosnische Regierung gewichtige politische und militärische Zusagen von der US-Regierung erhalten haben, um sie zu einem politischen Kurs zu überreden, der mit Sicherheit einen entsetzlichen Bürgerkrieg hervorrufen würde – einen Bürgerkrieg, in dem sowohl die bosnischen Kroaten als auch die bosnischen Serben von ihren jeweiligen Staaten Beistand erwarten durften.

Wären die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt willens gewesen, die Positionen der EU und Deutschlands mitzutragen, wonach Bosnien bei Restjugoslawien verbleiben und es für seine Sicherheit in diesem Kontext Unterstützung erhalten sollte – dann wäre die Izetbegovic-Regierung mit Sicherheit vor einem Schritt zurückgewichen, der unweigerlich einen Krieg auslösen mußte.

Daß dies die Haltung der Izetbegovic-Regierung war, wurde im März 1992 ersichtlich, als sie auf einem Treffen in Lissabon unter der Schirmherrschaft der EU mit den Führern der bosnischen Kroaten und Serben ein Abkommen traf, wonach Bosnien eine Konföderation auf der Basis von drei ethnisch begründeten Kantonen werden sollte. Doch wie die New York Times später berichtete, brachte die US-Regierung eine Woche danach Izetbegovic dazu, das von ihm getroffene Abkommen zu verwerfen und „sich statt dessen für ein souveränes Bosnien-Herzegowina unter seiner Präsidentschaft auszusprechen, unter Berufung auf das Unabhängigkeitsreferendum vom 1. März. Problematisch an dem Referendum war, daß die bosnischen Serben es als Vorspiel zum

Bürgerkrieg ansahen und deshalb boykottierten, während die bosnischen Muslime und Kroaten es in der übergroßen Mehrheit guthießen.²³

Hätten die USA sich für einen Verbleib Bosniens in Restjugoslawien entschieden, hätten sie den deutschen Spielregeln nachgegeben und sich der europäischen Politik in der Jugoslawien-Krise angepaßt. *Ihre Politik, die Entwicklung in Jugoslawien für die eigenen, weiterreichenden europapolitischen Absichten zu nutzen*, führte die USA auf einen Weg, der es erforderlich machte, die Badinter-Kommission und die Auffassung Nachkriegs-Jugoslawiens über Nationalitätenrechte in den Boden zu stampfen. Eine Regierung, die nur eine Minderheit der bosnischen Bevölkerung repräsentierte, mußte ermuntert werden, den ausdrücklichen demokratischen Willen der anderen bosnischen Gemeinschaften - der bosnischen Serben und Kroaten - zu ignorieren und zu versuchen, einen bosnischen Staat ohne bosnische Nation zu gründen. Die Politik bestand darin, den bosnischen Bürgerkrieg als serbische Aggression hinzustellen, wobei Serbien angeblich seine Landsleute in Bosnien als skrupellose fünfte Kolonne einsetzte. Es war abzusehen, daß serbische paramilitärische Gruppen, von denen einige nach der Krajina unterwegs waren, mit der Zerstörung von Dörfern bosnischer Muslime beginnen würden. Ein schrecklicher und widerwärtiger Krieg brach unter den Bosniern aus.

Der Krieg war ein politischer Erfolg für die USA, die das Geschehen auf dem jugoslawischen Schauplatz nun steuerten und sehr erfolgreich die europäische Politik polarisierten, und zwar zwischen denjenigen, die der „bosnischen Nation“ beistanden, und denjenigen, die die Bewegung für ein „Großserbien“ - als Staat für die vereinigten Serben - unterstützten - ein Vorstoß für ethnische Säuberungen und barbarische Massaker. Gerade diese barbarischen Methoden, die von einem Teil der „bosnischen Nation“ - den bosnischen Serben - gegen die bosnischen Muslime angewendet wurden, entschieden den Erfolg der US-Aktion. Aber die verdeckten Waffenlieferungen der USA an die bosnischen Muslime und die Einigung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über die weiterreichende Europa-Politik waren ebenfalls ausschlaggebend.

Natürlich hatte das Ausspielen der bosnischen Karte durch die USA noch andere Folgen, vor allem die folgenden zwei: Erstens wurden die Nationalitätenrechte der größten Nation auf dem jugoslawischen Schauplatz, nämlich der Serben, von den westlichen Mächten mit Füßen getreten, da die US-Politik zum Erfolg führte. Das bedeutete, daß sie sich um Milosevics serbische Regierung als ihre Schutzmacht sammeln würden (und es bedeutete darüber hinaus, daß westliche liberale, demokratische Politik kaum bei einem Serbien Erfolg haben konnte, dessen Volk von westlichen liberalen, demokratischen Staaten zum Opfer gemacht worden war). Die zweite Folge war, daß die viertgrößte jugoslawische Nationalität, die Kosovo- und die mazedonischen

²³ New York Times vom 17. Juni 1993.

Albaner mit ihren nationalen Hoffnungen auf Freiheit und Einheit, ebenfalls von den westlichen Mächten ignoriert werden sollte, obwohl sie gleichzeitig von der amerikanischen Bosnien-Politik schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde: Denn sie war der Gnade einer serbischen Nation ausgeliefert, die sich wegen der Mißachtung ihrer Nationalitätenrechte durch den Westen in Aufruhr befand und nationalistischen Extremisten zuneigte; die Kosovo- und mazedonischen Albaner waren sich selbst überlassen in einer serbischen Republik, die im nationalistischen Autoritarismus festgefroren war; mit 600.000 „ethnisch gesäuberten“ serbischen Flüchtlingen, Flüchtlinge, die durch Natogeführte Truppen im bosnischen Krieg herausgesäubert worden waren. Ohne diese Zusammenhänge sind die Wahlsiege von Milosevic in den Jahren 1993 und 1996 kaum zu verstehen.

Die neue deutsch-amerikanische Partnerschaft und der Weg nach Dayton

Während der bosnische Krieg in den Jahren 1993 und 1994 andauerte, wichen die Rivalität und das gegenseitige Mißtrauen, die zwischen Deutschland und den USA über verschiedene Themen der weiterreichenden europäischen Politik bestanden, zugunsten einer neuen Einheit, die um ein neues politisches Programm für Europa und das Atlantische Bündnis kreiste. Ein wesentlicher Schritt dazu war das Abkommen der Uruguay-Runde - das eine gemeinsame Vision nicht nur für „Handel“ im herkömmlichen Wortsinne umfaßte, sondern in Wahrheit eine gemeinsame Vision für die Expansion des atlantischen Kapitalismus über die ganze Welt mittels der Strategie der Globalisierung nationaler politischer Ökonomie. Doch ein weiterer, absolut entscheidender Schritt war die Sitzung des Nordatlantikrates in Brüssel im Januar 1994. Auf diesem Treffen wurden zwei grundlegende Beschlüsse gefaßt: erstens, die Nato im Osten bis nach Polen zu erweitern; und zweitens die Annahme der zusammengehörigen, scheinbar rein technisch-militärischen Konzeptionen der „Combined Joint Task Forces“ (CJTF, „Alliierte Streitkräfte-Kommandos“) und der „separable but not separate European military capabilities“ („trennbare und nicht getrennte militärische Fähigkeiten in Europa“)²⁴.

Diese Beschlüsse, die im wesentlichen von den USA und Deutschland getroffen wurden, markieren die große politische Wende in der Neuausrichtung der europäischen internationalen Politik nach dem Ende des Kalten Krieges. Um ihre Bedeutung zu erfassen, müssen wir die allgemeineren Debatten und politischen Auseinandersetzungen betrachten, die die westlichen Mächte über die Gestalt der europäischen Ordnung nach der Periode des Kalten Krieges führ-

²⁴ Beide Begriffe werden nach Auskunft des Auswärtigen Amtes auch in Deutschland überwiegend im englischen Original verwendet. Grob gesagt, geht es hierbei um die Trennbarkeit der Nato-Strukturen in europäische und US-Strukturen und um das Bestreben, den Aufbau doppelter Kommandostrukturen zu vermeiden. Anm. d. Ü.

ten. Diese Debatte kann analytisch in einen politischen und einen militärischen Aspekt aufgeteilt werden.

Das politische Konzept für Europa

Der Zusammenbruch des Ostblocks hatte wieder die Frage aufgeworfen, wie die politischen Kräfte in Europa zu strukturieren und auszurichten seien. Dazu gab es in den frühen 90er Jahren drei Vorstellungen, von denen zwei für die USA absolut unannehmbar waren:

Option 1: Ein paneuropäisches Sicherheitssystem, das Rußland und die USA ebenso einschloß wie alle anderen Staaten Europas, in einem institutionellen Rahmen - einer erheblich gestärkten und umgestalteten KSZE -, der auf Werte aufbauen sollte, auf klaren Regeln für alle; verletzte ein Staat sie, so sollten alle anderen gemeinsam gegen ihn vorgehen.

Option 2: Eine auf zwei Pfeilern ruhende Machtstruktur, die in Westeuropa die EU und die Westeuropäische Verteidigungsunion umfassen sollte und in Osteuropa Rußland und die GUS. Die Nato sollte in den Hintergrund rücken als Garant für die Sicherheit ihrer Mitglieder, während sich WEU und EU nach Ostmitteleuropa ausdehnen sollten, womit Rußland hätte leben können.

Option 3: Die Nato sollte unter amerikanischer Führung das Kommando über die europäische Politik übernehmen. Die KSZE sollte mit reduzierter, rein technischer Funktion überleben, der WEU und EU sollten keine politische Gestaltung und keine gegenüber der Nato autonome Kommandostruktur mehr zustehen, und die Nato würde sich nach Osten ausdehnen, aber Rußland außen vor lassen. Auf diese Weise würde ein nach Osten ausgedehntes Europa aufs neue polarisiert zwischen einem US-dominierten Westeuropa und einem geschwächten Rußland. Von Deutschland würde erwartet, daß es östliche Themen zuallererst mit den USA und seinen westlichen Partnern diskutiert, anstelle der Option, erst mit Rußland und dann mit seinen westlichen Partnern zu verhandeln.

Die Optionen 1 und 2 hätten die amerikanische Machtposition in Europa untergraben. Doch in den frühen 90er Jahren gab es gegen die Option 3 nicht nur von Rußland, sondern auch von vielen europäischen Ländern Widerstand. Es sollte dennoch für die USA entscheidend werden, diese Option zu verwirklichen. Das große Problem war allerdings, daß sie Rußland unabdingbar ausschloß. Amerikanische Führung mittels der Nato war nur dann möglich, wenn Rußland nicht Nato-Mitglied war. Wäre Rußland in der Nato, wäre es den Vereinigten Staaten nicht möglich, die west- und mitteleuropäischen Länder zu diesem oder jenem politischen Problem außerhalb des Nato-Gebiets zu einer politisch-militärischen Einheit zu formen. Amerikanische Vorherrschaft mittels der Nato erforderte gerade den Ausschluß Rußlands. Nur die Optionen 1 und 2 räumten Rußland eine zentrale Position in der europäischen internationalen Politik ein. Die Entscheidung aber, die Nato im Osten mit Polen zu erweitern, war im Kern die Entscheidung für die Option 3 - amerikanische Vorherrschaft.

In den frühen 90er Jahren trieben die USA ihre sehr heikle Kampagne voran, die Nato als Institution zur dominierenden paneuropäischen politisch-militärischen Kraft zu machen. Der erste Schritt zu diesen diplomatischen Bemühungen war bei der Versammlung des Nordatlantischen Rates in Rom im November 1991 getan worden: Dabei wurde der Nordatlantische Kooperationsrat (NACC, North Atlantic Cooperation Council) geschaffen, um Beratungs- und Verbindungswege zum gesamten ehemaligen Ostblock zu institutionalisieren. Das konnte als Versuch gelten, den früheren Ostblock zu einem Zeitpunkt zu beruhigen, als die UdSSR gerade zusammenbrach. Rußland (das 1992 eine stark prowestlich orientierte Regierung hatte) beteiligte sich am Nordatlantischen Kooperationsrat. Der nächste und wirklich kritische Schritt dieses Feldzugs wurde auf dem Nato-Gipfel im Januar 1994 ausgeführt. Der Gipfel beschloß, die Nato nach Osten zu erweitern, und um dies vorzubereiten, schuf es ein neues Instrument, die sogenannte Partnerschaft für den Frieden. Damals sahen manche die Partnerschaft für den Frieden als mögliche Alternative zur Nato-Erweiterung, aber für die USA war es ein Zwischenschritt zur Osterweiterung.

Jugoslawien mag vordergründig wenig mit diesen Sicherheitsdebatten zwischen den westlichen Mächten zu tun haben. Aber was sich abspielte, war nicht nur eine Diskussion: Es war ein politischer Kampf um die künftige politische Gestalt Europas. Derartige Kämpfe zwischen den westlichen Mächten werden nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ausgefochten und indem man Fakten schafft. In diesem Zusammenhang war Jugoslawien der zentrale Kampfplatz, um Auseinandersetzungen durch Taten und geschaffene Fakten zu gewinnen.

Hätte die EU die Jugoslawien-Krise in den Jahren 1990 und 1991 erfolgreich bewältigt, hätte dies der Option 2 starken Auftrieb gegeben. Die Tatsache, daß die USA während des Bosnien-Krieges merkten, daß sie auf die politische Unterstützung der Russen nicht verzichten konnten, führte zur Bildung der Kontaktgruppe und bedeutete einen Ansatz zur kollektiven Sicherheit in europäischen Fragen - Option 1.

Aber mit der deutsch-amerikanischen Übereinkunft, daß die Nato zum Hauptpfeiler des neuen europäischen Systems zu machen und sie nach Osten zu erweitern, war der Weg frei, diesen deutsch-amerikanischen Ansatz auf dem Schauplatz Jugoslawien in die Praxis umzusetzen. Ein Erfolg dort würde dann auf das weitere europäische Feld zurückwirken, mit der Ausdehnung der Nato auf Polen. Der Partnerschaft-für-den-Frieden-Plan legitimierte die praktische politische und militärische Zusammenarbeit zwischen der Nato und ex-jugoslawischen Ländern, was gemeinsame Sicherheits- und Militärplanung ermöglichte. Die militärische Zusammenarbeit der USA mit sowohl Mazedonien als auch Albanien konnte nun unter dem Dach der Partnerschaft für den Frieden legitimiert werden.

Das militärische Konzept für eine neue Nato

Die Nato als eine für den Krieg mit der Sowjetunion konzipierte politische Struktur wurde mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks überflüssig. Aber die amerikanische Führungsrolle in Westeuropa hing von der Fähigkeit der USA ab, für seine europäischen Verbündeten zentrale militärische Aufgaben zu übernehmen. Die Kriege in Jugoslawien gaben den USA, Frankreich und Großbritannien ein Argument für eine neue Rolle ihrer militärischen Potentiale: Das Chaos in Ostmitteleuropa erfordere es, daß die westlichen Mächte ihre Macht nach Osten ausdehnen mußten. In anderen Worten: Es ging darum, mit aggressiven militärischen Aktionen jene Kräfte im Osten zu schlagen, welche die Stabilität gefährdeten oder die neue politisch-ökonomische Struktur Europas bedrohten.

Diese Idee wurde von der Nato als ‚Neues Strategisches Konzept‘ des Westens für ein ‚Krisenmanagement‘ und den Umgang mit ‚regionalen Instabilitäten‘ während der ersten Jugoslawienkrise auf dem Nordatlantik-Rat-Treffen im November 1991 in Rom vorgebracht.

Dies Konzept nutzte den USA erheblich in ihrem Kampf um die Führungsrolle in Europa, weil den Westeuropäern militärische Schlüsselkomponenten für eine solche aggressive Machtausdehnung fehlten: Ihnen fehlten die Transportinfrastruktur, Flugzeuge, Satellitenaufklärungssysteme für das Schlachtfeld, Technologien wie Cruise Missiles und andere ‚intelligente Waffen‘. Die USA konnten all dies bieten. Die Europäer hätten ihre Militärhaushalte in Zeiten fiskalischer Beschränkung (um die Kriterien des Maastricht-Vertrags vor dem Hintergrund ökonomischer Stagnation zu erreichen) erheblich erhöhen müssen, um diese Ausrüstungen zu beschaffen.

Mit diesem neuen militärischen Konzept einer ostwärts gerichteten Machtausdehnung außerhalb des Nato-Gebiets konnten die USA nicht nur auf die Unterstützung Großbritanniens (das bereits zugestimmt hatte), sondern auch Frankreichs hoffen, das daran interessiert war, seine militärischen Kapazitäten einzusetzen, um sein politisches Gewicht in Westeuropa zu erhöhen. Für die USA war allerdings die entscheidende Frage, die Deutschen zu gewinnen. Anfangs der 90er Jahre schien die deutsche Regierung an einem mehr autonomen europäischen Militärinstrument interessiert, welches um eine deutsch-französische Achse und das Euro-Korps geformt werden sollte. Dies wurde auch von Präsident Mitterand favorisiert. Aber um 1994 kamen die Deutschen zu dem Schluß, daß die Vorstellung von einem autonomen westeuropäischen Militärinstrument unmöglich war: es mußte ein Nato-Instrument unter US-amerikanischer Führung sein. Die Beschlüsse des Brüsseler Gipfels vom Januar 1994, über ‚Combined Joint Task Forces‘ und über ‚separable but not separate European Military Capabilities‘ waren im Kern Beschlüsse, der Idee von der WEU als einem autonomen militärischen Machtblock ein Ende zu bereiten. Statt dessen wurde die WEU lediglich ein anderer Hut, unter welchem die Europäer Operationen durchführen konnten, die die USA zwar billigten, in

die sie aber nicht involviert werden wollten. Das ‚Combined Joint Task Forces‘-Konzept brachte französische Truppen und das Euro-Korps in den Nato-Rahmen zurück und das Prinzip ‚separable but not separate‘ bedeutete, daß es keine separate europäische Politikplanung oder Kommandostruktur geben würde: nur die Nato, einig und unteilbar. Somit war das französische Konzept einer von den USA *unabhängigen* Europäischen Verteidigungsinitiative aus den frühen 90er Jahren tot. Die Rede von der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität wurde beibehalten, aber nur in dem Verständnis, daß die Europäer mehr innerhalb der NATO tun – unter US-Aufsicht. Und wiederum war es der jugoslawische Schauplatz, auf dem die neuen ‚Combined Joint Task Forces‘ geschmiedet werden sollten.

Der jugoslawische Weg zur neuen Nato

Die Verschiebungen in der veränderten Rolle der Nato im neuen Europa wirkten 1994 und 1995 auf den Bosnien-Konflikt zurück. Zunächst gab es akute Spannungen zwischen den USA einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits, weil die USA mit Schlägen gegen die bosnischen Serben ihre enorme Luftmacht demonstrieren wollten, was die Sicherheit der britischen und französischen Truppen in Bosnien gefährdet hätte. Die Spannungen erreichten einen Punkt, an dem sogar vereinzelt ein Auseinanderbrechen der Nato befürchtet wurde, als die Briten eine solche Spaltung direkt androhten. 1995 entwickelte sich aber eine gemeinsame Taktik.

Erstens übernahmen die USA den deutschen Ansatz, den Bosnien-Krieg zu Ende zu bringen, indem eine Koalition zwischen bosnischen Muslimen und bosnischen Kroaten in Verbindung mit einer Allianz zwischen der bosnischen und kroatischen Regierung gegen die bosnischen Serben geschaffen wurde. Dies war ein großer Erfolg gegen die Serben: Kroatien und große Teile Bosniens wurden von Serben ‚ethnisch gesäubert‘. Zweitens konnte die Nato entschlossen außerhalb ihres Einsatzgebietes in Aktion treten – mit britischen und französischen Truppen, US-Lufteinsätzen und kroatischen und bosnisch-muslimischen Truppen, die die serbische Seite besiegten. Die gesamte Operation unter US-Führung wurde gekrönt durch das Abkommen von Dayton als großer politischer Erfolg der Europapolitik der USA. Diese versuchten darüberhinaus, ihre Lufteinsätze als Schlüssel für den Sieg darzustellen, um zu zeigen, wie wesentlich die USA für die europäische Sicherheit seien.

Daß Dayton keinen wirklichen bosnischen Staat hervorbrachte, war aus US-Sicht lediglich ein Detail. Die enorme Komplexität des Jugoslawienproblems würde verhindern, daß europäische WählerInnen dies überhaupt realisieren könnten. Die USA hatten durch die Reorganisation der Nato und die neue deutsch-amerikanische Partnerschaft das Kommando in der Jugoslawienfrage sowie in Fragen der hohen europäischen Politik übernommen – Nato wie deutsch-amerikanische Partnerschaft überlebten den Bosnienkonflikt allerdings nur blutbefleckt.

Das Herangehen der USA an den neuen Rückschlag auf dem Balkan

Um den US-Beschluß, am 24. März 1999 Krieg gegen Jugoslawien zu beginnen, zu verstehen, müssen wir untersuchen, wie sich die Ereignisse auf dem Balkan und im weiteren europäischen Kontext nach Dayton entwickelten.

Die entscheidende Veränderung auf dem Balkan war die explosive Situation in Albanien, die zum noch immer fortschreitenden Zusammenbruch des albanischen Staates und zur Destabilisierung Serbiens und Mazedoniens durch die UCK führte. Die UCK ist selbst zum großen Teil ein Produkt des albanischen Zusammenbruchs.

Die tatsächliche Politik von Dayton lief nicht auf die Bildung eines lebensfähigen bosnischen Staates hinaus, sondern auf ein Nato-Protectorat in Bosnien – richtiger eine Nato-Diktatur – welches politisch überleben würde, wenn die beiden wichtigsten Staaten in der Region, Kroatien und Serbien, auf Linie gehalten werden konnten. Die kroatische Regierung hat sich nicht an die Vereinbarung gehalten, indem sie die kroatische Bevölkerung Bosniens nach Kroatien integrierte. Milosevic's Regime hingegen hielt sich an die Vereinbarung, auch wenn es nicht in der Lage war, die bosnischen Serben daran zu binden, die mehrheitlich Milosevic nach seiner Zustimmung zum Dayton-Abkommen als Verräter an der serbischen Sache betrachteten. Was die US-Politik allerdings nicht in Betracht zu ziehen gewillt war, war ein Groß-Albanien, denn dies hätte alle Pläne für Mazedonien, Bulgarien und möglicherweise auch für Griechenland und die Türkei zunichte gemacht. Aber paradoxerweise öffnete der innere Kollaps des albanischen Staates 1996-97 das Tor zu einem Groß-Albanien.

Die albanische Regierung Sali Berishas (bis 1996) war eine korrupte Diktatur, die Wahlen fälschte und die Oppositionsführer ins Gefängnis steckte, die aber der US-Politik nützlich war, weil sie die Grenze zu Jugoslawien geschlossen hielt und die nationalistischen Hoffnungen der Albaner im Kosovo und in Mazedonien nicht unterstützte. (Es scheint so, als sei Berisha eine Entdeckung des britischen Geheimdienstes gewesen und die Briten sahen seinen Sturz nur sehr ungern.)

Mit dem Volksaufstand, der Berisha stürzte, wurde der albanische Staat zertrümmert, seine Sicherheitskräfte lösten sich auf und die Waffen wurden von der Bevölkerung übernommen – unter anderem wurden etwa 750.000 Kalashnikovs privatisiert. Trotz einer italienischen Militärinvention gelang es der neuen sozialistischen Regierung Nanos – frisch aus Berishas Gefängnissen entlassen – nicht, die Ordnung im Land wiederherzustellen und die Grenzen zu Jugoslawien und Mazedonien zu schließen. Dies eröffnete eine Chance für die UCK im Kosovo, eine Organisation, deren Führer einst Enver Hoxha bewundert hatten, jetzt aber ihre Tore für all jene öffneten, die die reformistische und pazifistische Position des moderaten Albanerführers Ibrahim Rugova zurückwiesen. Die Offensive der UCK wurde besonders im Kosovo wie auch in

Mazedonien von der albanisch-stämmigen Bevölkerung positiv aufgenommen, wo die nationalen Hoffnungen der Albaner lange unterdrückt worden waren. Die UCK-Offensive im Kosovo begann im Februar 1998 und war sehr effektiv – in der gesamten Provinz wurden eine große Zahl serbischer Beamter und Sicherheitskräfte getötet.

Zum Umgang mit der UCK

Dies stellte für die Clinton-Regierung ein akutes Dilemma dar. Ihr Erfolg in Dayton bedeutete, daß die USA sich auf dem Balkan verpflichtet hatten. Also mußte etwas getan werden, denn ein Groß-Albanien stand nicht zur Debatte. Die Zeitschrift 'Economist' stellte das Problem im Juni 1998 so dar: „Die größte Sorge (des Westens) sei, daß der Krieg auf die zwei Nachbarstaaten des Kosovo, Albanien und Mazedonien, übergreifen könnte. Die Separatisten nutzen beide Länder (und Mazedonien) als sichere Rückzugsgebiete und Quellen für Waffen.“²⁵

Es gab natürlich eine offensichtliche Lösung: die USA und die Nato hätten die Entwicklungen in Albanien und Mazedonien in die Hand nehmen und gleichzeitig die UCK im Kosovo dem Milosevic-Regime überlassen können: durch eine Kombination aus einer Autonomie für das Kosovo innerhalb Jugoslawiens, unterstützt vom moderaten Albanerführer Rugova, und einer Bekämpfung der UCK im türkischen oder kolumbianischen Stil - durch das Räumen von Dörfern entlang der Grenze zu Albanien.

Es gab aber auch ein offensichtliches Problem: Man hätte erkennen können, daß es sich praktisch um eine Allianz zwischen den USA und jenem Mann handelte, den die USA zum Saddam Hussein des Balkans aufgebaut hatten – Slobodan Milosevic. Trotzdem verfolgte die Clinton-Regierung diese Strategie von März bis September 1998, indem sie kosmetische und rhetorische Aktionen gegen Milosevic mit effektiver Zustimmung zum Autonomie-plus-Aufstandsbekämpfungs-Plan verband. Dies war auch die Linie, die von den beiden Jugoslawien-Experten in Clintons Team, Holbrooke und Christopher Hill, unterstützt wurde. Sie wurde ebenfalls von vielen westlichen Regierungen und Rußland unterstützt.

Das Signal an Milosevic, seine Aufstandsbekämpfung zu beginnen, wurde im März 1998 von den USA gegeben. Der BBC-Korrespondent in Belgrad berichtet, der US-Sondergesandte, Botschafter Gelbard, habe die UCK als „terroristische Organisation“ bezeichnet. „Ich erkenne einen Terroristen, wenn ich einem begegne, und diese Leute sind Terroristen“, sagte er. Zu dieser Zeit ging man davon aus, daß die UCK lediglich aus wenigen hundert Bewaffneten bestand. Gelbards Äußerung wurde in der jugoslawischen Hauptstadt als grünes Licht für eine Operation der Sicherheitskräfte gegen die UCK interpretiert und die Polizei führte im März zwei Angriffe in der Region um Benitsar

²⁵ „Milosevic again in Kosovo: The struggle to contain ex-Yugoslavia's fighting is far from over“, The Economist, 6. Juni 1998.

durch.²⁶ In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die offizielle Bezeichnung einer Gruppe als „Terroristen“ umfangreiche und präzise Folgen für alle Zweige des amerikanischen Staates hat. Es ist daher etwas, was das Außenministerium nicht leichthin sagt. Milosevic kombinierte seine Maßnahmen gegen die UCK mit einem Gesprächsangebot an Rugova über die Wiedereinrichtung einer Autonomie für Kosovo - die Politik, die die US-Regierung unterstützte. Es war das Holbrooke-Konzept.

Während des Sommers 1998 meldete der ‚Economist‘ daß die Nato nach wie vor diesem Konzept folge. So berichtete die Zeitschrift Anfang August, daß „die Operationen (der serbischen Sicherheitskräfte), die im späten Juli in Kosovo begonnen hatten, von den westlichen Regierungen stillschweigend gebilligt würden.“²⁷ Anfang Oktober hielt sich Albright noch immer an das Holbrooke-Konzept. Am 8. Oktober erklärte sie auf einer Pressekonferenz in London nach einem Treffen der Kontaktgruppe, daß die Nato die Option von Bombenangriffen habe, diese aber nur durchgeführt werden könnten, um die Ziele von Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrates zu verfolgen. Die Resolution verlangte einen Waffenstillstand auf beiden Seiten; Friedensgespräche zwischen Milosevic und ungenannten albanischen Führern über eine interne Lösung unspezifizierter Natur; und ein Ende der Einsätze der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung wie auch die Forderung, daß „die Führung der Albaner im Kosovo jede terroristische Aktion verurteilt und unterstreicht, daß alle Teile der albanischen Gemeinschaft im Kosovo ihre Ziel nur mit friedlichen Mitteln verfolgen sollen.“ Weiterhin forderte die Resolution, daß internationale Beobachter ihre Arbeit im Kosovo ausführen können und die jugoslawischen Autoritäten angemessene humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung über den Winter leisten.²⁸

Auf dieser Pressekonferenz stellte Albright klar, daß jede Militäraktion der Nato auf die Durchsetzung der Bestimmungen der Resolution 1199 abzielen würde: Der Einsatz von Macht sei kein Zweck, sondern ein Mittel; es ginge um die Resolution 1199; und wenn Diplomatie, unterstützt von der Androhung von Gewalt, zu ihrer Umsetzung beitragen würde, so sei dies um so besser.²⁹

Im Verlauf des Oktober begann Madeleine Albright, die US-Politik in eine vollständig andere Richtung zu lenken. Diese Wende beinhaltete die Weisung

²⁶ Nened Sebak, *The KLA – terrorist or freedom fighters?*, 28. Juni 1998, 12Uhr 41, BBC news world uk international foreign british online service (<http://www.bbc.co.uk>).

²⁷ „Kosovo in peril“, *The Economist*, 8. August 1998.

²⁸ UN Security Council Resolution 1199 (1998) Angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 3930. Sitzung am 23. September 1998 (<http://www.state.gov/www/regions/eur/un>).

²⁹ Außenministerin Madeleine K. Albright sagte auf der Pressekonferenz am 8. Oktober 1998 in London, Vereinigtes Königreich: „As I have said, Barry, the use of force is not an end but means and what we want is compliance with 1199, and if diplomacy backed by the threat of the use of force works, all the better.“ Veröffentlicht vom Sprecher des US-Außenministeriums (<http://secretary.state.gov/www/statements/1998>).

an Hill, ein neues Dokument zu erarbeiten, welches als Grundlage für Friedensgespräche zwischen den Parteien im Kosovo dienen sollte. Und dieses neue Dokument enthielt eine zentrale Veränderung: Milosevic sollte de facto ein Nato-Protectorat über das Kosovo akzeptieren. Im Dokument sind diese Worte nicht enthalten: Hier wird von einer militärischen ‚compliance force‘ unter Nato-Führung im Kosovo gesprochen, um die Transformation zu überwachen, während das Kosovo *juristisch* eine serbische Provinz bleiben würde. Aber politisch bedeutete es ein Nato-Protectorat. Albright wußte, daß kein serbischer Politiker es wagen konnte, ein solches Nato-Diktat zu akzeptieren. Und um jeden Zweifel auszuschließen, schärfte sie dieses diplomatische Messer noch in Rambouillet, indem sie darauf bestand, daß die Nato- ‚compliance force‘ ihre militärischen Aktivitäten nicht auf das Kosovo beschränken würde; sie forderte das Recht, in ganz Jugoslawien operieren zu können.³⁰ Diese neue Linie wurde der jugoslawischen Regierung im Dezember vorgelegt und wurde von serbischer Seite mit Entrüstung zurückgewiesen. Indem sie sicherstellte, daß die französische und die britische Regierung diese neue Linie unterstützten und die gemeinsame Leitung der Beratungen in Rambouillet übernahmen, brachte Albright Europa und die Nato auf Kriegskurs. Warum wurde diese neue Linie eingeschlagen?

Die Befürworter des Angriffs auf Jugoslawien neigen zu der Annahme, die Veränderung der amerikanischen Politik müsse etwas zu tun haben mit dem Wunsch, das Leiden der Kosovaren zu lindern - vielleicht, wie der britische Außenminister Robin Cook argumentierte, weil Milosevic zwischen Oktober und Dezember 1998 einen neuen und brutaleren Weg im Kosovo eingeschlagen habe. Dies war aber nicht die Ansicht von Robin Cook und den übrigen europäischen Außenministern zum Zeitpunkt, als Albright die Strategie bereits verändert hatte. Es ist daher unwahrscheinlich, daß dies der Grund für Albrights neue Sicht der Dinge war. Bei ihrem Treffen am 8. Dezember 1998 bewerteten Robin Cook und die EU-Außenminister die Situation im Kosovo. In einem Bericht über das Treffen in ‚Agence Europe‘ am nächsten Tag war darüber zu lesen: „Zum Ende ihrer Beratungen über die Situation im westlichen Balkan, brachte ‚General Affairs Council‘ vor allem seine Sorge über die jüngste Intensivierung militärischer Aktionen im Kosovo zum Ausdruck, wobei er feststellte, daß eine gesteigerte Aktivität der UCK eine wachsende Präsenz serbischer Sicherheitskräfte in der Region ausgelöst hat.“³¹ Dies stellt klar, daß die Analyse der EU keine qualitative Veränderung in Milosevics Vorgehen beschreibt. Vielmehr wurde die UCK als treibende Kraft angesehen, die das Zustandekommen eines Waffenstillstands verhinderte.

³⁰ Information an den Autor von Mark Almond.

³¹ *Agence Europe*, No. 7559, 9. Dezember 1998, S. 4.

Albrights Pokerspiel

Die Lage in Jugoslawien war unverändert, als Albright's Strategiewechsel vorgenommen wurde. Das legt nahe anzunehmen, daß die Gründe für diese Veränderung nicht in der US-amerikanischen Wahrnehmung der Entwicklung in Jugoslawien zu finden sind. Wie im Falle des US-Vorgehens im Januar 1992, welches zum Bosnien-Krieg führte, muß die Quelle der Veränderung in allgemeineren Zielen der US-Politik in Europa gesucht werden.

Wenn Großmächte lokale Kriege beginnen, wissen sie natürlich sehr genau, daß dies auf zwei Ebenen enorme Wirkungen auslösen wird: im Kriegsgebiet selbst und im weiteren regionalen und globalen politischen Zusammenhang. Bei der Planung eines Krieges sieht die betroffene Macht daher manchmal den weiteren politischen Zusammenhang als eine Beschränkung der Möglichkeiten eines lokalen Krieges. Manchmal ist das Verhältnis zwischen Lokalem und Regionalem aber umgekehrt: die Situation vor Ort erlegt erhebliche Beschränkungen der Handlungsmöglichkeiten auf, aber der weitere Zusammenhang verspricht große potentielle Gewinne eines militärischen Vorgehens. Es gibt wenig Zweifel, daß Letzteres die Sicht der Dinge war, die Albright und die Clinton-Regierung in Vorbereitung auf den 24. März leitete.

In den Medien und Kommentaren zu Washingtons Kriegsmotiven wird derzeit eine solche Interpretation des Denkens der Clinton-Regierung zu Kriegsbeginn nicht geteilt. Die mehr oder weniger allgemeine Sicht ist, daß die Regierung ihre lokalen Ziele im Kosovo vorangestellt hat. Es gibt jedoch eine signifikante Ausnahme. Diese stammt von Präsident Clinton selbst und zwar aus seiner Rede vom 23. März, in der der Führer der Nato-Koalition den Krieg, den er am nächsten Tag beginnen würde, mit *seinen euro-atlantischen politischen Auswirkungen* erklärte. Einem Bericht der Washington Post zufolge sagte Clinton, daß „eine starke US-Europäische Partnerschaft alles (sei), worum es bei dieser Kosovo-Angelegenheit gehe.“³² Er sagte also nicht, statt um den Kosovo und seine albanischen Bevölkerung ginge es *vor allem* um die Beziehungen zwischen Europa und den USA. Er sagte, *alles* worum es gehe, sei der regionale politische Effekt. Für Präsident Clintons Analyse des Washington-Denkens bei Kriegsbeginn spricht sicher einiges.³³

³² Charles Babington/Helen Dewar, „Clinton Pleads for Support“, Washington Post, 24. März 1999, Seite A1.

³³ In der gleichen Rede erklärte Clinton auch, warum eine starke Partnerschaft zwischen den USA und Europa (insbesondere eine unter US-Führung) von vitalem Interesse für die USA sei: „Wenn wir uns bemühen, eine starke ökonomische Verbindung (mit der Welt, P. G.) zu haben, was die Fähigkeit, rund um die Welt zu verkaufen, einschließt, dann muß Europa ein Schlüssel hierfür sein.“ Dies ist auch ein sehr bedeutender Aspekt, aber dies zu untersuchen würde uns in eine Diskussion der euro-atlantischen „Globalisierungs-Kampagne“ führen. Für diesen Teil der Rede vom 23. März siehe Andrew Sullivan, „Clinton's War Strategy is Hit and Hope“, The Sunday Times, 28. März 1999, S. 18. Zur „Politik der Globalisierung“ siehe Peter Gowan, *The Global Gamble*, London, Verso 1999, im Erscheinen).

Ein militärischer Angriff auf Jugoslawien durch die Nato hat natürlich weitreichende gesamteuropäische politische Konsequenzen, weit bedeutender für die Staatsinteressen aller großen Mächte, als das – für sie anscheinend bedeutungslose – Schicksal der Albaner im Kosovo. Ein Erfolg würde den Führungsanspruch der USA in Europa entscheidend festigen. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates würde garantieren, daß kein kollektives Sicherheitssystem in Europa – durch die Hintertür eines russischen Vetos im Sicherheitsrat – geschaffen würde. Und es würde die Einheit der Allianz besiegeln – zu einem Zeitpunkt, da die Einführung des Euro, ein Ereignis von möglicherweise globaler *politischer* Bedeutung, sie auseinanderreißen könnte.

Auf einer anderen Ebene hätte eine erfolgreiche Militäraktion gegen Milosevic vor dem Washingtoner Nato-Gipfel über die neue Rolle und Mission einen beeindruckenden Sieg für Madeleine Albright bedeutet, deren Amtszeit bisher durch eine lange Reihe von Mißerfolgen, vor allem im Mittleren Osten gekennzeichnet war.³⁴

Es gab offensichtliche politische Probleme, die Albright's Erfolg im Wege standen. Erstens das russische Problem. Aber nach dem Einbruch des Rubels im Herbst 1998 war Rußland hoffnungslos schwach und im Dezember suchte es eindeutig eine Lösung seines Schuldenproblems und eine Fortsetzung der Beziehungen mit der kapitalistischen Welt und ihrer Finanzzentren. Nicht weniger Schwierigkeiten bereitete der Widerstand einiger westeuropäischer Staaten. Obwohl die europäischen Staaten die Nato-Erweiterung ohne Rußland sowie aggressive Nato-Einsätze außerhalb des Nato-Raumes akzeptiert hatten, hielten sie an entscheidenden Bedingungen fest. So waren viele der Meinung, die Nato sollte nur unter der Autorität des UN-Sicherheitsrates handeln: die italienische Regierung zum Beispiel bestand hierauf, als es um einen möglichen Angriff auf Jugoslawien im Oktober 1998 ging.³⁵ Es gab ähnlichen Widerstand der deutschen Regierung vor dem Sturz Oskar Lafontaines. Ein weiteres Problem stellte die Tatsache dar, daß die Westeuropäer Skrupel wegen des Völkerrechts hatten – von dem Gedanken, es durch Kriege gegen einen souveränen Staat so offensichtlich zu verletzen, waren sie nicht begeistert.

³⁴ Zu Albright's sinkendem Ansehen im Herbst 1998 siehe „United States: From Albright to alarm“, *The Economist*, 15. August 1998. Der gleiche Artikel weist darauf hin, daß sie sich in einer bitteren Auseinandersetzung mit Richard Holbrooke befand, dem Anführer des Lagers jener, die auf Milosevic setzen wollten, um den Kosovo wieder zu stabilisieren und die Grenzen zu Mazedonien und Albanien wieder zu schließen. Und er vermerkt, daß der Umstand, daß sie in Ungnade gefallen war, noch dadurch unterstrichen wurde, daß „der Präsident jüngst ihren Rivalen Richard Holbrooke zum Botschafter bei den Vereinten Nationen ernannt hatte; es macht die Runde, daß die Außenministerin darüber nur informiert, nicht aber konsultiert wurde.“ Kurz: Albright brauchte einen spektakulären Erfolg.

³⁵ Siehe die Mitschrift von Albright's Pressekonferenz in Brüssel am 8. Oktober vor dem Kontaktgruppentreffen in London am selben Tag; Secretary of State, Albright Press Conference on Kosovo, Brussels, Belgium, October 8, 1998 as released by the Office of the Spokesman U.S. Department of State (<http://secretary.state.gov/www/statements/1998>).

Und noch ein weiteres Problem ergab sich daraus, daß einige in Europa noch immer den Traum von einem von US-Hegemonie unabhängigen Europa nachhingen.

Albright überwand diese Probleme mit drei verschiedenen Taktiken. Erstens versuchte sie, Treffen der Kontaktgruppe vorweg zu bestimmen, indem sie vorab Pressekonferenzen gab. Dort stellte sie ihre Forderungen öffentlich und in einer bellizistischen und militaristischen Sprache gegenüber Milosevic – diese Taktik hatte sie bereits über mehrere Monate verfolgt. Zweitens schuf sie mit diesen unaufhörlichen Drohungen, Jugoslawien zu bombardieren, falls es nicht diese oder jene Nato-Forderungen erfüllte (was Milosevic dann wieder und wieder tat und wohl auch ohne Albrights Drohungen getan hätte), die Bedingungen, schon beim Vorbringen von Forderungen, die Milosevic nicht erfüllen konnte, zu behaupten, die Glaubwürdigkeit der Nato stünde auf dem Spiel. Es mußte daher ein Krieg her, weniger für die Albanier im Kosovo als für die eigene Glaubwürdigkeit. Und drittens ließ die Clinton-Regierung zwei angeblich streng geheime Erkenntnisse ihrer Geheimdienste in Nato-Hauptstädten kursieren: zum einen, daß Milosevic eigentlich einen Nato-Angriff brauche, um die Zustimmung zur Nato-„compliance force“ innenpolitisch durchsetzen zu können, und zum anderen, daß das jugoslawische Militär Milosevic ohnehin stürzen würde, falls dieser nach wenigen Tagen Bombenangriffen nicht kapituliere. Diese Geschichten waren dazu gedacht, die westeuropäischen Regierungen in Sicherheit zu wiegen, ein Nato-Angriff würde schnellen Erfolg bringen.

Wie wir jetzt wissen, wurde die Clinton-Regierung von ihren Diensten sehr genau unterrichtet. Das Pentagon warnte davor zu glauben, Luftangriffe könnten Jugoslawien zu einer schnellen Aufgabe zwingen. Und der CIA warnte vor einer möglichen großen Flüchtlingskrise.³⁶

Zu ihrer Hilfe hatte Albright Verbündete in der französischen Regierung und natürlich in der Regierung Blair. Letztere hatte seit Monate für einen Krieg gegen Jugoslawien gewirkt. Beide Regierung hatten im Dezember in St. Malo Übereinstimmung über ihre Zusammenarbeit bei der Führung der EU in Fragen der Außenpolitik und im Rahmen des US-Konzepts der neuen Nato erzielt und die Vereinigten Staaten überließen beiden die gemeinsame Leitung der Gespräche in Rambouillet. Endlich hatte Blair die Chance, Großbritannien in einem zentralen Feld europäischer Politik an die Spitze zu bringen, eine absolute Notwendigkeit nach den jüngsten Desastern in der EU-Politik und der Isolierung beim Euro. Was die übrigen EU-Mitgliedsstaaten betraf, so waren diese nicht annähernd in Lage, sich von dem Unternehmen zurückzuziehen oder die Operation zu blockieren. Albright war sich sicher, daß sie die zurückhaltenden EU-Staaten drängen könnte, wie ihre etwas verschleierte Antwort auf eine diesbezügliche Frage am 8. Oktober zeigt. Danach hielt sie zwar

³⁶ Siehe die Berichterstattung der „Washington Post“ im Zeitraum vom 1.-7. April 1999; besonders 5. April.

fest, daß nicht alle Mitglieder der Kontaktgruppe in der Frage des Einsatzes von Gewalt übereinstimmten, aber die Bereitschaft zum Handeln und zur Anwendung von Gewalt zunehme und diejenigen, die weiterhin nicht zustimmen würden, kein Veto-Recht haben würden.³⁷

Die Balkan-Spezialisten in der US-Regierung wurden also übergangen: hier ging es, wie immer in der US-Politik gegenüber Jugoslawien, um sehr viel mehr als um den Balkan. Das einzige Ziel auf dem Balkan, das für die Regierung wirklich zählte, war, jegliche verbindliche Zustimmung zu einem Groß-Albanien in Form nationaler Selbstbestimmung für die Albaner in Mazedonien und im Kosovo zu vermeiden. Das entscheidende Motiv bestand darin, die US-Führungsposition gegenüber den europäischen Verbündeten auszubauen. Präsident Clinton machte dies in seiner Rede vom 23. März deutlich, in der er den bevorstehenden Krieg gegen Jugoslawien rechtfertigte.

Schlußfolgerungen

In der Wahlbevölkerung der Nato-Staaten gibt es eine starke Strömung, die von ihren Ländern fordert, eine Führungsposition einzunehmen und der weniger glücklichen Mehrheit der Menschheit zu helfen, ihr Leben zu verbessern und ihre Sicherheit und Wohlfahrt zu stärken. Wir müssen dabei aber zwei wenig glückliche Fakten berücksichtigen: Erstens, die Nato-Staaten waren und sind auf Gedeih und Verderb darauf aus, die bestehenden Ungleichheiten von Macht und Reichtum in der Welt zu erhalten, indem sie jede Herausforderung ihrer überwältigenden militärischen und ökonomischen Macht zerstören und fast alle anderen Überlegungen diesem Ziel unterordnen. Zweitens fällt es den Nato-Mitgliedern außerordentlich leicht, ihre jeweiligen Bevölkerungen so zu manipulieren, daß diese tatsächlich glauben, sie führten die Weltbevölkerung in eine gerechtere und humanere Zukunft, obwohl sie in Wirklichkeit nichts davon tun.

Das Schicksal Jugoslawiens in den 90er Jahren ist ein klassisches Beispiel für diese allgemeine Geschichte. Die Wähler in den Nato-Staaten glaubten, ihre Ländern versuchten Jugoslawien zu helfen, ja sogar, diese täten nicht genug. In Wirklichkeit geht es diesen Staaten nicht darum, der jugoslawischen Bevölkerung zu helfen, es geht ihnen nur um sich selbst ganz allein – wenn es sein muß auch, indem die Völker Jugoslawiens in einen barbarischen Krieg getrieben werden. Es gibt Konstellationen, bei denen entwickelte kapitalistische Länder der Bevölkerung anderer Ländern helfen. Aber diese Gelegenheiten sind selten, besonders wenn das Wohlbefinden jener Bevölkerung eine

³⁷ Außenministerin Madeleine K. Albright auf einer Pressekonferenz am 8. Oktober 1998 in London, Vereintes Königreich: „I would also say, in terms of the use of force, while there may not – all the members of the Contact Group may not agree on that, as I said this morning, if it is necessary to use force I believe that Nato – well, first of all, they are increasingly – their whole procedure is now one that shows that they are prepared to act, and those that do not agree would not have a veto over the action.“ Veröffentlicht vom Sprecher des US-Außenministeriums (<http://secretary.state.gov/www/statements/1998>).

entscheidende Waffe im Kampf gegen einen anderen starken Gegner ist. Dies traf auf die us-amerikanische Europapolitik zu, als Westeuropa in der frühen Nachkriegsperiode von kommunistischen Erfolgen bedroht war. Aber die Wohlfahrt der jugoslawischen Bevölkerung in den 90er Jahren war für die Nato-Mächte bedeutungslos, denn diesen Mächten stand keinerlei Gegner gegenüber.

Der Krieg in Bosnien brachte schreckliche Verbrechen, die an den Spanischen Bürgerkrieg, an Irland in den 20er Jahren, an die Wehrmacht und die Einsatzgruppen an der Ostfront im Zweiten Weltkrieg, an die Amerikaner in Vietnam oder die türkischen Sicherheitskräfte im Osten der Türkei heute erinnern. Diese Verbrechen wurden nicht nur von bosnischen Serben begangen, aber deren Verbrechen waren am deutlichsten sichtbar. Und ohne Zweifel wurden noch mehr solcher Verbrechen im Kosovo von serbischen Sicherheitskräften begangen, die zum Zeitpunkt des Niederschreibens dieses Manuskripts von den Nato-Mächten ausgelöscht werden sollen.

Es ist sicherlich richtig, daß Institutionen geschaffen werden müssen, die solche Übergriffe verhindern und ihre Verursacher bestrafen. Aber wir stehen vor einem akuten Dilemma bei der Umsetzung dieser Aufgabe, weil wir genug über die Eigendynamik internationaler Politik wissen, um nicht nur die Verantwortlichen für die Grausamkeiten selbst, sondern auch jene internationalen Akteure zu identifizieren, die helfen und halfen, erst die Bedingungen zu schaffen, aus und unter denen jene Übeltäter aufsteigen. Und im Falle Jugoslawiens waren es die westlichen Mächte mit ihrer Einflußnahme von gezielten Interventionen und Unterlassungen, die eine zentrale Rolle bei der Schaffung von Bedingungen spielten, unter denen sich solche Verbrechen entfalten mußten.

Im Falle Jugoslawien hatten die Politiker der westlichen Mächte ausreichend Hinweise ihrer Informationsdienste über die sich entfaltende Dynamik - und die Verantwortlichen dieser Staaten unternahmen Schritte, die die Tendenzen zur Barbarei noch verstärkten. Diese Staaten wurden schlicht und einfach nicht von einer Ethik der Verantwortung für die Folgen ihrer Machtspiele für die Menschen geleitet. Und es ist ganz sicher der Fall, daß viele derer, die grausame Übergriffe begangen haben, dies unter Hobbesschen Umständen taten, die von den großen Mächten geschaffen wurden.

Eine westliche Machtpolitik, welche leichtfertig und ohne eigene Risiken einen wesentlichen Beitrag leisten kann, Jugoslawien in Aufruhr und Krieg zu stürzen, dann diesen Krieg nutzen kann, um ihre eigenen geopolitischen Ziele zu verfolgen und schließlich versucht, politisches Kapital aus den Urteilen von Kriegsverbrechertribunalen gegen jene zu ziehen, an deren Aufstieg zur Macht sie so großen Anteil hatte - ein solches System der Machtpolitik hat etwas zutiefst verstörendes.

Und wir sollten den größeren Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren, in dem die Machtspiele der westlichen Mächte stattfinden: die systematische Nutzung ökonomischer Staatskunst in Osteuropa seit 1989, um der Region

Wirtschaftssysteme aufzuzwingen, die nur auf ein Ziel eingestellt sind - ökonomische Vorteile für das westeuropäische und US-Kapital zu maximieren. Diese ökonomische Staatskunst hat die Sozialstrukturen nicht nur Jugoslawiens, sondern auch der früheren Sowjetunion und der meisten anderen Staaten in der Region zertrümmert. In vielen Fällen hat es die politischen Systeme ebenfalls zerstört. Der Kollaps Albaniens und der ökonomische Zusammenbruch Bulgariens Mitte der 90er Jahre sind nur zwei Beispiele. Es gibt dieser Staatskunst einen besonders üblen Beigeschmack, daß diese ökonomische Verarmung die geopolitischen Ziele der USA in Europa fördert. Der jetzige Angriff auf Jugoslawien würde ohne die derzeitige extreme Schwäche Rußlands mit seiner darniederliegenden Volkswirtschaft nicht stattfinden. Und die ganze Logik, die dahinter steht, daß die Nato eine Lizenz zum Zuschlagen in Osteuropa braucht, beruht auf dem Vorhandensein zerstörter Gesellschaften, Staaten und Volkswirtschaften, *bei deren Zerstörung die westlichen Staaten eine absolut zentrale Rolle gespielt haben.*

Eine westliche Politik, die *die Sicherheit* der Völker Ost- und Südosteuropas an erste Stelle setzt, müßte einen neuen Marshall-Plan für die Region mit einem Entwicklungsrahmen für die gesamte Region einschließen. Aber dies würde bedeuten, das gesamte merkantilistische und imperialistische ökonomische Programm der EU sowie IWF und Weltbank gegenüber der Region über den Haufen zu werfen. Es gibt nicht das geringste Anzeichen für die Bereitschaft der westlichen Mächte, ihren Kurs in dieser Frage zu ändern. Stattdessen wird der erfolgreichen Vernichtung jugoslawischer Wehrpflichtiger im Kososvo unzweifelhaft jene „Hilfe“ für Mafia-Gangster folgen, wie sie im Gefolge jedes zerstörerischen Krieges blühen - wie man am Beispiel des Nato-Protectorats Bosnien heute sehen kann.

Eine wirkliche Lösung

Eine Lösung des Elends der verschiedenen albanischen und slawischen Gemeinschaften in der Region erfordert einen völlig neuen politischen Rahmen, der mit dem Vorgehen der westlichen Mächte in der Region in den 90ern bricht. Dieses Vorgehen hat im Ergebnis die Bevölkerung in kleine und häufig nicht lebensfähige „Kleinststaaten“ fragmentiert. Bosnien überlebt als Staat nur auf dem Papier, in Wirklichkeit handelt es sich um ein Nato-Protectorat. Mazedonien überlebt durch die Entschlossenheit der USA, die albanische Minderheit dort von Separation oder dem Erreichen einer föderalen Staatsstruktur abzuhalten. Ein unabhängiges Kosovo müßte ein Nato-Protectorat werden, schon um eine UCK-Regierung daran zu hindern, Groß-Albanien auszurufen. Die serbische Bevölkerung ist gespalten in die Srbska Republika und ein geschlagenes Serbien. Montenegros Zukunft ist in Gefahr. Und jeder dieser Kleinststaaten muß ein Großteil seiner mageren Ressourcen für große Militärbudgets aufwenden, während die Mehrheit der Bevölkerung sich in der Hoffnung auf minimale Sicherheit an nationalistische Führungen klammert. Der einzige wirkliche Gewinner unter den Staaten Jugoslawiens (abgesehen von Slowenien, das sich erfolgreich abgesetzt hat) ist Kroatien, dank seiner großen

internationalen Unterstützung. Aber Tudjmans Erfolge haben nur seinen Appetit auf neuen Eroberungen erhöht, besonders auf jenen Teil von Bosnien, den er sich bereits de facto einverleibt hat.³⁸

Die Suche nach einem neuen politischen Rahmen, welcher allen albanischen und slawischen Gemeinschaften eine neue Einheit und Sicherheit geben kann, muß ein neues Programm für einen Balkan-Bund oder eine Konföderation einschließen. Ein solches neues Projekt kann nur aus sozialen und politischen Bewegungen der Völker in der Region erwachsen. Vor der aktuellen Nato-Aggression gegen den größten Staat der Region war es noch denkbar, daß die westlichen Mächte ausreichend Vertrauen besaßen, um eine „pouvoir neutre“ darzustellen, die eine solche endogene Volksbewegung für Versöhnung und teilweise Wiedervereinigung befördern könnte. Dies ist jetzt unmöglich, weder kurz- noch mittelfristig. Jede solche endogene Versöhnungsbewegung wird die Nato-Aggression zu verurteilen haben, um überhaupt glaubwürdig zu sein.

Einige mögen sich vorstellen, die Nato-Mächte würden tatsächlich Verantwortung für das Leben der Menschen in der Region übernehmen und selbst eine neue Politik entwickeln und einen neuen Start machen. Aber das bedeutet, die grundlegende Voraussetzung des Vorgehens der westlichen Mächte in Jugoslawien seit den späten 80er Jahren vollständig falsch zu verstehen. Die Voraussetzung ist, das nicht eine einzige der Nato-Mächte ein Staatsinteresse in Ex-Jugoslawien hat. Das einzige Ziel der Europäischen Union ist die Eindämmung des Konflikts, vor allem der Flüchtlingsbewegungen. Die USA haben nicht einmal dieses Interesse an der Zukunft der Region. Verantwortung zu übernehmen und eine sichere und bessere Zukunft einzuleiten, bedeutet ein Jahr Null zu schaffen und eine zehnjährige Besetzung der Region, wie es die USA in Deutschland von 1945 bis 1955 taten. Es würde bedeuten, Serbien zu besetzen, die ganze Region in ein Protektorat zu verwandeln und von vorne anzufangen. Dies ist ein utopischer Traum. Der einzige Grund, warum die USA sich darauf einstellten, Bodentruppen nach Kosovo zu senden, war die Nichtbereitschaft der EU-Staaten, ‚compliance troops‘ im Kosovo zu stationieren, weil sie befürchteten, diese würden bei einer möglichen amerikanischen Bombenorgie zu Geiseln. Natürlich werden die Nato-Mächte nach dem Ende des Konflikts vorgeben müssen, „etwas für die Region zu tun“, schon um die Stimmung zu Hause unter Kontrolle zu halten. Aber alle Erfahrung und die innere Natur dieser Mächte diktieren, daß „etwas tun“ auf mittlere Sicht nichts von Bedeutung sein wird.

Ein Nato-Sieg in diesem Kriege würde das zentrale Ziel der Clinton-Regierung realisieren: die westeuropäischen politischen Systeme für eine Führungsrolle der USA in einer neuen, aggressiven Nato zu gewinnen. Nach allem, was geschehen ist, sind die politischen Eliten aller großen Parteien Westeuropas derzeit tagaus tagein dabei, die absolute Notwendigkeit und den gro-

ßen humanen Wert der neuen Nato zu rechtfertigen: Westeuropa wird derzeit von der Idee überzeugt, daß es gut ist, angeschlagene souveräne Staaten anzugreifen, daß es gut ist, ihre militärischen Kräfte, ihre Infrastruktur und Volkswirtschaft zu zerschlagen, daß es gut ist, die UN-Charta und im UN-Sicherheitsrat verankerten Kontrollmechanismen zu ignorieren, daß es gut ist, ein derzeit schwaches Rußland an den Rand zu drängen und auszuschließen, daß es wichtig ist, die Interessen der größten Nation im früheren Jugoslawien zu übergehen. Und daß wir Europäer dies ohne die großzügige Führung der Vereinigten Staaten niemals hätten erreichen können.

Die Geschichte der westlichen Einmischung in der Region wird von einer giftigen imperialistischen Propaganda verdeckt, die die Wirklichkeit auf den Kopf stellt. Diese Propaganda sagt uns, daß der Balkan dem Westen endlosen Ärger beschert, weil dort so abstoßende Charaktere zu Hause sind. Die Wirklichkeit ist, daß die westlichen Mächte den Völkern des Balkans endloses Leiden verursacht haben, weil sie die Region gestern wie heute als Bühne für ihre machtpolitischen Manöver benutzen.

³⁸ Brooke Unger hat diese mit Nachdruck im „Economist“ vorgebracht; siehe „The Balkans: The two culprits“, The Economist, 24. Januar 1998.

Konkrete Utopie jenseits der Arbeit?

Im Geschwindigkeitsrausch einer globalisierten und tendenziell totalen Warengesellschaft verbreitet sich eine bedrückende Mußelosigkeit, während „Muße“ immer weniger erreichbar erscheint, weder als Frucht von (Erwerbs)Arbeit, noch von Erwerbslosigkeit. Im Folgenden wird diskutiert, ob und unter welchen Bedingungen „Muße“ zur Grundlage für eine konkrete Utopie (im Blochschen Sinne) jenseits von Arbeit werden kann. Ausgangspunkt bildet eine Rezeption des Mußebegriffs bei Marx. Ergänzt und erweitert um die von Marx und Engels selbst angesprochene, aber nicht ausgearbeitete Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit könnten Vorstellungen über „Muße“ Handlungsmotivationen freisetzen, welche irreversible Zerstörungen von Lebensgrundlagen zumindest stoppen. Dies nicht zuletzt, indem sie die vergesellschafteten, globalen, risikoreichen wissenschaftlich-technischen Erkundungen umorientieren.

„Freie Zeit für alle“ und ihr Verhältnis zur „Muße“

„Muße“ wird hier als ein Synonym für die Art und Weise gefaßt, in der „freie Zeit“ ausgefüllt wird. Das erfordert, danach zu fragen, was sich hinter ihren vielfältigen und auf den ersten Blick manchmal verwirrenden oder anscheinend gegenläufigen Erscheinungsformen verbirgt. „Freie Zeit“ und „Muße“ behandelte Marx als Maßstäbe für ein „Reich der Freiheit“: „Die freie Zeit - die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist ...“ (Grundrisse, 599). Wenn Marx betonte: „Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums.“ (Marx, Grundrisse, 596), ist damit deren Verwandlung in „freie Zeit“ gemeint. Diesen Zusammenhang zwischen „disposable time“ und „freier Zeit“ charakterisierte Marx an anderer Stelle wie folgt: „Es ist so ... instrumental in creating the means of social disposable time [entscheidend für die Schaffung gesellschaftlich frei verfügbarer Zeit], um die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen.“ (Marx, Grundrisse, 595/596, ähnlich schon in: MEW, Bd. 2, 52).

„Freie Zeit“ erschien bei Marx als direkte Folge weiterentwickelter Produktivkräfte, die einen Überschuß hervorbringen, der dann eben „freie Zeit“ für alle läßt. Sie blieb in das Konzept der „Produktionsweise“ eingeordnet. Die Bezeichnungen „Muße“ und „freie Zeit“, welche Marx verwandte, sind nicht eindeutig und führten immer wieder zu Mißdeutungen. Die Zahl derjenigen „MarxkritikerInnen“, welche „freie Zeit“ einfach mit „Freizeit“ gleichsetzen (neuerdings wiederum Mies, 1992, 284 und Kurz, 95ff.) oder Muße mit Müßiggang (Rieseberg) ist Legion.

Die Marxschen Begriffe erschließen sich erst aus seiner philosophischen Tradition. Marx' Vorstellungen von „freier Zeit“ und „Muße“ waren durch die

Antike, vor allem durch Aristoteles geprägt. Für Aristoteles stellte „Muße“ mehr als eine bloße Arbeitspause dar. Er sah sie als erklärtes Ziel und damit als Sinn des Lebens und zwar sowohl als freie Stunden als auch als freie Kräfte. Welskopf hob hervor: „Muße haben heißt für den Hellenen Zeit (zu) haben, Herr über die Zeit (zu) sein, nicht ein so merkwürdiges Abstraktum wie ‚die Zeit‘ als Herr über sich an(zu)erkennen.“ (Welskopf, 6). Aristoteles dachte darüber nach, welchen Inhalt Menschen, d.h. aus seiner Sicht männliche Angehörige der athenischen Sklavenhalterklasse, der „Muße“ geben müssen, damit sie wirklich „telos“, Lebenszweck werden könne und „rechter Gebrauch“ von ihr gemacht werde. In der „Muße“ strebte der Bürger nach dem „höchsten Gut“ (der „eudaimonia“), d.h. nach dem guten Leben und guten Handeln, das vollkommen nur in der poiesis erreichbar sei. Dabei war er nicht nur von der notwendigen Arbeit für die Produktion von Mitteln zum Leben befreit (der „anankaia“), sondern Demokrit, Epikur u.a. wollten auch die für die Ehe und das Kinderzeugen benötigte Zeit von der „eudaimonia“ abziehen. Es war also noch ein Gespür für die ehemals ganzheitlich und relativ egalitär organisierten notwendigen Tätigkeiten zur Reproduktion des Lebens verblieben.

Bei Aristoteles stellte sich „Muße“ als ein Gebrauchswert dar. Dem entsprechen Vorstellungen von einer Begrenzung der materiellen Lebensbedingungen (Wissenschaft kann auch bei mäßigem Konsum betrieben werden) ebenso wie vom Streben nach „Vollkommenheit“. „Muße“ und „Arbeit“ unterschieden sich bei Aristoteles also nicht danach, ob sie Anstrengung oder Mühe erfordern. Das tun beide. Sie unterscheiden sich danach, ob sie unter (ökonomischem oder außerökonomischem) Zwang ablaufen oder in Freiheit. Mußelos waren nach Aristoteles die Sklaven, Freie, die sich dem Geld- und Handelsverkehr widmeten und die körperlich arbeitenden Freien (banausi). Kunst war für Aristoteles banausische Tätigkeit, wenn sie gegen Bezahlung ausgeübt wurde. Ob und wie Frauen über „Muße“ verfügten, beschrieb Aristoteles nicht.

Der Begriff der „Muße“ wirkt attraktiv, weil in ihr Menschen ohne Zwang tätig sein und selbst bestimmen können, womit und wie sie sie ausfüllen. „Muße“ ist also kein Tauschobjekt. Allerdings war schon bei Aristoteles der Begriff der „Muße“ diffus. In ihn wurde alles hineingedeutet, was als erstrebenswert galt. „Muße“ zu haben, war ein Privileg, bedeutete elitäre Abgehobenheit, war hierarchisch geprägt und setzte voraus, daß die Mehrheit der übrigen Menschen für immer an notwendige Arbeit gekettet blieb.

Soweit Visionen einer gleichheitlichen und freiheitlichen Gesellschaft sich auf Vorstellungen von „Muße“ berufen, setzen sie grundsätzlich voraus, daß diese für *alle* verfügbar werde. Dazu müsse ein entsprechend hohes Surplusprodukt erzeugt und die einander ausschließenden und hierarchisch aufgebauten Pole von (notwendiger) „Arbeit“ und „Muße“ aufgehoben werden (Marx, Grundrisse, 596). Offen blieb, wie aus einem produktionszentrierten und patriarchalen Konzept heraus der leidende Mensch sein Ziel erreichen und, wie „er sich

um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewegen“ könnte (MEW, Bd.1, 379).

Mit „Muße“ - wie auch mit „Spiel“ - konnten postmarxsche Visionen von einer menschenwürdigen Gesellschaft wenig anfangen. Auch Ernst Bloch ging in diesem Punkt nicht über Marx hinaus. Dennoch war „Muße“ für Bloch eine zentrale Frage bei der Ausgestaltung seiner Utopie eines besseren Lebens. Diese ende „in den Fragen eines Lebens jenseits der Arbeit, das ist im *Wunschproblem der Muße*“ (Bloch, 1960, 25). „Muße“ verband Bloch mit Freiheit, „Selbersein“ und solidarischen Beziehungen (Bloch, 1955, 500, 512). Blochs Utopie gipfelte in der „Freiheit von der Erwerbsarbeit“, die den Gegensatz zwischen Arbeit und „Muße“ aufhebe; befreite Arbeit verwirkliche sich in der „Muße“ (Bloch, 1955, 471, 512). Erfüllende, selbstbestimmte freie Tätigkeit in der Mußezeit lasse laut Bloch die Unterschiede zwischen Arbeit und „Muße“ verschwinden (Bloch, 1955, 507). Offen bleibt, ob dies für die Tätigkeit in der Mußezeit gelten soll oder auch für die notwendige Arbeit.

Blochs Auffassungen von der Freiheit in der „Muße“ drehen sich allerdings mehr oder weniger im Kreise. Wahrscheinlich meinte er, daß dies ferne Zukunftsmusik sei. Es darf nicht vergessen werden, daß die von Bloch erlebte Wirklichkeit, gemessen an potentiellen Produktivitätssteigerungen infolge von Innovationen wie Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien faktisch noch einem „anderen Zeitalter“ entsprach.

In staatssozialistischen Ländern herrschte offiziell die Auffassung vor, daß die Fragen der „Muße“ erst in der „zweiten“, d.h. der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ von Bedeutung sein werden. In der aktuellen „ersten Phase“ jedoch war für „Muße“ kein Platz. Dies kulminierte in der These, daß erst eine höhere ökonomische Effektivität als Voraussetzung erreicht werden müsse, damit auch mehr „soziale Effektivität“ möglich werde. „Muße“ wurde also nicht als Triebkraft emanzipatorischer Entwicklungen entdeckt oder genutzt.

Ob es sich beim Konzept der „Muße“ um Illusionen handelt, denen nur noch ewig Gestrige nachjagen, kann heute (noch) nicht entschieden werden. Auf jeden Fall sind seine Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft, vorausgesetzt, es wird vom „Kopf auf die Füße“ gestellt. Foucault, Gorz, Gramsci, Habermas, u.a.m. lieferten dazu Beiträge.

Sich damit zu beschäftigen, wird von den aktuellen Problemlagen selbst ange-regt. Derzeit tritt an die Stelle selbstbestimmter Tätigkeit in der arbeitsfreien Zeit immer mehr Verdrossenheit und Desinteresse an gemeinschaftlichen Dingen. Nicht wenige Menschen drängen nach irrationalen Erlebnissen (wie Abenteuerreisen) oder flüchten in Mystik unterschiedlicher Herkunft, von der sie sich sinnstiftende Werte erhoffen. Potentiell zunehmende und für alle verfügbare „freie Zeit“ wird somit in pseudo-notwendigen Produkten oder an Verschwendung und Müßiggang gebunden. Damit werden viele Menschen aber auch sensibel für eine Neu- oder Umorientierung.

Wenn potentiell „freie Zeit für alle“¹ weitgehend in das „Reich der Notwendigkeit“ rückverwandelt wird und damit faktisch trotz überwiegender Sättigung mit notwendigen Mitteln zum Leben die soziale Ungleichheit bleibt und sogar zunimmt, entsteht die Frage, ob und inwieweit es überhaupt noch möglich wäre, die Spielräume für freiheitliche Handlungen zu erweitern. Ausgangspunkt für eine hypothetische Antwort soll die Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit bilden. Es wird geprüft, welche Folgerungen sich daraus für die Interdependenzen zwischen Freiheit und Gleichheit ableiten lassen. Kann eine derart begründete Gleichheit deformierte und zerstörerische Strukturen aufbrechen und „Muße“ gewissermaßen neu definieren? In einem ersten Schritt wäre zunächst zu diskutieren, um welche Gleichheit und um welche Freiheit es sich jeweils handelt.

„Muße“ neu definieren?

„Muße für alle“ gehört zweifellos zu den Voraussetzungen für kompetente zivilgesellschaftliche (also freiheitliche) Aktivitäten, welche in der Lage sind, der tendenziell totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten einen Riegel vorzuschieben. Freiheitliche Handlungen können auf vielfältigen Widerstandspotentialen aufbauen, wie auf Bewegungen, die gegen patriarchale Unterdrückung gerichtet sind, auf Umweltbewegungen, auf Widerstände von KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, Sportlern usw. gegen Deformationen, die ihnen infolge zunehmender Vermarktung drohen. Inwieweit sich diese Widerstandspotentiale entfalten und verbreitern, hängt auch davon ab, wie sie sich vernetzen und zugleich ihre jeweiligen Unterschiede ausleben können, d.h. sich solidarische, pluralistische Beziehungen herausbilden. Hier kommt also das Verhältnis von Gleichheit und Differenz ins Spiel.

„Gleichheit“ wird hierbei betont, weil es notwendig erscheint, sich über ihren Inhalt neu zu verständigen. Gewissermaßen „in der Luft“ liegen Fragen wie: Ist angesichts zunehmender Individualisierung und Ausdifferenzierung Gleichheit noch zeitgemäß? Behindert die derzeit dominierende Vorstellung von Gleichheit in der Verteilung und möglichst im Wohlstandsniveau emanzipatorisches Handeln und erhält sie damit faktisch soziale Ungleichheit aufrecht? Ist schließlich die visionäre Gleichheit in der Stellung zu den Produktionsmitteln insofern korrekturbedürftig, als sie nur auf Veränderungen in einem isolierten Lebensbereich orientiert, derzeit umfangreiche Widerstandspotentiale ausgrenzt und möglicherweise nicht Anfangs-, sondern Endpunkt perspektivischer Veränderungen sein wird? Hierbei geht es nicht um eine philosophische Diskussion, sondern um einige praktische Probleme, wie sie sich u.a. aus feministischen Erfahrungen ergeben.

Die Suche nach gleichheitlichen Ansätzen spielt in der aktuellen Debatte um Problemlösungen eine große Rolle. Zu erinnern ist an die feministische Dis-

¹ Unter „potentiell freier Zeit“ wird jede Zeit außerhalb der „notwendigen Reproduktionszeit“ (vgl. Anm. 2) verstanden, in welcher Form auch immer sie auftritt.

kussion (z.B. zur Anerkennung der Gesamtarbeit bei C. Möller und G. Notz und zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit im „gemeinwesenorientierten Wirtschaften“), an Forderungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen nach einem „Recht auf Arbeit“ sowie von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen nach bedarfsgerechter sozialer Grundsicherung aus ökologischer Verantwortung nach einem gleichen Recht auf Naturressourcen, aus entwicklungspolitischer (gleiche Menschenrechte für alle) und aus bürgerschaftlicher Sicht. Diese Gleichheitsforderungen könnten durchaus die tendenziell totale Vermarktung aufbrechen, wenn sie auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit focussiert sind.

Gleichheit würde damit bedeuten, daß alle an den notwendigen Tätigkeiten zur Reproduktion des Lebens teilhaben und hierbei gleiche Gebrauchswerte hervorbringen. Diese Gleichheit würde eine Umorientierung, d.h. eine Umwertung der Arbeit auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit bedingen und eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, indem jede/r ihre/seine für die Reproduktion des Lebens notwendigen Gebrauchswerte selbst hervorbringt und auf dieser Grundlage alle von ihnen selbst beeinflussbare Möglichkeiten haben, entsprechend ihren Fähigkeiten sich freiheitlich zu betätigen. Gleichheit erhielte so einen emanzipatorischen Inhalt. Mit der gleichberechtigten Teilnahme aller an der notwendigen Reproduktionszeit würde sie das Problem der Erwerbslosigkeit lösen. An die Stelle des Wirtschaftswachstums träten Gebrauchswertorientierung und veränderte Wirtschaftsstrukturen.

Bei der notwendigen Reproduktionszeit² ist nicht entscheidend, ob diese im Einzelfall bei der *Reproduktion des Menschen als Gattung* oder bei der *Produktion von Mitteln zum Leben* verausgabt wird, wenn die Proportionen stimmen. Daß alle arbeitsfähigen Personen notwendige Reproduktionszeit für noch nicht oder nicht mehr arbeitsfähige bzw. kranke Menschen mit übernehmen müssen, versteht sich von selbst. Das „Reich der Notwendigkeit“ würde auf diese Weise aus der Sicht der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit *neu definiert*. Es wäre anders organisiert und strukturiert: Im Verhältnis zur „freien Zeit für alle“ würde es *minimiert*, aber bezogen auf den Reproduktionseffekt des Lebens *maximiert*. „Ökonomie der Zeit“ hätte dann eine andere Bezugsbasis und ein anderes Ziel. Eine gleiche Teilnahme aller an der „notwendigen Reproduktionszeit“ würde bedeuten, daß Erwerbsarbeitsverhältnisse aufgehoben werden, denn mit dem historischen Entstehen von „Arbeit“ wurden diese notwendigen Tätigkeiten bestimmten klassenmäßig und patriarchal - und auf dieser Grundlage auch ethnisch - unterdrückten Personengruppen mit Repressionen aufgebürdet. Es geht also nicht darum, aus notwendigen Tätigkeiten auszusteigen, sondern gleichheitlich an ihnen teilzuhaben. Schmarotzertum

² „Notwendige Reproduktionszeit“ umfaßt Zeiten, die für die Reproduktionsarbeit, die Arbeiten zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen und für die notwendige Arbeit bei der Produktion von Mitteln zum Leben erforderlich sind.

würden sich die Menschen einer solchen Gesellschaft oder solcher Gemeinschaften nicht gefallen lassen, weil es ihnen dann an Zeit für „allgemeine Tätigkeiten“³ mangelte.

Gleichheit in der notwendigen Reproduktionszeit bezieht sich auf die gleichen gebrauchswertmäßigen Ergebnisse, die jede/r hervorbringen hätte und nicht auf eine gleiche Zeitverausgabung. Jede/r, welche/r geschickter, kreativer usw. agierte, hätte mehr Zeit für freiheitliche Tätigkeiten. Eine mechanische Auffassung von Gleichheit würde demgegenüber jegliche Kreativität, Spezifiken, Fähigkeiten usw. zerstören und das würde das Ende jeder Entwicklung bedeuten. Feministische Auffassungen z.B., die hierarchische Geschlechterverhältnisse überwinden wollen, indem sie biologische Geschlechterunterschiede zugunsten von androgynen oder bisexuellen Geschlechtern phantastisch aufheben (wie Le Guin in: Holland-Cunz, 8; Roß, 248), bereichern das utopische Spektrum, lenken mit dieser anderen Art von Gleichmacherei aber faktisch auch vom Suchen nach emanzipatorischen Wegen ab.

Aus der Sicht einer anzustrebenden Gleichheit in der notwendigen Reproduktion des Lebens wären auch postmoderne Vorstellungen zur „Differenz“ zu befragen. „Postmoderne“ Theorien haben die herkömmlichen Auffassungen von Gleichheit in ihren Theorien von der „Differenz“ dekonstruiert (Benhabib u.a.). Sie besagen damit m.E. jedoch keineswegs, daß es soziale Gleichheit nicht geben kann, sondern daß diese auf einer anderen Ebene zu suchen ist. Indem sie Begriffe, wie „die Frau“ oder „die Klasse“ im Rahmen des gegebenen Systems dekonstruieren, bereichern sie dennoch die Gleichheitsdiskussion. Denn, kurz gesagt, die möglichst volle Entfaltung der Differenzen zwischen verschiedenen Fähigkeiten, Geschlechtern, Lebensweisen, Kulturen usw. bildet ja letztendlich eine wichtige Grundlage, um die notwendigen Tätigkeiten zur Reproduktion des Lebens möglichst rationell und sinnvoll zu erledigen, so daß viel Raum für freiheitliche Aktivitäten verbleiben kann. Hiermit sind Differenzen gemeint, die sich im Rahmen einer noch zu erkämpfenden gleichheitlichen gesellschaftlichen Position aller Menschen bewegen, d.h. weder Klassen-, noch soziale Geschlechterungleichheiten oder ethnische Unterdrückungsmechanismen.

Vorstellungen von Gleichheit, bezogen auf notwendige Reproduktionstätigkeiten, beruhen auf einem Paradigmenwechsel, den die aufgestauten Reproduktionserfordernisse des Lebens in seiner Ganzheit herausfordern. Dieser Paradigmenwechsel bedeutet, daß der klassische Marxsche Ansatz von der *Produktionsweise* auf die *Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit* ausgeweitet wird, von den *Produktionsverhältnissen* auf die *Reproduktionsverhältnisse des*

³ „Allgemeine Tätigkeiten“ beruhen auf dem Marxschen Begriff der „allgemeinen Arbeit“. Sie werden hier als solche gefaßt, die von vornherein freiheitlich die Ergebnisse anderer Generationen, anderer Zeiten, anderer Menschen und Menschengruppen kreativ und wechselseitig verarbeiten und beeinflussen, wie im gesellschaftlichen Diskurs, in Wissenschaft und Kunst.

*Lebens*⁴ (die sich aus den Produktionsverhältnissen und den unmittelbaren Lebensverhältnissen zusammensetzen), von den *Produktivkräften* auf die *Lebenskräfte* (die sich wiederum aus den unmittelbaren Lebenskräften und den Produktivkräften konstituieren; Braun, 1998, 33ff.).

Mit diesem Paradigmenwechsel verändern sich die Beziehungen zwischen dem „Reich der Notwendigkeit“ und dem „Reich der Freiheit“ sowie Inhalt und Quellen der „freien Zeit“, wie sie von Marx und Engels ausgearbeitet wurden. „Freie Zeit“ erscheint nicht mehr allein als „Überschuß“ der Produktion, sondern es handelt sich dabei um eine ganzheitliche freiheitliche Basis, wie sie nach Abzug *aller* notwendigen Elemente der Reproduktion des Lebens verfügbar wird (Braun, 1997, 176ff.) Es geht deshalb auch nicht darum, primär „freie Zeit“ hervorzubringen und zu reproduzieren, sondern das Leben in seiner Ganzheit. „Freie Zeit für alle“ kann aus einer auf die Produktion von Mitteln zum Leben beschränkten Sicht nicht erklärt werden. Bei einem Herangehen, das auf die Produktionsweise zentriert ist, erscheint „freie Zeit für alle“ lediglich als „Überschuß“, nicht aber als Reproduktionserfordernis. Sie wird damit als nicht zeitgemäß, als eine Illusion oder als eine Verkündigung für eine ferne Zukunft denunziert. In diesem Sinne konnte z.B. Bloch die „freie Zeit“ oder „Muße“ nur als „terra incognita“ formulieren (Bloch 1955, 512).

„Freie Zeit“ für alle - eine konkrete Utopie?

Hypothese: „Freie Zeit für alle“ könnte dazu motivieren, die sich immer wieder vollziehende Rückverwandlung von im „Reich der Notwendigkeit“ eingesparten Ressourcen in Vermarktung und damit in erweiterte und vertiefte Notwendigkeit (für die Kapitalverwertung) zu stoppen. „Freie Zeit für alle“ soll hierbei sowohl arbeitsfreie Zeitfonds als auch die Produkte und Ressourcen umfassen, die es zusammen genommen ermöglichen, in den von notwendigen Reproduktionstätigkeiten freien Zeiten selbstbestimmt „*allgemeine Tätigkeiten*“ im zivilgesellschaftlichen Sinne auszuüben (3).

Die Bezeichnung „freie Zeit“ wird in Anknüpfung an utopische Überlieferungen (wie von Morus, Fourier, Bloch) und an Vorstellungen von Marx übernommen, obwohl sich die hier vertretene Auffassung vor allem durch ihren *ganzheitlichen* Bezug von diesen Traditionen unterscheidet. „Freie Zeit für alle“ wird hierbei grundsätzlich als eines der Elemente verstanden, welche die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit konstituieren, indem sich die

⁴ Mit „Reproduktionsverhältnissen des Lebens“ sollen gesellschaftliche Verhältnisse in beiden großen Bereichen der Reproduktion des Lebens gekennzeichnet werden, d.h. im einzelnen in der „unmittelbaren Reproduktion des Lebens“: patriarchale Verhältnisse und „fiktive-Waren-Verhältnisse“, in der „Produktion von Mitteln zum Leben“: Produktionsverhältnisse und in beiden Bereichen: ethnische Verhältnisse in dieser oder jener Form. Diese Auffassung unterscheidet sich von der „(Re)produktion gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse“ oder „Reproduktionsanalyse“ (Althusser/Balibar, 346ff,361ff,365), dadurch, daß sie nicht - wie es Althusser und Balibar tun - allein vom Konzept der „Produktionsweise“ und von den „Produktionsverhältnissen“ ausgeht.

„*unmittelbare Reproduktion des Lebens*“ aus *notwendigen* und *freiheitlichen* Reproduktionstätigkeiten zusammensetzt. Ein *erster Schritt* wird darin gesehen, das „Reich der Notwendigkeit“ selbst umzugestalten, damit „freie Zeit für alle“ zugänglich und erweitert reproduziert wird: Dabei geht es um die o.a. *Erweiterung* der notwendigen Tätigkeiten, die sich damit auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit beziehen, d.h. Reproduktionsarbeit und Arbeiten zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen kommen zu den notwendigen Tätigkeiten bei der Produktion von Mitteln zum Leben hinzu.

Des weiteren wären ausgehend vom Ziel der Reproduktion des Lebens sowohl die warenförmige Produktion der Mittel zum Leben als auch die patriarchal geprägte Reproduktionsarbeit selbst umzugestalten, was letztendlich radikale Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einschließen würde, die allerdings allmählich längerfristig aus den gegebenen Verhältnissen herauswachsen.

Ein *zweiter Schritt* wäre, daß alle sich die so gewonnene zusätzliche „freie Zeit“ aneignen, indem sie diese vorwiegend mit „*allgemeinen Tätigkeiten*“ ausfüllen. Der Bezug auf „*allgemeine Tätigkeit*“ soll verdeutlichen, daß nicht im „Reich der Notwendigkeit“ gebundene Reproduktionszeit nur durch eine *emanzipierende Tätigkeit* frei macht.

„Freie Zeit für alle“ bezieht sich damit nicht - wie in der klassischen Tradition - nur auf die Ergebnisse der Produktion von Waren, sondern erhält mit der ganzheitlichen Bezugsbasis einen nichtpatriarchalen und nicht-klassenbezogenen Inhalt. Umorientierung auf „freie Zeit für alle“ stellt die Erhaltung von Lebensgrundlagen in den Vordergrund. Indem die Tätigkeiten im „Reich der Notwendigkeit“ umorientiert und umorganisiert werden, so daß sie sich außerhalb von Warenbeziehungen bewegen, könnten sich reziproke gesellschaftliche Beziehungen entwickeln, die das Leben bereichern. Daß dafür inzwischen Bedingungen herangereift sind, unterscheidet sie von verschiedenen utopischen Vorstellungen z.B. von Iambolus im 3. Jh. v.u.Z., Morus, Babeuf, Fichte u.a., die ebenfalls gleiche Teilnahme aller an der Arbeit forderten.

In diesem Sinne würde „freie Zeit für alle“ ausdrücken, inwieweit *Emanzipationspotentiale* bereits erschlossen sind und noch erschlossen werden können. Damit verbergen sich in ihr Perspektiven sowohl für (noch) Erwerbstätige als auch für Nicht-Erwerbstätige, darunter für aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzte Personen. Weil sie sich nur vermehren kann, wenn sie aus den Fesseln patriarchaler kapitalistischer Wirtschaft befreit wird, verkörpert sie zugleich ein Mittel, um Widerstands- und Emanzipationspotentiale unterschiedlicher Art zu motivieren und zu bündeln. So gesehen, könnte eine allgemeine Orientierung auf „freie Zeit für alle“ die bisher bestehenden vielfältigen Aktivitäten zur Gewinnung von „freier Zeit“, die jeweils einige Teilaspekte aufgreifen und jeweils auf Teilprozesse der Reproduktion des Lebens gerichtet sind, vernetzen. Dazu gehören solche Schritte wie „Zeitsouveränität“, Zeitkonten, Umverteilung von Arbeitszeiten innerhalb von Familienhaushalten oder zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Manche AutorInnen deklarieren ein Aussteigen aus herrschenden gesellschaftlichen Normen unbesehen schon als selbstbestimmt und werten Selbstbestimmung als aktuelles Freiheitskriterium auf, demgegenüber aber die „alten“ Fragen des Verhältnisses von Freiheit und Notwendigkeit ab (u.a. Gorz, 237ff., Rieseberg, 9, Bennholdt-Thomsen, V. und Mies, M., 25ff.). Tatsächlich spricht vieles dafür, „Selbstbestimmung“ und „Freiheit“ nicht einander entgegenzustellen oder gar gegeneinander auszuspielen, sondern ihre Interdependenz zu berücksichtigen. Selbstbestimmung ist ohne Freiheit unmöglich, stellt aber lediglich eine der Formen freiheitlichen Handelns dar; Freiheit hinwiederum schließt Selbstbestimmung ein. Wenn Gorz meint, daß - so interpretiere ich ihn - von der materiellen Seite her ein potentieller Überfluß vorhanden sei, so daß die Grenzen des „Reiches der Notwendigkeit“ überschritten seien und das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit deshalb als Problem verschwinde (Gorz, 1994, 237f.), so übersieht er, daß potentielle Freiheit ungleich tatsächlicher Freiheit ist und daß die Mechanismen des patriarchalen Kapitalismus es noch immer schaffen, potentielle freie Ressourcen in das „Reich der Notwendigkeit“ zu verwandeln.

„Freie Zeit für alle“ ist im emanzipatorischen Sinne nicht mit „arbeitsfreier Zeit“ gleichzusetzen. Sie ist weder von vornherein Zeit außerhalb von Arbeit, sei es Erwerbs-, Subsistenz-, Eigen- oder Reproduktionsarbeit, noch ist sie mit „erwerbsarbeitsfreier Zeit“ gleichzusetzen. So ist die Zeit der Erwerbslosen lediglich erwerbsarbeitsfreie Zeit, aber in der Regel keine „arbeitsfreie Zeit“, denn es ist Reproduktionsarbeit zu leisten und auch Subsistenzarbeit. Sie ist daher nicht automatisch gleich Freizeit.

Freizeit - ihre andere Bestimmung aus der Sicht einer Reproduktion des Lebens

„Freizeit“ soll hier verstanden werden als derjenige Teil der arbeitsfreien Zeit, über den die Individuen frei verfügen können. Sie bezöge sich damit auf die *von jeglicher Arbeit freie Zeit*, sei diese Arbeit gesellschaftlich anerkannt oder nicht.⁵ Aus der Sicht der Reproduktion des Lebens müßten die gängigen Vorstellungen von Freizeit korrigiert werden. Nur jener Teil arbeitsfreier Zeit stellte dann *Freizeit* dar, welcher keine „notwendige Reproduktionszeit“ bindet. In diesem Sinne wäre Freizeit mit der Zeit gleichzusetzen, die Spielräume für selbstbestimmte Tätigkeiten gewährt. Da es jedoch in der patriarchalen kapitalistischen Wirtschaft keinen Platz für eine „notwendige Reproduktionszeit“ gibt, sagt die übliche Kategorie der Freizeit nichts über die hier gemeinte „freie Zeit“ aus. Freizeit ist auch unter den derzeitigen Bedingungen nicht mit der arbeitsfreien Zeit gleichzusetzen.

⁵ Dazu gehören Arbeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, die für die notwendige Reproduktion des Lebens erforderlich sind, wie Haus- und Familienarbeiten, Garten-, Hausbau- und -reparaturarbeiten u.a.m.

Obwohl sich der Begriff der Freizeit bereits im 18. Jh. herausbildete, wurde diese erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zum Gegenstand von Erwartungen und Visionen. Vor allem seit den 50er Jahren dieses Jahrhunderts hat die Freizeit beträchtlich zugenommen und sich für die Bevölkerungsmehrheit in Industrieländern zum festen Bestandteil der Lebensqualität entwickelt. Im Vergleich zum Ende des 19. Jh. ist der Anteil der Erwerbsarbeitszeit an der gesamten Lebenszeit um mehr als die Hälfte gesunken. Während noch im 19. und zu Beginn des 20. Jh. die Erwerbsarbeitszeit - im Durchschnitt gesehen - länger dauerte als die Freizeit, kehrte sich dieses Verhältnis inzwischen um. Anfang der 90er Jahre verfügte eine erwachsene Person in Deutschland im Durchschnitt über etwas mehr als 5 Stunden Freizeit täglich⁶, für Erwerbsarbeit wurden demgegenüber im Mittel rd. dreieinhalb Stunden aufgewendet (Die Zeitverwendung, Tab.-Bd. IV, 27). Hinter diesen Mittelwerten verbergen sich allerdings hohe Überstunden mit unzureichender Freizeit genau so wie Teilzeit- und erzwungene Kurzarbeit. Die Zunahme der Freizeit resultierte etwa zur Hälfte aus einer Verringerung des Zeitaufwandes für Erwerbsarbeit, zum anderen aus Rationalisierungen in der Hausarbeit, aus ihrer Auslagerung u.a.m.

Allerdings ist die Freizeit auf die verschiedenen sozialen Gruppen ungleich verteilt. Freizeit bleibt für die Mehrheit der Bevölkerung eine patriarchal und warenwirtschaftlich gefesselte Zeit, die kaum mit „allgemeiner Tätigkeit“ ausgefüllt wird bzw. werden kann. So läßt die den Erwerbslosen zwangsweise zugewiesene Pseudo-Freizeit wenig Raum für emanzipatorische Aktivitäten. Die Not zwingt sie eher dazu, sich informelle Arbeiten zu suchen. Aber auch die Freizeit der Erwerbstätigen wird immer mehr von der Kapitalverwertung eingeholt und faktisch in dafür notwendige Arbeit umgewandelt (vgl. u.a. Trends zum Erlebniskonsum). Wenn Menschen ihren Sinn- und Freiheitsverlust zu kompensieren suchen, indem sie in der Freizeit Sinne und Verstand betäuben, dann hat das mit wirklich „freier Zeit“ wenig zu tun. Zwar sind Entfremdungserscheinungen in der Freizeit nicht neu. Extreme Beispiele für die Manipulation von Freizeit lieferte schon Nietzsche, der den „letzten Menschen“ als von „Lethargie ohne Sehnsucht“ geprägt charakterisierte. Weitere Beispiele finden sich in Huxleys „Schöne neue Welt“ (1932), bei Max Weber (die „Menschenmaschine“) oder bei Jürgen Habermas' „Kolonialisierung der Lebenswelt“. Als relativ neu zeigt sich aber die Tendenz, Freizeit total zu vermarkten. Deshalb erweisen sich die mit mehr Freizeit verknüpften Hoffnungen inzwischen weitgehend als Illusionen. Freizeit avancierte z.B. in den letzten Jahrzehnten zu einem wichtigen Hoffnungsträger, die Krise der Erwerbsarbeit zu überwinden oder mindestens zu mildern: als „Chance“ für die „Überflüssigen“ des regulären Arbeitsmarkts (u.a. Opaschowski, Rifkin), als Erwerbsarbeitsplätze schaffende Wachstumsbranche (u.a. Opaschowski), als Träger von „Zeitsouveränität“, als Raum des Protestes gegen Entfremdung und für Eman-

⁶ Das ist eine durchschnittliche Größe, die nach sozialen Gruppen und Geschlechtern sowie regional, wie besonders in Ost- und Westdeutschland, differiert.

zipation (u.a. Gorz, Negt, A. Maurer). Diese Erwartungen berufen sich auf jeweils andere Aspekte des Chamäleons Freizeit, deren zunehmende Umwandlung in eine Quasi-Arbeit vielfach ignoriert wird.

Stengel z.B. fordert, Freizeit müsse sich vom Primat der Arbeit emanzipieren und eine „ökologisch ausgerichtete Perspektive“ bieten. Nichtstun und Eigenarbeit böten schließlich eine Möglichkeit, um dem Diktat der Arbeit über die Freizeit entgegenzuwirken (Stengel in: Hartmann/Haubl, 36-43). „Die Rettung der Welt liegt in der Muße, im Nichts-Tun“ (ebenda, 43). Rieseberg sucht ebenfalls eine Ausweg in einer „ökologischen Mußegesellschaft“, in einer „nichttätigen Muße“ (Rieseberg, 9).

„Nichtstun“ böte als „Perspektive“ aber höchstens Sinn, indem es „ausgebrannte“ Lebenssubstanz notdürftig kompensiert. Für aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzte Menschen bildet es Lebensverlust. Freizeit verliert ihren Sinn und deformiert das Leben, wenn notwendige Reproduktionszeit und Freizeit an jeweils voneinander getrennte Personen und -gruppen fallen. Was bleibt überhaupt von den Freizeitaktivitäten, wenn das Überleben schwerer wird und die für die Erwerbsarbeit „Überflüssigen“ erst einmal ihre eigenen notwendigen Bedürfnisse befriedigen müssen, da sie doch kein Einkommen aus aktueller oder vergangener Erwerbsarbeit mehr haben und Solidaritätsleistungen und staatliche Zuwendungen immer weniger werden? Freizeit kann tendenziell immer Menschen polarisieren und deformieren, wenn sie Gegenpol zur Erwerbsarbeit ist. Die oft beschworene „Last“ der Freizeit erklärt sich hauptsächlich aus diesem Gegensatz. Freizeit dient auch zunehmend dazu, sich für die Frustrationen der Erwerbsarbeit zu entschädigen.

Diese der Freizeit immanenten Disharmonien lassen den Schluß zu, daß sie keinen geeigneten Ausgangspunkt darstellt, um eine Utopie jenseits der Arbeit zu entwickeln. Wenn Erwerbsarbeit lediglich reduziert oder anders verteilt wird, beherrscht die patriarchale Kapitallogik immer auch die von der Erwerbsarbeit freie Zeit, unter den Bedingungen tendenziell totaler Warenwirtschaft sogar im zunehmenden Maße. Fremdbestimmte Erwerbsarbeit muß deshalb überhaupt in Frage gestellt und umbewertet werden, wenn durch mehr Freizeit und deren veränderte Nutzung emanzipatorische Spielräume eröffnet werden sollen. Freizeit kann also emanzipatorische Potenzen freisetzen, sie kann aber ebenso die patriarchal kapitalistische Herrschaft verfestigen (Negt 1984, Negt 1986, 10-20). Aus dieser Sicht bringen weder Arbeitszeitverkürzung noch individualisierte Arbeitszeitregelungen automatisch „Zeitsouveränität“ für die Erwerbstätigen hervor.

In den „Zeitutopien“ verschiedener Couleur drücken sich Widerstandsmomente gegen eine zunehmende Vereinnahmung der arbeitsfreien Zeit durch totale Marketingstrategien aus. Freiheitliche Spielräume im Sinne von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten würden aber erforderlich machen, solche „Zeitutopien“, welche sich auf einzelne Gebiete beziehen, mit der Befreiung potentiell „freier Zeit für alle“ zu verknüpfen. Aus dieser Sicht stellen „Zeitutopien“ eine notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für Zeitsouveränität

dar. Sie werden aber vielfach überschätzt und illusionär schon für Emanzipation genommen. In diesem Sinne ist „Zeitsouveränität“ keinesfalls gleichzusetzen mit Schaffung von „freier Zeit für alle“, kann aber dafür eine der Voraussetzungen bilden.

Literatur

- Althusser, L./Balibar, E., Das Kapital lesen, II; Reinbek bei Hamburg, 1972
- Benhabib, S., Butler, J., Cornell, D., Fraser, N., Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt a.M., 1993
- Bennholdt-Thomsen, V. und Mies, M., Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München, 1997
- Bloch, E., Das Prinzip Hoffnung, Erster, Zweiter und Dritter Band, Berlin, 1960, 1955, 1959
- Braun, A., Neubewertung von „Reproduktionsarbeit“ - totale Warenwirtschaft oder gesellschaftliche Alternative? in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 32, Dez. 1997, 175ff.
- Braun, A., Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Berlin, 1998
- Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92, Erwerbstätigkeit und Freizeit, Tab.-Bd. IV, Wiesbaden, 1995
- Foucault, M., Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M., 1977
- Gorz, A., Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg, 1994
- Gramsci, A., Gefängnishefte, Berlin/Hamburg, 1991
- Habermas, J., Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1 und 2, Frankfurt a.M., 1988
- Hartmann, H.A., Haubl, R. (Hg.), Freizeit in der Erlebnisgesellschaft, Opladen, 1996
- Holland-Cunz, B. (Hg.), Feministische Utopien - Aufbruch in die postpatriarchale Gesellschaft, Meitingen, 1986
- Kurz, R., Postmarxismus und Arbeitsfetisch. Zum historischen Widerspruch in der Marxistischen Theorie, Krisis, Heft 15, 1995, 95ff.
- Marx, K., Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin, 1953
- Marx, K./Engels, F., Werke (MEW), Berlin, Bde. 1, 1957; 2, 1958; 23, 1962.
- Maurer, A., Moderne Arbeitsutopien. Das Verhältnis von Arbeit, Zeit und Geschlecht, Opladen, 1994
- Mies, M., Patriarchat und Kapital, Zürich, 1992, 4. Aufl.
- Mies, M./Shiva, V., Ökofeminismus, Zürich, 1995
- Möller, C., & Bleibaum, B./Peters, U./Steitz, L./Wagnerova, A., Wirtschaften für das 'gemeine Eigene'. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin, 1997
- Negt, O., Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt a.M./New York, 1984
- Negt, O., Krise, Politik und Utopie. Jenseits der Arbeitsgesellschaft in: P. Alheit, G. Loboda, J. Wollenberger (Hg.), Wie wir leben wollen. Krise der Arbeitsgesellschaft, Widerstand, Reform und Perspektiven, Hamburg, 1986, 10-20
- Notz, G., Einige Aspekte zum traditionellen Arbeitsbegriff und der Notwendigkeit seiner Veränderung in: Dathe, D. (Hg.), Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft, Berlin, 1995, 164-172
- Opaschowski, H.W., Arbeit.Freizeit. Lebenssinn? Orientierungen für eine Zukunft, die längst begonnen hat, Opladen, 1983
- Rieseberg, H.J., Arbeit bis zum Untergang, München, 1992
- Rifkin, J., Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M./New York, 3. Aufl., 1996

Roß, B., Politische Utopien von Frauen. Von Christine de Pizan bis Karin Boye, Dortmund, 1998

Weber, M., Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, Bodenheim, 1993

Welskopf, E.Ch., Probleme der Muße im alten Hellas, Berlin, 1962



Name/Vorname

Straße/Nummer

PLZ/Ort/Telefon

Ich habe 15 Mark (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.

Ich ermächtige Sie, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen.

Kündige Ich das Test-Abo nicht, beziehe ich ein reguläres Abo zu monatlich

30 DM (Sozial) 45 DM (Normal) 59 DM (Soli)

Kontonummer/Geldinstitut/BLZ

Datum/Unterschrift

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats künde. Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei Verlag 8. Mai, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/Z. Unterschrift
Coupon bitte einreichen an: Verlag 8. Mai,
Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin,
Fax 030/53 33 43 43

Die Tageszeitung
junge Welt

Friedrich Siekmeier/Harald Werner

Ver.di als Chiffre eines gewerkschaftlichen Risorgimento?

Beginn einer Programmdebatte in der neuen Dienstleistungsgewerkschaft

„Name, Sitz, Grundsätze und Aufgaben“ der neuen Organisation sind nicht geklärt, aber die Gründer bauen sie trotzdem auf. Fünf Gewerkschaften - DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft), DPG (Deutsche Postgewerkschaft), HBV (Handel, Banken und Versicherungen), IG Medien (IG Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst) und ÖTV (Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) - wollen die global größte Arbeitnehmerorganisation aus der Taufe heben, die die Beschäftigten „im Dienstleistungssektor, der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur und Bildungsbereich“ organisieren soll, wie die Beteiligten den künftigen Organisationsbereich skizziert haben.¹ Dort haben sie bis ins einzelne unter anderem schon „Organisationsgliederung“ und „Aufgaben und Zuständigkeiten“ beschrieben. Doch welche Ziele die neue Gewerkschaft haben soll, steht nicht fest, denn ein Programm gibt es nicht, und trotzdem steht in den „Eckpunkten“, welche Aufgaben zum Beispiel ein „Landesbezirksfachbereichsvorstand“ haben soll.

Auf dem Weg zur Formulierung dieser „Eckpunkte“ hat es schon einige Reibungsverluste gegeben. Im Oktober 1997 hatten noch acht Gewerkschaften gemeinsam diskutiert, die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in Deutschland neu zu organisieren. Aber die NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) hatte schon die erste gemeinsame Erklärung nicht mehr unterzeichnet; die GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) sieht ihre Perspektive inzwischen eher in einem Zusammenschluß mit anderen europäischen Eisenbahnergewerkschaften; zudem hört man aus dem geschäftsführenden Vorstand der GdED, das Interesse an einer Beteiligung sei erlahmt, da im Zielmodell den jeweiligen Organisationsgliederungen für Einzelbranchen - den sogenannten Fachbereichen - keine ausreichende Autonomie gegenüber dem Zentralvorstand zugestanden werde. Und im vergangenen Sommer ist die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) nach anfänglicher Beteiligung aus der Bildung einer neuen Gewerkschaft ausgestiegen, da andernfalls die Einheit der Organisation zerbrochen wäre, in der Befürworter und Gegner einer Beteiligung zwei etwa gleich starke Lager bilden.²

¹ DAG/DPG/HBV/IG Medien/ÖTV (Herausgeberinnen), Eckpunkte des Zielmodells der neuen Gewerkschaft im Dienstleistungssektor, der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich, Filderstadt 1999.

² Mitte Mai, nach Redaktionsschluß dieser Z-Ausgabe, wird ein außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW ausführlich diskutieren, ob sich die Organisation doch noch an dem Pro-

Mühevoller Neuordnungsprozeß

Vor fast genau einem Jahr hatte der damalige Sechser-Bund (noch zusammen mit der GEW) den Entwurf einer „Politischen Plattform“ vorgelegt. Nach anschließender heftiger Kritik, unter anderem auf Gewerkschaftstagen von HBV und IG Medien, haben auch die Urheber der „Plattform“ eingestanden, daß es darin nicht um politische Inhalte ging, sondern um Organisationsstrukturen. Diese hat der „Lenkungsausschuß“ des neuen Gebildes - jeweils drei Vertreter aus den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften - feiner gegliedert und in regionalen Foren zur Diskussion gestellt. Weit verbreitet war dort der Unmut über die unklaren Ziele des neuen Gebildes. Auf diese Kritik reagierte nun der Lenkungsausschuß Ende Februar dieses Jahres mit einer Veranstaltung in Hannover, der weitere folgen sollen.

Als bürokratisch und verstaubt möchte man nicht gelten, sondern „Lust auf Zukunft“ vermitteln, umriß die HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane in Hannover die neuen Ziele; eine „faszinierende Aufgabe“ sei zu lösen, so hatte es der DPG-Vorsitzende Kurt von Haaren im Manuskript stehen, als die fünf Vorsitzenden in Hannover vor fast 400 Funktionären aus den fünf Gewerkschaften die „Auftaktveranstaltung zur programmatischen Diskussion“ eröffneten - so die vielleicht nicht ganz so faszinierende und lustvolle offizielle Bezeichnung des Treffens in Hannover. Und „Diskussion“ bedeutete in diesem Fall erst einmal mehrere Stunden Vorlesung: Die IG Medien hatte den eher linken Soziologen Oskar Negt als Referenten für die Konferenz vorgeschlagen, der unter dem Schlagwort der „Ökonomie des ganzen Hauses“ einmal mehr eine umfassende Gesellschaftsreform forderte und die „Verbetriebswirtschaftlichung“ von Bildung, Kultur und sozialen Beziehungen verdammt. Als Gegengewicht zum linken Negt hatte die ÖTV mit Jürgen Hoffmann (Hamburg) einen eher „gemäßigten“ Sozialwissenschaftler nominiert, doch der vergaß weitgehend Thema und Manuskript und formulierte aus dem Stegreif mehr eine Kritik an Negt.

Herbert Oberbeck (Göttingen/Braunschweig) schließlich umriß vor allem die US-Debatte über Rolle und Bewertung von Dienstleistungen. Er sollte so dazu beitragen, daß die Gewerkschaft i. G. (in Gründung) ein gemeinsames Selbstverständnis des Kernbereiches entwickeln kann, den sie organisieren will und der wenigstens Teil ihres Namens in der Langfassung werden soll. Als Ergebnis einer Entscheidung des Lenkungsausschusses soll das neue Gebilde wahrscheinlich den beziehungsreichen Namen Ver.di (als Abkürzung für „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“)³ tragen, und diese Fusion dürfte in der Tat

zeß der gewerkschaftlichen Neuordnung beteiligen soll oder weiterhin eigenständig bleiben will.

³ Funktionäre der beteiligten Gewerkschaften verbreiten gern die Mär, der neue Name sei das Ergebnis einer Mitgliederbefragung. Doch real beteiligten sich an einem Preisausschreiben zur Findung des neuen Namens gerade einmal gut 8000 der insgesamt über drei Millionen Mitglieder der fünf Gewerkschaften; aus den 8000 Zuschriften filterten nach einer Vorauswahl drei PR-Agenturen drei Namen, die bei 500 Personen „getestet“ wurden; dabei schnitt am be-

kompositorische Meisterleistungen verlangen. Sicherlich sind Assoziationen an die italienische Einigungsbewegung des Risorgimento erwünscht, für die der Komponist während einer Phase seines Lebens stand - aber am bekanntesten ist Verdi möglicherweise durch seinen Gefangenenchor ...

Bisher mehr Streit um Strukturen als um Inhalte

Zweck des Treffens in Hannover war es, Anstöße für eine Reform der Gewerkschaftsbewegung zu geben - so der IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche. Mit dem programmatischen Auftaktkongreß sollte die Diskussion um die entstehende Dienstleistungsgewerkschaft langsam auch inhaltlich Profil gewinnen, nachdem auf den Gewerkschaftstagen des vergangenen Jahres und auf regionalen Foren die Funktionäre hauptsächlich um Strukturen gestritten und Bedenken aufgehäuft hatten. Der Hannoveraner Kongreß startete eine Debatte um die Grundsatzpositionen der neuen Gewerkschaft, die auf weiteren gemeinsamen Treffen fortgeführt werden soll. Daneben gibt es auch noch eigenständige Veranstaltungen der beteiligten Einzelgewerkschaften; so diskutierte Mitte April dieses Jahres die IG Medien in Wiesbaden über „Zukunft der Arbeit“ (s.u.).

In Hannover war man sich weitgehend einig, daß es wie bisher nicht weiter geht: Der Druck nicht nur durch „Globalisierung“, veränderte Betriebsstrukturen, Individualisierung, Forderungen nach Geschlechterdemokratie ist so hoch, daß Formen und Inhalte traditioneller Gewerkschaftsarbeit gründlich verändert werden müssen. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und der politisch geförderten Kluft zwischen Arm und Reich ist auch eine politische und soziale Neugestaltung in Deutschland nötig, wofür - so Hensche - die neue Gewerkschaft an der Meinungsführerschaft beteiligt sein müsse.

Doch wenn es schon schwerfallen dürfte, die unterschiedlichen Strukturen und Organisationstraditionen unter ein Dach zu bringen, so dürften in der Programmdebatte erst recht Dissonanzen auftauchen. Sofern die programmatische Zielbestimmung überhaupt eine Chance hat, aus dem Stadium der Zirkeldiskussion hervorzutreten, werden Bruchlinien dort aufbrechen, wo sie bereits bei der Sturzgeburt des DGB-Grundsatzprogramms sichtbar wurden. Weniger zwischen akzentuierten linken oder rechten Positionen, sondern zwischen theoretisch ambitionierten Praktikern und programmatisch relativ unambitionierten Pragmatikern. Nicht ohne Grund kritisierte Oskar Negt in Hannover die Tendenz, alle großen Probleme in kleine technische Lösungen kleinzuhacken, hinter denen die Gesellschaft als Ganzes zunehmend verschwindet. Genau das könnte auch zum Schicksal der Programmdiskussion werden, wenn sie dem Zirkel aus strukturellen Problemen und organisatorischen Antworten nicht entkommen kann.

sten „Ver.di“ ab, ein Vorschlag, den vier der 8000 Teilnehmer des Preisausschreibens eingeschickt hatten; vgl. DAG/DPG/HBV/IG Medien/ÖTV (Herausgeberinnen), Infodienst 1/99, April 1999, S. 16.

Das Programm der Hannoveraner Konferenz, die Einstiegsbeiträge, aber auch die Arbeitsgruppendifkussionen konnten dieser Gefahr entgehen, zeigten aber auch, daß mehr als nur das Programm einer neuen Einzelgewerkschaft zu verhandeln ist. Zur Debatte stand nicht so sehr die gewerkschaftliche Perspektive im Dienstleistungssektor, sondern die Perspektive einer Gesellschaft, deren Charakter sich ebensowenig mit dem Begriff Dienstleistungsgesellschaft erklären läßt, wie ihre Krise durch Konzentration auf diesen angeblich prosperierenden Sektor lösbar ist.

Unklare Perspektive der Dienstleistungsarbeit

Am deutlichsten wurde dies im Beitrag von Herbert Oberbeck, der die These von einer Dienstleistungslücke in den G-7-Staaten, einschließlich der USA, akzeptierte. Er führte sie vor allem darauf zurück, „daß Dienstleister, private Unternehmen und öffentlich-rechtlich dominierte Institutionen in der Gestaltung von Kundenbeziehungen Wertschöpfungspotentiale verschwenken.“⁴ Ursache sei im wesentlichen der untaugliche Versuch, mit dem Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) Rationalisierungspotentiale in gleicher Weise wie in der industriellen Produktion zu erschließen. Doch die „eigentlichen Herausforderungen bei der Umgestaltung von Dienstleistungsbeziehungen durch weiteren Technikeinsatz“ würden unterschätzt, so Oberbeck weiter: „Unabhängig davon, ob es um Automations- und Selbstbedienungsprognosen oder um andere Formen intensiverer Techniknutzung geht, jedes Projekt zur Veränderung der Anbieter-Kunden-Beziehungen steht vor der Schwierigkeit, komplexe soziale Interaktionsprozesse umgestalten zu müssen.“⁵ Das bedeutet, so Oberbeck in Anlehnung an den US-Wissenschaftler Sichel⁶, innovative Dienstleistungsangebote und neue Managementkonzepte zur Gestaltung eben von Beziehungen im Dienstleistungsbereich zu entwickeln.

Im Unterschied zum produzierenden Gewerbe würden Rationalisierungseffekte im Dienstleistungsbereich den Bedürfnissen der Nachfrager nicht gerecht. Um Wertschöpfungspotentiale erschließen zu können, sei eine „Rückbesinnung auf qualifizierte Mitarbeiter an den Schnittstellen zu den Kunden“ nötig, was konkret heiße, Beratungs- und Serviceleistungen auszubauen, die nicht an Automationstechnik, sondern an Personen gebunden seien. Technisch basierte Standardisierungen von Dienstleistungen seien dagegen zu reduzieren.⁷ Sicherlich wäre es interessant gewesen, wie Oberbeck aus diesem Blick-

⁴ Herbert Oberbeck, Zur Zukunft der Dienstleistungsarbeit - Entwicklungspotentiale und Arbeitsbedingungen. Unkorrigierte Tonbandabschrift, S. 5. Die Veranstalter der Konferenz in Hannover wollen eine Dokumentation mit den Referaten der Konferenz herausbringen; diese Schrift wird bei den beteiligten Gewerkschaften zu erhalten sein.

⁵ Oberbeck, Dienstleistungsarbeit, S. 2.

⁶ D. E. Sichel, The Computer Revolution. An economic Perspective, Washington D. C. 1997.

⁷ Oberbeck, Dienstleistungsarbeit, S. 5.

winkel zum Beispiel die Entwicklung von Call-Centern sieht, deren Mitarbeiter alle Ver.di-Gewerkschaften - bislang in Konkurrenz - zu organisieren versuchen, weil sie in ihnen eine Zukunftsbranche sehen. Doch konkreter wurde der Göttinger Sozialwissenschaftler Oberbeck in diesem Punkt nicht.

Humanisierung der Arbeit aus der Dienstleistungsperspektive

In vielen Dienstleistungsfeldern, so Oberbeck weiter, hänge die Ausweitung der Wertschöpfung von der „(Re-)Aktivierung“ der sozialen Dimension in den Kundenbeziehungen ab. Die zentrale Innovationsleistung von Dienstleistungsunternehmen müsse die Gestaltung der Beziehungen zu den Kunden durch die Mitarbeiter sein: „Nur diejenigen Dienstleister, die mit ihrem Kundenstamm zu kooperieren vermögen, verringern Risiken bei der Realisierung neuer Dienstleistungen und gewinnen Wettbewerbsvorteile.“ Daraus leitet Oberbeck die Notwendigkeit einer „sozialen Innovation auf dem Feld der betrieblichen Arbeitspolitik“⁸ ab und verbindet damit unter Verweis auf eine US-Untersuchung⁹ die Forderung nach unter anderem gut qualifiziertem und bezahltem Personal. Das erfordere „substantielle Investitionen auch in Humankapital“¹⁰, wie von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten gefordert. Oberbeck erinnert in diesem Zusammenhang an das gewerkschaftliche Programm der „Humanisierung der Arbeit“ aus den 70er Jahren, das damals ins Leere gelaufen sei. Jetzt jedoch sieht der Sozialwissenschaftler dafür bessere Möglichkeiten: „Die aufgezeigten Perspektiven für die Dienstleistungsökonomie rücken qualifizierte Arbeitskraft gerade wegen der ökonomischen Rechenhaftigkeit ins Zentrum, da über diesen Weg am intelligentesten und zugleich effizient Kundenbindung und zufriedenstellende Leistungsangebote zu realisieren sind.“¹¹

Indem dagegen Bedürfnisse von Kunden insbesondere nach qualitativ hochwertiger Beratung nicht befriedigt, sondern ausschließlich auf Personaleinsparung hingearbeitet würde, könne das eigentliche Potential neuer Arbeitsplätze nicht erschlossen werden. Oberbeck ist sicher, daß sich die Rationalisierungsprognosen für den Dienstleistungsbereich nicht erfüllen werden. Der regelmäßig zitierten Würzburger Studie traut Oberbeck auch deshalb nicht, weil sie sich ausschließlich auf Befragungen über die Erwartungen des Managements stützt, das genau den Holzweg der verstärkten Einführung von Automationstechniken gegangen ist. Beispielhaft zeigten auch die seit Jahren roten Zahlen der Bilanzen von Direktbanken, daß die Rationalisierungspotentiale im Dienstleistungssektor äußerst begrenzt seien. In der Arbeitsgruppendifkussion hatte der Referent allerdings Mühe, seine These von den begrenzten Rationali-

⁸ Ebd.

⁹ F.F. Reichheld, Der Loyalitätseffekt. Die verborgene Kraft hinter Wachstum, Gewinnen und Unternehmenswert., Frankfurt/Main / New York 1997.

¹⁰ Oberbeck, Dienstleistungsarbeit, S. 7.

¹¹ Ebd.

sierungspotentialen der IuK-Technologien im Dienstleistungssektor vor genteiligen Berichten aus der Praxis zu behaupten. Er fand schließlich aber doch Zustimmung für seine Feststellung, daß die Cost-Cutting-dominierte Personalpolitik sowohl den Dienstleistern als auch den Kunden keinen „Mehrwert“ bringe.

Negts „Ökonomie des ganzen Hauses“

Oberbeck sprach zwar von einer „Fülle von negativen Entwicklungen“ in den „verschiedenen Welten der Dienstleistungsökonomie“.¹² Allerdings machte er diese Kritik nicht konkret. Demgegenüber setzte sich Oskar Negt kritischer mit den Perspektiven des ausschließlich am Markt orientierten Dienstleistungssektors auseinander, in dem er ein weiteres Mal einen Übergang zu einer „Ökonomie des ganzen Hauses“¹³ forderte, wozu er in den vergangenen Jahren die Gewerkschaften regelmäßig - aber meistens praktisch folgenlos - ermahnt hatte, wenn er zu ihren Tagungen geladen war.

In einer solchen ganzheitlichen ökonomischen Betrachtungsweise - von ihm auch „Zweite Ökonomie“ genannt - sieht Negt einen Ausweg aus einer gesellschaftlichen Krise, die sich in ganz unterschiedlicher Weise zeige. Zum einen könne sich seit 1989 „das Kapital völlig frei bewegen“, zum ersten Mal in der Geschichte, weil die „Kampfbalance zwischen den sozialistischen, gewerkschaftlichen und anderen alternativen Kräften“ nicht mehr gegeben ist, nachdem jetzt nur noch das Kapital übrig geblieben sei. Als weitere Krisenherde zählte Negt auf: die „Strukturkrise der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft“, die „grundlegende Veränderung der Beziehungen zwischen Kapital und Staat“, die gestörte Balance zwischen Individuum und Gemeinwesen“, schließlich den Bruch der „Näheverhältnisse“ in der „Dialektik zwischen Nähe und Distanz“ mit schwerwiegenden Folgen, so z.B. für Bildung und Erziehung.

Angesichts dieser umfassenden gesellschaftlichen Krisensituation fordert Negt ein Umdenken, das „sehr viel radikaler und nachhaltiger“ sein müsse und in dem das Gemeinwohl gegen die verengte Sicht der Volkswirtschaft unter nur noch betriebswirtschaftlichem Blickwinkel wieder in den Vordergrund gerückt werde - mit Negts Schlagwort eben die „Ökonomie des ganzen Hauses“. Der Sozialwissenschaftler aus Hannover (und wenigstens bis vor kurzem auch Berater des Bundeskanzlers) leitet daraus die Forderung nach Planungssystemen und vor allem die Schaffung „nicht-kommerzieller Arbeitsplätze“ ab.

Hoffmanns selbst gewählte neue Solidarität

Quasi den Gegenpart zu Oskar Negts Rolle des Mahners für eine umfassende theoretische Sicht der Gesellschaft durch die Gewerkschaften und ein daraus

¹² Oberbeck, Dienstleistungsarbeit, S. 9.

¹³ Oskar Negt, Zukunft der Arbeit - Gesellschaft der Zukunft. Überarbeiteter Tonbandmitschnitt einer frei gehaltenen Rede. Die folgenden Zitate sind diesem Mitschnitt entnommen.

abgeleitetes gesellschaftspolitisches Mandat nahm in Hannover Jürgen Hoffmann mit seinem Beitrag „Moderner Staat der Zukunft - Zukunft des Sozialstaates“ ein. Seit Hoffmann vor fast zehn Jahren an der Herausgabe der Schrift „Jenseits der Beschlußlage“ mit dem anspruchsvollen Untertitel „Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt“¹⁴ beteiligt war, findet kaum noch eine Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften ohne ihn statt.¹⁵ Zwar setzte sich in Hannover der Professor an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) von gängigen Globalisierungsthesen ab. Er kritisierte auch ausdrücklich den „Deregulierungswetlauf“, an dem sich nach dem Willen der Neoliberalen der Staat beteiligen soll.¹⁶ Doch Hoffmann meint auch „sehr viel von einer solchen Sicht“ des Neoliberalismus lernen zu können, z.B. „neue Chancen von Politik“ auf dem Gebiet „der praktizierten internationalen Solidarität“ - doch was das konkret heißen könnte, da verlor sich Hoffmann in einer Reihung von „notwendig - müßten - könnten“.

Hoffmann konnte jedoch kaum konkreter werden, da er keinen Begriff von gesellschaftlichen Akteuren hat. Für ihn sind es die Arbeitsmarktstrukturen selbst, die „sich weiter flexibilisieren“. In der gesellschaftlichen Realität sind es aber beileibe nicht solche Strukturen, die „sich selbst“ flexibilisieren und „zentrale Herausforderungen“ ökonomischer und sozialer Modernisierung hervorbringen. Hinter solchen Strukturen und Prozessen stehen zum Beispiel „shareholder value“-Interessen, die Hoffmann zwar nannte, denen er aber nur ein moralisches Plädoyer für eine ausgleichende Regionalpolitik entgegenhalten konnte. Hoffmann votiert letztlich doch für eine Anpassungsstrategie an die von den Märkten ausgehenden „Effizienz-Zwänge“.

Nicht so frohe Kunde und Kunden

So sollen die Gewerkschaften sich auch als Organisationen verstehen, die ihre Mitglieder als „Kunden“ sehen - ein Selbstverständnis, das Negt vehement abgelehnt hatte.¹⁷ Hoffmann dagegen rät den Gewerkschaften: „Aber der ‚Kunden‘-Begriff ist ein erster Schritt zum Aufbrechen der alten Selbstverständlichkeiten, mit denen Gewerkschaften bisher Mitgliederwerbung und Politik gemacht haben.“¹⁸ Damit sieht er auch die Möglichkeit zu „neuen Solida-

¹⁴ Jürgen Hoffmann/Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Dietrich Lange (Herausgeber), Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln 1990.

¹⁵ Zuletzt beim Zusammenschluß der DGB-Landesbezirke Nord und Mecklenburg-Vorpommern zum neuen Landesbezirk Nord Anfang März in Lübeck.

¹⁶ Jürgen Hoffmann, Moderner Staat der Zukunft - Zukunft des Sozialstaates. Tonbandabschrift des Referates in Hannover, S. 1. Die folgenden Zitate nach diesem Mitschnitt.

¹⁷ Vgl. Negt, Zukunft, S. 7: „Ich glaube, daß das Reden nur noch von Kunden (...) gefährlich ist, weil es das Menschenbild völlig verändert. (...) Was ist das für eine Vorstellung von einer Welt, in der es nur noch Kunden und Unternehmer gibt? (...) Ich kenne den Weltgeist von Hegel und Marx und so weiter. Aber daß jemand die Weltgeschichte aus der Sicht des Kunden betrachtet, war für mich eine Neuerung.“

¹⁸ Hoffmann, Staat, S. 4. Die folgenden Zitate nach diesem Mitschnitt.

ritäten“ in Abgrenzung zu „Solidaritäten, die die Gewerkschaften gewöhnt sind, das alte Kollektiv etwa, das ja oft genug Ausdruck der subalternen Position der Arbeiter war und des Zwangs, sich zu solidarisieren.“ In diesen Zusammenhang gehört Hoffmanns Beitrag zur gewerkschaftlichen Programmdebatte, als Vorbilder für die Gewerkschaften „die neuen sozialen Bewegungen oder andere Formen der Vergemeinschaftung“ anzupreisen, „zum Beispiel auch Gangs, Jugendgangs, und so weiter“ und deren Formen von Alltagsolidarität: „Es ist eine Form der selbst gewählten Solidarität, die ja auch genau genommen der modernen demokratischen Gesellschaft adäquater ist als das traditional ausgerichtete Kollektiv.“ Ob damit auch gemeint ist, daß „Brioni“-Kanzler und „Armani“-Minister „abgezogen“ werden sollen - wie in modernen Jugend-Kollektiven die Form der Aneignung genannt wird, mit der gesellschaftliche Benachteiligung ausgeglichen werden soll?

Vom Sozialstaat fordert Hoffmann einen Beitrag „zur Flexibilisierung der Ökonomie“. Nicht mehr die „Systeme der sozialen Sicherheit, die auf dem Versicherungsprinzip und damit auf dem Normalarbeitsverhältnis beruhen“, sind künftig wichtig, sondern als „Mindestsicherung“ ein Ausbau öffentlicher Dienste. Diese hätten Effizienz („die Dinge richtig zu tun“), Effektivität („die richtigen Dinge tun“) und Bürgernähe miteinander zu verbinden. Letztlich komme es darauf an, „die Effizienzkriterien in gesellschaftliche und gewerkschaftliche Ziele einzubinden“. In Kombination mit einer „klugen Wirtschafts- und Strukturpolitik“ wären damit in den Regionen die Voraussetzungen dafür gegeben, „daß sich auch in Zukunft das Hochqualifikations-, Hochqualitäts- und damit auch Hochlohn-Land Bundesrepublik erhalten läßt.“ Hier allerdings gesteht auch Hoffmann „gewisse Bauchschmerzen“ ein, da international „eine solche regional orientierte Option oft ein Nullsummenspiel“ ist. Sein Konzept der „neuen Solidaritäten“ kann dagegen nicht mehr als die hilflose Forderung nach einer Regionalpolitik gegen den Trend setzen. In Hannover konnte Hoffmann seine anscheinend improvisierte Abfolge modischer Thesen nur gegen eine wachsende Unruhe im Plenum vortragen.

Geschlechterdemokratie für die Zukunft der Erwerbsarbeit

Zu Henschkes Forderungen nach einer politischen und sozialen Neugestaltung Deutschlands und einer gewerkschaftlichen Beteiligung an der Meinungsführerschaft lieferte eine in die Arbeitsgruppen verbannte Frau einen interessanten Beitrag als die Herren Professoren. Brigitte Stolz-Willig¹⁹ von der Fachhochschule Frankfurt/Main brachte die Forderung nach Geschlechterdemokratie in die Programmdebatte ein: „Eine Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht jenseits der Erwerbsarbeit zu realisieren, sondern nur als Projekt der Umverteilung der Arbeit und des Einkommens zwischen den Geschlechtern.“

¹⁹ Brigitte Stolz-Willig, Perspektiven der Erwerbsarbeit. Abgedruckt unter dem Titel: Gibt es Perspektiven auch jenseits der Arbeitsgesellschaft? In: IG-Medien-Forum, 137 (1999) 3/4, S. 20 - 24, hier: S. 24. Die folgenden Zitate nach dieser Druckfassung.

Nach einer pointierten Kritik an der „Abwesenheit einer geschlechterdemokratischen Perspektive gesellschaftlicher Integration“ analysierte die Wissenschaftlerin „einen zentralen Modernisierungsrückstand“ der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft: „Dienstleistungen werden im wesentlichen weder vom öffentlichen Sektor noch von privaten Dienstleistungsunternehmen, sondern von der Familie erbracht.“ Eine Alternative sieht Stolz-Willig nicht in den gegenwärtigen „Anpassungsstrategien“ der Arbeitsmarktpolitik. Hierunter faßt sie vor allem drei unterschiedliche Ansätze: Erstens die Steigerung der Bedarfe an „niedrigproduktiver Erwerbsarbeit insbesondere im Bereich der personennahen Dienstleistungen“. Dieser Vorschlag entspringe „sexistischen Denkschemata in den Köpfen von Wissenschaftlern und Politikern“²⁰. Vielmehr handele es sich bei den genannten Dienstleistungen „zum größten Teil um hochqualifizierte Tätigkeiten in der Bildung, Gesundheitsfürsorge, Erziehung, Pflege und Sozialberatung“, die auch „weiterhin über die öffentlichen Haushalte oder Sozialkassen finanziert“ und „zu tragbaren Preisen angeboten“ werden müßten, zum Beispiel in Form von „Dienstleistungspools“.

Zweitens: Als Teil von „Anpassungsstrategien“ kritisierte Stolz-Willig die Tendenz zu Teilzeitarbeit und anderen Formen individueller Arbeitszeitverkürzungen. Auch damit sei in geschlechterdemokratischer Perspektive keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes zu erreichen - „jedenfalls solange sich nicht auch Männer von der Förderung von Teilzeitarbeit angesprochen fühlen.“ Drittens bekräftigte Stolz-Willig mit ihrer Kritik an Forderungen nach Bürgergeld oder Familiengeld die Notwendigkeit der Ausweitung des Sektors öffentlicher Arbeit. Der Sektor informeller Arbeit sei nicht auszubauen, sondern geschlechterdemokratisch neu zu verteilen: Es gehe darum, „bisher privat und unentgeltlich geleistete Familien- und soziale Arbeit in bezahlte und professionalisierte Arbeit zu überführen“.

Neues Verständnis des Sozialstaates notwendig

Stolz-Willig machte klar, daß nicht eine arbeitsmarktpolitische Variante zur Debatte steht, sondern die gesellschaftliche Machtfrage: „Vielmehr muß das Beschäftigungssystem, selbst mit den Zielen der Neuverteilung von Arbeit und Einkommen und gleichberechtigter Teilhaberechte von Männern und Frauen an Erwerbs-, Familien- und Öffentlicher Arbeit umgebaut werden.“ Je geringer allerdings die Erfolge bei den Anstrengungen zur Neuverteilung sind, desto größer werde der „sozialstaatliche Handlungsbedarf bei der Einkommenssicherung der Nichterwerbstätigen“. Das veranlasse Steuererhöhungen, womit grundsätzlich die Akzeptanz einer aktiven Sozialpolitik vermindert würde. Stolz-Willig forderte, den Sozialstaat nicht länger als „Kostgänger“ der Volkswirtschaft zu betrachten, sondern ihm eine Verteilungsfunktion für die

²⁰ Gewerkschafter ließ Stolz-Willig freundlicherweise aus, obwohl der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ gerade ein beklagenswertes Beispiel für die kritisierten Denkschemata gegeben hat.

menschliche Gestaltung der Gesellschaft einzuräumen, die es ermögliche, durch Angebote in einem öffentlichen Sektor das soziale Leben menschlicher zu gestalten.

Vor der Diskussion solcher Thesen und der Forderung nach Geschlechterdemokratie in Gewerkschaft und Gesellschaft flüchtete sich die Konferenz in Hannover in eine „Talkrunde mit Jugendlichen“ - fünf Gewerkschafter unter 30 mit wenigstens einem Amt auf Bundesebene. „Dieser Teil der Veranstaltung in Hannover wirkte aufgesetzt. In den Referaten und in den Arbeitskreisen wurde Jugend nicht spezifisch thematisiert, obwohl es doch mit der Zukunft der Arbeit eigentlich um ihre Zukunft geht,“ heißt es lakonisch im IG-Medien-Forum in einer Bildunterschrift.²¹

Quasi in einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit durfte Brigitte Stolz-Willig ihre Thesen bei der Wiesbadener Konferenz der IG Medien zur „Zukunft der Arbeit“ im Plenum vortragen, doch Vertretern der vier anderen Ver.di.-Gewerkschaften blieb es „erspart“, sich mit ihrer vehementen Verteidigung des Sozialstaats und dem engagierten Einfordern von Geschlechterdemokratie auseinanderzusetzen.

Mit den nicht nur unterschiedlichen, sondern - wie im Fall von Hoffmann und Negt - auch gegensätzlichen Antworten zum Thema Dienstleistungsgesellschaft wurde das gesamte Spektrum sichtbar, innerhalb dessen sich die Programmdebatte als Suche nach der Zukunft der neuen Dienstleistungsgewerkschaft bewegen wird. Und wie für die gesamte Debatte zu erwarten, war es schon in Hannover den einen zu unpraktisch und den anderen zu pragmatisch. Aber wirklich ein Auftakt zur Debatte eines Programms einer neuen Gewerkschaft? Die Veranstaltung verdeutlichte eher Unterschiede: in den Arbeitsverhältnissen der Mitglieder, in den Formen der Gegenwehr gegen Unternehmensstrategien, im Verständnis von gesellschaftlicher Emanzipation und gewerkschaftlicher Arbeit.

Unterschiede sichtbar, aber nicht ausdiskutiert

Zum Abschluß der Veranstaltung zeigte sich Hensche zwar zufrieden mit deren Verlauf, doch so recht viel Neues war nicht sichtbar geworden, und Spannungen und Konflikte blieben eher unter der Decke: Noch haben die Mitglieder nicht ihre abschließende Zustimmung für eine gemeinsame neue Organisation gegeben, und ein zu klares Aussprechen eigener Vorstellungen könnte vielleicht die Zustimmung bei jenen gefährden, die anderer Meinung über künftige Programmpunkte sind. Zum Beispiel: Um ihre Ziele zu erreichen, müsse die neue Organisation zum „Klassenkampf“ bereit sein, forderte ein junger Gewerkschafter während der Abschlußdiskussion. Da mochte Roland Issen, Vorsitzender der DAG, nicht zustimmen: Damit stelle man doch auch bislang erreichte Errungenschaften wie die Mitbestimmung in Großbetrieben

in Frage. Das gewerkschaftliche Selbstverständnis müsse differenzierter sein, forderte Issen: Der neue Fünfer-Bund solle sich als „Gegenmacht“, allerdings mit starker Durchsetzungsfähigkeit, verstehen. Das wiederum hält ein Landesvorsitzender einer der beteiligten Gewerkschaften für völlig unzureichend: Selbstverständlich gehe es um Klassenkampf, wie der junge Kollege zu recht gefordert habe. Doch diese Kritik brachte der Funktionär nicht in die Diskussion ein, sondern beim Pausenkaffee in der Lobby. Niemand soll verschreckt werden - und inzwischen darf auch niemand mehr verschreckt werden, soll das Ergebnis schließlich etwas anderes werden als eine „übliche“ Fusion, bei der sich vor allem durch Mitgliederschwund in finanzielle Bedrängnis geratene Organisationen zusammentun.

Wenigstens einige wenige Funken für ein Programmfeuer schlugen Diskutanten der Konferenz der IG Medien zur „Zukunft der Arbeit“ Mitte April in Wiesbaden. Allerdings ist offenkundig das Interesse an Programmdiskussionen nicht sehr ausgeprägt: Gleich ein Viertel der angemeldeten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen blieb zu Hause. In Hannover dagegen waren statt der erwarteten 300 fast 400 Funktionäre gekommen. Das legt den Schluß nahe: Nicht allein die inhaltliche Diskussion bestimmt das Interesse, sondern doch auch ein großes Mißtrauen: Wohin geht Ver.di? Und da werden die Aktivitäten des Lenkungsausschusses, zum Beispiel eben eine Programmkonferenz, unter Beobachtung gestellt.

So war zwar in Wiesbaden der Kreis der Teilnehmer an der Diskussion kleiner als in Hannover, doch näherte man sich stärker dem Problem, daß gewerkschaftliche Programme und daraus entwickelte Forderungen nicht mehr den aktuellen Bedingungen entsprechen. Hier konnten die Thesen von Brigitte Stolz-Willig intensiv diskutiert werden, und einige Defizite wurden konkreter sichtbar. Programmatische Bekenntnisse zu Frauenemanzipation und Geschlechterdemokratie finden keinen praktischen Ausdruck, weil die Gewerkschaften nicht ausdrücklich politisch dafür agieren. Stolz-Willig nannte hier das Beispiel des fehlenden Engagements von Gewerkschaften im Zusammenhang mit mangelnder Qualität der öffentlichen Kinderbetreuung.

Was ist eine „neue Normalität“?

Richtig spannend wurde die Diskussion in Wiesbaden erst zum Schluß. Da ging es um „Normalarbeitsverhältnis und neue Normalität“. Das Bild des „Normalarbeitsverhältnisses“ (NAV) kennzeichnete über Jahrzehnte das Zentrum gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik und bestimmt häufig immer noch die Wahrnehmung vieler Gewerkschaftsfunktionäre. Doch die heutige Arbeitsgesellschaft ist vielfältiger: Frauen fordern Gleichberechtigung und Geschlechterdemokratie auch auf dem Arbeitsmarkt ein, Arbeitslosigkeit führt zu Unterbrechungen im Erwerbsleben, auch durch Ausgründungen sind Kleinbetriebe viel wichtiger geworden - fast regelmäßig ohne Betriebsräte und tarifliche Absicherung von Einkommen, Arbeitszeit und Urlaub, und schließlich

²¹ IG-Medien-Forum, 137 (1999) 3/4, S. 16.

arbeitet eine wachsende Zahl von Menschen selbständig: Als „Freie“ bieten sie ihre Arbeit Unternehmen vor allem in der Kultur- und Medienbranche an.

Doch ist das, was sich in diesen Branchen abzeichnet, schon „eine neue Normalität“? Und was müßte die Gewerkschaft daraus für Schlußfolgerungen ziehen für den von ihr beanspruchten „Schutz- und Gestaltungsauftrag“? Die Suche nach Antworten geriet unter Zeitdruck. So fiel zwar die Forderung nach „neuen Formen der Kollektivierung von Interessen“ der Freien. Gefordert wurde auch, daß für alle Freien eine Alterssicherung geschaffen werden müsse, die auch jene bezahlen könnten, die zu den Geringverdienern gehören, weil es für ihre Honorierung anders als für andere Freiberufler zum Beispiel keine Gebühren- oder Honorarordnung gibt. Aber es kam in Wiesbaden kaum zur Sprache, wie diese Aufgaben gelöst werden sollen und welche Schlußfolgerungen daraus für Programm und Strategie zu ziehen sind.

Allerdings - in seinem Einleitungsreferat hatte Gerd Bosch vom „Institut Arbeit und Technik“ in Gelsenkirchen zwar auch die Notwendigkeit eines neuen Normalarbeitsverhältnisses unterstrichen, vor allem, um der wachsenden Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit gerecht zu werden - das war auf der Konferenz nicht im Grundsatz umstritten, sondern „nur“ in den Details. Doch Bosch setzte sich deutlich gegen die vorschnelle Übernahme modischer Thesen zur Wehr: So sei eine völlige „Auflösung“ des NAV nicht festzustellen, da es in Westdeutschland heute mehr unbefristete Vollzeitbeschäftigte gebe als vor 20 Jahren, die allerdings heute auf „flexiblere Beschäftigungsformen“ verwiesen seien. Dabei konnte Bosch anhand von Statistiken belegen, daß die Unternehmen „zunehmend auf qualifizierte Belegschaften und interne Flexibilität setzen, was nicht mit Heuern und Feuern zu vereinbaren“ sei.

Der vom IG-Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche zum Auftakt der Konferenz formulierte Anspruch, vor allem die aktuell schon geforderten Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften zu entwickeln, konnte nicht erfüllt werden. Die Diskussion müsse fortgeführt werden, so Hensche zum Schluß, um mit Mut „neue Modelle von Wohlfahrts-, Lebens- und Arbeitsverhältnissen“ zu entwickeln. Und dann: Der Vorhang fiel - und (fast) alle Fragen offen?

Mag Wompel

Lean Production und Gruppenarbeit

Über späte und doch unzureichende Einsichten

Während die Gewerkschaften Gruppenarbeit seit den 80er Jahren als Mittel zur Humanisierung der Arbeitswelt bisher erfolglos und zunehmend leise forderten, kam der Anstoß diesmal von den (schlanken) Unternehmen, denn im Zeichen der Lean Production sind es Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen, die sich betriebswirtschaftliche und zugleich soziale Vorteile versprechen. Da eine effiziente Techniknutzung nur durch eine breitere Nutzung des Arbeitsvermögens möglich erscheint, wird nun auf der Basis einer „Gestaltungspartnerschaft“ (Bahnmüller 1996: 15) die „Rationalisierung durch Humanisierung“ (Frieling 1993: 286) verfolgt.

Dieser Konsens bestand nicht unwesentlich auf der Akzeptanz der Notwendigkeit der Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit durch die Gewerkschaften. Entsprechend beinhalten die Musterbetriebsvereinbarungen sowohl der IG Metall als auch der damaligen IG Chemie-Papier-Keramik die Wirtschaftlichkeitsziele bzw. die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch in den Betriebsvereinbarungen zur Gruppenarbeit in der bundesdeutschen Automobilindustrie wurden Wirtschaftlichkeit und Humanisierung als gleichrangige Ziele verankert und damit das Streben nach permanenter Verbesserung des Produktivitätsniveaus zur Aufgabe aller ArbeiterInnen gemacht. So wird z.B. bei Opel Kaiserslautern Gruppenarbeit definiert als „eine Organisation und ein Prozeß, in dem die Mitarbeiter zusammenarbeiten, um die Ziele des Unternehmens gemeinsam zu erfüllen. Sie hilft, sich im Unternehmen auf gemeinsame Ziele zu konzentrieren, stärkt die Verantwortlichkeit aller in bezug auf den Erfolg des Unternehmens und trägt zur Sicherung der Arbeitsplätze bei. Sie schafft einen flexibel einsetzbaren und vielseitig interessierten Mitarbeiterstab, steigert die Mitverantwortung eines jeden Mitarbeiters und fördert somit die Arbeitszufriedenheit.“¹

So konnten diese neuen Ansätze der Unternehmen als die Bestätigung einer ökonomischen Notwendigkeit zur Abkehr von tayloristisch-fordistischen Konzepten und zum schon länger behaupteten Ende der Arbeitsteilung sowie als der Beginn einer neuen Rolle der menschlichen Arbeitskraft interpretiert werden.

Doch es kam anders, so z.B. bei Mercedes. Im Mai 1996 wurde in der Stuttgarter Vertrauensleuzezeitung „Scheibenwischer“ von Gruppenarbeit als einem „Auslaufmodell“ gesprochen. Parallel dazu findet die Rücknahme der wenigen arbeitsorganisatorischen Experimente statt, etwa bei Planungen künftiger

¹ Opel Kaiserslautern, Betriebsvereinbarung - Gruppenarbeit Stufe II, Ergänzungsvereinbarung zur Betriebsvereinbarung 179 "Gruppenarbeit", Kaiserslautern, März 1997.

Montagen: „FTS-Systeme, Schleifen oder Boxenfertigung wie in Rastatt sind 'out', weil das Invest für solche Anlagen höher liegt, und zum anderen, weil aus einem klassischen Band mit MTM am meisten rauszuholen ist.“²

Solche sukzessiven „Rückschritte“ samt einer angeblichen, denn in den seltensten Fällen notwendigen „Renaissance des Fließbandes“ (Schumann u.a. 1994: 242) sind aus allen Werken der Automobilindustrie, aber auch anderen Branchen bekannt. Aus diesen Erfahrungen heraus wird von allgemeiner *Ernüchterung der Belegschaften gegenüber Pilotprojekten und neuen Kampagnen* berichtet, denn die ArbeiterInnen wissen, daß „die Pilotgruppen heute als Modell funktionieren, wie in einem Schaufenster, damit die übrigen Arbeiter es sehen können. Intuitiv ist klar, daß viele der Freiheiten, die man sich jetzt herausnehmen kann, die aber nirgendwo schriftlich festgehalten sind, mit der Einführung der Gruppenarbeit in der ganzen Fabrik verschwinden werden“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 8).

Stress, Aufgabenerweiterung und Kontrolle

Dabei waren mit Gruppenarbeit auch im Zeichen der Lean Production viele Humanisierungshoffnungen verbunden. Doch Prozeßzwänge der vor- und nachgelagerten Bereiche, Einbindung in Just-in-time sowie enge Vorgabezeiten führen zur Reduktion von Kompetenzerweiterung, Job-Rotation und Arbeitsanreicherung auf symbolische Kompetenzen (wie Urlaubsplanung etc.) sowie Re-Spezialisierung. Dieser Schein-Mitgestaltung bzw. Sachzwangverwaltung steht Überforderung durch zugewiesene Verantwortlichkeit ohne dazugehörige Kompetenzen, Einflußmöglichkeiten und Qualifikationen gegenüber. Unter dem Strich verbleibt für die ArbeiterInnen, daß die „Poren des Arbeitstages“ immer mehr verschlossen werden. „*Management by stress*“, diese Bezeichnung verwenden Parker und Slaughter³ synonym für Lean Production, erhöht die psychische und physische Belastung der Arbeitstätigkeit und statt Integration leistungseingeschränkter Beschäftigter erfolgt ihre sukzessive Ausgrenzung.

Eine wichtige Rolle hierbei spielte die Art und Weise der *Aufgabenerweiterung*. Für das Unternehmen bedeutet sie eine geringere Vergütung bei Sicherstellung der Flexibilität des Arbeitseinsatzes. Schließlich gibt es bei Gruppenarbeit keine Stillstände und Pausen, denn immer ist etwas zu tun - vorausgesetzt, alle beherrschen möglichst viele Aufgaben in der Gruppe. Eine solche Aufgabenerweiterung ist aber auch eine Strategie der Einbindung: „... der Mitarbeiter (soll) umfassender in die Leistungsprozesse eingebunden werden und die wesentlichen Schnittstellen und Zusammenhänge (sollen) auf diese Weise transparenter werden. Dem einzelnen wird so die Notwendigkeit seines

² Zur beispielhaften Entwicklung in Rastatt siehe Mercedes-Koordination/express 1997: 151-156.

³ Zur Definition und Begründung, der ich mich anschließe, siehe Parker/Slaughter 1993: 51 und 1994: 24.

Beitrages für das gesamte Unternehmen deutlich, was ihn motivieren soll, weniger zu fehlen.“ (Spies/Beigel 1997: 71)⁴ Gleichzeitig haben die Gruppen für diese rudimentäre Erweiterung der Zuständigkeiten immer weniger Zeit, da die Zeitvorgabe trotz Dispositionserhöhung und Anlernaufgaben gleich bleibt - erhöhter Zeitdruck und Hektik sind die Folge, denn „es heißt: 'Ihr seid für Qualität zuständig, macht bitte mehr Leistung, repariert und kontrolliert' - Aber mehr Zeit kriegen wir dafür nicht.“ (Arbeiter, Opel Bochum, zitiert in Einkenkel 1995) Ein anderer Arbeiter bei Opel Bochum beschreibt die Situation folgendermaßen: „Gruppenarbeit gleich mehr Aufgaben, gleich viele Leute, nicht mehr Zeit.“ (Ebd.; vgl. Wompel 1999)

Zwar können in der Einführungsphase - je nach betrieblichen und individuellen Macht- und Handlungskonstellationen - einige Aspekte der Gruppenarbeit (z.B. die Reduktion der persönlichen Führungsmacht des Meisters) von einzelnen ArbeiterInnen durchaus und zeitweise als spürbare Arbeitsverbesserung empfunden werden. Dabei verhält sich der kurzfristige Erfolg oft proportional zu den Mängeln der ehemaligen Arbeitssituation. Die kurzfristig entlastenden Effekte der Ausschaltung des „Nasenfaktors“ des Meisters werden jedoch langfristig durch die Verlagerung von Kontrolle und Konflikten in die Gruppen hinein aufgehoben. Diese interne Kontrolle wird ergänzt um eine externe durch Visualisierung und Standardisierung der Operationen, wodurch die *Kontrolle keinesfalls schwächer, nur indirekter* wird. Zunehmende Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen zählen zu den Folgen. Dabei möchten die ArbeiterInnen sich solidarisch verhalten und nicht auf Kosten anderer konkurrieren, und viele leiden darunter, daß durch Gruppenarbeit unter diesen Bedingungen „die schlechten Seiten im Menschen aktiviert werden“ (Arbeiter, Mercedes Bremen).⁵ Ein Gruppensprecher im gleichen Werk sagte bei einem Bildungsurlaub zu Gruppenarbeit: „Samstag, Sonntag ärgere ich mich und nehme mir vor, mich solidarischer zu verhalten. Aber am Montag gehe ich durchs Werkstor, und die Ellenbogengesellschaft regiert.“

Wenn die Autoren der MIT-Studie sagen, Lean Production gebe den ArbeiterInnen „die Möglichkeit, ihr Umfeld ständig zu kontrollieren, und den Ansporn, den Arbeitsablauf reibungsloser zu gestalten“ (Womack u.a. 1991: 106), so empfinden es diese weniger als „Möglichkeit“ oder „Ansporn“ und eher als Zwang. Dabei ist dieser Arbeitsdruck „das vitale Werkzeug des Managements, sowohl was die Überwachung der Arbeit betrifft, als auch das Ziel, das gesamte Personal dazu zu zwingen, das System aufrechtzuerhalten. Der Druck, dem sowohl die Beschäftigten als auch das Management ausgesetzt sind, ist weder zufällig, noch ein Nebenprodukt des Systems, das eliminiert

⁴ Bei den Autoren handelt es sich um die Erfinder des Anwesenheitsverbesserungsprozesses bei Opel. Zum Druck auf Kranke unter Lean Production siehe Wompel 1998.

⁵ Bei den kursiv dargestellten Zitatverweisen handelt es sich um mir gegenüber in Interviews und Seminaren gemachte Äußerungen.

werden kann.“ (Parker/Slaughter 1994: 83) Das Arbeitstempo ist dabei auf optimale Bedingungen ausgerichtet. Abweichungen vom geplanten Standard, ob durch körperliches Versagen oder Materialprobleme bedingt (z.B. diejenige eines Arbeiters bei Opel Bochum: „Wenn sich eine Schraube verkantet, komm ich nicht mehr mit.“) - jede kleinste Abweichung gefährdet das überspannte System. Allerdings wird so oder so der Arbeiter dafür verantwortlich gemacht. Das früher als unmenschlich bezeichnete REFA-System der Arbeitsbewertung erscheint deshalb vielen im nachhinein als „ein gewisser Schutz vor Selbstausbeutung“ (*Betriebsrat, BMW Dingolfing*) und als eine feste Orientierungsgröße, die nun vermisst wird.

Humanisierung und Demokratisierung

Bei so verstandener Arbeitsorganisation, die lediglich einer breiteren Nutzung des Arbeitsvermögens und der Schließung von Produktivitätslücken dient, kann m.E. kaum von einer Humanisierung durch Gruppenarbeit gesprochen werden. Die negative Arbeitssituation verstärkt sich zudem sukzessive entlang der Zulieferpyramide und es scheint eine Hierarchisierung der Arbeitsbedingungen stattzufinden. Angeblich strukturinnovative Gruppenarbeit, die dem Anspruch der Selbstorganisation am nächsten kommt, wird nicht zufällig nur aus „High-Tech“-Bereichen (z.B. Roth 1996: 145 f.) oder ausschließlich für die ca. 8% der „Systemregulierer“ berichtet (z.B. Schumann/Gerst 1996). Es handelt sich hierbei um schon immer entspanntere und privilegierte Arbeitsbereiche oder gar „Vorführ-Inseln“ (*Betriebsrat, Mercedes Bremen*): „Konzernweit auffallend bei der Auswahl von Projekten war von Anfang an, daß es vornehmlich Bereiche traf, in denen schon vorher flexibel gearbeitet wurde, Projekte in der mechanischen Fertigung z.B. haben stark Vorrang vor der Bandarbeit. Dort, wo abwechslungsreichere Arbeit dringend vonnöten wäre, hat man sich vielfach um die Abkehr vom Taylorismus gedrückt, schwache Versuche in Richtung Arbeitsanreicherung an Bändern werden jetzt eher wieder zurückgeschraubt.“ (*Vertrauensmann, Mercedes Mannheim*)

Doch selbst in Montageboxen mit großen Umfängen empfinden die ArbeiterInnen keine Entstandardisierung oder gar die von Schumann/Gerst (1996: 19) konstatierte „Reprofessionalisierung“. Zudem muß angemerkt werden, daß auch die Systemregulierer und ähnliche Funktionen, denen Aufgabenanreicherung, Funktionsintegration sowie Ausweitung der Handlungs- und Entscheidungsspielräume bescheinigt werden, nach Aussagen eines Betriebsrats (*Mercedes Bremen*) nicht alle Qualifikationen umsetzen können, wenn „aus ‘alten’ Facharbeitern, z.B. Instandhaltern, per ‘Integration’ Produktionsarbeiter werden. Gehen Qualifikationsmerkmale verloren, dann auch die entsprechende Lohnhöhe. Und die alten Produktionsarbeiter bekommen per Schnelldurchlauf eine oft ungenügende Qualifizierung verabreicht! Das Ganze dient oft nur dem Lohnabbau bei den Facharbeitern. Schwächere, Ältere werden ausgegrenzt - und zwar vorher. Und in der Montage in Großserie herrschen ‘der alte Taylor

und seine Helfer’ wie die Feudalisten!“⁶

Von einigen Industriesoziologen wurden Kriterien für die Unterscheidung der Gruppenarbeit zwischen einem toyotistischen und einem „deutschen Modell von Gruppenarbeit“ (Benz-Overhage 1993) genannt, wie z.B. die - kaum vorhandene - Entkopplung von enger Taktbindung. Antoni (1996) macht die Möglichkeiten der Selbststeuerung, den Wegfall des Vorarbeiters und eine veränderte Meisterrolle zu Kriterien dafür, daß in der BRD keine Adaption japanischer Modelle stattfindet, sondern ein Kompromißweg eingeschlagen würde zwischen dem skandinavischen und dem japanischen Modell. Auch hier muß - zumindest für die Automobilindustrie - festgestellt werden, daß diese Kriterien nicht oder nicht mehr vorliegen. Und Minssen (1993) schließlich spricht von einer „Abkehr von den rigiden Prinzipien des Taylorismus“, wenn sich die Umsetzung in drei Elementen vom japanischen Organisationsprinzip unterscheidet: Verpflichtung zur Integration leistungsschwächerer Beschäftigter, Wahl des Gruppensprechers durch die Gruppe und die Orientierung der Gruppengespräche nicht nur an Produktivitätserfordernissen, sondern auch an sozialen und qualifikatorischen Elementen. Auch diese Elemente sind zumindest nach und nach dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit zum Opfer gefallen, sofern sie anfangs intendiert bzw. festgeschrieben waren. Von einer Abkehr vom Taylorismus im Sinne einer Aufhebung der Arbeitsteilung kann bei der vorgestellten Praxis der Gruppenarbeit keine Rede sein, denn die Arbeitsteilung ist nicht nur als optimale zeitliche und methodische Durchdringung der Arbeit inhärent geblieben. Sie ist allenfalls modifiziert sowie flexibilisiert und subtiler sowie flexibel und integrativ geworden.

Vielmehr wurde die Arbeitsteilung als die Tennung von schöpferischer und ausführender Tätigkeit verschärft bzw. als strengere Kontrolle über die Ausführung jedes Arbeitsschrittes gesteigert und vertieft. Die von Parker und Slaughter (1993: 52) in den japanischen Automobilwerken in den USA und Kanada beobachtete und zumindest für die deutsche Automobilindustrie übertragbare Tendenz geht dahin, „jede Bewegung der Beschäftigten genauer denn je zuvor festzulegen. Das Management by Stress überwindet den Taylorismus nicht, sondern vertieft ihn noch.“ Einerseits bestehen nach wie vor rigide Ausführungsvorgaben, die nun unpersönlich, in Form von Sachzwängen der Material- und Datenflüsse vermittelt werden. Durch fehlende Einflußmöglichkeiten steigt das Gefühl des Ausgeliefertseins. Andererseits werden selbst rudimentäre Formen der Gruppenarbeit am Fließband erkaufte durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse innerhalb der Zulieferpyramide - die Arbeitsteilung wird zudem „fremdvergeben“ und damit auch die „gepufferten“ Tätigkeiten ohne Taktbindung, die älteren und/oder leistungsgewandelten ArbeiterInnen zur Verfügung standen. Deshalb kann m.E. behauptet werden, daß durch Gruppenarbeit und Lean Production die Arbeitsteilung auf einer höheren und für die Unternehmen flexibleren wie effektiveren Ebene perfektioniert wurde.

⁶ Zur Bewertung durch Betriebsräte und Vertrauensleute siehe Bergmann u.a. 1997: 65.

Arbeitsintensivierung und Selbststandardisierung

Eine wichtige Rolle hierbei spielt der *Kontinuierliche Verbesserungsprozess* (KVP). Zum bestehenden Leistungsdruck kommt hier steigender Druck zur Rationalisierung in Eigenregie hinzu, allerdings bei sinkender Beteiligung an den Ersparnissen, weil Produktivitätssteigerungen, ebenso wie Qualität, nun zu den Arbeitsaufgaben gehören - deshalb wird auf den geringeren Kostenaufwand bei der Mobilisierung der Verbesserungsbemühungen der ArbeiterInnen verwiesen. In der Folge stehen die Arbeitsgruppen unter einem zunehmenden Wettbewerbsdruck: „Entweder eure Gruppe wird billiger - oder euch droht die Fremdvergabe!“, so berichtet ein Betriebsrat bei Opel Bochum (Einenkel 1995). Die Erwartungen an die Gruppen sind sehr hoch, denn die Unternehmen wollen „Verschwendungsbekämpfung ohne Tabus“ (*Verantwortlicher für Gruppenarbeit, VW Kassel*), und „in den Meisterbuden hängen schon Einsparpotentiale aus, bevor auch nur ein Wort mit der Mannschaft geredet wurde“ (*Vertrauensmann, Mercedes Mannheim*), weshalb seiner Meinung nach Gruppenarbeit zum „Ausgangspunkt von Verschlechterungen und Tarifvertragsaushöhlungen“ wurde. Diesen Zusammenhang formulierte ein Betriebsrat (*BMW Dingolfing*) folgendermaßen: „KVP ist pure Kostenorientierung, und Gruppenarbeit wiederum macht sich v.a. durch die KVP-Intensivierung bemerkbar.“

Die Bemühungen gelten v.a. der Eliminierung aller nicht-wertschöpfenden Tätigkeiten. Dazu gehören z.B. Gehen, Sichbücken, Suche nach und Holen von Teilen und Werkzeugen, Lesen von Arbeitsplänen, Material Bewegen, Kontrollieren, Reparieren, Nachbearbeitung, Aus- und Verpacken von Teilen, Justieren, Sichstrecken, etwas Halten, Betreten und Verlassen des zu montierenden Fahrzeugs, Sichdrehen etc. Der Minimierung dieser verschwenderischen Bewegungen dient die *Standardisierung*, die mit KVP verbunden wird. Auch wenn einige dieser „nicht-wertschöpfenden“ Bewegungen für die ArbeiterInnen belastend sein können, trägt ihre Beseitigung zur Arbeitsverdichtung bei, denn manchmal können zusätzliche Arbeitsgänge eine erholsame Pause und Abwechslung bedeuten. Genau dies war die ursprüngliche Zielsetzung der Arbeitsanreicherung. Die Standardisierung der Arbeitsgänge bis in vorgeschriebene Plätze für jedes Teil und jedes Werkzeug an allen vergleichbaren Arbeitsplätzen unterstellt zudem einen „Standardarbeiter“. Doch was für den einen eine Erleichterung ist, kann den anderen belasten - „Wir sind aber nicht alle gleich, weder körperlich (Gestalt, Kraft, Länge der Arme und Beine) noch seelisch (Temperament, Charakter), weshalb eine derartige Standardisierung in der Praxis nicht das theoretisch angenommene Niveau erreichen kann.“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 49) Für die Abweichungen von der festgesetzten Norm werden aber die ArbeiterInnen verantwortlich gemacht. Die Standardisierung und Eliminierung „nicht-wertschöpfender Tätigkeiten“ und damit die Arbeitsverdichtung treffen besonders erneut ältere und/oder leistungsgewandelte Beschäftigte, denn sie schaffen jeden Arbeitsplatz ab, der als einfach, gut oder bevorzugt angesehen werden könnte.

Die *Selbstrationalisierung und Selbststandardisierung durch kontinuierliche Verbesserungsprozesse* dienen der widerstandsfreien Erhöhung der Arbeitsstandards und der Reduzierung von Freiräumen - „auf diese Weise wird die Subjektivität - als individueller und kollektiver Verstand, ‘als Arbeiterwissen’ - in den Arbeitsprozess inkorporiert und als sofortige interne Qualitätskontrolle genutzt“ (Revelli 1997: 27). Auch dies geschieht auf Kosten älterer und leistungsgeminderter Beschäftigter sowie vielfach des eigenen Arbeitsplatzes. Laut Werksleitung bei Opel Eisenach kann die Erhöhung der Arbeitsstandards widerstandsfrei erfolgen, „wenn sich die Teams die Zwänge, denen sie gehorchen müssen, selbst schaffen“ (Gottschall 1994: 246). Das Rezept: „Nicht Re-fa-Fachleute analysieren und optimieren die Arbeitsabfolge, sondern die Betroffenen selbst. Die Rationalisierung kommt ihnen dann nicht mehr fremdbestimmt vor.“ (Ebd.: 244) Die Folge nicht nur in Eisenach: „man muß die Leute vor sich selbst schützen“ (*Betriebsrat, Opel Bochum*). KVP löst also das „Paradox der Produktion“ (Wickens 1994: 102), die sowohl Engagement der ArbeiterInnen als auch ihre Kontrolle braucht, dadurch, daß „den Produktionsmitarbeitern die Verantwortung für ihre eigenen Standardabläufe“ gegeben und das Gefühl vermittelt wird, „die Veränderung sein eigen nennen zu können“ (ebd.: 103).

Zurück zu Taylor?

Genau darin wird der Unterschied zu Lean Production oder „Management by stress“ gesehen, denn „Taylor versuchte, die Kenntnisse der Beschäftigten aus erster Hand nutzbar zu machen, doch er glaubte, daß dieses Wissen von den Ingenieuren im wesentlichen in einem einmaligen Akt angeeignet werden könnte. Management by stress strebt danach, daß die Beschäftigten selbst ständig ihre Arbeitsvorgänge rationalisieren.“ (Parker/Slaughter 1993: 51; vgl. dies. 1994: 28) Dies gilt auch für Opel Bochum: Der ‘Schritt 1’ in der Opel Kaizen Anleitung heißt ‘Revolution des Bewußtseins’ und meint die mit Akzeptanz des Konkurrenzkampfes begründete Motivation, ständig die eigene Arbeit exakter zu standardisieren, also die Taylorisierung selbst mit voranzutreiben. Genau darin liegt m.E. die *Perfektionierung des Taylorismus durch die Lean Production*: ständige Kostensenkung durch die ArbeiterInnen selbst mit drastisch vermindertem Kosteneinsatz durch ihre Rationalisierung und Flexibilisierung. Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung zu verstehen, daß die IG Metall „noch nie mit einem Konzept der Unternehmer so ‘geleimt’ worden (ist) wie dem Gruppenarbeitskonzept“ (ein Vertrauensmann, Mercedes Mannheim), denn „die Zusage von Beteiligung, Mitsprache und besseren Arbeitsbedingungen hat es den Betriebsräten in der Krise dann leichter gemacht, ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen. Ohne diese Zusage wären die Durchsetzung des gewaltigen Personalabbaus in den folgenden Jahren und die rapide Leistungsverdichtung in den Betrieben nicht möglich gewesen.“ (Mercedes-Koordination/express 1997: 42)

Diese Praxis der Gruppenarbeit unter den Bedingungen der Lean Production

dringt nun auch zu den ursprünglich so hoffnungsfrohen Industriesoziologen durch (vgl. z.B. Schumann 1997). Dennoch reicht es m.E. nicht aus, vom Paradigmenwechsel abzurücken oder das „Zurückschrauben arbeitspolitischer Fortschritte“ (Strutynski 1999) zu konstatieren, denn mit der dargestellten betrieblichen Praxis gehen durchaus neuartige und schwerwiegende Veränderungen einher, die drohen, in einer solchen verkürzten Diskussion vernachlässigt zu werden. Denn der aus Unternehmenssicht unbestreitbare Erfolg von Gruppenarbeit liegt - so meine These - im erweiterten Zugriff auf das Leistungspotential sowie in der Durchsetzung eines ständigen (Selbst-)Rationalisierungsdrucks, der Konkurrenz zwischen Gruppen und ArbeiterInnen sowie der hohen Arbeitsintensität. Dies ist gelungen durch subtile und gleichermaßen intensive Formen der *Anbindung der ArbeiterInnen an die Unternehmensinteressen*.

Im Anfangsstadium von Lean Production erschien Gruppenarbeit als notwendig zur Akzeptanz und Durchsetzung neuer Arbeitsstandards - dies ist gelungen durch die bei ihrer Einführung in den Belegschaften verbreitete Hoffnung, erster genommen zu werden und mehr Einfluß auf die Tätigkeit zu erhalten. Die mit der Gruppenarbeit intendierte Arbeitsintensivierung geht hierfür Hand in Hand mit dem *Gruppendruck*, der dadurch erzeugt wird: „Eine größere Intensivierung der Arbeitsleistung jedes einzelnen kann man nur dann erreichen, wenn man es schafft, daß die Gruppe koordiniert und gleichzeitig konkurrierend arbeitet, im Kampf jeder gegen jeden.“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 19) Dieser Druck dient auch der Spaltung und Selektion der Belegschaft, denn Gruppenarbeit scheint in starkem Maße den Unternehmen bei der Unterscheidung „in Faule und Fleißige, in Interessierte und Ignoranten, in Motivationsbereite und gänzlich Unwillige“ (Schattner 1995: 39) zu helfen. Zum Hintergrund: „Der stark ausgeprägte Schutz von Drückebergern und Mittelmäßigen durch Betriebsräte, Gewerkschaften und andere formale Strukturen in Deutschland ist im internationalen Vergleich wettbewerbsrelevant und schädlich.“ (Ebd.: 30)

Dieser bewußt erzeugte *Gruppendruck* und die „inszenierte Konkurrenz“ sowie nicht zuletzt die *Betriebsvereinbarungen zur Gruppenarbeit* trugen zur breiten Akzeptanz der *Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität als Belegschaftsaufgabe* bei. Lean Production ist nämlich nicht nur ein Produktionssystem, vielmehr ein „Produktivitätskonzept“, wobei Produktivität in erster Linie als eine Geisteshaltung bezeichnet wird.⁷ Diese mit der Gruppenarbeit verbundene Intention der Unternehmen wird auch anhand der Verlautbarungen bei Opel deutlich: „Jeder einzelne Mitarbeiter erlangt das Bewußtsein, daß ohne sein Engagement der Erfolg des Ganzen in Frage gestellt ist.“ (Enderle 1994: 162)

So wurde z.B. den ArbeiterInnen von Opel Zaragoza beständig zu vermitteln versucht, „daß die Zukunft einer Autofabrik von der Umsetzung der Gruppenarbeit abhängt und daß die Wettbewerbsfähigkeit in der Seele des Arbeiters

⁷ Productivity Research Institute, Japan Productivity Center, zitiert in: Pitz 1994: 542 und 544.

liegt“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 7). Entsprechend kann Gruppenarbeit in der Tat interpretiert werden als die *Organisation von Konkurrenz zur systematischen Leistungssteigerung, unterstützt durch Standardisierung und Leistungstransparenz*. Während Arbeitsgruppen offiziell als „family team“, so z.B. bei Siemens, bezeichnet werden, werden zugleich „persönliche, men-schliche Beziehungen in Konkurrenzbeziehungen verwandelt“ (*Arbeiter, Opel Zaragoza*). Deshalb v.a. bezeichnet ein Betriebsrat bei Opel Bochum Gruppenarbeit als „ein schleichendes Gift“, da Gruppenarbeit einhergeht „mit einer totalen Integration der Beschäftigten in die Betriebsziele, in die Betriebsplanung, in die Ideologie, die bei Opel neue Unternehmenskultur 'quality network' heißt“.⁸

Ein *Vertrauensmann, Mercedes Mannheim*, interpretiert die Zielsetzung der Gruppenarbeit folgendermaßen: „Loyale, hochmotivierte Belegschaften sollten sich selbst demokratisch ausbeuten ... Es geht aber nicht um das Gold im Kopf eines jeden, behaupte ich. Es geht darum, den Einfluß der betrieblichen Fachkräfte und Experten zurückzudrängen, das mittlere Management als träge Masse abzubauen und die Struktur der Arbeit den ständig wechselnden Anforderungen anzupassen; die Identifikation läuft nicht mehr über das Produkt, über den Namen der Firma, sondern über den Prozeß selbst. Knallharte Kostensenkung ist nur da ange-sagt, wo der Abbau des mittleren Managements gescheitert ist. Die strategischen Potentiale sollen in der ersten Reihe sich im Wirtschaftskrieg der Produzenten dem Gegner stellen - direkt. Die Vermittlungsebene fällt weg, und die Marktgesetze sollen direkt am Arbeitsplatz jedes einzelnen wirken: Friß - oder stirb. Der Mythos der Mitgestaltung ist längst tot. Die Mobilisierung der Beschäftigten hat längst militaristische Züge...“

Das Quasi-Unternehmertum wird dadurch gefördert, daß die Markt- und Konkurrenzmechanismen ungefiltert auf jede ArbeiterIn einwirken. Am Beispiel der Motivationsaktivitäten, die VW zur Vorbereitung eines neuen Modellanlaufs durchführt, wird m.E. exemplarisch deutlich, wie weit das unternehmerische Denken der ArbeiterInnen erwünscht ist. So wird bei dieser Kampagne - u.a. mit einer Broschüre „Mein Golf“ - das Ziel verfolgt, „das Wir-Gefühl im Werk zu vertiefen, das Qualitätsdenken der Mitarbeiter zu schärfen und schon bei ihnen den VW-Kunden in den Mittelpunkt zu stellen.“ (Welt am Sonntag 1997) Hierbei wird am Rande die vorletzte Variante des „Menschen im Mittelpunkt“ angesprochen: der Kunde, der nun durch den Shareholder abgelöst wird. Zudem sollen sich die ArbeiterInnen natürlich lediglich wie Unternehmer verhalten, nicht welche sein.

Neben der angestrebten Verantwortlichkeit für die Produktionsfaktoren und dem sparsamen Umgang mit ihnen soll hiermit auch die Akzeptanz der ökonomischen Logik gefördert werden. Beschäftigte, die von den Unternehm-

⁸ Wolfgang Schaumberg, Betriebsrat Opel Bochum, zitiert in Köhler 1992: 30. Es handelt sich dabei um eine "quasi-unternehmerische" Dezentralisierung, weil sie die Verantwortung betrifft, aber nicht die Kompetenzen (vgl. Bergmann u.a. 1997: 26; Wompel 1997).

dringt nun auch zu den ursprünglich so hoffnungsfrohen Industriesoziologen durch (vgl. z.B. Schumann 1997). Dennoch reicht es m.E. nicht aus, vom Paradigmenwechsel abzurücken oder das „Zurückschrauben arbeitspolitischer Fortschritte“ (Strutynski 1999) zu konstatieren, denn mit der dargestellten betrieblichen Praxis gehen durchaus neuartige und schwerwiegende Veränderungen einher, die drohen, in einer solchen verkürzten Diskussion vernachlässigt zu werden. Denn der aus Unternehmenssicht unbestreitbare Erfolg von Gruppenarbeit liegt - so meine These - im erweiterten Zugriff auf das Leistungspotential sowie in der Durchsetzung eines ständigen (Selbst-)Rationalisierungsdrucks, der Konkurrenz zwischen Gruppen und ArbeiterInnen sowie der hohen Arbeitsintensität. Dies ist gelungen durch subtile und gleichermaßen intensive Formen der *Anbindung der ArbeiterInnen an die Unternehmensinteressen*.

Im Anfangsstadium von Lean Production erschien Gruppenarbeit als notwendig zur Akzeptanz und Durchsetzung neuer Arbeitsstandards - dies ist gelungen durch die bei ihrer Einführung in den Belegschaften verbreitete Hoffnung, ernster genommen zu werden und mehr Einfluß auf die Tätigkeit zu erhalten. Die mit der Gruppenarbeit intendierte Arbeitsintensivierung geht hierfür Hand in Hand mit dem *Gruppendruck*, der dadurch erzeugt wird: „Eine größere Intensivierung der Arbeitsleistung jedes einzelnen kann man nur dann erreichen, wenn man es schafft, daß die Gruppe koordiniert und gleichzeitig konkurrierend arbeitet, im Kampf jeder gegen jeden.“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 19) Dieser Druck dient auch der Spaltung und Selektion der Belegschaft, denn Gruppenarbeit scheint in starkem Maße den Unternehmen bei der Unterscheidung „in Faule und Fleißige, in Interessierte und Ignoranten, in Motivationsbereite und gänzlich Unwillige“ (Schattner 1995: 39) zu helfen. Zum Hintergrund: „Der stark ausgeprägte Schutz von Drückebergern und Mittelmäßigen durch Betriebsräte, Gewerkschaften und andere formale Strukturen in Deutschland ist im internationalen Vergleich wettbewerbsrelevant und schädlich.“ (Ebd.: 30)

Dieser bewußt erzeugte *Gruppendruck* und die „inszenierte Konkurrenz“ sowie nicht zuletzt die *Betriebsvereinbarungen zur Gruppenarbeit* trugen zur breiten Akzeptanz der *Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität als Belegschaftsaufgabe* bei. Lean Production ist nämlich nicht nur ein Produktionssystem, vielmehr ein „Produktivitätskonzept“, wobei Produktivität in erster Linie als eine Geisteshaltung bezeichnet wird.⁷ Diese mit der Gruppenarbeit verbundene Intention der Unternehmen wird auch anhand der Verlautbarungen bei Opel deutlich: „Jeder einzelne Mitarbeiter erlangt das Bewußtsein, daß ohne sein Engagement der Erfolg des Ganzen in Frage gestellt ist.“ (Enderle 1994: 162)

So wurde z.B. den ArbeiterInnen von Opel Zaragoza beständig zu vermitteln versucht, „daß die Zukunft einer Autofabrik von der Umsetzung der Gruppenarbeit abhängt und daß die Wettbewerbsfähigkeit in der Seele des Arbeiters

⁷ Productivity Research Institute, Japan Productivity Center, zitiert in: Pitz 1994: 542 und 544.

liegt“ (Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit 1994: 7). Entsprechend kann Gruppenarbeit in der Tat interpretiert werden als die *Organisation von Konkurrenz zur systematischen Leistungssteigerung, unterstützt durch Standardisierung und Leistungstransparenz*. Während Arbeitsgruppen offiziell als „family team“, so z.B. bei Siemens, bezeichnet werden, werden zugleich „persönliche, menschliche Beziehungen in Konkurrenzbeziehungen verwandelt“ (*Arbeiter, Opel Zaragoza*). Deshalb v.a. bezeichnet ein Betriebsrat bei Opel Bochum Gruppenarbeit als „ein schleichendes Gift“, da Gruppenarbeit einhergeht „mit einer totalen Integration der Beschäftigten in die Betriebsziele, in die Betriebsplanung, in die Ideologie, die bei Opel neue Unternehmenskultur ‘quality network’ heißt“.⁸

Ein *Vertrauensmann, Mercedes Mannheim*, interpretiert die Zielsetzung der Gruppenarbeit folgendermaßen: „Loyale, hochmotivierte Belegschaften sollten sich selbst demokratisch ausbeuten ... Es geht aber nicht um das Gold im Kopf eines jeden, behaupte ich. Es geht darum, den Einfluß der betrieblichen Fachkräfte und Experten zurückzudrängen, das mittlere Management als träge Masse abzubauen und die Struktur der Arbeit den ständig wechselnden Anforderungen anzupassen; die Identifikation läuft nicht mehr über das Produkt, über den Namen der Firma, sondern über den Prozeß selbst. Knallharte Kostensenkung ist nur da angesagt, wo der Abbau des mittleren Managements gescheitert ist. Die strategischen Potentiale sollen in der ersten Reihe sich im Wirtschaftskrieg der Produzenten dem Gegner stellen - direkt. Die Vermittlungsebene fällt weg, und die Marktgesetze sollen direkt am Arbeitsplatz jedes einzelnen wirken: Friß - oder stirb. Der Mythos der Mitgestaltung ist längst tot. Die Mobilisierung der Beschäftigten hat längst militaristische Züge...“

Das *Quasi-Unternehmertum* wird dadurch gefördert, daß die Markt- und Konkurrenzmechanismen ungefiltert auf jede ArbeiterIn einwirken. Am Beispiel der Motivationsaktivitäten, die VW zur Vorbereitung eines neuen Modellanlaufs durchführt, wird m.E. exemplarisch deutlich, wie weit das unternehmerische Denken der ArbeiterInnen erwünscht ist. So wird bei dieser Kampagne - u.a. mit einer Broschüre „Mein Golf“ - das Ziel verfolgt, „das Wir-Gefühl im Werk zu vertiefen, das Qualitätsdenken der Mitarbeiter zu schärfen und schon bei ihnen den VW-Kunden in den Mittelpunkt zu stellen.“ (Welt am Sonntag 1997) Hierbei wird am Rande die vorletzte Variante des „Menschen im Mittelpunkt“ angesprochen: der Kunde, der nun durch den Shareholder abgelöst wird. Zudem sollen sich die ArbeiterInnen natürlich lediglich wie Unternehmer verhalten, nicht welche sein.

Neben der angestrebten Verantwortlichkeit für die Produktionsfaktoren und dem sparsamen Umgang mit ihnen soll hiermit auch die Akzeptanz der ökonomischen Logik gefördert werden. Beschäftigte, die von den Unternehm-

⁸ Wolfgang Schaumberg, Betriebsrat Opel Bochum, zitiert in Köhler 1992: 30. Es handelt sich dabei um eine „quasi-unternehmerische“ Dezentralisierung, weil sie die Verantwortung betrifft, aber nicht die Kompetenzen (vgl. Bergmann u.a. 1997: 26; Wompel 1997).

mensinteressen her denken, neigen dazu, sofern sie nicht schizophoren sind, ihre durchaus abweichenden Interessen zu vernachlässigen und auch gegen sie selbst gerichtete Maßnahmen aus der Ferne der „ökonomischen Notwendigkeit“ zu betrachten. So wird es für viele Dauerarbeitslose zunehmend zu einem Privileg, überhaupt als Produktivitätsfaktor betrachtet zu werden. Es handelt sich allerdings um keine neue, sondern zunehmend verstärkende Tendenz der *Ökonomisierung*, die längst gesamtgesellschaftliche Ausmaße hat. Gebremst werden kann diese alle Lebensbereiche einbeziehende Hegemonie der Ökonomie nur über individuelle Distanzierung - vielfach erst, wenn das unternehmerische Denken nicht vor „Freisetzung“ bewahrt.

Doch nicht alle, die „Selbstaubeutung statt Selbstverwirklichung“ (Benz-Overhage 1993: 179) feststellen und ablehnen, glauben, es handele sich lediglich um die falsche Umsetzung eines richtigen Konzepts, wie z.B. Lang/Ohl (1994: 21): „Wer 'straffe Produktion' so umsetzen will, hat dieses Konzept gründlich mißverstanden.“ Zu diskutieren wäre auch die in den Belegschaften oft vertretene These, daß die Implementationsfehler keine waren. Wenn die Gruppenarbeit in ihrer rudimentären Form bereits ihre Aufgabe der Akzeptanz von und Verantwortungsübernahme für Wettbewerbsfähigkeit erfüllt haben sollte, dann wird verständlich, warum ihre Einführung und Pflege immer nachrangiger behandelt wird. Entsprechend wird die Managementparole vom Menschen im Mittelpunkt immer mehr um diejenige vom „Überlebenskampf“ und der Motivator „Involvement“ um denjenigen der *Angst* ergänzt.

Angesichts der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit bezieht sich das Druckmittel auf die Angst vor Arbeitsplatzverlust, und sie wird breit zu massiven Zugeständnissen der Belegschaften genutzt. So wird der Gutachter Don Wells mit folgender Erklärung für die Akzeptanz der Lean Production durch Parker und Slaughter (1994: 89) zitiert: „Die Herrschaft des Managements wird sowohl bei 'lean'- und 'non-lean'-Arbeitsplätzen durch wachsende Raten von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die Ersetzung von Vollzeitstellen durch Teilzeitstellen und Zeit-Jobs, durch Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrt ebenso verstärkt und bestätigt, wie durch eine wachsende Zahl von Schließungen und Verlegungen. Wo Arbeitgeber glaubhaft damit drohen, sich rückzuorientieren auf Niedriglohn und repressiven Führungsstil, können sie Arbeiter zu größeren Zugeständnissen und zur Unterordnung zwingen, Firma für Firma, Arbeitsplatz für Arbeitsplatz.“ Zwei Arbeiter von NUMMI geben entsprechend an: „Laßt mir meinen Arbeitsplatz, und ich tu, was immer ihr wollt“; bzw. im Interview des Monats des NUMMI-Gewerkschaftsblattes gefragt, „Was gefällt Ihnen am besten an NUMMI?“,: „Die Tatsache, daß wir arbeiten.“ (Zitiert ebd.) Die Aktualität dieser Analyse und solcher Reaktionen auch für die BRD wird von allen meinen Gesprächspartnern bestätigt.

Integrations- und Vergemeinschaftungsstrategien

Die besten und vielleicht zukunftsweisenden Beispiele für diese *Einbindungsstrategien* kommen auch hier aus Japan. So wird in der japanischen Unternehmenskultur die auch in deutschen Betrieben angestrebte Standardisierung als „Kulturdenkmal der Einfachheit und Ritterlichkeit“ (Scholz 1994: 181), im Sinne von Bescheidenheit und gegenseitiger Ehrerbietung, ideologisiert.⁹ Die Beachtung des Menschen und dessen Würde wird bei Toyota als das System des „Respekts für das Menschliche“ bezeichnet, doch der Betriebsablauf sowohl bei Toyota als auch bei Mazda „deutet auf einen sehr eingeschränkten Begriff von Menschlichkeit hin: Menschliche Befriedigung wird nur durch das Streben nach den Managementzielen erreicht. Ein Handbuch, das in der Mazda-Fabrik in Michigan verwendet wird, warnt: 'Wenn Sie vor ihrer Maschine stehen und nichts tun, gewinnen Sie als Mensch keinen Selbstrespekt.'“ (Parker/Slaughter 1993: 57) In der bundesdeutschen Automobilindustrie scheint die Einflußnahme während der Arbeitszeit (noch?) zu genügen, doch ihre Zielsetzung ist gleichlautend: „Und was nutzen die modernsten Autos und die effizientesten Fabriken, wenn die Mitarbeiter nicht verinnerlichen, für wen sie arbeiten?“ (Sieger 1995) Und so ist für Piech (VW) das Erlernen des Dienens durch die ArbeiterInnen „die größte Umstellungsleistung, die der Konzern schaffen muß, wenn er an die Weltspitze will.“ (Zitiert in ebd.) Angepeilt ist damit die Steigerung der Produktivkräfte durch die Steigerung der sozialen (wie ökonomischen) Abhängigkeit vom Unternehmen.

Was hinsichtlich der Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen angestrebt zu werden scheint, geht weit über vertrauensvolle Ansätze, wie z.B. die Unternehmen des Typ Z (vgl. Ouchi 1981) hinaus. Oder ging, sofern die Machtkonstellationen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und Systemkonkurrenzlosigkeit nicht dazu geführt haben, daß es „keinen Grund mehr gibt zu irgendeinem über herkömmliche Sozialtechniken hinausgehenden 'Geschmuse'“, (*Vertrauensmann, Mercedes Mannheim*).

Krell (1994: 30) bezeichnet die der hier vorgefundenen Kultur entsprechende Strategie als diejenige der „*Vergemeinschaftung*“ und definiert sie wie folgt: „An die Stelle (klassen-)kämpferischer Auseinandersetzungen zwischen 'Kapital' und 'Arbeit' soll vertrauensvolle, partnerschaftliche Zusammenarbeit treten. Die Beschäftigten werden aufgefordert, ihre Interessen (im Falle des Unternehmenskulturansatzes sogar Werte) an denen des Betriebes zu orientieren. Aus Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen soll eine verschworene Betriebsgemeinschaft leistungswilliger und loyaler MitarbeiterInnen (im Falle der betrieblichen Partnerschaft sogar MitunternehmerInnen) werden.“ Damit kann die angestrebte Betriebsgemeinschaft in der Tat als „Gegenpol zu 'Betriebsdemokratie'“, (ebd.) bezeichnet werden, und die Ähnlichkeiten mit der beschriebenen Situation in den Betrieben sind frappierend.

⁹ Zum Vergleich dieser Strategie mit "Kraft durch Freude" siehe Krell 1994: 233.

Das große Problem der Interpretation des zumindest teilweisen Erfolges der Integrations- und Vergemeinschaftungsstrategien besteht in ihrer Ambivalenz, die auch zu ebenso ambivalenten Reaktionen der Beschäftigten führt. Denn einerseits knüpft diese Strategie durchaus an *tatsächliche Bedürfnisse der arbeitenden Menschen* und an den diesbezüglichen Defiziten an, die jahrelang durch die gleichen Unternehmen aufgebaut wurden.

Wenn die ArbeiterInnen sich andererseits hiergegen sperren, weil sie befürchten, „mühsam aufgebautes informelles Arbeitsverhalten, verdeckte Spielräume und leistungsrelevante Reserven“ (Schumann 1993) zu verlieren, wird dies schnell als „arbeitspolitischer Konservatismus der Arbeiter“ (ebd.) bezeichnet und nicht als eine natürliche abwartende oder abwehrende Reaktion, die auf entsprechenden Erfahrungen basiert.

Solche *Widerstände oder skeptische Zurückhaltung der ArbeiterInnen* werden in der Soziologie als „strukturelles Beharrungsvermögen“ oder „Strukturkonservatismus“ beschrieben. Damit werden sie mehrheitlich als eine Bremse wünschenswerter und/oder proklamierter Entwicklungen betrachtet, häufig mit dem Unterton eines Vorwurfs an die ArbeiterInnen, die sich der ‚Beglückung‘ verweigern. Viel zu selten wird m.E. darüber nachgedacht, daß hier die ArbeiterInnen evtl. einen auf Erfahrungswissen basierenden, viel besseren „Rieter“ für die Moden des Managements und die dahinter stehenden Strategien der Vereinnahmung haben. Denn es kann durchaus einem durchdachten Nutzenkalkül entspringen, sich, angesichts der auch theoretisch unmöglichen „echten“ Beteiligung, in den bekannten Strukturen möglichst aufwandsminimal einzurichten und die darüber hinaus gehenden Wünsche in die - zugegebenermaßen immer häufiger willkürlich dosierte - Freizeit zu verlagern. Einen möglichen guten Grund hierfür nennen die Protagonisten der Lean Production, Womack u.a. (1991: 108), selbst, wenn sie sagen: „Einfach wie bei der Massenproduktion mechanisch mit gesenktem Kopf und geistesabwesend die Arbeit zu tun, führt bei der schlanken Produktion schnell zur Katastrophe.“ Die Tagträume während der stupiden und entwürdigenden Massenproduktion haben aber oft mit dazu beigetragen, die ArbeiterInnen vor der physischen wie psychischen Katastrophe zu schützen.

Literatur

- Antoni, C.H. (1996): Teilautonome Arbeitsgruppen - Eine Expertenbefragung zu Verbreitungsförmen und Erfahrungen, in: *Angewandte Arbeitswissenschaft* 147, 31-53.
- Bahn Müller, R. (1996): Konsens perdu? Gruppenarbeit zwischen Euphorie und Ermüchtung, in: Ders./Salm, R.: *Intelligenter, nicht härter arbeiten? Gruppenarbeit und betriebliche Gestaltungspolitik*, Hamburg, 9-30.
- Benz-Overhage, K. (1993): *Lean Production und Gruppenarbeit*. In: Binkelman, P./Braczyk, H.-J./Seltz, R. (Hg.): *Entwicklung der Gruppenarbeit in Deutschland. Stand und Perspektiven*, Frankfurt/M., 172-185.
- Bergmann, J./Bürckmann, E./Dabrowski, H. (1997): „Reform des Flächentarifvertrages“? Berichte aus Betrieben. Ergebnisse einer Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten im Bildungszentrum der IG Metall Sprockhövel.
- Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit (1994): Zur Einführung der Gruppenarbeit bei

- GM-Opel in Figueruelas/Zaragoza, übersetzt und hrsg. von Wildcat, Sisina, Köln.
- Einenkel, R. (1995): *Gruppenarbeit im Werk II, Diskussionspapier zur Gruppenarbeit bei Opel Bochum*, Januar 1995.
- Enderle, P. (1994): Das Opel-Produktionssystem im Werk Eisenach, in: *Institut für angewandte Arbeitswissenschaft (Hg.): Lean Production II. Erfahrungen und Erfolge in der M+E-Industrie*, Köln, 160-166.
- Frieling, E. (1993): *Arbeitsstrukturen Gruppenarbeit der Zukunft und ihre Auswirkungen auf die Betroffenen*, in: Binkelman, P./Braczyk, H.-J./Seltz, R. (Hg.): *Entwicklung der Gruppenarbeit in Deutschland. Stand und Perspektiven*, Frankfurt/M., 284-291.
- Gottschall, D. (1994): *Gruppenarbeit: Von 152 auf 110 Sekunden*, in: *Managermagazin*, Heft 12, S. 239-247.
- Köhler, H.-D. (1992): *Lean-production und Standortpoker. Ein Gespräch mit Opel-Betriebsrat Wolfgang Schaumburg*, in: *Links* 12, 30-33.
- Krell, G. (1994): *Vergemeinschaftende Personalpolitik*, München und Mering.
- Lang, K./Ohl, K. (1994): *Lean production. Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Ein praktischer Ratgeber*, 2. Aufl., Köln.
- Mercedes-Koordination/express (Hg.) (1997): *Werktage werden schlechter. Die Auswirkungen der Unternehmenspolitik von Daimler Benz auf die Beschäftigten*, Offenbach.
- Minassen, H. (1993): *Tayloristisch? Anthropozentrisch? - Gruppenarbeit in der Automobilindustrie*, in: Bandemer, S.v./Eichener, V./Hilbert, J./Schmid, J. (Hg.): *Anthropozentrische Produktionssysteme. Die Neuorganisation der Fabrik zwischen „Lean Production“ und „Sozialverträglichkeit“*, Opladen, 85-104.
- Ouchi, W. (1981): *Theory Z*, Reading, Mass.
- Parker, M./Slaughter, J. (1993): *Management-by-Stress: Die dunkle Seite des Teamkonzeptes*, in: Lühje, B./Scherrer, Ch. (Hg.): *Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA*, Münster, 50-64.
- Parker, M./Slaughter, J. (1994): *Working smart. A Union Guide to Participation Programs and Reengineering*, Detroit.
- Pitz, K.H. (1994): *Produktivitätspolitik nach dem Taylorismus - Zeit als Scharnier einer innovativen und sozialen Industriekultur*, in: *WSI-Mitteilungen* 9, 541-550.
- Revelli, M. (1997): *Vom „Fordismus“ zum „Toyotismus“: Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 4.
- Roth, S. (1996): *Gruppenarbeit in der Automobilindustrie. Stand und Perspektiven*, in: Bahn Müller, R./Salm, R. (Hg.): *Intelligenter, nicht härter arbeiten? Gruppenarbeit und betriebliche Gestaltungspolitik*, Hamburg, 140-152.
- Schattner, K. (1995): *Die neue Realität in der Zulieferindustrie. Marketing für Anpassungsprozesse*, Landsberg/Lech.
- Scholz, Ch. (1994): *Lean Management*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 4.
- Schumann, M. (1993): „Wie oft muß das Rad erfunden werden, damit der Wagen läuft?“ Zur Entwicklung und Wiederentdeckung von Gruppenarbeit und neuen Produktionskonzepten, *Frankfurter Rundschau* 153, 6. Juli, 12.
- Schumann, M. (1997): *Frißt die Shareholder-Value-Ökonomie die moderne Arbeit? Von der menschengerechten Arbeitsgestaltung zurück zum Einminutentakt am Band*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 18.11., 14.
- Schumann, M./Baethge-Kinsky, V./Kuhlmann, M./Kurz, C./Neumann, U. (1994): *Trendreport Rationalisierung. Automobilindustrie - Werkzeugmaschinenbau - Chemische Industrie*, Berlin.
- Schumann, M./Gerst, D. (1996): *Strukturinnovative Gruppenarbeit - Ein Konzept mit hohem Potential. Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, Sonderheft „Gruppenarbeit“*.

- Sieger, H. (1995): Volkswagen - Feilen am Fundament, in: Focus 22 vom 29.5.
- Spies, S./Beigel, H. (1997): Einer fehlt, und jeder braucht ihn, 2., erweiterte Aufl., Wien/Frankfurt.
- Strutynski, P. (1999): Arbeitspolitik am Ende des fordistischen Jahrhunderts, in: Z 37 (März 1999), 15-34
- Welt am Sonntag (1997): Wie die Belegschaft auf die Golf-Einführung vorbereitet wird, in: Welt am Sonntag vom 15.6.1997.
- Wickens, P.D. (1994): Teamworking in der Praxis - Die Erfahrungen von Nissan, in: Institut für angewandte Arbeitswissenschaft e.V. (Hg.): Lean Production II. Erfahrungen und Erfolge in der M+E-Industrie, Köln, 96-107.
- Womack, J.P./Jones, D.T./Roos, D. (1991): Die zweite Revolution in der Autoindustrie, Frankfurt/M.
- Wompel, M. (1997): Gruppenarbeit zwischen Wirtschaftlichkeit und Humanisierung: vernachlässigt, überbewertet - vernachlässigbar? In: Frieling, E./Martin, H./Tikal, F. (Hg.): Neue Ansätze für innovative Produktionsprozesse. 1. Kasseler Kolloquium 1997, Kassel und Zürich, 459-465.
- Wompel, M. (1998): Jagd auf Kranke - Rückkehrgespräche auf dem Vormarsch, Offenbach.
- Wompel, M. (1999): Was zuviel ist, ist zuviel. Opel-Belegschaft in Bochum kämpft weiter gegen Arbeitsstreik, in: analyse & kritik (ak) 425 vom 15. April 1999, S. 22

Ralph Graf

Die Normalisierung der Krise der Erwerbsarbeit

Die jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit signalisieren eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Nicht nur saisonal bedingt, sondern auch im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitslosenzahlen rückläufig. Vor diesem Hintergrund nährt das von der rot-grünen Bundesregierung angepeilte „Bündnis für Arbeit“ Hoffnungen auf eine spürbare Linderung der Jobmisere. Doch Skepsis bleibt angebracht, nicht nur hinsichtlich der zu erwartenden Resultate eines „Bündnisses für Arbeit“. Die Währungs- und Wirtschaftskrisen, die seit dem Sommer 1997 mehrere südostasiatische Länder zu erleiden haben, sind noch nicht ausgestanden und beeinträchtigen weiterhin die Wachstumsperspektiven der noch stabil erscheinenden Regionen der Weltwirtschaft. Die kaum regulierten Weltfinanzmärkte bleiben trotz aktueller Entspannungs- und Erholungstendenzen ein Risikofaktor für die Weltwirtschaft. Sie können jederzeit aufs neue ihre krisenauslösende und -verschärfende Wirkung entfalten.¹ Vor diesem Hintergrund sind die Eintrübungen der Wachstumsaussichten in Westeuropa beunruhigend. Ein konjunktureller Abschwung - von einer nicht auszuschließenden neuen Weltwirtschaftskrise ganz zu schweigen - hätte zwangsläufig einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zur Folge.

Trendwende auf dem Arbeitsmarkt?

Angesichts des ungewissen Fortgangs der wirtschaftlichen Entwicklung wäre es voreilig, die aktuellen leichten Entspannungstendenzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt als Trendwende zu interpretieren. Die Prognosen für 1999 geben dazu auch keinerlei Anlaß.

So rechnet der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ für 1999 lediglich mit einem Rückgang der registrierten Arbeitslosen um ca. 150 000 auf 4,115 Millionen. Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote reduziert sich demnach nur leicht von 11,2 Prozent (1998) auf 10,8 Prozent (1999).

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Daten ziehen? Erstens ist es offensichtlich, dass auch bei einer sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung (2,8 Prozent reales Wachstum in 1998) keine nennenswerte Zunahme der Erwerbstätigenzahl (in den alten Bundesländern) zu registrieren ist. Eine Politik, die zur Überwindung der Beschäftigungskrise in erster Linie auf mehr Wachstum setzt, wird daher kaum Erfolge erzielen können. Weder lassen sich

¹ Die Aufblähung und Verselbständigung der internationalen Finanzmärkte hat allerdings wesentlich mit den stagnativen Tendenzen in der realen Sphäre entwickelter kapitalistischer Ökonomien zu tun. Es wäre daher etwas vordergründig, die von den Instabilitäten und Krisen der Finanzmärkte ausgehenden negativen Aus- und Rückwirkungen auf Wachstum und Beschäftigung zur zentralen Krisenursache zu erklären.

dauerhaft ausreichend hohe Wachstumsraten (also real mindestens 3 Prozent) bewerkstelligen, noch wäre dies ökologisch wünschenswert.

Tab. 1: Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	1997	1998	1999 (Prognose)
Bruttoinlandsprodukt (%)	2,2	2,75	2
- Westdeutschland	2,3	2,75	2
- Ostdeutschland	1,7	2	2
Erwerbstätige (Veränder. gegenüber dem Vorjahr, Tsd.)	- 461	- 3	74
- Westdeutschland	- 272	37	84
- Ostdeutschland	- 189	- 40	- 10
Registr. Arbeitslose (Tsd.)	4.385	4.273	4.115
- Westdeutschland	3.021	2.900	2.775
- Ostdeutschland	1.364	1.373	1.340
Arbeitslosenquote (%)	11,4	11,2	10,8
- Westdeutschland	9,9	9,5	9,1
- Ostdeutschland	17,5	17,7	17,4

Quelle: Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Zweitens kann von einem wirtschaftlichen Aufholen des Ostens gegenüber dem Westen gegenwärtig nicht mehr die Rede sein. Die ökonomische und damit auch soziale Spaltung zwischen Ost und West scheint sich vielmehr zu vertiefen und zu verfestigen.

Drittens wird es bei einer einsetzenden konjunkturellen Krise, und diese kommt so sicher wie das Amen in der Kirche, auf der Basis eines hohen Sokkels von Arbeitslosen (ca. 4 Millionen) wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geben. Statt einer Trendwende am Arbeitsmarkt zeichnet sich mittelfristig vielmehr eine Verschärfung der Beschäftigungskrise ab - mit all ihren verheerenden sozialen, politischen und fiskalischen Folgen.

Segmentierung des Arbeitsmarktes

Der Blick auf die Bestandsgrößen (jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen auf der einen, die registrierten Arbeitslosen auf der anderen Seite) unterschlägt die anhaltend hohe Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. „Allein 1996

meldeten sich in Deutschland über 7,1 Millionen Menschen arbeitslos. Mehr als jeder fünfte Erwerbstätige sah also im Laufe des Jahres ein Arbeitsamt von innen. Doch 6,8 Millionen verschwanden im selben Jahr auch wieder aus den Karteien.“ (Gauer/Scriba 1998, 87) Es machen also weit mehr Erwerbspersonen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, als die aggregierten Zahlen nahelegen, aber „etwa ein Drittel aller Arbeitslosen treten innerhalb von drei Monaten eine neue Stelle an, und fast 70 Prozent bleiben weniger als ein Jahr in der Vermittlungskartei“ (ebenda).² Das in der veröffentlichten Meinung immer wieder angestimmte Klagelied über eine angebliche Erstarrung des Arbeitsmarktes oder mangelnde Flexibilität der Arbeitslosen läßt sich in dieser Pauschalität empirisch somit nicht bestätigen. Allerdings hat sich (in den alten Bundesländern) die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren stetig erhöht: Von 29 Wochen 1991 auf 35,8 Wochen 1997 (vgl. Sachverständigenrat 1998, 87). Dafür verantwortlich ist vor allem die steigende Zahl von Langzeitarbeitslosen.³ Mittlerweile sind in Deutschland über 1,5 Millionen Personen länger als ein Jahr arbeitslos, 1992 waren es erst 745.000 Personen. „Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen erhöhte sich im Westen bei einem Anstieg von über 60.000 Personen im Jahresdurchschnitt von 34 vH auf 37,6 vH und im Osten bei einem Anstieg um rund 30.000 Personen von 27,8 vH auf 30 vH.“ (Sachverständigenrat 1998, 86) Das Risiko, arbeitslos zu werden oder keinen (neuen) Arbeitsplatz zu finden, ist allerdings ungleich verteilt. Junge, un- oder geringqualifizierte, ältere, weibliche, ausländische und behinderte Erwerbspersonen zählen zu den sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes, aus denen die Langzeitarbeitslosen sich in erster Linie rekrutieren. Auf ihnen lastet ein stärker werdender ökonomischer und politischer Druck, auch schlecht bezahlte „bad jobs“ anzunehmen. Die wissenschaftliche und politische Diskussion über die Möglichkeiten zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit favorisiert zunehmend die Förderung und Etablierung eines gering entlohnten, wenig bis keine Qualifikation erfordernden Arbeitsmarktsegmentes. Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine weitere Absenkung und restriktivere Vergabe der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Pluralisierung der Beschäftigungsverhältnisse

Die zunehmende Spaltung auf dem Arbeitsmarkt geht mit einem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse einher. Lag der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten in Westdeutschland (ohne

² Nach Angaben der alten Bundesregierung findet sogar „knapp die Hälfte der Arbeitslosen ... schon innerhalb von drei Monaten, rund 60 Prozent in sechs Monaten einen neuen Arbeitsplatz. Allein die Arbeitsämter haben 1996 3,36 Millionen Arbeitnehmern eine neue Stelle vermittelt.“ (Bundesregierung 1998, 11)

³ Als langzeitarbeitslos gelten diejenigen Arbeitslosen, die ein Jahr oder länger ohne Erwerbsarbeit sind. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist mittlerweile auf gut ein Drittel angewachsen (vgl. Friedrich/Wiedemeyer 1998,37).

Arbeitslose) 1970 noch bei ca. 84 Prozent, so reduzierte er sich bis 1995 auf nurmehr 68 Prozent. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Nicht-Normalarbeits- bzw. prekären Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Biedenkopf 1997, 16). Rechnet man noch die Arbeitslosen hinzu, die 1970 so gut wie nicht vorhanden waren, wird das ganze Ausmaß des krisenhaft verlaufenden strukturellen Wandels der Erwerbsarbeit deutlich. Sozial abgesicherte, kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung, also das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, wird in absehbarer Zeit vermutlich nicht mehr die dominante Erwerbsform sein. Die buntscheckigen Nicht-Normalarbeitsverhältnisse⁴ und längere oder kürzere Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit werden das Erscheinungsbild und die „neue Normalität“ des postfordistischen Erwerbssystems charakterisieren. Wohlgeachtet, auch qualifizierte, unbefristet beschäftigte Arbeitnehmer werden immer häufiger die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatz- und/oder Berufswechsel machen. Der seinen erlernten Beruf lebenslang ausübende Arbeiter oder Angestellte hat seine Leitbildfunktion eingebüßt. Stattdessen werden Mobilität, Flexibilität und stetige Weiterbildung (sbereitschaft) zu wichtigen Eigenschaften des „modernen Arbeitnehmers“.⁵ Die qualifikatorischen Anforderungen und die Flexibilitätsumsetzungen an die Lohnarbeit steigen. Das heißt aber auch: Die Zahl der Menschen, die diese immer höher geschraubten Leistungsansprüche des kapitalistischen Erwerbssystems nicht erfüllen können oder wollen, wird weiter zunehmen.

Ist diese Entwicklung aufzuhalten, gar rückgängig zu machen oder verbergen sich dahinter säkulare, unumkehrbare Trends?

Die neoklassische Arbeitsmarkttheorie ...

Die vorherrschende Erklärung der Arbeitslosigkeit liefert die angebotsorientierte oder auch als neoklassisch bezeichnete Arbeitsmarkttheorie. Diese sieht den entscheidenden Grund von Arbeitslosigkeit in zu hohen Löhnen und institutionellen Rigiditäten (vgl. Sachverständigenrat 1997; Franz 1993). Das Tarifvertragssystem und zu generöse Sozialleistungen hätten zur Herausbildung eines marktwidrigen „Mindestlohniveaus“ geführt und verhinderten damit das Sinken des Lohnes auf das marktwirtschaftliche Gleichgewichtsniveau, auf dem sich Angebot und Nachfrage entsprechen. Die Konsequenzen dieser Diagnose liegen auf der Hand: Lohnsenkungen, insbesondere in den Bereichen, in denen die Grenzproduktivität der Arbeit gering ist, sollen die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen. Voraussetzung dafür sei die Deregulierung des Arbeitsmarktes, also z.B. die Lockerung des Kündigungsschutzes

⁴ Dazu gehören abhängig Selbständige, Heimarbeiter, Leih- und Zeitarbeiter, ausschließlich geringfügig Beschäftigte, ABM-Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitende, befristet Beschäftigte etc.

⁵ Ohne an dieser Stelle näher darauf eingehen zu können, sei zumindest darauf hingewiesen, dass sich mit der weiteren Entwicklung und Verallgemeinerung der Informations- und Kommunikationstechniken auch die Inhalte, die Organisation und die Kontrolle der Erwerbsarbeit grundlegend verändern (vgl. Wedde 1996).

oder, wichtiger noch, die Zulassung von Beschäftigungsverhältnissen unter Tarif, generell eine Verbetrieblichung des Tarifvertragswesens. Darüber hinaus müßten aber auch die Sozialleistungen, insbesondere die Sozialhilfe, die quasi als Mindestlohn fungiert, abgesenkt werden. Damit erhöht sich der Zwang, auch niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. Die Marktkräfte könnten ihre segensreiche Wirkung entfalten und das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt beseitigen.

Die Politik der Regierung Kohl machte sich diese Krisendiagnose und -therapie im wesentlichen zu eigen. Eine Vielzahl von Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen schwächte die Verhandlungsposition der Anbieter von Arbeitskraft nachhaltig. Kürzungen von Sozialleistungen bzw. ihre restriktivere Vergabe erhöhten den Zwang, auch schlechter bezahlte Beschäftigungsverhältnisse aufzunehmen. Doch die arbeitsmarktpolitische Bilanz der konservativ-liberalen Bundesregierung fällt vernichtend aus (vgl. Hickel 1998). Die hohen Beschäftigungsverluste und entsprechend steigenden Arbeitslosenzahlen sollten eigentlich Zweifel an der Tauglichkeit neoliberaler Politikempfehlungen nähren. Doch davon ist wenig zu spüren. Die bisher verabreichte Dosis neoliberaler Therapie sei zu gering, hätte man ganz auf sie verzichtet, wäre die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter verlaufen. Vielmehr müsse die Angebotspolitik nun konsequent umgesetzt werden (vgl. Sachverständigenrat 1997).⁶ Verwiesen wird dabei u.a. auf die Beschäftigungserfolge in den Niederlanden oder den USA. Hier hätten eine allgemeine lohnpolitische Zurückhaltung und ausreichend niedrige Löhne in den unteren, also keine oder nur geringe Qualifikationen erfordernden Arbeitsmarktsegmenten, zu deutlichen Arbeitsplatzgewinnen geführt. Die Etablierung eines Niedriglohnsektors würde es auch durchschnittlich verdienenden Haushalten ermöglichen, vermehrt einfache, persönliche Dienstleistungen nachzufragen. Dadurch ließe sich -so die Hoffnung- die Beschäftigung steigern.

... und ihre blinden Flecken

Durch eine staatliche Aufstockung nicht-existenzsichernder Löhne (diskutiert z.B. unter dem Stichwort „Kombi-Lohn“) soll das in den USA bekannte Phänomen der „working poor“ vermieden und die soziale Akzeptanz gering ent-

⁶ So beklagt der SVR: „Die Zweifel an einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik werden vor allem mit dem Hinweis auf die dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt begründet. Die Kritik geht mitunter so weit, die gesamte Misere als Ergebnis von fünfzehn Jahren verfehlter, nämlich angebotsorientierter Politik zu werten“. Doch diese Kritik halte einer genaueren Analyse nicht stand, „zu sehr hat die Politik sich schon in den achtziger Jahren von ihrer grundsätzlichen Angebotsorientierung durch die Forderungen des Tagesgeschäfts abbringen lassen, zu wenig war sie bereit, die Strukturen in den öffentlichen Haushalten, in der sozialen Sicherung und in der Arbeitsmarktordnung aufzubrechen. Durch die wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung wurde sie vollends aus dem Tritt gebracht, und bis heute ist es ihr nicht gelungen, zu einer glaubwürdigen und kohärenten angebotsorientierten Strategie zurückzufinden.“ (Sachverständigenrat 1997,6) In diesem Zitat zeigt sich die Selbstimmunisierungstendenz angebotsorientierter Theorie und Politik.

lohnter persönlicher Dienstleistungsarbeit erhöht werden. Was vielleicht zunächst plausibel erscheint, hat bei näherem Hinsehen aber einige Haken. Die Fragen stellen sich zum einen hinsichtlich des Umfangs bzw. der Eingrenzung eines subventionierten Niedriglohnssektors, zum anderen nach der Höhe und Dauer der staatlichen Transfers. Subventionierte Niedriglöhne können die Löhne von Geringverdienern nach unten ziehen. Und wird die Lohnsubvention - wie die Planungen der alten Bundesregierung vorsahen - gar zeitlich limitiert, würde das Phänomen der „working poor“ gerade nicht vermieden, sondern auch hierzulande vermehrt um sich greifen. Der Zwang, Arbeit zu jedem Preis anzunehmen, würde erhöht und die von der neoklassischen Arbeitstheorie grundsätzlich nicht zur Kenntnis genommene Machtasymmetrie markttheoretisch vertieft und befestigt. Vor allem aber wird das zentrale Argument, ein Niedriglohnsektor verbessere die Beschäftigungschancen benachteiligter Erwerbspersonen, nicht - wie immer wieder behauptet - von den Erfahrungen in den USA bestätigt. „Auch in den Vereinigten Staaten konzentriert sich Arbeitslosigkeit auf Problemgruppen am Arbeitsmarkt, besonders auf Jugendliche und niedrig Qualifizierte, und zwar noch stärker als in der Bundesrepublik.“ (Leutenecker 1999,30)

Da ein „freiwilliger“ Verzicht auf das individuelle Angebot der eigenen Arbeitskraft bei niedrigen oder sinkenden Löhnen angesichts einer existenziellen Arbeitsmarktabhängigkeit der überwiegenden Mehrheit der Erwerbspersonen nicht möglich ist, aber ungeachtet dieser Realität von der Neoklassik in ihren fiktiven Modellen unterstellt wird, können Einkommensverluste „paradoxe Weise“ zu einer Angebotserhöhung auf dem Arbeitsmarkt führen (vgl. Leutenecker 1999; auch Hickel 1998).

Nicht minder problematisch ist zudem die vorherrschende einzelwirtschaftliche Sichtweise des Arbeitsmarktgeschehens. Löhne sind eben nicht nur Koche Sichtenfaktor, sie sind zugleich ein wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Lohnsenkungen, ebenso wie Kürzungen von Lohnersatzleistungen, wirken kontraktiv auf Wachstum und Beschäftigung (vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik 1998).

Die Strategie, über eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Löhne für mehr Beschäftigung zu sorgen, ist also weder erfolgversprechend noch gesellschaftspolitisch wünschenswert. Sie ebnet vielmehr den Weg zu einer „regressiven Modernisierung mit neofeudalistischer Perspektive“ (Kurz-Scherer 1997).

Renaissance keynesianischer Beschäftigungspolitik?

Mit der sozialdemokratischen Regierungsübernahme hat zumindest die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen einer keynesianisch orientierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Auftrieb erhalten. Gleichwohl hat eine Politik der Nachfragesteuerung nach wie vor praktisch wenig Gewicht, und auch zukünftig wird sie vermutlich, insbesondere nach dem Rücktritt von Oscar Lafontaine, kaum Fürsprecher im Kabinett Schröder finden. Dabei wär-

eine qualitativ ausgerichtete staatliche Investitionsoffensive und Beschäftigungspolitik prinzipiell in der Lage, ungenutzte Wachstumspotentiale und brachliegende, aber ökologisch und sozial wünschenswerte Beschäftigungsfelder zu erschließen. Allerdings bedarf eine solche Wachstumsstrategie mehr denn je der Sicherung der offenen außenwirtschaftlichen Flanke. Daher ist eine entsprechende internationale Kooperation und Abstimmung zumindest auf europäischer Ebene angeraten, wenn nicht erforderlich.

Doch auch die Möglichkeiten einer makroökonomischen Steuerung dürfen nicht überschätzt werden. So setzen die für sakrosankt erklärten Verschuldungsgrenzen des Maastrichter Vertrages einer expansiven Finanzpolitik gegenwärtig enge Grenzen und auch die notwendige Unterstützung durch eine moderate Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wäre keineswegs gewährleistet. Relativ hohe Realzinsen konterkarieren aber kreditfinanzierte staatliche Ausgabenprogramme und machen ihre Finanzierung zudem recht teuer. Naheliegender sind daher steuerfinanzierte Programme. Doch allgemeine Steuererhöhungen sind unter den Bedingungen einer sich abschwächenden Konjunktur nicht angeraten, und eine angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen und/oder die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer stehen schon gar nicht auf der politischen Tagesordnung. Eine steuerpolitisch relevante Umverteilung zu Lasten der Kapitaleinkommen ist zwar aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vernünftig, stößt sich jedoch mehr denn je an der Interessenpolitik und Definitionsmacht der Wirtschaftsverbände und insbesondere der Großkonzerne. Zudem wird eine entsprechende Umverteilung wohl nur im Rahmen einer einheitlichen europäischen Steuerpolitik Realisierungschancen besitzen. Aber auch innerhalb der Europäischen Union ist von einer neuen Distanz gegenüber neoliberalen Globalisierungsmythen wenig zu sehen. Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert heißt hier nach wie vor Verbesserung der Standort- bzw. Angebotsbedingungen für das europäische Kapital. Die Sicherung und der Ausbau der globalen Expansionsfähigkeit der europäischen Konzerne gegenüber ihren asiatischen und US-amerikanischen Konkurrenten genießt ungebrochen Priorität.

Allerdings muß auch gefragt werden, ob eine staatliche Nachfragesteigerung dauerhaft höhere Wachstumsraten, also nicht nur vorübergehende positive Beschäftigungseffekte erzielen kann. Erforderlich wären Wachstumsraten, die - ceteris paribus - stetig über dem Produktivitätsfortschritt liegen. Genau das ist aber eher unwahrscheinlich.

Ohne Arbeitszeitverkürzung keine Beschäftigungszuwächse

Die Beschäftigungschancen, die Innovationen und intensiveren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zugeschrieben werden, sind eher gering. Dies gilt um so mehr, je einseitiger den ausgetretenen Pfaden des arbeitssparenden technikgestützten Fortschritts gefolgt wird und andere, soziale und ökologische Innovationen vernachlässigt werden. Fraglich ist zudem, ob und in welchem Maße im Zuge des sektoralen Strukturwandels die Arbeitsplatzverluste

lohnter persönlicher Dienstleistungsarbeit erhöht werden. Was vielleicht zunächst plausibel erscheint, hat bei näherem Hinsehen aber einige Haken. Die Fragen stellen sich zum einen hinsichtlich des Umfangs bzw. der Eingrenzung eines subventionierten Niedriglohnsektors, zum anderen nach der Höhe und Dauer der staatlichen Transfers. Subventionierte Niedriglöhne können die Löhne von Geringverdienern nach unten ziehen. Und wird die Lohnsubvention - wie die Planungen der alten Bundesregierung vorsahen - gar zeitlich limitiert, würde das Phänomen der „working poor“ gerade nicht vermieden, sondern auch hierzulande vermehrt um sich greifen. Der Zwang, Arbeit zu jedem Preis anzunehmen, würde erhöht und die von der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie grundsätzlich nicht zur Kenntnis genommene Machtasymmetrie auf dem Arbeitsmarkt vertieft und befestigt. Vor allem aber wird das zentrale neoliberale Argument, ein Niedriglohnsektor verbessere die Beschäftigungschancen benachteiligter Erwerbspersonen, nicht -wie immer wieder behauptet- von den Erfahrungen in den USA bestätigt. „Auch in den Vereinigten Staaten konzentriert sich Arbeitslosigkeit auf Problemgruppen am Arbeitsmarkt, besonders auf Jugendliche und niedrig Qualifizierte, und zwar noch stärker als in der Bundesrepublik.“ (Leutenecker 1999,30)

Da ein „freiwilliger“ Verzicht auf das individuelle Angebot der eigenen Arbeitskraft bei niedrigen oder sinkenden Löhnen angesichts einer existentiellen Arbeitsmarktabhängigkeit der überwiegenden Mehrheit der Erwerbspersonen nicht möglich ist, aber ungeachtet dieser Realität von der Neoklassik in ihren fiktiven Modellen unterstellt wird, können Einkommensverluste „paradoxe Weise“ zu einer Angebotserhöhung auf dem Arbeitsmarkt führen (vgl. Leutenecker 1999; auch Hickel 1998).

Nicht minder problematisch ist zudem die vorherrschende einzelwirtschaftliche Sichtweise des Arbeitsmarktgeschehens. Löhne sind eben nicht nur Kostenfaktor, sie sind zugleich ein wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Lohnsenkungen, ebenso wie Kürzungen von Lohnersatzleistungen, wirken kontraktiv auf Wachstum und Beschäftigung (vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik 1998).

Die Strategie, über eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Löhne für mehr Beschäftigung zu sorgen, ist also weder erfolgversprechend noch gesellschaftspolitisch wünschenswert. Sie ebnet vielmehr den Weg zu einer „regressiven Modernisierung mit neofeudalistischer Perspektive“ (Kurz-Scherf 1997).

Renaissance keynesianischer Beschäftigungspolitik?

Mit der sozialdemokratischen Regierungsübernahme hat zumindest die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen einer keynesianisch orientierten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Auftrieb erhalten. Gleichwohl hat eine Politik der Nachfragesteuerung nach wie vor praktisch wenig Gewicht, und auch zukünftig wird sie vermutlich, insbesondere nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine, kaum Fürsprecher im Kabinett Schröder finden. Dabei wäre

eine qualitativ ausgerichtete staatliche Investitionsoffensive und Beschäftigungspolitik prinzipiell in der Lage, ungenutzte Wachstumspotentiale und brachliegende, aber ökologisch und sozial wünschenswerte Beschäftigungsfelder zu erschließen. Allerdings bedarf eine solche Wachstumsstrategie mehr denn je der Sicherung der offenen außenwirtschaftlichen Flanke. Daher ist eine entsprechende internationale Kooperation und Abstimmung zumindest auf europäischer Ebene angeraten, wenn nicht erforderlich.

Doch auch die Möglichkeiten einer makroökonomischen Steuerung dürfen nicht überschätzt werden. So setzen die für sakrosankt erklärten Verschuldungsgrenzen des Maastrichter Vertrages einer expansiven Finanzpolitik gegenwärtig enge Grenzen und auch die notwendige Unterstützung durch eine moderate Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wäre keineswegs gewährleistet. Relativ hohe Realzinsen konterkarieren aber kreditfinanzierte staatliche Ausgabenprogramme und machen ihre Finanzierung zudem recht teuer. Naheliegender sind daher steuerfinanzierte Programme. Doch allgemeine Steuererhöhungen sind unter den Bedingungen einer sich abschwächenden Konjunktur nicht angeraten, und eine angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen und/oder die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer stehen schon gar nicht auf der politischen Tagesordnung. Eine steuerpolitisch relevante Umverteilung zu Lasten der Kapitaleinkommen ist zwar aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vernünftig, stößt sich jedoch mehr denn je an der Interessenpolitik und Definitionsmacht der Wirtschaftsverbände und insbesondere der Großkonzerne. Zudem wird eine entsprechende Umverteilung wohl nur im Rahmen einer einheitlichen europäischen Steuerpolitik Realisierungschancen besitzen. Aber auch innerhalb der Europäischen Union ist von einer neuen Distanz gegenüber neoliberalen Globalisierungsmythen wenig zu sehen. Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert heißt hier nach wie vor Verbesserung der Standort- bzw. Angebotsbedingungen für das europäische Kapital. Die Sicherung und der Ausbau der globalen Expansionsfähigkeit der europäischen Konzerne gegenüber ihren asiatischen und US-amerikanischen Konkurrenten genießt ungebrochen Priorität.

Allerdings muß auch gefragt werden, ob eine staatliche Nachfragesteigerung dauerhaft höhere Wachstumsraten, also nicht nur vorübergehende positive Beschäftigungseffekte erzielen kann. Erforderlich wären Wachstumsraten, die - ceteris paribus- stetig über dem Produktivitätsfortschritt liegen. Genau das ist aber eher unwahrscheinlich.

Ohne Arbeitszeitverkürzung keine Beschäftigungszuwächse

Die Beschäftigungschancen, die Innovationen und intensiveren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zugeschrieben werden, sind eher gering. Dies gilt um so mehr, je einseitiger den ausgetretenen Pfaden des arbeitssparenden technikgestützten Fortschritts gefolgt wird und andere, soziale und ökologische Innovationen vernachlässigt werden. Fraglich ist zudem, ob und in welchem Maße im Zuge des sektoralen Strukturwandels die Arbeitsplatzverluste

des industriellen Sektors durch die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich kompensiert werden können. Vieles spricht dafür, dass auch Dienstleistungsarbeit zunehmend rationalisierbar und rationalisiert wird (vgl. Rifkin 1996). So wird sich vermutlich der langfristige Trend eines abnehmenden Erwerbsarbeitsvolumens weiter fortsetzen. „Waren 1960 noch 56,1 Milliarden Arbeitsstunden notwendig, um ein BIP von einer Billion DM (in Preisen von 1991) zu erwirtschaften, so wurde 1996 in Westdeutschland mit nur knapp 44 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 2,8 Billionen DM produziert. Mit nur noch 80 Prozent der Arbeitsstunden wurde also ein rund 2,7facher Produktionswert geschaffen. Insofern spiegelt der von der Statistik für das Jahr 1992 ausgewiesene und als Erfolg gefeierte Beschäftigungsanstieg für Westdeutschland von rund 2,5 Millionen zusätzlichen Erwerbstätigen gegenüber dem Jahr 1980 ein falsches Bild wider. Diesem Anstieg von neun Prozent stand nämlich nur ein geringfügiger Anstieg des westdeutschen Arbeitsvolumens von 47,1 auf 47,4 Milliarden Arbeitsstunden (plus 0,6 Prozent) gegenüber, der sich zudem im wesentlichen aus dem Einigungsboom speiste. Dies zeigt die Tatsache, daß das Arbeitsvolumen bis 1996 mit knapp 44 Milliarden Stunden sogar wieder deutlich unter den Wert von 1980 (minus 6,7 Prozent) auf einen neuen historischen Tiefstand absank. Insofern wurde in den letzten 15 Jahren nicht mehr Arbeit im Sinne von mehr Arbeitsstunden geschaffen, sondern im wesentlichen die Arbeit auf nur mehr Köpfe verteilt“ (Reuter 1997, 7f.; vgl. auch Kurz-Scherf 1997). Unter den Bedingungen eines sinkenden oder bestenfalls stagnierenden Arbeitsvolumens war und ist die Verkürzung der Arbeitszeit daher die entscheidende Variable für mehr Beschäftigung.

Wohlgermerkt, makroökonomische Steuerungsversuche und eine diese unterstützende Geldpolitik können kurzfristig Wachstumsimpulse auslösen, die gerade auch unter den gegenwärtigen Bedingungen eines unsicheren und labilen weltwirtschaftlichen Umfeldes geboten sind. Sie können eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt anstoßen und unterstützen, aber keine nachhaltige Steigerung der Beschäftigung erzielen.

Während eine keynesianisch orientierte Beschäftigungspolitik auf eine Erhöhung der Nachfrage setzt, versprechen die Propagandisten einer ökologischen Steuerreform Beschäftigungsgewinne durch eine Verbilligung der Arbeit. Die Einnahmen aus Öko-Steuern sollen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen und somit die Senkung der Lohnnebenkosten ermöglichen. Eine ökologische Reform des Steuersystems setzt zweifellos wichtige neue Preissignale und kann zugleich die Finanzierungsbasis des Sozialstaats sichern helfen. Doch deutliche Beschäftigungsimpulse sollte man nicht unbedingt erwarten. Anhaltende Produktivitätsfortschritte erfordern keine Reduzierung der Lohn(neben)kosten. Die angemessene und entscheidende Antwort hierauf ist vielmehr die möglichst weitgehende und stetige Verkürzung der durchschnittlichen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit.

Lehren beschäftigungspolitisch erfolgreicher Länder

Der Blick auf beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder wie z.B. die USA oder die Niederlande verweist auf alternative Pfade gesellschaftlicher Entwicklung. Vor allem die USA werden von Unternehmerverbänden und in den einschlägigen Medien als „Beschäftigungswunderland“ gepriesen. Zweifellos ist das Wachstum in den USA aufgrund eines geringen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses beschäftigungsintensiver als in Deutschland (vgl. Werner 1998). Daher hat das in den letzten Jahren relativ hohe Wachstum der US-Ökonomie in der Tat eine beachtliche Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen. Aber diese Arbeitsplatzgewinne werden vor allem von einer überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahme getragen. So wird geschätzt, „daß bis zu 60 Prozent des Beschäftigungswachstums auf die Zunahme der Erwerbsbevölkerung zurückgeführt werden kann“ (Leutenecker 1999, 27). Zudem handelt es sich bei einem nicht unwesentlichen Teil der Arbeitsplatzgewinne in den USA bekanntlich um „bad jobs“. Eine verglichen mit kontinental-europäischen Verhältnissen geringe soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit erhöht den Zwang zur Aufnahme auch schlecht bezahlter, kaum existenzsichernder Arbeit. Eine Orientierung am US-amerikanischen Niedriglohn-Modell würde hierzulande angesichts wesentlicher sozio-kultureller Unterschiede erhebliche soziale und kulturelle Entwicklungsbrüche provozieren - mit ökonomisch zweifelhaften und sozial verheerenden Folgen.

Interessanter ist daher das „niederländische Modell“. Auch in den Niederlanden geht langfristig das Arbeitsvolumen zurück. Dennoch konnte die Beschäftigung deutlich gesteigert und die Arbeitslosigkeit reduziert werden. Dies ist vor allem einer massiven Ausweitung der Teilzeitarbeit und recht hohen Invaliden- und Frühverrentungen zuzuschreiben. Der Teilzeitanteil beträgt in den Niederlanden 38 Prozent (1996), während er in Deutschland lediglich bei 16 Prozent liegt (vgl. Werner 1998, 10). Aber auch die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten wurden in den Niederlanden verkürzt. „Wenn man will, dann kann man die Niederlande als Freizeitgesellschaft par excellence bezeichnen. Denn nirgendwo ... wird so wenig gearbeitet wie in diesem Land.“ (Becker 1998, 15)⁷ Im übrigen gewährleistet der niederländische Sozialstaat trotz diverser Leistungskürzungen nach wie vor ein hohes Niveau sozialer Sicherung (vgl. DIW 1997; Becker 1998).

Förderung von Teilzeitarbeit, kürzere Lebensarbeitszeiten, der flexible Wechsel zwischen Phasen der Erwerbsarbeit und Phasen der Nichtarbeit sind die entscheidenden Ansatzpunkte zur Minderung der Beschäftigungsprobleme entwickelter, hochproduktiver kapitalistischer Gesellschaften. Grundsätzlich erfordern diskontinuierliche Erwerbsbiographien und unsichere Erwerbsper-

⁷ „Im Durchschnitt aller Voll- und Teilzeitstellen arbeitete ein Erwerbstätiger (in den Niederlanden, R.G.) im Jahre 1996 1372 Stunden, in Deutschland (mit ähnlichen Arbeitszeiten, aber etwas längerem Urlaub und mehr Feiertagen) hingegen waren es 1508 Stunden und in den USA 1951 Stunden.“ (Becker 1998, 15)

spektiven die Einführung einer staatlich garantierten Grundsicherung. Ein erster, notwendiger Schritt in diese Richtung wäre die Einführung einer Mindestsicherung in die bestehenden Sozialversicherungen. So könnte etwa die staatliche Subventionierung (Aufstockung) geringer individueller Sozialbeiträge die Akzeptanz und Ausweitung von Teilzeitarbeit fördern. Damit sind wir wieder bei der leidigen Frage der Finanzierbarkeit. In diesem Zusammenhang muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein rückläufiges oder stagnierendes Arbeitsvolumen bei einem nach wie vor wachsenden Sozialprodukt gleichbedeutend ist mit einem entsprechenden Zuwachs an Produktivität und Wohlstand. Die Gesellschaft wird also immer reicher. Unterstellen wir eine gerechte Verteilung des Wohlstands bzw. der Produktivitätsgewinne, wäre eine auskömmliche Grundsicherung der Nicht-Arbeitenden bereits heute möglich. Die aktuellen Finanzierungsprobleme des Sozialstaates resultieren daher nicht nur aus der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, sondern im wesentlichen aus einer sehr ungleichen Verteilung der Einkommen und der Produktivitätszuwächse. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind deshalb zugleich Verteilungspolitik.

Arbeit, Arbeit, Arbeit?

Doch unabhängig von bestehenden Finanzierungsproblemen und entsprechenden Verteilungskämpfen ist Massenarbeitslosigkeit nicht zuletzt auch Ausdruck sozio-kultureller Veränderungen und eines ungelösten Geschlechterkonfliktes. Meinhard Miegel (1997) verweist in seinen Arbeitsmarktanalysen immer wieder auf die gestiegene Erwerbsneigung von Frauen als Folge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse. Die damit einhergehende Zunahme des Erwerbspotentials sei eine wesentliche Ursache der heutigen Beschäftigungsmisere (vgl. auch Gauer/Scriba 1998, 89). Man kann den in der Arbeitsmarktkrise enthaltenen Geschlechterkonflikt aber auch zum Anlaß nehmen, das Erwerbsverhalten der Männer in Frage zu stellen: „Wenn nämlich Männer ihre Erwerbsneigung auf das Niveau der Frauen drosselten, oder wenigstens die gleichen durchschnittlichen Arbeitszeiten hätten wie diese, ... dann wäre die Arbeitslosigkeit, jedenfalls in Westdeutschland, nicht nur weit weniger brisant, sondern verschwunden.“ (Kurz-Scherf 1997, 47f.) Die Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit und eines sich vermutlich weiter reduzierenden gesellschaftlichen Erwerbsarbeitsvolumens setzt die politische Frage auf die Tagesordnung, wie wir in Zukunft arbeiten und leben wollen. Arbeitszeitverkürzung und eine gleichberechtigte Arbeitsteilung und -verteilung (der marktförmig organisierten Arbeit und der Haus- und Familienarbeit) zwischen den Geschlechtern könnten „wachsende Freiräume ... schaffen für die Entwicklung einer vielseitigen, kommunikativen, von warenförmigen (Ver-)Kaufbeziehungen befreiten Alltagskultur und Alltagssolidarität“ (Gorz 1991, 114). Diese Perspektive wird in dem von der rot-grünen Bundesregierung angepeilten „Bündnis für Arbeit“ sicher keine Rolle spielen. Die vorherrschende Orientierung auf eine staatlich zu bewerkstellende oder zu moderierende Steigerung der Erwerbstätigenzahl setzt andere Akzente. Einmal

abgesehen von ihrer technokratischen Schlagseite zementiert sie den kapitalistischen Arbeits- und Leistungsdruck und eine damit im Zusammenhang stehende nicht gerade zukunftstaugliche Konsum- und Lebensweise. Es liegt in der Logik des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, den Zwang zur Arbeitsaufnahme aufrechtzuerhalten oder gar zu erhöhen. Wer Arbeitsangebote ausschlägt, bekommt die Knute des Entzugs von Sozialleistungen zu spüren und soll sie zukünftig verstärkt zu spüren bekommen. Solange solch eine Politik dominiert und auch seitens der Gewerkschaften und der Linken Unterstützung findet, werden emanzipatorische Grundsicherungsmodelle, die eben auch ein „Recht auf Faulheit“ (Paul Lafargue) zum Inhalt und zur Konsequenz haben, weiterhin nur in akademischen Zirkeln eine Rolle spielen.

Die Perspektive einer sozialen Utopie jenseits des Markt- und Konkurrenzkalibers und patriarchaler Verhaltensmuster wird sich ohne eine Lockerung der kapitalistischen Erwerbsarbeitszwänge kaum praktisch eröffnen und verfolgen lassen.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998: Memorandum '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland - Kurswechsel für Beschäftigung, Köln
- Becker, Uwe 1998: Beschäftigungswunderland Niederlande?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/98, 6. März 1998
- Biedenkopf, Kurt 1997: Wie Kurt Biedenkopf den Rentenpakt der CDU zerreißt. Stellungnahme des sächsischen Ministerpräsidenten zu den Vorschlägen der Partei- und Regierungskommission, in: Frankfurter Rundschau v. 12. Februar 1997
- Bischoff, Joachim 1999: Gesellschaftliche Arbeit im 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 37, März 1999
- Bundesregierung 1998: Wie den Bundeskanzler die seelische Not der Arbeitslosen bedrückt, in: Frankfurter Rundschau v. 6. April 1998
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1997: Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild?, Wochenbericht 16/97, 17. April 1997
- Franz, Wolfgang 1993: Der Arbeitsmarkt. Eine ökonomische Analyse, Mannheim
- Friedrich, Horst/Wiedemeyer, Michael 1998: Arbeitslosigkeit - ein Dauerproblem. Dimensionen, Ursachen, Strategien, Opladen
- Gauer, Christoph/Scriba, Jürgen 1998: Die Standortlüge. Abrechnung mit einem Mythos, Frankfurt/M.
- Gorz, André 1991: Des zentralen Konflikts alte und neue Akteure, in: ders.: Und jetzt wohin?, Berlin
- Hickel, Rudolf 1998: Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg
- Kurz-Scherf, Ingrid 1997: Wenn Arbeit entbehrlich wird - Zur 'Krise der Arbeitsgesellschaft' im 'Zeitalter der Globalisierung', in: WSI-Mitteilungen: Wieviel Markt verträgt eine zivile Gesellschaft?, Sonderheft 1997
- Leutenecker, Sabine 1999: Der Erfolg des amerikanischen Beschäftigungsmodells und seine Ursachen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14-15/99, 2. April 1999
- Miegel, Meinhard 1997: Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern, in: Merkur Sonderheft: Kapitalismus als Schicksal? Zur Politik der Entgrenzung, Stuttgart

- Reuter, Norbert 1997: Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum - das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35/97, 22. August 1997
- Rifkin, Jeremy 1996: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York
- Sachverständigenrat 1997: Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/9090
- Sachverständigenrat 1998: Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/73
- Urban, Hans-Jürgen 1999: Reform der Arbeitsgesellschaft als Gegenwartsaufgabe, in: Z Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 37, März 1999
- Wedde, Peter 1996: Digitalisierung der Arbeit - das Ende des Arbeitsrechts, in: Fricke, Werner (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1996: Zukunft der Industriegesellschaft
- Werner, Heinz 1998: Beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder. Lehren für die Bundesrepublik Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 34-35/98, 14. August 1998

Emmerich Nyikos

Die Utopie der kapitalistischen Gesellschaft

1.

Die kommunistische Gesellschaft oder, wie Marx sie noch zu nennen pflegte, die „Assoziation freier Produzenten“, ist eine Utopie, ein Nicht-Ort. Aber sicher! Wer wollte daran zweifeln? Nur vergißt man nur allzu leicht, daß die bürgerliche Gesellschaft, so wie sie uns heute vor Augen tritt, zur Zeit der „dunklen Jahrhunderte“, zur Zeit eines Bonaventura und Thomas von Aquin, gleichfalls ein Nicht-Ort gewesen ist; ja, sie war auch eine „Unusia“, ein Nicht-Gedanke: im Gegensatz zur kommunistischen Gesellschaft wurde sie nicht einmal *gedacht*.

Daß wir heute in einer Gesellschaft, die vom Kapital beherrscht wird, leben (und nicht mehr in den „finsternen“ Zeiten der sogenannten Feudalordnung), liegt daher mitnichten daran, daß man sich gleich zu Beginn von der „Naturwidrigkeit“ der feudalen Produktionsweise überzeugt und sie deshalb vorsätzlich abgeschafft hätte, sondern beruht auf Prozessen, deren Auslösemomente im Hinblick auf die konkrete Verbindung, die sie jeweils miteinander eingingen, gänzlich zufälligen Charakters sind.

2.

Im Prinzip haben wir es mit drei Knotenpunkten zu tun, durch deren je spezifische Weichenstellungen der „historische Zug“ auf diejenigen Gleise gebracht wurde, die uns schließlich zu dem „Bestimmungsort“ führten (der natürlich kein Bestimmungsort ist), wo wir jetzt sind:

1. die „lange Zäsur des Jahres tausend“;
2. die Expansion des Okzidents über seine Grenzen hinaus;
3. das massive Vordringen des Kapitals in die Produktionssphäre.

Hier ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß diese Weichenstellungen sich aus dem Zusammenprall *zufälliger* Momente ergaben, die nichtsdestotrotz allesamt determiniert sind (wenn man sie *isoliert* betrachtet), während der Streckenabschnitt zum jeweils nächsten Knotenpunkt gleichsam automatisch in einer bestimmten Richtung zurückgelegt wurde (wie es Züge nun einmal tun), ein Streckenverlauf, welcher nichts anderes ist als die innere Dynamik des jeweils gegebenen Gesellschaftssystems.

Wie sind nun diese Weichen zu charakterisieren? In aller Kürze könnte man sagen, daß uns die erste auf das Gleis der Entstehung des Kapitals als einer autonomen gesellschaftlichen Kraft sowie der Herausbildung mehr oder weniger zentralisierter Staaten gebracht hat, die, wiewohl noch nicht Ausdruck des Kapitals, so doch gezwungen sind, ihre Performance auf dessen Präsenz abzustimmen; auf dieser Grundlage (und nur auf dieser, was miteinschließt, daß ein

anderes Gleis aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu diesem Knotenpunkt geführt hätte) leitet die zweite uns auf die Schienen der kapitalistischen Expansion und Durchdringung außer-ökzidentaler Gebiete, welche nun ihrerseits uns an den dritten Knotenpunkt heranbringt – dem eine Weichenstellung entspricht, die auf die Bahn des Eindringens des Kapitals in die Produktionssphäre und damit zu einer exorbitanten Entfaltung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit führt.

3.

Die „lange Zäsur des Jahres tausend“ kann als das Resultat des Auseinanderbrechens des karolingischen Reiches aufgrund der Erschöpfung seiner Expansionstendenzen sowie der Schläge angesehen werden, die ihm die sarazenischen, ungarischen und normannischen Invasionen versetzten. Infolgedessen entstand um das Jahr tausend ein bunter Teppich mikroskopisch kleiner „Staaten“ (die Burgbezirke), deren Herren sich als autonome Machthaber fühlten, welche sich in beständiger Rivalität zueinander befanden. Insofern nämlich ein zentrales Staatsorgan fehlte, in der Lage, die Beziehungen zwischen diesen Bezirken zu regeln, eröffnete sich hier ein Feld permanenter Kriege, die jeden einzelnen Herrscher förmlich dazu zwang, sich mit einer Schar erprobter Kämpfer zu umgeben, die freilich nur dann von einigem Wert erschienen, wenn man sie fest an sich zu binden verstand (denn der einzelne berittene Krieger konnte ja fast ungehindert die Fronten wechseln, wenn es ihm von Vorteil erschien, und er tat dies auch nur allzu oft je nach der Macht, über die zu verfügen sich die Burgherren den Anschein zu geben vermochten). Demzufolge blieb nichts unversucht, sich die eigene Streitmacht günstig zu stimmen, und der sicherste Weg dazu war – wie so oft – Prachtentfaltung, Geschenke und Feste.¹

Um diesen Erfordernissen gerecht werden zu können, legten die Herren daher nicht nur die Hand auf das ländliche Surplus, sie preßten auch immer mehr aus dem ihnen botmäßigen Landvolk heraus. Dies nun stimulierte, unter den günstigen Gegebenheiten der Zeit (reichliches Vorhandensein jungfräulichen Bodens, Verfügbarkeit neuer Methoden [Dreifeldersystem usw.]), das agrarische Wachstum, welches in letzter Instanz überhaupt die Grundlage ist für Luxus, Pracht und Verschwendung.

Den Herren ging es aber nicht nur um die *Quantität* der Produkte, mit denen sie sich umgaben, mit denen sie sich schmückten, die sie verzehrten und die sie an ihre Vasallen verteilten, sie waren ebenso sehr an ihrer *Qualität* interessiert. So kam es denn auch, daß sie Dienstleute losschickten mit dem Auftrag, in all denjenigen Gegenden nach Waren Ausschau zu halten, die für ihre je

¹ „Damit man ihn (den Bannherrn, N.E.) liebte und ihm diene, mußte er immerfort im größten Aufwand leben, Ergötlichkeiten organisieren und all seine Freunde zur gemeinsamen Befriedigung der Begierden laden, die sich im Laufe der Zeit verfeinert hatten und regelhafter geworden waren.“ (G. Duby, *Die Zeit der Kathedralen*, Frankfurt/M. 1981, S. 442)

spezifischen Güter zurecht Berühmtheit beanspruchen durften. Das ist die Grundlage dafür, daß sich einerseits eine Klasse von unabhängigen Händlern herausbilden konnte, die auf ihre eigene Rechnung die Herren mit Luxusgütern versorgten (denn man verkauft unterwegs auch an andere Herren, sofern sie nur kräftig bezahlen, und macht so sukzessive Gewinn, die Basis dafür, sich nach und nach zu befreien); andererseits kamen wieder Münzen in Umlauf, denn der Austausch von Waren, hat er einmal eine bestimmte Größenordnung erreicht, kommt ohne handliches Zahlungsmittel nicht aus.

Mit dem Münzumlaufl (der Ware-Geld-Beziehung) und der aufkeimenden Warenproduktion (d.h. der Produktion für den Austausch) war aber auch der Boden bereitet für die Entstehung des Kapitals als sich selbst verwertender Wert. Denn tendiert der gegenständliche Reichtum dahin, sich in Geld aufzulösen, so liegt der Gedanke nicht fern, Geld (als *précis de toutes les choses*) sich vermehren zu lassen.² Die Weg dazu ist – vorerst – der ungleiche Tausch, der im Austausch über weite Strecken hinweg (d.h. im Fernhandel) seine Voraussetzung findet: Da die Produzenten (oder die, die über das Surplus verfügen) hier ihre respektiven Produkte nicht selbst austauschen können, bedürfen sie einer Vermittlung, des Händlers, welcher auf diese Weise die Waren unter dem Wert erwirbt und/oder sie über dem Wert wieder losschlägt und so sich die Differenz zwischen den Preisen als Handelsprofit anneckiert.

So vermehrt mit der Zeit sich die Schar der Kaufleute und der für den Austausch produzierenden Handwerker, schon frei genug, um sich am Fuß einer Burg, in der Nähe von Klöstern oder innerhalb alter römischer Mauern (einer *civitas*) niederzulassen, so daß sich das Land nach und nach wieder urbanisiert, sich Städte erheben, deren Autonomie die Einwohnerschaft ihren Stadtherrn mit zäher Beharrlichkeit abringt – nicht zuletzt aufgrund der kapitalistischen Macht der hier siedelnden Händler.

Auch kam in bezug auf den Staat nicht wenig ins Rollen. Denn wie, um Marx zu zitieren, „ein Kapitalist viele tots schlägt“, so schlägt ein Bannherr auch hier „viele tot“. Dieser Zentralisierungsprozeß gipfelte schließlich in der Ausbildung von größeren territorialen Gebilden, an deren Spitze sich ein Fürst oder König befand, mit Steuersystem, Söldnerheer und Beamtenverwaltung.

Angemerkt muß noch werden, daß dieser Prozeß staatlicher Zentralisierung dem der Entfaltung der Kapitale anfänglich nachhinkt, mit dem Ergebnis, daß der Aktionsradius einer gegebenen kapitalistischen Einheit stets größer ist als der Machtbereich eines gegebenen Herren, dergestalt, daß es den Kapitalen gelang, sich lange vor dem Abschluß des staatlichen Zentralisierungsprozesses

² „Die Bereicherungssucht im Unterschied von der Sucht nach besonderem natürlichem Reichtum oder Gebrauchswerten, wie Kleider, Schmuck, Herden usw., ist nur möglich, sobald der allgemeine Reichtum als solcher in einem besondern Ding individualisiert ist und daher als einzelne Ware festgehalten werden kann. Das Geld erscheint also ebenso sehr als Gegenstand wie Quelle der Bereicherungssucht. Was in der Tat zugrunde liegt, ist, daß der Tauschwert als solcher und damit seine Vermehrung zum Zweck wird.“ (K. Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW 13, S. 110)

als autonomes Moment in der Gesellschaft zu konsolidieren. Hat sich aber das Kapital einmal innerhalb der Gesellschaftsstruktur festgesetzt und verfügt es über eine gewisse gesellschaftliche Potenz (die in seiner finanziellen Macht seinen Ausdruck findet), dann muß sich der Staat, ob er will oder nicht, mit ihm arrangieren – man denke etwa nur an einen Jacques Coeur.

Eben diese relative Autonomie ist es nun, die das *okzidentale* Kapital von allen Keimformen desselben, die man fast überall in der Geschichte der Zivilisationen antreffen kann, wesentlich unterscheidet, ja es zu Kapital im eigentlichen Sinne erst macht.

4.

Man darf aller Wahrscheinlichkeit nach davon ausgehen, daß spätestens seit den ersten Dezennien nach der Pestkatastrophe von 1348 die Weichen hin zum Aufstieg des Kapitals und zur staatlichen Zentralisierung gestellt worden waren; zugleich diffundieren die Muster, die zuerst innerhalb der karolingischen Grenzen Fuß gefaßt hatten, in benachbarte Länder, wo man sie gern imitiert. – So auf die Iberische Halbinsel etwa.

Dort war seit den Tagen, die die Zerrüttung des Kalifats von Córdoba sahen und dessen Auseinanderfallen in viele kleine islamische Herrschaften, ein folgenreicher Prozeß im Gang, der unter der Bezeichnung „Reconquista“ in die Annalen eingehen sollte: die Rückeroberung der von den Mauren besetzten Gebiete durch die katholischen Königreiche des Nordens. In diesem Krieg, der eher ein Kleinkrieg war, kaum unterbrochen durch längere Pausen, verschob sich die Grenze zwischen den Feinden beständig nach Süden – bis Portugal schließlich die Küste, das Meer zwischen den Kontinenten erreichte. Doch riß dort die Dynamik nicht ab: Das Meer sollte kein Hindernis sein. Der Plan war demnach, einen Brückenkopf auf afrikanischem Gebiet zu errichten, und dies um so mehr, als die portugiesische Krone an einem unerträglichen Geldmangel litt, dessen man sich dadurch zu entledigen hoffte, daß man einen der Endpunkte des transsaharischen Handels (der nicht zuletzt ein Goldhandel war) in seine Gewalt zu bringen gedachte. So wurde Ceuta 1415 besetzt. Doch die Enttäuschung war groß, denn die Karawanen, die die Wüste durchquerten, mieden ganz einfach von nun an die von den Portugiesen eroberte Stadt. Dennoch war dieser Vorstoß nicht gänzlich umsonst: gelangte man doch in den Besitz von zuverlässigen Nachrichten über die Goldländer südlich der Wüste. Doch andererseits: Was sollte das nützen, wo doch der Weg dorthin durch die islamische Herrschaft versperrt war?

War er wirklich gänzlich versperrt? Nicht ganz. Denn konnte man den sarazenischen Herrschaftsbereich nicht auf dem Seeweg umgehen? Dieser Gedanke, der in der Umgebung Heinrichs des Seefahrers bald ganz konkrete Formen gewann, tauchte hier nicht von ungefähr auf: Denn portugiesische Schiffer hatten schon seit langem die Gewässer zwischen Kap São Vicente, der afrikanischen Küste und den Kanarischen Inseln befahren, und sie verfügten darüber

hinaus auch über einen hochseetauglichen Schiffstyp (die Karavelle), der Schifffahrt auf dem Atlantik weit besser gewachsen als der Galeerentyp des mittelländischen Meeres.

So rüstete Heinrich seit 1416 Schiffsflotten aus, mit dem Auftrag, den Seeweg die afrikanische Küste entlang zu erforschen. Doch erst spät sollte man die ersten Erfolge verbuchen: die Umschiffung von Kap Bojador (1434), bis dahin – in der Vorstellung vieler – das Ende der bewohnbaren Welt. Dann aber ging es Schlag auf Schlag weiter: Sukzessive und beharrlich wurden das Meer und die Küste bis nach Guinea erkundet.

Um 1465, dem Jahr, als Prinz Heinrich starb, trug denn auch sein unablässiges Streben die ersten greifbaren Früchte: neben Sklaven das Gold, das man so sehr herbeigesehnt hatte.

Vielleicht (wer kann es wissen?) hätte man sich mit all dem begnügt, hätten die Türken 1453 nicht Konstantinopel erobert, wodurch sie im östlichen Mittelmeerraum eine Vorrangstellung erlangten, die zwar den Gewürzhandel der italienischen Städte (vor allem Venedigs) nicht unterband, jedoch zur Verteuerung ihrer Fracht nicht unwesentlich beitrug.

Dies war schließlich der Anlaß, die Entdeckungsfahrten die afrikanische Küste entlang fortzusetzen, das Kap zu umschiffen und auf dem Seeweg in die märchenhaften Gewürzländer des Indischen Ozeans vorzustoßen. Tatsächlich erreichte Vasco da Gama 1498 Kalikut an der indischen Malabarküste, und kurz darauf errichtete Portugal ein erstes Kolonialreich im Osten.

Einige Jahre zuvor war Kastilien, dessen Kauffahrer es sich nicht hatten nehmen lassen, in den Gewässern der Guineaküste zu „wildern“, durch einen Friedensvertrag mit Portugal gezwungen worden, dieses lukrative Geschäft einzustellen, so daß sich die spanische Krone auf das Abenteuer des Cristóbal Colón wohl oder übel einlassen mußte, „den Osten im Westen zu suchen“. Da es dabei vor allem um *Gold* ging, verwundert es nicht, wenn sich auch hier binnen weniger Jahre weite Teile des amerikanischen Kontinents in ein Kolonialreich umgeformt sahen.³

Dies war der erste Schritt auf dem Weg der Differenzierung der Welt in Zentrum und Peripherie. Verblüfft durch die Erfolge der iberischen Welt, standen Holland, Frankreich und England kurze Zeit später nicht an, selbst Initiativen zu setzen und auf eigene Rechnung – friedlich oder mit gewaltsamen Mitteln – die Welt zu durchdringen. Es versteht sich von selbst, daß es dabei nicht ohne

³ "Die einzige und wahre Grundursache, warum die Christen eine so ungeheure Menge schuldloser Menschen ermordeten und zugrunde richteten, war bloß diese, daß sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen suchten." (B. de Las Casas, Kurzgefaßter Bericht über die Verwüstung der Westindischen Länder, Frankfurt/M. 1981, S. 12f.) Schon Colón gesteht freimütig: "Die Inseln sind sehr grün und fruchtbar, und das Klima ist sanft, und es kann viele Dinge geben, von denen ich nichts weiß, denn ich will mich nicht aufhalten, weil ich viele Inseln besuchen und erforschen will, um Gold ausfindig zu machen." (Columbus, Schiffstagebuch, Frankfurt/M. 1980, S. 30)

Rivalität und Konflikte zwischen den beteiligten Seemächten abging, Kämpfe, aus denen um 1750 England als strahlender Sieger hervorging. In der Tat hatte es England geschafft, das koloniale System – direkt oder indirekt – unter seine Kontrolle zu bringen. – Und dies war für den nächsten Knotenpunkt der Geschichte ganz und gar nicht ohne Bedeutung.

5.

Der Prozeß des Vordringens des Kapitals in die Produktivsphäre ist zu komplex, als daß wir ihn hier auch nur einigermaßen erschöpfend abhandeln könnten; wir beschränken uns daher auf ein zentrales Moment: die Expansion der Nachfrage (d.h. der Möglichkeit des Verkaufs).

In England war die Textilproduktion schon lange ein Hausgewerbe gewesen, das von ländlichen Produzenten in Abhängigkeit von Verlegern, die den Rohstoff bereitstellten und den Absatz besorgten, an ihrem Wohnplatz ausgeübt wurde. Dabei war schon seit jeher ein Ungleichgewicht zwischen Spinnen und Weben die Regel: Ein Weber, um ein Tuch in bestimmter Zeit produzieren zu können, hatte mit Garn *mehrerer* Spinner versehen zu werden. Mit der Einführung des „Schnellschützen“ von Kay sollte sich die Lage dann noch weiter verschlimmern: Für einen Weber hatten jetzt gut und gern zwölf Spinner Wolle zu Garn zu verspinnen. Es versteht sich von selbst, daß bei stetig wachsender Nachfrage und einer gleichzeitigen Begrenzung des Arbeitskräfteangebots dieses Ungleichgewicht früher oder später zu einem Engpaß im Spinnbereich führte.

Machen wir einmal die theoretische Annahme, daß insgesamt 2300 Arbeiter zur Verfügung stehen; wenn nun, sagen wir, das Verhältnis zwischen Spinn- und Webarbeit 1:10 ist (d.h. die Tagesproduktion von einem Weber erfordert die Tagesproduktion von zehn Spinnern), und ein Weber ein Exemplar pro Tag herstellen kann, dann benötigt man bei einer Nachfrage von 100 Stück pro Tag 1100 Arbeitskräfte (100 Weber und 1000 Spinner); erhöht sich die Nachfrage auf 200 Stück, dann wächst der Arbeitskräftebedarf auf 2200, was gerade noch innerhalb der Grenzen des potentiellen Arbeitskräfteangebots liegt; wächst aber die Nachfrage auf 300 an, dann gerät unweigerlich die Produktion von Stoffen ins Stocken, denn während nun 3300 Arbeiter erforderlich sind, stehen insgesamt, gemäß obiger Annahme, nur 2200 bereit – um 1100 zuwenig.

Die Lösung kann daher nur darin bestehen, den Spinnprozeß zu beschleunigen, d.h. zu mechanisieren, so daß, wenn sich auf diese Weise die Produktivität um 50% erhöht, sich die Nachfrage nach Arbeitskraft auf 2300 beliefe (300 Weber und 2000 Spinner). – Und das ist denn auch geschehen.

Der Grund für die Nachfrageexplosion, die um 1750 in England erfolgte, muß aber letztendlich in der dominanten Position des englischen Kapitals innerhalb

des kapitalistischen Globalsystems gesucht werden, eine Vorzugsstellung, die sich aus Durchdringung und Handelskriegen ergab.⁴

Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses, d.h. die kombinierte Anwendung von Werkzeug- und Antriebsmaschinen, setzt nun das Eindringen des Kapitals in die Produktionssphäre förmlich voraus. Denn der Umfang der Produktionsmittel übersteigt hier den Aktionsradius des einfachen Produzenten bei weitem. Und da aufgrund erhöhter Produktivität ein Extraprofit erzielt werden konnte, so sollte es denn hier kein Halten mehr geben – das Kapital bemächtigte sich binnen weniger Jahre der *Produktion* von Garn (und später von Stoffen). Die Impulse aber, die von hier ihren Ausgangspunkt nahmen und einen kumulativen Prozeß der Produktionsausweitung in anderen Sektoren initiierten (die sich dann gegenseitig aufschaukeln sollten: Dampf erfordert Kohle und Eisen, Kohle und Eisen die Eisenbahn zum Transport, Eisenbahnen wiederum Kohle und Eisen), führten dazu, daß sich das Kapital sukzessive alle Sparten der Produktion annectierte.

Hat sich das Kapital aber die Produktion einverleibt, so ist ein für allemal sichergestellt, daß sich die Produktivkraft der menschlichen Arbeit vervielfacht – denn dies ist eines der probatesten Mittel, die Profitrate stetig zu steigern.

6.

Um hier nicht weiterzugehen: Als Ergebnis aller drei geschichtlichen Knotenpunkte – der „langen Zäsur des Jahres tausend“, der Expansion des Okzidents über seine Grenzen hinaus und schließlich des massiven Vordringens des Kapitals in die Produktionssphäre –, wurde, was ursprünglich nichts war als eine Utopie, ein historischer Topos, und wird wieder zur Utopie – wie alles in der Geschichte. Fragt sich dann nur, welcher Nicht-Ort sich *danach* etabliert.⁵

⁴ "Der einheimische Bedarf nahm zu – aber der ausländische vervielfachte sich." (E. J. Hobsbawm, *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, Band 1, Frankfurt/M. 1977, S. 47) – "Es folgt daraus (aus Krieg und Kolonisierung, N.E.), daß ein Land, das nach diesem Prinzip verfuhr, anderen Ländern den Boden für eine Industrielle Revolution entzog. Mit anderen Worten: unter vorindustriellen Verhältnissen war Raum für die Industrialisierung in nur einer Pionieration (wie sich herausstellte: der britischen), aber nicht für die gleichzeitige Industrialisierung in mehreren 'fortgeschrittenen' Nationen; folglich auch, wenigstens für einige Zeit, für nur eine 'Werkstatt der Welt.'" (ebd., S. 48, Anm. 10)

⁵ Hoffen wir wenigstens, daß es nicht die Utopie ist: "Die Operette ist die ironische Utopie einer dauernden Herrschaft des Kapitals." (W. Benjamin, *Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts*, in: W. Benjamin, *Illuminationen*, Frankfurt/M. 1977, S. 177)

Zur Aktualität von Marx' „Thesen über Feuerbach“

Nach F. Engels sind die im Frühjahr oder Frühsommer 1845 von K. Marx im Brüsseler Exil verfaßten „Thesen über Feuerbach“ das erste Dokument, worin der „geniale Keim der neuen Weltanschauung“¹ niedergelegt ist. In äußerster Kürze, mit großer Prägnanz und in bewußter Entschiedenheit formuliert, enthalten sie in außerordentlich verdichteter Form wichtige Marx'sche Grundpositionen. Die Thesen haben seit ihrer Veröffentlichung im Jahre 1888 durch F. Engels die Diskussion um Funktion, Gegenstand und Inhalt der marxistischen Philosophie wesentlich mitbestimmt. G. Labica hat in seinem aufschlußreichen, begriffsanalytisch angelegten Kommentar zu Marx' Feuerbachthesen einen sehr informativen Überblick über den Verlauf der Debatten in den letzten hundert Jahren geliefert.² Labica geht eingehend der Begrifflichkeit der Thesen nach, verweist u.a. auf auffallende Begriffshäufigkeiten (Sinnlichkeit, Praxis) und zeigt die z. T. wesentlichen Akzentverschiebungen, die sich in der späteren Fassung der Thesen durch F. Engels finden. Während E. Bloch in seinem Thesenkommentar eine Gruppierung nach thematischen Schwerpunkten vornahm³, folgt Labica m. E. zu Recht der numerischen Anordnung von Marx. Die Marx'schen Thesen von 1845 waren stets einer der Hauptangriffspunkte der Gegner des Marxismus, wobei sich die Argumentation zwischen Unverständnis und bewußter Fehlinterpretation bewegt.⁴

¹ F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 21, S. 264. Die Originalfassung der Marx'schen Thesen „ad Feuerbach“ ist erstmalig in Bd. IV/3 der Marx/Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) veröffentlicht: Karl Marx, Exzerpte und Notizen Sommer 1844 bis Anfang 1847, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Akademie Verlag, Berlin 1998, S. 19 - 21. - Zu den Entstehungsbedingungen der Thesen, die als Teil der Auseinandersetzung mit der „ideologischen“ Gesamtanschauung der klassischen deutschen Philosophie und ihren Ausläufern gelten müssen, vgl. auch die Einführung zu diesem Band, S. 449 - 482. Zum Inhalt des Bandes insgesamt vgl. den Aufsatz von M. Hundt, Die MEGA geht weiter, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 37, März 1999, S. 8 - 14. - Von den ersten publizistischen Äußerungen zum vorliegenden Band sei der Aufsatz von A. Honneth „Aus der Werkstatt eines kritischen Gelehrten“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. März 1999 hervorgehoben. Honneth verweist auf die Abwegigkeit und Gedankenlosigkeit der Annahme, wonach der politische Umbruch von 1989 „den wissenschaftlichen Bakrott der gesamten Marx'schen Theorie mit sich gebracht habe“ und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Weiterführung der Marx-Engels-Edition den Anstoß geben werde, die Marx'sche Theorie auch in Deutschland wieder in den Traditionszusammenhang des philosophischen Denkens einzubeziehen. Vgl. auch Anm. 32.

² Vgl. G. Labica, Karl Marx - Thesen über Feuerbach, Hamburg 1998 (Argument - Sonderband N. F. 243). Die französische Originalausgabe erschienen 1987.

³ Vgl. E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Bd. I, Berlin 1954, S. 270 ff.

⁴ Vgl. dazu: Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbach-These im Foyer der Humboldt-Universität zu Berlin, hrsg. v. V. Gerhardt, Berlin 1996. Zur Kritik der darin verfochtener

Die Thesen in Marx' Notizbuch aus den Jahren 1844 - 1847 haben in der philosophischen Diskussion deshalb ein solch immenses Gewicht, weil sie die entscheidende Bruchstelle in der Geschichte des philosophischen Denkens markieren. Wie K. Korsch bemerkt, ist in den „Thesen über Feuerbach“ die gesamte philosophische Grundanschauung des Marxismus in unerhört kühner Folgerichtigkeit und leuchtender Klarheit zum Ausdruck gebracht.⁵ In vielem ist das erste Kapitel der wenig später verfaßten „Deutschen Ideologie“ eine weitere Ausführung und Begründung der in den Thesen skizzierten Grundideen. Der Niederschrift der Thesen „ad Feuerbach“ ging ein mehrjähriger, äußerst intensiver Prozeß der Gewinnung von Erfahrungen und theoretischen Einsichten voraus, deren wesentlichste Elemente die materialistische Bestimmung des Verhältnisses von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, das Studium und die Kritik der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie, auch der kritischen Verarbeitung der früheren sozialistischen und kommunistischen Literatur bildeten. Entscheidend waren die von Marx gewonnenen Einsichten über die kapitalistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und die sich daraus ergebende Eigenart der Ideologiebildung. Ein konstitutives Element im Erkenntnisgang Marx' bildete die prinzipielle Kritik des spekulativen Idealismus Hegels, im besonderen der Hegelschen Rechts- und Geschichtsphilosophie. Von großer Bedeutung waren ferner die während Marx' Aufenthalt in Paris auch durch persönliche Begegnungen mit kommunistisch gesinnten Arbeitern und Vertretern der demokratischen Bewegung gewonnenen Erfahrungen, die ihm die Einsicht in die Notwendigkeit der Abschaffung des Systems des Privateigentums nahelegten. Die Feuerbachthesen bildeten eine unmittelbare Reaktion auf im Frühjahr 1845 verfaßte Rezensionen der „Heiligen Familie“, in denen Marx und Engels die direkte Übernahme von Positionen des Feuerbach'schen Materialismus und des „wahren Sozialismus“ unterstellt wurde.⁶ In den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ hatte Marx der Feuerbach'schen Philosophie eine eigenständige, weiterführende Interpretation gegeben, ohne daß ihm ihre grundlegende Schwäche bewußt geworden war. Die in den Rezensionen vorgenommenen Fehlbewertungen veranlaßten Marx zum klareren Durchdenken seiner eigenen Positionen und zur Bestimmung der neuen Qualität seiner materialistischen Ansichten.

„Tätige Seite“, Sinnlichkeit und Praxis

Folgerichtig bildete für Marx die Bestimmung des „Hauptmangel(s) alles bisherigen Materialismus (den Feuerbach'schen mit eingerechnet)“ den Aus-

Auffassungen vgl. das Nachwort von W. F. Haug „Die deutsche Hauptstadtphilosophie sucht sich an den Feuerbach-thesen“ zur Arbeit von G. Labica, S. 129 ff.

⁵ K. Korsch, Marxismus und Philosophie, in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 3, Amsterdam 1993, S. 178.

⁶ Vgl. I. Taubert, Wie entstand die Deutsche Ideologie von Karl Marx und Friedrich Engels? Neue Einsichten, Probleme und Standpunkte, in: Studien zu Marx' erstem Paris-Aufenthalt und zur Entstehung der Deutschen Ideologie, Trier 1990, S. 9 ff.

gangspunkt und Inhalt der ersten These. Er bestehe darin, daß „der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts od. der Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv“⁷. Der bisherige Materialismus geht von der bloßen Anerkennung der Natur als etwas Unabgeleitetem, Erstem aus, von der Existenz von den „Gedankenobjekten wirklich unterschiedner Objekte“. Erkenntnis ist mithin kontemplative Betrachtung der äußeren Natur bzw. des sinnlich leibhaftigen Menschen. Feuerbach restituiert gegen die idealistische Gedankentradition die sinnliche Wirklichkeit. Dabei gilt Feuerbach nur das theoretische Verhalten als das echt menschliche, die Praxis fasse und fixiere er „nur in ihrer schmutzig jüdischen Erscheinungsform“, worunter er das von ihm abgelehnte bürgerlich-egoistische Verhalten überhaupt verstand. E. Bloch verweist hinsichtlich der einseitigen Akzentuierung der theoretischen Tätigkeit bei Feuerbach auf Analogien seiner Position zur antiken und mittelalterlichen intellektualistischen Denktradition.⁸ Ungeachtet dieser ist Feuerbachs antitheologische Auffassung explizit antifeudal-bürgerlich. Die menschliche Tätigkeit faßt Feuerbach „selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit“, sie reduziert sich bei ihm auf die gedankliche Überwindung der religiösen Selbstentfremdung des Menschen. H. H. Holz notiert: „Die analytische Trennung von Theorie und Praxis und die Orientierung unseres Weltbildes an der theoretischen Erkenntniseinstellung - ein erkennendes Subjekt steht einem zu erkennenden Objekt gegenüber - haben die metaphysischen Antworten auf die Grundfrage der Philosophie hervorgebracht. Die dialektische Lösung, die Marx in den Feuerbach-Thesen programmiert hat, setzt an die Stelle des Erkenntnisverhältnisses der Anschauung das Verhältnis der gegenständlichen Tätigkeit, in der Subjekt und Welt zu einer Einheit zusammengeschlossen sind.“⁹ Die „tätige Seite“ wird nach Marx „abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus - der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt - entwickelt“. Der neuere Idealismus reflektiert in abstrakter Form die geschichtsumgestaltende Tätigkeit des Bürgertums, die tiefgreifende Umwälzung der Produktivkräfte, die sich in der industriellen Revolution manifestiert, die Niederreißung der feudalen Gesellschaftsverhältnisse und ihre Ersetzung durch bürgerliche Lebensformen. Er artikuliert in spekulativer, theoretisch komprimierter Form den Umstand, daß die historische Wirklichkeit vom Menschen selbst produziert, Resultat menschlichen Handelns ist. Dies findet seinen Niederschlag bei Leibniz im Streben der Monaden nach unendlicher Vervollkommnung, in Kants Auffassung von der kognitiven Aktivität des Subjekts, in Fichtes Lehre von der „reinen Tathandlung“, in Schellings Auffassung von der Natur als universellem Produzieren, als transzendentaler Vergangenheit des Ich, in Hegels spekulativem Erfassen der menschlichen Arbeitstätigkeit, in

⁷ Die Marxschen Thesen „ad Feuerbach“ werden zitiert nach der Originalfassung in Band IV/3 der Marx/Engels Gesamtausgabe (vgl. Anm. 1).

⁸ Vgl. E. Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 1, S. 277 ff.

⁹ H. H. Holz, *Das Feld der Philosophie*, Köln 1997, S. 40.

seinem Bemühen, Vergegenständlichung und Entfremdung als Grundbestimmungen des Geistes, allen Seins, zu erfassen. J. Zeleny vermerkt, daß bei Marx und Engels im Anschluß an die klassische deutsche Philosophie ein neuer Rationalitätstyp geschaffen werde, „die historisch-praktische Auffassung der Rationalität, für die die doppelte Historisierung der Denkformen kennzeichnend sei, die Historisierung im Sinne der prozessualen Auffassung aller Seins- und Denkformen und die Historisierung im Sinne der Berücksichtigung des praktischen (historisch-gesellschaftlichen) Wesens des Denkens und des Menschseins“¹⁰. Die Feuerbachthesen fixieren das dem Marxschen Denken inhärente Spannungsfeld zwischen Materialismus und Praxis. Diese Spannung hat die Diskussion über den Status des Marxschen Denkens in hohem Maße begleitet. Pole sind dabei das mechanistische Fehlverständnis des geschichtlichen Fortschritts in Positionen der II. Internationale sowie spätere hegelianisierend-idealistische, mit voluntaristischen Ansichten verbundene Denkwege. Dabei ist fraglos eine Deutung irrig, die die erste These im Sinne einer Reduktion der Wirklichkeit auf die praktisch-menschliche Tätigkeit interpretiert. Das genannte Problemfeld berührt auch die Diskussion über den Stellenwert der materialistischen und der idealistischen Traditionslinie vor Marx überhaupt, über die Gewichtung des früheren materialistischen Denkens und seiner historisch bedingten Mängel, Schranken und Grenzen einerseits und des Idealismus, der in ihm eingeschlossenen rationellen Elemente, andererseits. In gewisser Hinsicht ist dabei das idealistische Denken seinen materialistischen Opponenten wenigstens potentiell überlegen. In ihrer Rigorosität ist Marx' Bestimmung der Grenzen des bisherigen Materialismus nicht völlig zutreffend. Bei materialistischen Theoretikern vor Marx finden sich durchaus Positionen eines, wenn auch eingengten und unausgereiften, Praxisverständnisses.

Die 2. Feuerbachthese akzentuiert die Wirklichkeit, Macht und Diesseitigkeit des Denkens gegen die innertheoretische Spekulation des Idealismus und seine Lehre von der Bewußtseinsimmanenz. Mit der Betonung der Macht des Denkens erfährt die neuzeitliche, mit Descartes beginnende rationalistische Tradition eine hohe Wertung. Ihr fehlender oder eingeschränkter Praxisbezug unterliegt der Kritik. Die Betonung der Diesseitigkeit des Denkens pointiert zugleich die sensualistische und materialistische Entwicklungslinie in der Geschichte des philosophischen Denkens. „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage.“ Alle Feststellungen über die Absolutheit des Wissens, die Konzeptionen der traditionellen metaphysischen Ontologie, verlieren ihre Berechtigung. Für Marx ist das Praxiskriterium selbst relativ, abhängig von der Entwicklungshöhe der Praxis selbst, vom Reifegrad der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wie sich die Erkenntnis auch erweitert, ihre geschichtlichen Schranken bleiben bestehen. Vom Marxschen Standpunkt ist das traditionelle philosophische Problem des neuzeitlichen Rationalismus, wie man

¹⁰ J. Zeleny, *Dialektik der Rationalität*, Berlin 1986, S. 21.

von der primären Gewißheit des Denkens zur Gewißheit der außerhalb des Denkens existierenden Wirklichkeit gelanden kann, eine fehlerhafte Fragestellung. Auch Kants Suche nach apriorischen Denkformen, die Konzeption einer Selbstbegründung der Philosophie, ist hinfällig. Die Abtrennung der Wahrheitsfrage von der Praxis wertet Marx als Scholastik. Wahrheit gründet nach ihm weder in der individuellen Gewißheit des Subjekts oder im Erkenntnisakt eines hypertrophierten Subjekt-Objekts noch in einer bloßen Korrespondenz von Bewußtsein und Gegenstand, in der traditionellen naturalistisch und unhistorisch gefaßten Einheit von Denken und Sein. Feuerbach bemerkt: „Das wahre Verhältnis vom Denken zum Sein ist nur dieses: das *Sein* ist Subjekt, das *Denken* Prädikat.“¹¹ An die Stelle der formellen und abstrakten substantiell-attributiven Denkweise Feuerbachs tritt die Betrachtung des Denkens als Moment des geschichtlichen Seins, das in die praktische Tätigkeit des Menschen integriert und seine unabdingbare, nur geschichtlich-prozessual faßbare Komponente ist. Die Subjektivität ist in der Sicht Marx' nichts dem materiellen gesellschaftlichen Lebensprozeß Äußerliches, von ihm Getrenntes, sie ist dessen ideelle Manifestation. Sie begreift selbst ihren Standort als geschichtlich und sozial determiniert.

In der Philosophie der Antike hat das kontemplative theoretische Verhalten höchsten Rang, hat es Sinn und Zweck in sich. In der Philosophie der bürgerlichen Epoche wird die Beziehung von Theorie und Praxis unter utilitaristischem Gesichtspunkt gesehen, wobei die Theorie, die „Vernunft“ das übergreifende Moment ist. Die klassische deutsche Philosophie zeichnet allerdings innerhalb ihres idealistischen Theorierahmens das Primat der Praxis vor. Erst der Marxismus ermöglicht die volle Integration der Praxis als der Gesamtheit der materialen Lebensäußerungen der Menschheit ins philosophische Bewußtsein. Mit der Betonung der geschichtlichen Schranken der menschlichen Vernunft kehrt Marx gegenüber ihrer Hypostasierung bei Hegel in gewisser Hinsicht zu Kant zurück, wobei der Ausgangspunkt der deutschen Transzendentalphilosophie auf höherem Niveau reproduziert wird. In dieser Hinsicht ist der Feststellung von J. Zeleny zuzustimmen, wonach Marx uns in seiner prinzipiellen Anerkennung der Schranken und Grenzen der menschlichen Vernunft näher als Hegel zu stehen scheine, wenn auch die Nicht-Absolutheit des menschlichen Erkenntnisvermögens durch beide Denker wesentlich anders gefaßt werde - bei Kant im Zusammenhang mit seiner übergeschichtlichen Unterscheidung von Erfahrungswissenschaft und „Ding an sich“, bei Marx als Folge seiner praktisch-historischen Auffassung der Wirklichkeit.¹²

¹¹ L. Feuerbach, Vorläufige Thesen zur Reformation der Philosophie, in: ders., Gesammelte Werke, Bd. 9, Berlin 1970, S. 258.

¹² Vgl. J. Zeleny, Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital“, Berlin 1968, S. 310.

Kritik der Milieutheorie; Selbstentfremdung und ihre weltliche Grundlage

Die 3. These hat die Kritik der Milieutheorie der französischen Aufklärung zum Inhalt. Im milieutheoretischen Ansatz von Helvetius bilden die Einsicht, daß der Mensch mit seinen Interessen, Bedürfnissen und Leidenschaften Schöpfer des historischen Prozesses ist, und die Erkenntnis der gänzlichen Determination des menschlichen Individuums durch das politische Milieu (durch Gesetzgebung, Erziehung, Sitten usw.), gleichberechtigte, jedoch nicht schlüssig miteinander vermittelte Komponenten. Die Milieutheorie trennt die Gesellschaft in zwei voneinander geschiedene Teile, wovon der eine über den anderen erhaben ist. Marx wandte gegen die mechanistischen Implikationen der Milieutheorie ein, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Gegen die klassische Milieutheorie betont Marx die geschichtsbildende Aktivität des Subjekts im historischen Prozeß, die Rolle der menschlichen Selbstveränderung, die er als revolutionäre Praxis faßt. In der „Deutschen Ideologie“ erläutert Marx, daß sich auf jeder Stufe ein von der vorherigen Generation überliefertes materielles Resultat vorfinde, „eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits ihre eigenen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine bestimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt - daß also die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen.“¹³ Die 3. These nimmt die Kritik am bürokratischen Sozialismus vorweg, an der Theorie des Avantgardismus, wonach eine exklusive Führerschicht im Besitz einer Wahrheit von allgemeiner Geltung sei, es beständiger Korrektur an den Gegebenheiten der Praxis nicht bedürfe, was einschließt, daß die Einbeziehung der breitesten Massen in die Lösung der gesellschaftlichen Fragen höchstens verbal erfolgt. Mit Bezug auf die 3. These bemerkt G. Lukács in seiner Arbeit „Demokratisierung heute und morgen“: „Das Organon dieser Selbsterziehung des Menschen - welthistorisch angesehen: Selbsterziehung zum wirklichen Menschsein im Sinne von M.[arx] - ist die sozialistische Demokratie. Damit hat die oekonomisch-soziale Entwicklung des Menschengeschlechts, die von den Nachfolgern bis jetzt allein L.[enin] als Zentralfrage des Übergangs <verstanden> aufgeworfen und seiner Zielsetzung stets zugrunde gelegt hat. Die Tatsache, daß der Erzieher, der <gesellschaftliche Führer> die gesellschaftliche Führerschicht der sozialistischen Revolution selbst erzogen werden muß, richtet sich seinerseits gegen jeden Utopismus, der meint, die Menschheitsentwicklung lasse sich durch eine ausgeklügelte, angeblich überlegene Einsicht <(wer soll diese kennen?)> in einen vollendeten, jede Problematik aufhebenden Zustand versetzen. Andererseits gegen den mechanistisch gefaßten

¹³ K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, Kap. I, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 14. Jg. 1966, S. 1221.

Materialismus, der jede Lösung als spontan-notwendiges Produkt der Entwicklung der Produktion hinstellen will.¹⁴

Feuerbach geht, wie Marx in der 4. These festhält, von dem Faktum der religiösen Selbstentfremdung, der Verdoppelung der Welt in eine religiöse und weltliche, aus. Marx schließt hier, wie in den folgenden Thesen, an die Feuerbachsche Begrifflichkeit (Verdoppelung u.a.) an, formt sie um, gibt ihr einen anderen Inhalt, stellt sie einen weiteren Zusammenhang. „*Erst schafft der Mensch Gott nach seinem Bilde, und dann erst schafft wieder dieser Gott den Menschen nach seinem Bilde.*“¹⁵ Feuerbachs Leistung besteht darin, die religiöse Welt in ihre weltliche Grundlage aufzuheben. Die Religionskritik vor Feuerbach beschränkte sich auf die Erklärung der inneren theoretischen Widersprüche der Religion. Feuerbach sucht theoretisch schlüssiger die Religion auf das menschliche Wesen zu reduzieren. In dieser reduktionistischen Methode zeigt sich zugleich die Unzulänglichkeit seiner Position, ihr unzureichender Materialismus. Eine Erklärung des Verdopplungsphänomens liefert Feuerbach noch nicht. Der Umstand, daß „die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt u. sich ein selbstständiges Reich in den Wolken fixiert“, ist nach Marx nur „aus der Selbstzerrissenheit u. Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären“. Nach Marx hat die Verdopplung der Welt ihre Grundlage in den Verhältnissen des Privateigentums, in der tiefgehenden sozialen Spaltung der Gesellschaft. Marx formuliert rigoros: Die weltliche Grundlage muß „also in sich selbst sowohl in ihrem Widerspruch verstanden, als praktisch revolutioniert werden“. Religionskritik verwandelt sich mithin in Gesellschaftskritik. Die Marxschen Hinweise zur Strukturanalyse des gesellschaftlichen Bewußtseins in der bürgerlichen Gesellschaft bilden ein wichtiges Element der Aktualität der Thesen. In Marx' Idee der „Abhebung“ und „Verdopplung“ ist eingeschlossen, daß die „praktisch-kritische Tätigkeit“ sich aus der Immanenz der Gesellschaft ergibt und nicht Werk einer äußeren Kraft ist. Gegenüber der reduktionistischen Methode Feuerbachs ist Marx' Aufgabenstellung umgekehrter Natur. Es gelte, wie Marx unter Bezug auf Vico feststellt, durch Analyse „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln.“¹⁶ Die 4. These formuliert ein Programm der materialistischen Religions- und Ideologiekritik, das freilich in seiner Umsetzung immense theoretische Anstrengungen bereitet.

Feuerbach, mit dem abstrakten Denken nicht zufrieden, zielt auf die Anschauung, wie Marx in der 5. These festhält, aber er fasse die Sinnlichkeit nicht als „praktische, menschlich-sinnliche Tätigkeit“. Feuerbach schließt den Menschen in die Sinnlichkeit ein, bleibt aber einer abstrakt-sensualistischen Position verhaftet. In der „Deutschen Ideologie“ bemerkt Marx gegen Feuerbachs

¹⁴ G. Lukács, *Demokratisierung heute und morgen*, Budapest 1985, S. 62 f.

¹⁵ L. Feuerbach, *Das Wesen des Christentums*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin 1974, S. 215.

¹⁶ K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, in: K. Marx/F. Engels, *Werke*, Bd. 23, Berlin 1984, S. 393.

Reduktion der Auffassung der sinnlichen Welt auf die bloße Anschauung derselben, daß selbst „die Gegenstände der einfachsten 'sinnlichen Gewißheit' dem Menschen „nur durch die gesellschaftliche Entwicklung, die Industrie und den kommerziellen Verkehr gegeben“¹⁷ seien. In Feuerbachs Exponierung des Menschen, seiner universellen Sinnlichkeit, steckt eine humanistische Zielsetzung, eine humanistische Utopie. Bei Marx gewinnt der Sensualismus in Anschluß an Feuerbach mit der Entdeckung der materiellen Arbeitsprozesse eine qualitativ erweiterte, geschichtlich-gesellschaftliche Dimension. Die Bildung der fünf Sinne ist für Marx eine Arbeit der ganzen Weltgeschichte.

Menschliches Wesen und gesellschaftliche Verhältnisse

Feuerbach löst nach Marx das religiöse Wesen in das *menschliche* Wesen auf (6. These). Letzteres sei „kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum“, sondern „in seiner Wirklichkeit ... das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Das menschliche Wesen könne nur als „Gattung“, als „innere, stumme, die vielen Individuen natürlich verbindende Allgemeinheit“ gefaßt werden. Feuerbachs anthropologischer Ansatz eröffnete den Weg zu einer theoretisch-kritischen Analyse der Wirklichkeit. Seine Anthropologie war ein theoretisches Instrumentarium für die Formierung der demokratischen Kräfte des deutschen Vormärz, das Festhalten am Abstraktum des Menschen erwies sich andererseits als theoretische Fessel. Wie L. Sève hervorhebt, dokumentieren die Feuerbachthesen und besonders die „Deutsche Ideologie“ den Bruch mit der spekulativen Interpretation des Menschen, wie sie noch den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ verhaftet sind. Die 6. These bricht mit der traditionellen philosophischen Auffassung, wonach das menschliche Wesen ein Ensemble allgemeiner Eigenschaften des Menschen ist. „Die Theorie der Entfremdung als mystische Odyssee des menschlichen Wesens kann erst dann den zutiefst in ihr vorhandenen Idealismus zeigen, folglich auch erst dann radikal beseitigt werden, wenn die Totalität der historischen Prozesse einschließlich der Prozesse des persönlichen Daseins auf der Grundlage des *wirklichen*, nicht mehr imaginären menschlichen Wesens begriffen werden, also auf der Grundlage der konkreten Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ihrer tatsächlichen Widersprüche und ihrer praktischen Entwicklung.“¹⁸ Nach L. Sève hat das „Wesen der Menschen, ihre historisch-konkrete 'Menschlichkeit', Sitz und Ursprung durchaus nicht unmittelbar in einer allgemein gefaßten menschlichen Individualität ..., sondern vielmehr ... in jener 'Summe von Produktionskräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen', die jedes Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes vorfindet“.¹⁹ Die Auflösung des Entfremdungsphänomens in konkrete, präzise Prozesse, die von objektiven gesellschaftlichen Erscheinungen hervorgerufen werden, führt

¹⁷ K. Marx/F. Engels, *Die deutsche Ideologie*, Kap. I, a.a.0, S. 1209.

¹⁸ L. Sève, *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, Berlin 1972, S. 88.

¹⁹ Ebd., S. 67 f.

zu einer völlig neuen Auffassung von der Freiheit. Sie ist nicht mehr abstraktes Vermögen des Menschen im allgemeinen. Die „Thesen über Feuerbach“ eröffnen eine qualitativ neue Stufe in der Geschichte des Humanismus, in der Entwicklung der Theorie des historischen Subjekts. Bereits mit der 6. Feuerbachthese wird ausgesagt, daß die Individuen als gesellschaftliche Wesen nicht die primären Elemente des Gesellschaftskörpers bilden, sie sind stets historisches Produkt. Das menschliche Wesen befindet sich nicht auf der Seite des einzelnen Individuums, sondern auf der Seite der gesellschaftlichen Verhältnisse. In ihrem geschichtlich-gesellschaftlichen Teil wird die wissenschaftliche Anthropologie vom historischen Materialismus konstituiert.

Die 7. These bildet eine Erläuterung der vorangehenden. Feuerbach übersehe, daß das religiöse Gemüt selbst ein gesellschaftliches Produkt ist und das abstrakte Individuum, das er analysiert, einer bestimmten Gesellschaftsform angehört. Entgegen seiner Fixierung des „religiösen Gemüths“ für sich, seiner Isolierung von den gesellschaftlichen Verhältnissen, gelte es, von den Gesellschaftsform(ation)en, den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen ausgehend, das „religiöse Gemüt“ zu analysieren. Religionsgeschichte, die von dieser materiellen Basis abstrahiere, sei „unkritisch“²⁰. Die Illusion, daß die abstrakten Allgemeinbegriffe das unmittelbare Wesen der Gegenstände ausdrücken, ist, wie Sève sagt, schon Beweis ihrer historischen Eigenart.²¹

Mystizismus der bisherigen Theorie

Mit der Feststellung der 8. These, wonach „alles gesellschaftliche Leben ... wesentlich *praktisch*“ ist, erfolgt eine grundlegende Kritik der Hypertrophierung der theoretischen Spekulation der klassischen deutschen Philosophie wie auch eine Distanzierung von jenen Standpunkten, die der Praxis nur einen untergeordneten Stellenwert beimaßen, sie auf die Sphäre der Nützlichkeit reduzierten. Praxis schließt die Gesamtheit der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse ein, deren bestimmendes Moment die materielle Produktion ist. Die 8. These verweist auf das Phänomen der Verselbständigung der Ideen von der gesellschaftlichen Grundlage in der bürgerlichen Gesellschaft, ihren objektiv-sachlichen Voraussetzungen. „Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mysticismus veranlassen, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis u., in dem Begreifen dieser Praxis.“ Marx verwendet die Begriffe Mystizismus, Mysterium, Mystifikation, Rätsel, Illusion, Geheimnis, Fetisch u.a., um die aus der Arbeitsteilung und der Klassenspaltung der Gesellschaft sich ergebende Herrschaft der Produktion über die Produzenten in der kapitalistischen Gesellschaft, die Verselbständigung der wechselseitigen Beziehungen der Individuen zu einer fremden, sie unterordnenden Macht und die sich darin gründende idealistisch-verkehrte Widerspiegelung zu kennzeichnen. Das Nichtbegreifen der gesellschaftlichen Praxis ist selbst Produkt und Widerspiegelung be-

²⁰ K. Marx, Das Kapital, Bd. I, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 23, S. 393.

²¹ Vgl. L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 99.

stimmter gesellschaftlicher Verhältnisse, entspricht einem kontemplativen und bornierten Verhältnis zur gegebenen Gesellschaft, dem Interesse an der Aufrechterhaltung der Klassenspaltung. Die entfremdete Objektivität des gesellschaftlichen Gesamtprozesses auf der einen Seite, die entfremdete Subjektivität der Akteure des gesellschaftlichen Prozesses auf der anderen Seite werden gespiegelt in Kategorien, Theorien und Weltanschauungskonzeptionen, die das Entfremdungsverhältnis reproduzieren. Heute treten zu den objektiv-sachlichen Momenten der Verkehrung des gesellschaftlichen Lebensprozesses der gesamten Psyche der Individuen hinzu, die das Durchbrechen der Mystifikation des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs noch mehr erschweren. Die Entschlüsselung der Strukturen des bürgerlichen Alltagsbewußtseins und ihr Durchbrechen, das „Begreifen der Praxis“, wird zu einer fundamentalen Aufgabe.

Um die Neubestimmung der Philosophie

Die Thesen 9 und 10 bezeichnen die Differenz von altem und neuem Materialismus. Der bisherige, anschauende Materialismus lasse es nur zur „Anschauung der einzelnen Individuen u. der bürgerlichen Gesellschaft“ kommen. Es ist die Philosophie des gesellschaftlichen status quo. Abgrenzung von bloßer Anschauung der Welt, Ablehnung eines kontemplativen Weltverhältnisses sind überhaupt ein wichtiges Element der Thesen. Der bürgerliche Materialismus trennt Materialismus und Geschichte, fällt auf dem Gebiet der Geschichtserklärung in den Idealismus zurück. Der Standpunkt des alten Materialismus sei die „bürgerliche Gesellschaft“, der des neuen „die menschliche Gesellschaft od. die gesellschaftliche Menschheit“. Der „neue Materialismus“ zielt auf die Erschließung der Bedingungen des tiefgreifenden Bruchs mit der alten Gesellschaft, begründet die transkapitalistische Perspektive der Menschheit und orientiert auf weltveränderndes Handeln. E. Bloch verweist auf die bei Marx in der 10. These vorhandene Fixierung des Wertbegriffs „Menschheit“ in Einklang mit der Tradition des Stoizismus und ihrer Fortführung in Kants Lehre von der „praktischen Vernunft“.²²

Die 11. These bezeichnete E. Bloch als das „Losungswort“ der Marxschen Lehre, ihren „archimedischen Punkt“²³. Antithetisch zur bisherigen Philosophie formuliert Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kommt darauf an sie zu *verändern*“. Die 11. These ist seit langem Gegenstand kontroverser Diskussionen über Gegenstand, Struktur und Funktion der marxistischen Philosophie. G. Labica diskutiert eingehend die verschiedenen Interpretationen, die die Marxsche These bei marxistischen Theoretikern von Labriola bis Korsch und Gramsci erhalten hat. Er hebt hervor, daß die 11. These eine neue Rationalität ankündigt, mit der sich die bisherige Ge-

²² Vgl. E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Bd. I, S. 286.

²³ Ebd., S. 298, 306.

stalt von Philosophie verabschiedet und Philosophie eine tiefgreifende Funktionsveränderung erfährt. Die früheren Wissensformen werden nicht preisgegeben, sondern rekonstruiert. Der Kern der 11. These besteht in der Artikulation einer „kritischen Radikalität“²⁴ der neuen Philosophie. Gegen die hegelianisierende Position B. Croce bemerkt A. Gramsci, daß die 11. These „nicht als ein Gestus der Zurückweisung jeder Art von Philosophie interpretiert“ werden kann, sondern nur „als energische Bekräftigung einer Einheit von Theorie und Praxis, als „in den Begriffen einer absoluten Immanenz, einer ‘absoluten Diesseitigkeit’ vorgetragene Behauptung der Geschichtlichkeit der Philosophie“ der Ablehnung einer abstrakten oder spekulativen ‘absoluten Philosophie’“. „Der Vorrang geht auf die Praxis über, auf die Realgeschichte der Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen folglich (und folglich in letzter Instanz aus der Ökonomie), die Probleme entspringen (oder präsentiert werden), die die Philosophie sich vornimmt und ausarbeitet“.²⁵ Mit einer Flucht in Positivismus hat die 11. These nach Gramsci nichts zu tun. In Bucharins „Gemeinverständlichem Lehrbuch“ sei der Marxismus „keine autonome und originale Philosophie“, sondern die Soziologie des metaphysischen Materialismus. „Die Philosophie des *Gemeinverständlichem Lehrbuchs* ... kann als ein positivistischer Aristotelismus bezeichnet werden, eine Anpassung der formalen Logik an die Methode der physikalischen und Naturwissenschaften ... Wenn der ‘spekulative Idealismus’ die Wissenschaft von den Kategorien und von der Synthesis a priori des Geistes ist, also eine Form von antihistorischer Abstraktion, dann ist die im *Gemeinverständlichem Lehrbuch* implizierte Philosophie ein umgekehrter Idealismus, in dem Sinne, daß empirische Begriffe und Klassifikationen die spekulativen Kategorien ersetzen, ebenso abstrakt und antihistorisch wie diese.“ Gramsci wendet sich gegen ein mechanistisches Wissenschaftsverständnis, wonach die historische Methodologie als ‘wissenschaftlich’ nur aufgefaßt werden kann, wenn und insofern sie abstrakt dazu befähigt, die Zukunft der Gesellschaft ‘vorherzusehen’. „Aber die ‘Thesen über Feuerbach’ hatten bereits antizipatorisch diese simplizistische Auffassung kritisiert. In Wirklichkeit läßt sich ‘wissenschaftlich’ nur der Kampf vorhersehen, nicht jedoch die konkreten Momente desselben ... In Wirklichkeit wird in dem Maße ‘vorhergesehen’, in dem man tätig ist, ... konkret dazu beiträgt, daß ‘vorhergesehene’ Resultat zu schaffen.“²⁶ Scharfe Kritik äußert Gramsci an der Geringschätzung des philosophischen Erbes der Vergangenheit. Die gesamte philosophische Vergangenheit als Wahnvorstellung oder Narrheit zu beurteilen sei „nicht nur ein antihistorischer Irrtum, ... sondern ein regelrechtes Residuum von Metaphysik“²⁷.

²⁴ G. Labica, Karl Marx - Thesen über Feuerbach, S. 223.

²⁵ A. Gramsci, Gefängnishefte, 6. Bd., Hamburg 1995, S. 1282 f

²⁶ Ebd., S. 1399 f.

²⁷ Ebd., S. 1412.

Für das Verständnis der Feuerbachthesen ist die Kenntnisnahme der Debatten, die im Vormärz über das Verhältnis von Philosophie und gesellschaftlichem Leben geführt wurden, unverzichtbar.²⁸ Bereits in den dreißiger Jahren machte H. Heine das spannungsvolle Problemfeld der Vermittlung zwischen philosophischer und gesellschaftlicher Revolution bewußt. Der progressiven Traditionslinie Heines, Büchners, des jungen Deutschland stand eine revolutionsfeindliche irrationalistische Strömung gegenüber, die von den Spätphilosophen Schellings und F. Schlegels sowie den „positiven Philosophen“ bestimmt wurde und die die Zwischenzeit des Vormärz als Auflösung, Zerfall und heilsgeschichtliche Wendung darstellte. Die Verfechter der Hegelschen Linken und des Hegelschen Zentrums waren indes der Meinung, daß die bevorstehende Zeitenwende das Wirklichwerden der Vernunft bedeute, wobei die Philosophie das Signum des Epochenwechsels sei. „Wie die französische Aufklärung des 18. Jahrhunderts dachte die Hegelsche Linke, die Unvernünftigkeit der Verhältnisse und Einrichtungen ... durch den mit der Öffentlichkeit identifizierten ‘Terrorismus der Vernunft’ zu überwinden.“²⁹ Divergierende Spielarten des Junghegelianismus verfochten die Idee einer zur politischen Tat werdenden Philosophie (Bruno Bauer, Köppen, Ruge, Cieszkowski, M. Heß), wobei die Praxis im philosophischen Selbstbewußtsein aufgehoben wurde. Hatte Ruge 1842 noch bemerkt, daß die Philosophie die wissenschaftliche Form der Zeit sei, gelangte er bald zu der Auffassung, die Auflösung der Philosophie bilde den Ausweg aus der Krise. A. Gedö bemerkt zu Ruge: „Das Absolut-Setzen der Philosophie begann in deren Negation, in die Verkündigung des Endes der Philosophie umzukippen, wobei die frühere Philosophie-Begeisterung nicht völlig aufgegeben wurde und die Gegnerschaft wider die Befürworter der Antiphilosophie und Nicht-Philosophie aufrecht erhalten blieb.“³⁰ Die Vormärz-Bewegung war vom emphatischen Bekenntnis zur Philosophie und von der Überzeugung durchdrungen, die Aktivität der Philosophie sei imstande, die politische und geistige Freiheit zu erkämpfen. Dadurch waren Impuls und Inspiration jener Bewegung bestimmt. Marx' Bemühen um die Abgrenzung vom vorangegangenen philosophischen Denken und die Neubestimmung der Philosophie in den „Thesen über Feuerbach“ waren durch die zeitgenössische Diskussion um das Anliegen philosophischen Denkens über die unmittelbar in den Thesen berührten Gesichtspunkte hinaus mitbestimmt.

Die 11. These wendet sich sowohl gegen zeitgenössische Tendenzen einer Hypertrophierung der Philosophie, gegen Positionen, wonach diese selbst automatische Veränderungen in der Praxis bewirke, die Theorie selbst die beste Praxis sei, wie gegen Positionen ihrer gänzlichen Negierung, wonach Philoso-

²⁸ Vgl. A. Gedö, Philosophie zwischen den Zeiten. Auseinandersetzungen um den Philosophiebegriff im Vormärz, in: Philosophie und Literatur im Vormärz. Der Streit um die Romantik (1820 - 1854), hrsg. v. W. Jaeschke, Hamburg 1995, S. 1-39.

²⁹ Ebd., S. 27.

³⁰ Ebd., S. 33.

phie direkt in Praxis umschlage, ebenso gegen Auffassungen eines bornierten Praktizismus. Bei Denkern des Vormärz, auch in Marx' Arbeiten der Jahre 1843/44 wurde die Idee eines „Endes der Philosophie“ vertreten oder klang sie an. Der rationale Kern dieser Idee bestand im grundlegenden Form und Qualitätswechsel des philosophischen Denkens. Die Marxsche Konzeption der „Negation der Philosophie“ auf der Position der Thesen und der „Deutschen Ideologie“ eröffnet indes ein neues großes Gebiet der theoretischen Untersuchung, das an die Stelle der traditionellen Metaphysik und der *Philosophia prima* tritt und dessen Kernstück der praktische Entwicklungsprozeß des Menschen ist. Erst mit dem Marxismus wird Philosophie konsequent geschichtliche Philosophie. „Die Theorie von Karl Marx als ‘Ensemble von konstituierenden Orientierungen’ zu begreifen heißt vor allem, sich auf den historischen Sinn des Marxismus zu besinnen, darauf, daß die Marxsche Theorie zunächst und in erster Linie eine Theorie der Geschichte ist ... Die Geschichtlichkeit auch und gerade des Marxismus ist zu betonen und zu praktizieren.“³¹ Die Marxsche Theorie ist in ihrer fundamentalen Struktur konträr zu jedem dogmatischen Herangehen, dessen Folgen sich freilich in den letzten Jahrzehnten als verhängnisvoll erwiesen haben. Geschichtlichkeit der Theorie bedeutet, anhand der historischen Erfahrungen auch Korrekturen von Aussagen mit relativ hohem Allgemeinheitsgrad vornehmen zu können und zu müssen (z. B. Aussagen über Bedingungen des historischen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus). Eine Würdigung der Thesen schließt ein festzustellen, daß die Marxsche Lehre gerade wegen ihrer organischen Verbindung mit der Praxis der Theorie einen außerordentlich hohen Stellenwert zuschreibt.

Die Feuerbachthesen markieren unabdingbare Orientierungspunkte für die Analyse und Kritik heutiger bürgerlicher Philosophie, deren bestimmende Momente intellektuelle Selbstgenügsamkeit und Verzicht auf umfassende Durchdringung der Wirklichkeit, Flucht in anti- und überhistorische Abstraktionen, Beziehen von Positionen des Irrationalismus bzw. einer entleerten Rationalität, bloßes Fixieren von Oberflächenerscheinungen und Fragmentarisieren des gesellschaftlichen Lebens sind. Das Entfremdungsphänomen wird zur unübersteigbaren Barriere gegen das Eindringen in die Tiefe des gesellschaftlichen Lebensprozesses erhoben. Die tätigen Individuen gerinnen zu abstrakten „Personen“, abgeleitete Bewußtseinsphänomene werden zur bestimmenden Instanz des gesellschaftlichen Seins erhoben. Umgekehrt gilt: Wenn die Theorie die gesellschaftliche Wirklichkeit umfassend analysiert, verleiht sie entscheidende Impulse für zukunftsorientiertes gesellschaftsveränderndes Handeln und entsprechend begründete moralische Wertorientierungen. Übergreifender Aspekt auch der „Thesen über Feuerbach“ ist ihr humanistisches, auf Befreiung von den Zwängen und Bindungen der antagonistischen Klassengesellschaft gerichtetes Anliegen. Angesichts heutiger Bemühungen, den Marxismus gänzlich aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein zu verdrängen, kann die Leistung von

³¹ M. Buhr, Bemerkungen zur Geschichte und Zukunft der Marxschen Theorie, in: *Zukunft des Marxismus*, Köln 1995, S. 45.

Marx' Thesen über Feuerbach“ nicht hoch genug veranschlagt werden.³²

³² In letzter Zeit tritt eine neoaristotelische Interpretation der Marxschen Frühschriften, der Feuerbachthesen und auch des Praxisbegriffs in den Vordergrund, wonach die Eigenart der Praxis in der Sicht Marx' darin bestehe, „daß ihr Zweck den Beteiligten sich als ein gemeinsames Gut erschließt und dementsprechend deren individuelle Absichten im Vollzug der Kooperation in intersubjektive Bestrebungen transformiert“ (Axel Honneth, a.a.O.). Ungeachtet hier akzentuierter Kritik am bürgerlichen Individualismus, an der kapitalistischen Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, und auch bei Anerkennung Marxscher Bezüge zur antiken Tradition verengt jedoch diese Konzeption den Marxschen Praxisbegriff, löst ihn aus seinem historischen und weltanschaulichen Bezugsrahmen und reintegriert die Marxsche Theorie ins bürgerliche Denken.

Kann es bzw. muß es ein funktionelles Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Politik geben?

I.

In Anbetracht der Krise der traditionellen Arbeiterbewegung und mit ihr der Krise marxistischer Theorie und sozialistischer Politik, die mit dem Scheitern des europäischen Realsozialismus allseits offenkundig wurde, aber viel früher begann, stehen Marxisten und Sozialisten vor der dringenden Aufgabe einer historischen Bilanz, einer kritischen Überprüfung und einer Erneuerung des marxistischen Denkens und der sozialistischen Politik. In methodischer Hinsicht drängt sich die Frage auf, ob für Geschichte und Gegenwart ein funktionelles Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Politik als berechtigt oder gar als erforderlich befürwortet werden kann und wenn ja, wie dieses Verhältnis heute zu verstehen ist. Die Fragestellung hat aber nicht nur eine historische, theoretische und methodische, sondern vordergründig auch eine mehrfache aktuelle politische Bedeutung. Eine Reihe von Parteien, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind bzw. sich nach wie vor ihr zugehörig betrachten, betreiben ihre Politik nur noch pragmatisch, messen der Theorie keine Bedeutung mehr bei oder stellen deren Bedeutung gänzlich in Abrede.

Ausgehen kann man davon, daß es von Karl Marx und Friedrich Engels über den funktionellen Zusammenhang ihrer theoretischen Auffassungen und der von ihnen betriebenen bzw. empfohlenen sozialistische Politik eindeutige Aussagen gibt. Man muß hinzufügen, daß im Verständnis von Marx und Engels das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht zu trennen ist vom Verhältnis von Subjekt und Objekt in Geschichte und Politik.

Will man einen Beitrag zur Beantwortung der gestellten Frage für die Gegenwart bieten, so muß man der Tatsache eingedenk sein, daß im Verlaufe der Geschichte der Arbeiterbewegung die Vorgaben von Marx und Engels über das Verhältnis von marxistischer Theorie und sozialistischer Politik unterschiedlich interpretiert und gehandhabt wurde. Dies begann bereits am Ende des 19. Jahrhunderts, und zwar teils im Sinne von monokausalem ökonomischem Determinismus zwischen Objekt und Subjekt, teils im Sinne von politischem Voluntarismus, teils im Sinne von politischem Pragmatismus, teils im Sinne von Dogmatisierung der Theorie und deren Verselbständigung gegenüber der Praxis, teils im Sinne der Instrumentalisierung der Theorie zwecks Rechtfertigung pragmatischer politischer Praxis usw. Auf die eine oder andere Weise fanden diese Erscheinungen ihren konkreten Ausdruck in beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung - der sozialdemokratischen und der

kommunistischen, wodurch sie sich beide sehr weit von ihren ursprünglichen Überzeugungen, politischen Prinzipien und Zielvorstellungen entfernten.

II.

Wie haben Marx und Engels das Verhältnis von Theorie und Praxis gesehen und begründet? Bereits in seinen Feuerbach-Thesen hatte der junge Karl Marx prononciert den notwendigen Praxisbezug der Philosophie hervorgehoben. Das kam nicht allein in der viel zitierten Formel zum Ausdruck, daß die Philosophen die Welt stets nur verschieden interpretiert hätten, es aber darauf ankomme, sie zu verändern. Bereits in der ersten These kritisierte er am überkommenen Materialismus, „daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts od. der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv“. Und in der zweiten These formuliert er: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme - ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit u. Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit od. Nichtwirklichkeit des Denkens - das von der Praxis isoliert ist, - ist eine rein scholastische Frage.“¹

Die von ihnen begründete Geschichts- und Gesellschaftstheorie, so meinten Marx und Engels ganz im Sinne der Aufklärung, solle dem gestalterischen Eingreifen in die gesellschaftliche Entwicklung dienen. Durch Theorie bewirkte Einsicht und erzeugtes Bewußtsein der Menschen galten in euphorischer Weise für Engels, so im Anti-Dühring, als Voraussetzung dafür, daß „die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben“.²

Von Bedeutung sind die Bemerkungen von Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ vom März 1895: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten ... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben.“³ Als notwendig wurde also ein bewußt handelndes, mit der Theorie vertrautes Subjekt begründet. Die Analyse der damaligen kapitalistischen Gesellschaft in Europa und die Einschätzung der Entwicklungstrends ließen Marx und Engels zu dem Schluß gelangen, daß die moderne Arbeiterklasse, das Proletariat, dieses Subjekt sei,

¹ Ursprüngliche exakte Fassung der Feuerbach-Thesen in: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Vierte Abteilung, Exzerpte. Notizen. Marginalien. Bd. 3: Karl Marx: Exzerpte und Notizen. Sommer 1844 bis Anfang 1847, Berlin 1998, S. 19 f.

² MEW, Bd. 20, S. 264.

³ MEW, Bd. 22, S. 523.

und zwar ein Subjekt revolutionären Charakters. „Diese weltbefreiende Tat durchzuführen,“ fährt Engels somit im Anti-Dühring fort, „ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“⁴

In der von ihm dargelegten Funktion der Theorie für die Politik ist ein Gedanke enthalten, den dann Karl Kautsky explizit begründete und W. I. Lenin als eine zentrale Aufgabe der Partei deklarierte, nämlich Bewußtsein, Einsicht, Theorie also, in die Massen zu tragen. „Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins aktiv in Angriff nehmen.“⁵ So richtig und notwendig dies ist - und zwar auch für die Gegenwart -, so führte dies, besonders in der kommunistischen Tradition, wohl entgegen der Intention von Engels, zum Interpretationsmonopol der Theorie durch die Parteiführungen, zum ideologischen Missionarismus, zur agitatorischen, utilitaristischen Simplifizierung der Theorie, zum Dogmatismus.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Theorie und Praxis sowie von Subjekt und Objekt in Geschichte und Politik gab es offenbar bereits zu Lebzeiten von Marx und Engels Einseitigkeiten und Simplifizierungen, die der Vielschichtigkeit und der Multikausalität dieser Wechselbeziehungen nicht gerecht wurden. In seinem Brief an J. Bloch vom 21./22. September 1890 schrieb Engels deshalb, und zwar zunächst wohl mehr zur Selbstverständigung: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet...; aber die verschiedenen Momente des Überbaus - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate - Verfassungen..., Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades. Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden. Aber auch die

⁴ MEW, Bd. 20, S. 265.

⁵ W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: Lenin, Werke, Bd. 5, S. 413; siehe auch S. 436 u. 385f.

politischen usw., ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition, spielen eine Rolle, wenn auch nicht die entscheidende... Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht ...; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante - das geschichtliche Ergebnis - hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat ...“⁶

Zum Teil relativiert Engels hiermit seine oben zitierte Aussage im Anti-Dühring über die Möglichkeit, daß die Aktivitäten der Menschen „vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben“.

III.

In welcher Weise wurde nach dem Tode von Engels das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Objekt und Subjekt im marxistischen Theorie- und Politikverständnis - teils simplifizierend, teils dogmatisierend - interpretiert und gehandhabt? Karl Kautsky konstruierte ein monokausales Verhältnis von Ökonomie und Politik, sozusagen einen eindimensionalen ökonomischen Determinismus. Zwischen Ökonomie und Geschichtsprozeß, so meinte er, wirke ein gesetzmäßiger Automatismus, der die Politik, namentlich das Wirken der Partei, de facto auf einen Nachvollzug objektiv, gesetzmäßig verlaufender Prozesse reduziere. Die marxistische Theorie „sieht in der kapitalistischen Produktionsweise den Faktor, der das Proletariat in den Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse treibt, der es immer mehr zunehmen läßt an Zahl, Geschlossenheit, Intelligenz, Selbstbewußtsein, politischer Reife, der seine ökonomische Bedeutung immer mehr steigert und seine Organisation als politische Partei sowie deren Sieg unvermeidlich macht, ebenso unvermeidlich aber auch das Erstehen der sozialistischen Produktion als Konsequenz dieses Sieges.“⁷ Für Kautsky war zugleich die „soziale Revolution... das nothwendige Endziel, auf das jede selbständige politische Organisation des Proletariats mit Nothwendigkeit hinwirkt“⁸, was der sozialistischen Theorie einen gewissen eschatologischen Charakter von Finalismus verlieh.

Eduard Bernstein wandte sich - in direkter Auseinandersetzung mit der Kautskyschen Interpretation des historischen Materialismus im allgemeinen und der sozialistischen Theorie im besonderen - gegen die eschatologische Revolutions- und Endzielerwartung sowie gegen das Konzept der historischen Mission einer einheitlichen, solidarischen, auf Revolution ausgerichteten Ar-

⁶ MEW, Bd. 37, S. 463 f.

⁷ Karl Kautsky: Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1899, S. 48.

⁸ Ebd., S. 18.3

beiterklasse. Und er bezweifelte den Reifegrad des entsprechenden Bewußtseins und der Herrschaftsfähigkeit der Arbeiterklasse. Als Beweis führte er eine Reihe neuer Elemente in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft an, die die von Marx und Engels prognostizierte Klassenpolarisierung nicht bestätigten. Es gehe darum, „die Arbeiterklasse politisch zu organisieren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, ... denn die Demokratie heißt jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt auszuüben fähig ist.“⁹ Somit widersprach er der Anschauung, „daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen bzw. von ihr abhängig machen soll“.¹⁰ Bernstein wandte sich gegen das Konzept der monokausalen ökonomischen Determiniertheit im Geschichtsprozeß und in der Politik. „Wer heute die materialistische Geschichtstheorie anwendet, ... ist verpflichtet, neben der Entwicklung und dem Einfluß der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse den Rechts- und Moralbegriffen, den geschichtlichen und religiösen Traditionen jeder Epoche, den Einflüssen von geographischen und sonstigen Natureinflüssen, wozu denn auch die Natur des Menschen selbst und seiner geistigen Anlagen gehört, voll Rechnung zu tragen.“¹¹

IV.

Als Reaktion sowohl auf Bernstein wie auf Kautsky formierte sich seit Beginn des Jahrhunderts eine revolutionäre Strömung in der internationalen Sozialdemokratie, die die Untrennbarkeit von Theorie und Praxis, von Marxismus und sozialistischer Politik verteidigte und die Überwindung des Kapitalismus zum einen an die aktive Rolle des revolutionären Subjekts, den bewußten Kampf des Proletariats also, knüpfte und zum anderen die sozialistische Revolution als unmittelbar bevorstehende aktiv zu bewältigende Gegenwartsaufgabe ansah, auf die sich die Arbeiterbewegung vorbereiten müsse. Entsprechende, jedoch wesentlich voneinander divergierende theoretische Beiträge hierzu leisteten unter anderem Rosa Luxemburg und W. I. Lenin. Dominierend in der sich neu formierenden kommunistischen Bewegung wurden bekanntlich die Positionen Lenins. Unter J. W. Stalin wurde Rosa Luxemburgs Vermächtnis vor allem wegen ihrer Kritik an den Demokratiedefiziten während und nach der Oktoberrevolution gänzlich verworfen.

Lenin, der zunächst von Kautsky theoretisch beeinflusst war, war im Unter-

⁹ Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1921, S. 8.

¹⁰ Ebd., S. 6.

¹¹ Ebd., S. 37.

schied zu diesem in erster Linie Politiker, Stratege und Taktiker mit dem Ziel der aktiven Vorbereitung und Durchführung der Revolution. Die politische Strategie des Kampfes für Sozialismus war für Lenin ein zentraler Bestandteil marxistischer, sozialistischer Theorie. Damit entstand eine Verknüpfung von Theorie und Politik, später als Einheit von Theorie und Praxis bezeichnet, wie sie so zuvor weder bei Marx und Engels noch bei Kautsky und Bernstein, existierte. Im diesem Sinne maß Lenin der aktiven Rolle des politischen Subjekts eine überragende Bedeutung bei, so daß er ein Parteikonzept entwickelte, dem zufolge die Partei Vorhut, Organisator der Klasse, Triebkraft der Revolution (sofern eine revolutionäre Situation gegeben war) und zu diesen Zweckbestimmungen im Besitz der Theorie sein mußte. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben ...“ Die Rolle eines Vorkämpfers könne „nur eine Partei erfüllen ..., die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird“.¹² Mit der Theorie selbst ging Lenin hierbei sehr pragmatisch um, indem er sie zum einen, was durchaus verständlich war, auf die spezifischen russischen Verhältnisse und die Möglichkeit eines revolutionären Umsturzes mit kommunistischer Machtergreifung adaptierte und zum anderen allerdings für die praktische Politik instrumentalisierte, sie ihr de facto unterordnete.

Die bolschewistische Partei und in deren Gefolge sodann die anderen kommunistischen Parteien galten im Verständnis Lenins als die erklärtermaßen einzig wahrhaft revolutionäre Kraft. Als solche wurden sie zu Gralshütern der „einzig richtigen“ Interpretation des Marxismus, der sozialistischen Revolution, der Wahrheit in Theorie und Politik. Dies führte zu einer verhängnisvollen ideologischen Ausschließlichkeit. Die Frage könne nur so stehen: „bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es nicht.“¹³ Das Entweder-Oder in der Ideologie bezog Lenin nicht nur auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und Bourgeoisie, sondern auch auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Von dieser Position aus war eine Verständigung, ganz zu schweigen von einer Vereinigung unterschiedlicher Richtungen der Arbeiterbewegung nur möglich, wenn man sich, „bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, ... zuerst entschieden und bestimmt voneinander“ abgrenzt,¹⁴ was in der Praxis den internen Dialog, die einvernehmliche Suche nach einem Konsens oder wenigstens nach ideologischen und politischen Kompromissen zwischen unterschiedlichen Richtungen, nicht nur ausschloß, sondern die Herstellung der Einheit von der Anerkennung der ideologischen

¹² Lenin, *Was tun?*, a. a. O., S. 379f. Der Begründung dieses Parteikonzepts dienten neben „*Was tun?*“ (1902), S. 530ff., sowie mehreren Artikeln und Reden auch die Schriften „*Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*“ (1904) und „*Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution*“ (1905).

¹³ So in: *Was tun?* In: Lenin, *Werke*, Bd. 5, S. 395f.

¹⁴ Lenin, *Ankündigung der Redaktion der „Iskra“*. In: Lenin, *Werke*, Bd. 4, S. 351f.; so auch in: *Was tun?*, a. a. O., S. 377.

Positionen der dominierenden Kräfte abhängig machte. Es kam in der Folgezeit innerhalb der kommunistischen Bewegung zu einer scharfen Abgrenzung nicht nur von sogenannten Zentristen, Opportunisten, „Versöhnlern“, Austromarxisten, Reformisten usw., sondern auch von denjenigen, die in den eigenen Reihen diskussionswürdige, jedoch von der offiziellen Linie abweichende Positionen vertraten.

Die dominierende kommunistische Auffassung und Handhabung des Verhältnisses von Theorie und Praxis nach Lenins Tod wurden im wesentlichen von Stalin bestimmt und von den Mitgliedsparteien der Komintern wie auch später von den machtausübenden Parteien der sozialistischen Länder übernommen. Man ging von Lenins Herangehensweise aus, verallgemeinerte und verabsolutierte sie jedoch, was zu folgenden negativen Erscheinungen führte, die zum Teil bis in die 80er Jahre zu beobachten waren: Die Theorie wurde zur offiziellen, einheitlichen, geschlossenen Parteidoktrin. Sie hatte somit der Politik zu dienen, war ihr praktisch untergeordnet. Die politische Praxis der Parteien wurde als realisierte Theorie ausgegeben; somit mußte sie auch mit allen ihren strategischen und taktischen Wendungen von der Theorie gerechtfertigt werden. Oberste Instanz für die einzig richtige Interpretation und Anwendung der Theorie waren die Parteiführungen für ihre Parteien und Länder, die Führung der KPdSU für die gesamte Bewegung. Eine Diskussion über die Politik der Parteiführungen von Standpunkt theoretischer bzw. wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde nicht zugelassen, ganz zu schweigen von Kritik und Erörterung von Alternativen zu dieser Politik. Die ideologisierte Theorie in der jeweiligen Interpretation der KPdSU-Führung und der anderen Parteiführungen wurde auf diese Weise zum entscheidenden Kriterium der Parteimitgliedschaft; nichtkonforme Positionen wurden bekämpft und boten immer wieder Anlaß zu Ab- und Ausgrenzungen und zu politisch-organisatorischen Spaltungen. Dieses Vorgehen hatte sowohl eine nationale wie internationale Dimension, wie die Auseinandersetzungen mit der KP Jugoslawiens, mit der KP Chinas unter Mao Tse-tung und mit dem sogenannten Eurokommunismus zeigten. Nach politisch gesetzten Prioritäten erfolgte ein selektiver Umgang mit der Theorie, so daß Einseitigkeiten, mangelndes Schöpferum usw. hinsichtlich der Theorie die Folge waren; die Theorie bekam eine utilitaristische und apologetische Funktion und verlor die ihrem Wesen entsprechende Eigenschaft sowohl selbstkritischer analytischer Bilanz und Korrektur wie auch realistischer Orientierung für die Politik; indem Einheit und Übereinstimmung von Theorie und Politik/Praxis postuliert wurden, entstand in Wirklichkeit eine tiefe, wachsende Kluft zwischen beiden. Mit Theorie und Propaganda wurde eine virtuelle Realität erzeugt, deren Sinn letztlich darin bestand, die Wahrnehmung von Unzulänglichkeiten, Widersprüchen, Abweichungen von den postulierten Prinzipien und Werten aus dem Bewußtsein zu verdrängen.

Für das Verständnis des historischen Materialismus waren im gegebenen Zusammenhang unter anderem zwei fiktive Thesen verhängnisvoll. Es wurden zum einen nicht nur im Geschichtsprozeß wirkende Gesetzmäßigkeiten ergründet, wie dies Marx und Engels zu recht taten, sondern es wurde in der

Theorie ein gesetzmäßiger, idealtypischer Geschichtsprozeß konstruiert, an dem der reale Geschichtsprozeß gemessen wurde. Auf diese Weise mußte man zu dem Schluß kommen, daß nicht selten einer „richtigen“ Theorie eine falsche Praxis, eine von der Norm abweichende historische Realität gegenüberstand. Postuliert wurde zum anderen nicht die ökonomische Determiniertheit der gesellschaftlichen Verhältnisse und der historischen Entwicklung, die ja, wenn auch nicht in der angenommenen Ausschließlichkeit und Monokausalität, durchaus nicht zu bestreiten und demnach zu erforschen ist, sondern darüber hinaus die Prädeterminiertheit der künftigen Entwicklung. Die Politik hatte deshalb nur die Aufgabe, den ohnehin gesetzmäßig verlaufenden, prädeterminierten Prozeß zu befördern und alles, was ihm entgegenstand, aus dem Weg zu räumen. Bei einem solchen Verständnis des historischen Materialismus existiert nicht das Problem der Offenheit künftiger Entwicklung, auch kaum das Problem alternativer Entwicklungen.

V.

Der Widersinn im praktischen Umgang mit der Theorie und deren Bezug zur Politik als Aktion und zur objektiven gesellschaftlichen Realität erzeugten in der sozialistischen Arbeiterbewegung fortwährend Diskussionen und Widerspruch. Ein kritisches und schöpferisches marxistisches Potential formierte sich bereits seit den 20er Jahren in vielerlei Gestalt, das, sofern dies innerhalb der Komintern bzw. deren Mitgliedsparteien geschah, in der Endkonsequenz zu Ausschlüssen bzw. Austritten führte. Eine Ausnahme bildete letztlich nur der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens, Antonio Gramsci, was allerdings nur im Rückblick festgestellt werden kann, da seine in der Haft verfaßten Auffassungen bis nach dem zweiten Weltkrieg nicht bekannt waren. Gramscis Positionen in seinen Gefängnisheften stellten ohne Zweifel eine gewisse, in mancher Hinsicht sehr wesentliche Korrektur Leninscher Auffassungen dar. Es war ein Beitrag zur Entwicklung der marxistischen Theorie, der bis heute seine Aktualität nicht verloren hat. Hervorzuheben ist, daß Gramscis Interpretation und Entwicklung marxistischer Theorie und sozialistischer Politik deutlich, wenn auch ohne namentliche Bezugnahme, mit Stalins Theoriesystem und praktischer Politik kontrastierten.

Wie Lenin betrachtete auch Gramsci die Partei als einen entscheidenden Motor revolutionärer Praxis und Entwicklung. Sie war aus seiner Sicht aber nicht so sehr eine elitäre Vorhut, sondern „organischer Teil“ der Klasse; sie sollte demnach nicht über ihr stehen, sondern ihr dienen. Die Führungsrolle durfte seiner Meinung nach der Klasse nicht oktroyiert werden. „Das Prinzip, dem zufolge die Partei die Arbeiterklasse führt, darf nicht in mechanischer Weise interpretiert werden. Man soll nicht glauben, daß die Partei die Arbeiterklasse durch einen von außen kommenden autoritären Anspruch führen könne; sie ist weder für die Zeit, die der Machtergreifung vorausgeht, noch für die Zeit, die ihre folgt, richtig ... Wir behaupten, daß die Fähigkeit zur Führung der Klasse sich nicht aus der Tatsache ergibt, daß sich die Partei als revolutionäres Organ

der Klasse 'proklamiert', sondern aus der Tatsache, daß es ihr 'effektiv' gelingt, als Teil der Arbeiterklasse sich mit allen Sektionen dieser Klasse zu verbinden und den Massen eine Bewegung in der von den objektiven Bedingungen hervorgerufenen und begünstigten Richtung zu geben.¹⁵

Der Theorie, dem auf ihr fußenden Bewußtsein sowie deren Wirkung auf die politische Praxis maß auch Gramsci eine zentrale Bedeutung im Kampf der Arbeiterklasse für Sozialismus bei. Indem er den Marxismus in den Gefängnisheften als „Philosophie der Praxis“ bezeichnete, befürwortete er gleichermaßen auch begrifflich das funktionelle Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Somit war es für ihn folgerichtig, die Rolle der Partei als politischen, als revolutionären Akteur in den Zusammenhang des Verhältnisses von Theorie und Praxis zu stellen. Dabei wandte er sich gegen die in den Parteien der sozialistischen Arbeiterbewegung verbreitete Dogmatisierung der Theorie, gegen einen realitätsfremden Umgang mit ihr, gegen unzulässige Verallgemeinerungen von Erkenntnissen und Erfahrungen. „Byzantinismus oder Scholastizismus kann man die Verfallstendenz nennen, die sogenannten theoretischen Fragen zu behandeln, als ob sie eine Bedeutung für sich selbst hätten, unabhängig von jeder bestimmten Praxis.“ Er stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob eine in Übereinstimmung mit einer bestimmten Praxis entdeckte theoretische Wahrheit in einer historischen Epoche verallgemeinert und für universell gehalten werden könne. Der Beweis für ihre Universalität bestehe darin, daß sie 1. zum Anstoß dafür wird, die tatsächliche Wirklichkeit in einer anderen Umgebung als der, worin sie entdeckt worden ist, besser zu erkennen; und 2. daß sie, nachdem sie dieses bessere Verständnis der tatsächlichen Wirklichkeit angestoßen und unterstützt hat, sich dieser Wirklichkeit selbst einfüge, als ob sie deren ursprünglicher Ausdruck wäre.¹⁶ Diese Bemerkungen werden besonders im Zusammenhang mit seiner Einschätzung verständlich, daß man zwischen der Revolution im Osten, d.h. in Rußland, und der im Westen unterscheiden müsse, daß also das russische Revolutionsmodell nicht universalisierbar, nicht auf die westlichen, demokratischen Länder übertragbar wäre.

Diese Erkenntnisse bildeten für Gramsci das Wesen der Politik als Wissenschaft, Kunst und Praxis, das Wesen der Rolle des Staates und der Parteien. Politik bewege sich in einem bestehenden Kräfteverhältnis, das im „Grad an Homogenität, Selbstbewußtsein und Organisation, den die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erreicht haben“ besteht, und der bewußten politischen Aktion zur Gleichgewichtsverschiebung zwecks fortwährender Herstellung neuer Kräfteverhältnisse nach dem Motto des „Sein-Sollens“. „Das 'Sein-Sollen' ist folglich Konkretheit, ja es ist die einzige realistische, histori-

¹⁵ So in den von Gramsci redigierten Thesen zum III. Parteitag der KPI 1926; zit. nach: Antonio Gramsci, *Scritti politici*, Bd. 3, Rom 1978, S. 297.

¹⁶ Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, hrsg. von Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug/Peter Jehle, Bd. 5, Hamburg/Berlin 1993, S. 1120.

zistische Interpretation der Wirklichkeit, ist allein Geschichte in Aktion und Philosophie in Aktion, allein Politik.“¹⁷

1918 polemisierte Gramsci gegen den kanonisierten Marxismus und gegen den Geschichtsdeterminismus. Dies brachte ihm den Vorwurf des Voluntarismus ein, und zwar von einem orthodox sozialdemokratischen Standpunkt, den er zurückwies. In diesem Sinne stimmte Gramsci völlig mit Lenin überein. Unter anderem schrieb Gramsci: „Marx hat keinen kurzgefaßten Katechismus geschrieben, er war kein Messias, der eine Aneinanderreihung von Parabeln hinterlassen hätte, die kategorische Imperative, unbestrittene, absolute, außerhalb der Kategorien von Zeit und Raum stehende Normen enthalten.“¹⁸

Gramsci, den universalhistorischen Charakter des Marxismus betonend, konstatierte zugleich noch vorhandene erhebliche Defizite im marxistischen Denken seiner Zeit. Seine Kritik richtete sich nicht nur gegen die von Kautsky vertretenen Auffassungen in der II. Internationale, sondern auch gegen die in der bolschewistischen Partei Sowjetrußlands, wie sie vor allem von Nikolaj Bucharin begründet worden waren. „Jedoch ist in den jüngsten Entwicklungen der Philosophie der Praxis die Vertiefung des Begriffs der Einheit von Theorie und Praxis erst in einer Anfangsphase: noch gibt es Reste von Mechanizismus, denn man spricht von Theorie als 'Ergänzung', 'Zubehör' der Praxis, von Theorie als Magd der Praxis. Aus diesen Überlegungen leitet Gramsci die Funktion der Intellektuellen in der Politik ab, als „Organisatoren und Führer“ für den „Theorie-Praxis-Nexus“, das heißt für die Begründung von Hegemonie. Als erforderlich erachtet er den Übergang von einer „mechanistischen Konzeption (an anderer Stelle: „von einer fatalistischen Konzeption der Philosophie der Praxis“) ... zu einer aktionistischen Konzeption ... , die sich ... eher einem richtigen Verständnis der Einheit von Theorie und Praxis annähert ... Wenn man nicht die Initiative im Kampf hat und der Kampf selbst folglich am Ende mit einer Reihe von Niederlagen identifiziert wird, dann wird der mechanische Determinismus zu einer erstaunlichen Kraft des moralischen Widerstands, Zusammenhalts, geduldiger und unbeirrbarer Beharrlichkeit ... Der wirkliche Wille verkleidet sich in einen Glaubensakt, in eine gewisse Rationalität der Geschichte, in eine empirische und primitive Form von leidenschaftlichem Finalismus, der als ein Ersatz für die Prädestination, für die Vorsehung usw. der konfessionellen Religionen erscheint ... Deshalb muß man immer auf die Nichtigkeit des mechanischen Determinismus hinweisen.“¹⁹

Einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der marxistischen Theorie und zu einer erfolgreichen sozialistischen Politik leistete Gramsci auf einem Gebiet, wo es in der theoretischen Hinterlassenschaft von Marx und Engels Lücken

¹⁷ Ebd., Bd. 7, Hamburg/Berlin 1996, S. 1555.

¹⁸ Antonio Gramsci, *Unser Marx* (1918); in: Gramsci - vergessener Humanist? Eine Anthologie, Berlin 1991, S. 36.

¹⁹ *Gefängnishefte*, Bd. 6, Hamburg/Berlin 1994, S. 1384-1387.

und von Lenin Vereinfachungen gab - auf dem Gebiete der Macht, in dem er die Differenziertheit ihrer Struktur analysierte. Dabei geht es ihm in besonderem Maße um die Verknüpfung der theoretischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse mit der Funktion von Politik. In Anlehnung an Marx begreift er die Gesellschaft als die Gesamtheit von ziviler und politischer Gesellschaft, und zwar als sich bedingende, miteinander mehr oder weniger verflochtene Komponenten. Es lassen sich jetzt „zwei große superstrukturelle 'Ebenen' festlegen, diejenige, die man die Ebene der 'Zivilgesellschaft' nennen kann, d. h. des Ensembles der gemeinhin 'privat' genannten Organismen, und diejenige der 'politischen Gesellschaft oder des Staates' - die der Funktion der 'Hegemonie', welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der 'direkten Herrschaft' oder des Kommandos, die sich im Staat und in der 'formellen' Regierung ausdrückt, entsprechen. Diese Funktionen sind eben organisierend und verbindend.“²⁰ Die politische Gesellschaft, der Staat also, ist praktisch die Verkörperung der machtausübenden Funktion der herrschenden Klassen. „Die historische Einheit der herrschenden Klassen vollzieht sich im Staat, und ihre Geschichte ist wesentlich die Geschichte der Staaten und der Gruppen der Staaten ... Die grundsätzliche historische Einheit ist dank ihrer Konkretheit das Ergebnis der organischen Beziehungen zwischen Staat oder politischer Gesellschaft und 'Zivilgesellschaft'. Die entsprechend der Definition subalternen Klassen sind nicht vereinigt und können sich nicht vereinigen, solange sie nicht 'Staat' werden: ihre Geschichte ist deswegen eingebunden in die der Zivilgesellschaft.“²¹

Im historischen Prozeß der Herausbildung einer relativ eigenständigen modernen zivilen Gesellschaft, den Gramsci im 19. Jh. beobachtet, komme es also zur „Gewaltenteilung: „Die Gewaltenteilung und die gesamte Diskussion um ihre Verwirklichung und die seit ihrem Aufkommen entstandene juristische Dogmatik sind das Resultat des Kampfes zwischen [der] Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft einer bestimmten historischen Periode mit einem gewissen instabilen Gleichgewicht der Klassen ... Natürlich sind alle drei Gewalten auch Organe der politischen Hegemonie, doch in unterschiedlichem Ausmaß: 1. Parlament; 2. Justiz; 3. Regierung ...“²² Gramsci geht es also bei der Bestimmung, Unterscheidung und Verknüpfung von politischer Gesellschaft (Staat) und Zivilgesellschaft vor allem um die Analyse der Struktur Machtausübung. Am Beispiel des Risorgimento führte er aus: „Das methodologische Kriterium, auf das man die Prüfung gründen muß, ist folgendes: das Supremat einer sozialen Gruppe stellt sich auf zweierlei Art dar, als ‚Herrschaft‘ und als ‚geistige und moralische Führung‘! Eine soziale

²⁰ Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg/Berlin 1996, S. 1502.

²¹ Antonio Gramsci, Quaderni del Carcere. Edizione critica dell'Istituto Gramsci, a cura di Valentino Gerratana, Turin 1975, Bd. III, S. 2288.

²² Gefängnishefte, Bd. 4, Hamburg/Berlin 1992, S. 772f.

Gruppe ist herrschend gegenüber gegnerischen Gruppen, die sie selbst mit bewaffneter Gewalt zu ‚liquidieren‘ oder zu unterwerfen sucht, und sie ist führend gegenüber benachbarten und verbündeten Gruppen. Eine soziale Gruppe kann, ja muß führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (dies ist eine der grundsätzlichen Bedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch, wenn sie sie fest in den Händen hält, wird sie herrschen, aber sie muß auch weiterhin ‚führend‘ bleiben.“²³

Gramsci kritisierte in der Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen „das Fehlen einer klaren Darstellung des Staatsbegriffs und der Unterscheidung darin zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, zwischen Diktatur und Hegemonie usw.“²⁴ sowie die Vermischung beider. Dem italienischen Philosophen Gentile machte er zum Vorwurf: „Hegemonie und Diktatur sind [bei Gentile, - H. N.] ununterscheidbar, die Gewalt ist umstandslos Konsens: man kann die politische Gesellschaft nicht von der Zivilgesellschaft unterscheiden: es gibt nur den Staat und natürlich den Staat-Regierung usw.“²⁵

Das Neue, das für die modernen bürgerlichen Gesellschaften charakteristisch ist, besteht darin, daß der Staat, d. h. die politische Gesellschaft, den Grad von Legitimation und Stabilität nunmehr daraus schöpft, in welchem Zustand sich die zivile Gesellschaft befindet, vor allem wie in der zivilen Gesellschaft die politische, kulturelle und moralische Hegemonie der herrschenden Klasse oder Gruppe entwickelt ist. Die instrumentalisierte Funktionalität des Verhältnisses von ziviler und politischer Gesellschaft besteht - historisch betrachtet - nunmehr in der wechselseitigen, sehr vielschichtigen Bedingtheit beider gesellschaftlicher Komponenten, die einerseits eine neue politische Kultur erzwingt, aber andererseits auch neuen Möglichkeiten der Manipulation, der Demagogie, des legalen politischen Mißbrauchs der Massenpsychologie und -kultur zum Zwecke der Absicherung staatlicher Macht mit nichtstaatlichen Mitteln Tür und Tor öffnet.

Herrschaft ist nach Gramsci Gewaltanwendung, und Hegemonie ist politische Führung auf konsensualer Grundlage, wobei beide im Verhältnis zueinander stehen und im besten Falle miteinander kombiniert werden, aufeinander abgestimmt sind.

²³ Quaderni del Carcere, Bd. III, S. 2010f.

²⁴ Gefängnishefte, Bd. 6, S. 1260. In diesem Zitat fällt auf, daß Gramsci hier den Staat, die politische Gesellschaft, nicht nur als Gewalt(anwendung), sondern als Diktatur bezeichnet, was offenbar eine Anlehnung an den Marxschen und Leninschen Diktaturbegriff ist.

²⁵ Gefängnishefte, Bd. 4, S. 718.

VI.

Nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ wurde die seit längerem schwelende Krise des Marxismus als Theorie sowie der sozialistischen Politik als entsprechender Praxis auch für jene evident, die sie bislang nicht zur Kenntnis genommen oder gelehnt hatten. Bei den einen führte dies zur gänzlichen Abkehr vom Marxismus bzw. zur Auffassung, von Marxismus könne überhaupt keine Rede mehr sein, bei anderen zur Einsicht, daß der Marxismus für die Analyse und Einschätzung der kapitalistischen Gesellschaft und deren Entwicklung sowie für sozialistische Politik unverzichtbar bleibt, zu diesem Zweck jedoch dringend einer kritisch-schöpferischen Erneuerung bedarf. Die inhaltlichen Aspekte der Theorie, ihre Kategorien und Begriffe, die hierbei im Zentrum der Überprüfung und Erneuerung stehen und den Beweis für die Aktualität des Marxismus erbringen müssen, können jedoch in diesem Beitrag nicht behandelt werden. Es versteht sich aber, daß von ihnen das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Subjekt und Objekt, auf das sich der vorliegende Beitrag beschränken will, nicht zu trennen ist und daß sie deshalb ebenfalls gründlich neu durchdacht werden müssen.

Wenngleich beim heutigen Stand der Diskussion fertige Antworten nicht gegeben werden können, seien einige Thesen als Beitrag zur Diskussion dargelegt.

Erstens: Eine sozialistische Partei bzw. Bewegung, deren Politik auf gesellschaftlichen Wandel, auf die Errichtung einer anderen, einer alternativen, gesellschaftlichen Ordnung gerichtet ist, benötigt zur historischen Bilanz, zur Analyse der gegebenen nationalen und internationalen gesellschaftlichen Verhältnisse, zur Projizierung ihrer programmatischen Vorstellungen und für die Konzipierung ihrer Strategie eine theoretische Grundlage, eine sozialistische Theorie.

Zweitens: Die theoretische Orientierung einer sozialistischen Partei ist ohne einen erneuerten Marxismus in dessen Einheit von Theorie und Methode nicht denkbar. Das kann nicht bedeuten, jede sozialistische Theorie - oder besser: alle sozialistische Theorien in deren Vielfalt - mit Marxismus zu identifizieren, auf ihn zu reduzieren. Was den Marxismus, also die marxistische Theorie angeht, so bedarf dies einer Erläuterung und Klarstellung: Er ist zum einen zu begreifen und kritisch zu berücksichtigen in seiner ganzen bisherigen historischen Entwicklung, zum anderen ist er durch kritische Erneuerung aus seiner derzeitigen Krise zu befreien. Gültigkeit und Aktualität des Marxismus läßt sich dabei nicht aus der Theoriegeschichte ermitteln, sondern an der Fähigkeit, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren sowie Antworten auf die Probleme der Gegenwart und auf die Fragen nach der Perspektive zu geben.

Drittens: Sozialistische Theorie und Marxismus lassen sich - entgegen überkommener Praxis - nicht in das Schema von Geschlossenheit, Monismus, Monokausalität, Ausschließlichkeit usw. pressen. Es muß akzeptiert werden,

daß es verschiedene Rezeptionen, verschiedene Wege der Erneuerung und somit verschiedene aktuelle Auslegungen marxistischen und sozialistischen Denkens gibt, deren Bestandsfähigkeit, Richtigkeit, Anwendbarkeit nur im Diskurs und in der politischen Praxis zu ermitteln sind, was bisher bei Sozialisten kaum entwickelt ist. Unterschiede im marxistischen Denken dürfen nicht für Ab- und Ausgrenzungen, für ideologische Grabenkämpfe, für ungerechtfertigte Spaltungen in den politischen Bewegungen genutzt werden.

Viertens: Sozialistische Theorie und Marxismus fallen in die Kompetenz von Wissenschaftlern und verlangen dementsprechend auch wissenschaftlichen Umgang. Im Unterschied zur Vergangenheit bedeutet dies, daß zum einen ihre Vulgarisierung, Simplifizierung, der unkritische Umgang mit ihnen nicht wieder zugelassen werden darf, und daß zum anderen sie nicht der politischen Interessenlage einer Partei untergeordnet, nicht für die Rechtfertigung der praktischen Politik instrumentalisiert werden dürfen.

Fünftens: Sozialistische Politiker, sofern sie nicht ohnehin Wissenschaftler sind, benötigen historische und theoretische Kenntnisse, von denen sie sich im Prinzip in ihren Urteilen, Entscheidungen und Aktivitäten sowie bei der Ausarbeitung von Programmen leiten lassen. Keineswegs dürfen sie - vor allem nicht aus politischem Utilitarismus - ein Interpretationsmonopol für die sozialistische Theorie beanspruchen. Sie müssen vielmehr bereit sein, ihr Denken und Handeln an den Kriterien der Theorie kritisch messen zu lassen. Die Theorie besitzt gegenüber der Politik eine gewisse Souveränität, was allerdings nicht ausschließen darf, sie stets anhand der Erfahrungen der politischen Praxis nach ihrer Richtigkeit zu überprüfen.

Sechstens: Es darf nicht gelehnt werden, daß im Unterschied zur Theorie sozialistische Politik nicht schlechthin Realisierung von Theorie sein kann, sondern stets einen pragmatischen, zweckgerichteten Aspekt besitzt, der sich nicht unmittelbar aus der Theorie ableiten, nicht immer mit ihr erklären läßt. Politik zwingt zu taktischen Entscheidungen und Wendungen, die von der Dynamik von Kräfteverhältnissen, von der Taktik und Aktivität der Gegenkräfte, also von Aktion und Re-Aktion, von Erfolg und Mißerfolg einer Aktion usw. abhängen.

Siebtens: Während es in der Theorie bei deren Wissenschaftlichkeit im wesentlichen um das wahrheitsgemäße Erkennen der Realität und um eine dieser Realität entsprechende programmatische Orientierung geht, geht es in der Politik um mehr oder weniger wirkungsvolles (oder wirkungsloses), richtiges (oder falsches), erfolgreiches (oder erfolgloses) Handeln. Auf die Politik sind zwar die Kategorien Richtigkeit und Wahrhaftigkeit, kaum jedoch die Kategorie Wahrheit anwendbar.

Achtens: Aus all diesen Überlegungen ergibt sich das Erfordernis, generell und in jeder konkreten Situation erneut über die vielschichtigen und multikausalen Vermittlungswege und -glieder zwischen Theorie und Politik nachzudenken, ständig beides am jeweils anderen zu überprüfen, ohne die Konturen zwischen ihnen zu verwischen oder zu negieren.

Neuntens: Neu ist die Frage nach dem sozialen Bezug der marxistischen Theorie und nach dem Subjekt sozialistischer Politik zu beantworten. Kann man den Marxismus heute als die Weltanschauung der Arbeiterklasse begreifen? Ist die Arbeiterklasse - potentiell oder reell - das revolutionäre Subjekt, das vorrangige Subjekt sozialistischer Politik in der Gegenwart? Ist Sozialismus künftig denkbar als das Ergebnis der historischen Mission der Arbeiterklasse? Diese Fragen lassen sich nach den historischen Erfahrungen und der gegenwärtigen Sachlage kaum bejahen.²⁶

(Dieser Beitrag ist die erweiterte Fassung eines Vortrags zum gleichen Thema auf der internationalen Konferenz „Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert“ in Elgersburg (Thüringen) vom 19. bis 21. März 1999.)

²⁶ Siehe auch Harald Neubert, Die Krise der Arbeiterbewegung, „Revitalisierung“ des Kapitalismus, Zusammenbruch des „realen Sozialismus“. In: Z 9 (März 1992), S. 6ff.

Erich Hahn

Zur Kritik der Postmoderne

Ich bedaure sehr, daß die Kontroverse zwischen Werner Seppmann und Reinhard Schweicher eine solche Schärfe angenommen hat, daß eine Fortsetzung blockiert zu sein scheint.¹ Bei einem derart widerspruchsvollen Phänomen ist rasche Übereinstimmung im Urteil auch dann nicht zu erwarten, wenn bei den Partnern des Gesprächs ein übereinstimmender marxistischer Ausgangspunkt gegeben ist. Die Auseinandersetzung mit der Postmoderne, ihre Wertung und Kritik kann keinesfalls als abgeschlossen gelten. Sie berührt eine Reihe wesentlicher Konfliktlinien des geistigen Lebens kapitalistischer Gesellschaften am Ende dieses Jahrhunderts.

Im Folgenden möchte ich mich nicht im Einzelnen an die Fragestellungen von Werner Seppmann oder Reinhard Schweicher halten, sondern einige eigene Probleme beim „Umgang“ mit der Postmoderne zur Diskussion stellen. Einen Anstoß zu resümierenden Betrachtungen lieferte nicht zuletzt der kürzlich erschienene Bilanz-Versuch der Zeitschrift 'Merkur'.

Jede Kritik der Postmoderne sieht sich dem Problem gegenüber, der Spezifik ihres Objekts gerecht zu werden. Es ist kaum zu umgehen, von der Postmoderne im Singular zu sprechen. Genau damit aber wird die außerordentliche Komplexität, Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit dessen umgangen, was sich seit den sechziger Jahren als Postmoderne artikuliert bzw. unter diesem Stichwort diskutiert wird. Wenn ich das als Problem empfinde, dann mag sich darin freilich auch die Ohnmacht des eher systematisch orientierten und um Systematik bemühten Denkens angesichts eines Objekts ausdrücken, welches sich jeglicher Systematisierung beharrlich widersetzt.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Genese und Entwicklung postmoderner Ansätze macht Differenzen, Brüche und Verschiebungen deutlich. „Der Postmodernismus entstand nicht als kompakte Paradigmagruppe, die sich zunehmend durchorganisierte ... Die Post-Bewegungen tauchten in unterschiedlichen Zusammenhängen auf.“² In den USA tritt postmodernes Gedankengut im Rahmen kultureller bzw. künstlerischer Prozesse auf, als Element des Aufgehens gegen Erscheinungen des Stillstandes, der „Abflachung“ ehemals kri-

¹ Vgl. Werner Seppmann, Die „Postmoderne“ als Realität und Ideologie, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr 31, September 1997; Reinhard Schweicher, St. Werners wackere Attacke gegen Rädelsführer „der Postmoderne“ und andere herrschaftsideologische Bösewichter, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 32, Dezember 1997; Werner Seppmann, Die Paradoxien des „postmodernen Denkens“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.33, März 1998.

² Klaus von Beyme, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1996, S.148.

tischer Tendenzen und Bewegungen in der Architektur, der Literatur und der Malerei, als Ausdruck der Enttäuschung und des Zweifels an der Realisierbarkeit überkommener Alternativ- und Zukunftsvorstellungen. Zusammenhänge mit politischen Protestbewegungen der sechziger Jahre, „demokratische Impulse“ sind nicht zu leugnen.³

Die europäische, vor allem französische Rezeption in den Siebzigern weitet das Ganze aus - mit deutlicherer politischer Motivation und einem höheren philosophisch-theoretischen Anspruch. Die Losung von „Ende der Meta-Erzählungen“, die Behauptung, das Vertrauen in die emanzipatorischen Potenzen solcher Ideen und Prinzipien wie Vernunft, Freiheit, Arbeit, Fortschritt, Nächstenliebe sei im „Niedergang“ begriffen⁴, verleihen Auftrieb - gespeist von Enttäuschungen über das Scheitern der 68er-Attacken gegen das spätkapitalistische System und über das Ausbleiben der revolutionierenden Kraft des Marxismus im allgemeinen.⁵

Die deutsche Übernahme und Kritik postmoderner Ideen erfolgt zunächst im Rahmen der Philosophie und Ästhetik, um dann auf Fächer wie Politologie und Soziologie übergreifen. Wenig Originalität ist festzustellen - in der voluminösen Bilanz-Anthologie der Zeitschrift 'Merkur' zur Postmoderne werden vier mal häufiger ausländische Autoritäten zitiert als deutsche!

Was also zunächst notiert werden sollte, ist die allmähliche Ausbreitung der Postmoderne von einer eher punktuellen zu einer vielgestaltigen, die unterschiedlichsten Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens erfassenden Erscheinung. Eng damit verbunden ist eine gewissermaßen strukturelle Ausfächerung. „Es ist schwer zu sagen, was die Postmoderne wirklich ist - eine Epoche, eine Bewußtseinslage, ein Satz von Techniken, Methoden, Ideen?“⁶ Sowohl das Verständnis der Postmoderne (durch verschiedene Interpreten) als auch ihr Selbstverständnis (durch ihre Repräsentanten) weisen voneinander abweichende Bestimmungen auf, von denen gleichwohl jede Gültigkeit beanspruchen kann.

Als kulturelle Bewegung bzw. als literarische Strömung wird sie unter anderem von Charles Jencks, Terry Eagleton und Utz Riese angesehen.⁷ Umberto Eco bezeichnet sie einmal als „Kunstwollen“.⁸ Bei Eagleton findet sich auch die Bestimmung als „kultureller Stil, der etwas von diesem epochalen Wandel

³ Andreas Huyssen/Klaus Scherpe (Hg.), Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels, Reinbek 1986, S.7ff.

⁴ Jean-François Lyotard, Postmoderne für Kinder, Wien 1987, S.32, 101.

⁵ Vgl. Florian Rötzer, Denken, das an der Zeit ist, Frankfurt 1987, S.330.

⁶ Terry Eagleton, Wo leben diese Leute eigentlich? Die Zeit 13. August 1998 S.37.

⁷ Charles Jencks, Die Postmoderne, Stuttgart 1987, S.11f; Terry Eagleton, Die Illusionen der Postmoderne, Stuttgart/Weimar 1997, S.VII, im Folgenden 'Illusionen'; Utz Riese, Falsche Dokumente, Leipzig 1993, S.10.

⁸ Umberto Eco, Postmodernismus, Ironie und Vergnügen, in: Wolfgang Iser (Hrg.), Wege aus der Moderne, Weinheim 1988, S.75.

reflektiert, in Form einer oberflächlich bleibenden, dezentrierten, unbegründeten, selbst-reflexiven, spielerischen, derivativen, eklektischen, pluralistischen Kunst ...“⁹ Die wesentliche Bindung der Postmoderne an Kultur und Kunst sollte auch da nicht aus dem Blick geraten, wo sie weit über diese Bereiche hinaus geht.

Auch als „Periodisierungsbegriff“, also zur Bezeichnung eines Zeitabschnitts, eines Zeitalters, einer Epoche taucht der Terminus immer wieder auf¹⁰, während Lyotard sich wiederholt gegen ein solches Verständnis ausgesprochen hat¹¹.

Von einer „postmodernen Gesellschaft“ sei nach Klaus von Beyme legitimerweise dann zu sprechen, wenn Elemente eines bestimmten Lebensgefühls (z.B. Hedonismus, fragmentiertes Denken als Merkmal einer multimedialen Welt, Ästhetisierung) in einer Massengesellschaft Verbreitung finden. Er läßt allerdings keinen Zweifel daran, daß der „Kapitalismus noch immer Grundlage der postmodernen Gesellschaft“ ist.¹² Entschieden auch Achim Bühl, allerdings unter anderem Vorzeichen: die Frage, ob es eine postmoderne Gesellschaft gebe, sei „schlicht und einfach“ mit „Ja“ zu beantworten. Sie beginne mit der Existenz und Entfaltung virtueller Welten. „Die CyberSociety erweist sich als radikalisierte Postmoderne, die Postmoderne ist eine Epoche, die unter zunehmenden Druck der Virtualisierung gerät.“¹³

Wohl am häufigsten ist der Gebrauch von „Postmoderne“ zur Bezeichnung einer „Geisteshaltung“, eines „Denkstils“, einer „Sichtweise“ oder auch einfach einer „Konstellation“, einer „Verfassung“, einer „Identität“. In der Regel wird diese Bestimmung mit einer gewissen historischen Konkretisierung versehen: „Bewußtsein einer Epochenschwelle“, „unklares Bewußtsein eines Endes und eines Übergangs“¹⁴, „Denken einer Übergangsphase“¹⁵, Signal eines „kulturellen Umbruchs“¹⁶.

Es ist normal geworden, in diesem Sinne von bestimmten Entwicklungstrends als postmodern zu sprechen. Paul Michael Lützeler hat dies kürzlich für ver-

⁹ Terry Eagleton, Illusionen, S.VIII.

¹⁰ Paul Michael Lützeler, Ein deutsches Mißverständnis, in: Die Zeit 1. Oktober 1998 S.41; ders., Nomadentum und Arbeitslosigkeit, in: Postmoderne. Eine Bilanz. Sonderheft Merkur, Sept./Okt. 1998 (im Folgenden abgekürzt 'Merkur'), S.909ff.

¹¹ Jean-François Lyotard, Die Moderne redigieren, in: Welsch (Hrg.) Wege aus der Moderne, a.a.O., S.213; ders. Postmoderne für Kinder, a.a.O., S.39.

¹² Klaus von Beyme, Theorie der Politik, a.a.O., S.157.

¹³ Achim Bühl, Cybersociety, Köln 1996, S.187.

¹⁴ Albrecht Wellmer, Zur Dialektik von Moderne und Postmoderne, Frankfurt/M. 1985, S.48, 57.

¹⁵ Terry Eagleton, Illusionen, S.178.

¹⁶ Karlheinz Barck, Richtungswechsel. Postmoderne Motive einer Kritik politischer Vernunft, in: Robert Weimann/Hans Ulrich Gumbrecht, Postmoderne - globale Differenz, Frankfurt/M. 1991, S.167.

schiedene Bereiche präzisiert. In „Politik und Gesellschaft“ meine „postmodernen“ unter anderem den Wechsel von „radikalen Entweder-Oder-Ideologien“ zu Kompromißhaltungen“, von männlich dominierten Gesellschaftsvorstellungen zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau, von Eurozentrismus zu Multikulturalismus, vom Nationalen zum Globalen; in „Philosophie und Weltanschauung“ gehe es der postmodernen Einstellung um die Betonung des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen, der Vielfalt gegenüber der Einheit“, „hybrider und flexibler Identitäten“ gegenüber „traditionell fixierten“, der Diskontinuität gegenüber der Kontinuität; in „Kunst und Literatur“ sei eine Bewegung „vom verbissenen Ernst zu einer Einstellung des Spielerischen“, vom Elitären zum Populären, von der Innovation zur Rückbesinnung auf Älteres zu beobachten.¹⁷

Zur Flankierung einer derartige Revue könnte man auf ähnliche Bemühungen im Rahmen der hier genannten Bereiche selbst verweisen - z.B. hat Reinhard Mocek für die Philosophie prägende „Kennworte“ benannt: Sensibilität kontra Rationalität, Vielfalt gegen Einheit, Kontingenz gegen Gesetz, Sprachspiel gegen Dialog.¹⁸ Klaus von Beyme hat es unternommen, mit systematischem Anspruch den Beitrag des postmodernen Denkens zur Theorie der Politik herauszuarbeiten.¹⁹

Das Verständnis von „Postmoderne“ als Geisteshaltung muß jedoch noch in anderer Hinsicht präzisiert werden. Es wird unterstrichen, daß dieses heterogene Gebilde sowohl im strengen Sinne theoretische als auch eher nicht-theoretische Ausdrucksformen annehmen kann. Dieter E. Zimmer versteht „Postmodernismus“ als ein „Bündel avantgardistischer Denkansätze, das mehr eine Art intellektuelle Grundstimmung“ sei „als eine einheitliche Theorie“.²⁰ Ähnlich unterscheidet Peter Bürger an der „poststrukturalistischen Rede“ einen „argumentativen“ Teil und „surrealistische“ Einlagen.²¹

Und ein Letztes. Es ist sicher in erster Linie auf die zwangsläufig unterschiedliche Position der verschiedenen Kommentatoren und Interpreten zurückzuführen, wenn politische Wertungen, Etikettierungen oder Zuordnungen der Postmoderne voneinander abweichen. In mancher Hinsicht jedoch bieten auch Differenzierungen in der Sache selbst - nicht zuletzt die unterschiedlichen Identitäten ihrer Protagonisten - Anlaß dazu. Das gilt zum Beispiel für die von Gerd Irrlitz vorgenommene Unterscheidung einer affirmativen und einer kritischen Linie der Postmoderne²² bzw. Eagletons Herausarbeitung kriti-

¹⁷ Paul Michael Lützel, Ein deutsches Mißverständnis, a.a.O.

¹⁸ Reinhard Mocek, Die Postmoderne - intellektuelle Mode oder Kulturzeichen der Gegenwart? In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 4, Jahrgang 1995, Heft 4, S.16ff.

¹⁹ Klaus von Beyme, Theorie der Politik, a.a.O., S.187ff.

²⁰ Dieter E. Zimmer, Der Affekt gegen die Wissenschaft, in: Die Zeit, 4.Juni 1998, S.35.

²¹ Peter Bürger, Schwarze Philosophie, in: Die Zeit, 30.Oktober 1992, S.83.

²² Gerd Irrlitz, Postmoderne-Philosophie, ein ästhetisches Konzept, in: Weimarer Beiträge, 1990, Heft 3, S.360ff.

schers und unkritischer Züge²³. Charakteristisch ist auch, daß in biographischen Darstellungen in der Regel ein beträchtlicher Aufwand vonnöten ist, um die politische Position der betreffenden Persönlichkeit zu charakterisieren. Der Streit um ein „subversives“ oder „emanzipatorisches“ Potential der Postmoderne währt lange, wird aber wohl eher zu ihren Ungunsten zu entscheiden sein. „Es mag altmodisch klingen, aber wo an die Stelle von Gesellschaftskritik Kulturkritik tritt, wird die Basis zugunsten des Überbaus vernachlässigt. Statt kritischer Wirklichkeitsanalyse, so könnte man mit Marx sagen, wird scholastische Ideenmetaphysik im kulturelrelativistischen Himmel betrieben.“²⁴

Ähnliches trifft für die Beurteilung der Beziehungen der Postmoderne zur Linken zu. Offenbar überwiegen abschlägige Antworten auf die Frage, ob postmodernes Denken für die Entwicklung der Linken förderlich ist. Zu Recht und aus gutem Grund. „Durch einen Angriff auf die Rationalität beraubt sich die postmoderne Linke selbst eines wirkungsvollen Instruments zur Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung.“²⁵ Sobald „man beginnt, objektive Wahrheiten, logische Argumentationen und natürliche Fakten in Zweifel zu ziehen, gibt es nichts mehr, worauf sich Minoritäten in ihrem Kampf gegen gesellschaftliche Unterdrückung berufen können.“²⁶ Dem stimmt auch Terry Eagleton mit Nachdruck zu.²⁷ Gleichwohl zögert er nicht, mit starken Worten bedeutsame Wirkungen der Postmoderne hervorzuheben. Ihre „wertvollste Erregenschaft“ sieht er darin, Fragen des Geschlechts und der Ethnizität und damit einen „neuen Komplex politischer Forderungen“ bzw. die Notwendigkeit einer „einfallsreichen Veränderung des Konzepts von Politik“ auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. „Ein Sozialismus, der sich angesichts dieser reichen, ausdrucksstarken Kultur nicht verändert, wird sicherlich von vornherein chancenlos sein.“²⁸ Übrigens wäre es angesichts der weltweiten Debatte um den Gehalt linken Engagements töricht, linke Ansprüche zu ignorieren, weil sie mit einem postmodernen Vorzeichen versehen sind - und bequem, sie nicht zu hinterfragen.

Genauso spannend die Kehrseite der Frage, die Beziehung von Postmoderne und Konservatismus. Überwiegend wird die Postmoderne mit konservativen oder neokonservativen Tendenzen in Verbindung gebracht. Allerdings findet beispielsweise die entschiedene Position von Jürgen Habermas in dieser Hinsicht keinesfalls ungeteilte Zustimmung.²⁹ Auch darf nicht darüber hinwegge-

²³ Terry Eagleton, Wo leben diese Leute eigentlich? A.a.O.

²⁴ Hans-Peter Müller, Das stille Ende der Postmoderne, in: Merkur, S.980.

²⁵ Alan Sokal/Jean Bricmont, Postmoderne in Wissenschaft und Politik, in: Merkur, S.940ff.

²⁶ Dirk Baecker, Frivole Wissenschaft? in: Die Zeit, 7.März 1997, S.56.

²⁷ Terry Eagleton, Illusionen, S.179.

²⁸ Ebenda S.29, 32, 162.

²⁹ Vgl. Burghart Schmidt, Postmoderne, Strategien des Vergessens, Darmstadt und Neuwied 1986, S.66f; Andreas Huyssen/Klaus R.Scherpe, Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels, a.a.O., S.8, 26ff; Klaus von Beyme, Theorie der Politik, a.a.O., S.156, 173, 192.

sehen werden, daß die deutsche „Neue Rechte“ in ihren programmatischen Dokumenten die Postmoderne auf ebenso militante wie unflätige Weise beschimpft. Da ist die Rede von dem modernen wie postmodernen „Plunder“ und von einem „expressiven Anarchismus“ des „postmodernen Satyrspiels“, die „massendemokratische Postmoderne“ wird verketzert, „Ethos“ und „Würde“ werden ihr abgesprochen.³⁰ Was diese Konservativen freilich nicht daran hindert, in der Verabschiedung der Aufklärung mit Postmodernen am gleichen Strang zu ziehen.

Eine gründlichere Analyse der Beziehungen zwischen Postmoderne und Konservatismus könnte ein produktiver Ausgangspunkt dafür sein, den Platz der Postmoderne - als Ideologie - im Ganzen der ideologischen Herrschaft in den kapitalistischen Industrieländern zu klären.

Als Folgerung aus dieser faktischen Vielgestaltigkeit der Postmoderne ergibt sich zunächst, daß ihre Kritik sich Rechenschaft darüber ablegen müßte, worauf sie sich bezieht. Gesamteinschätzungen werden damit - wie die reale geistige Auseinandersetzung zeigt - weder überflüssig noch illegitim. Sie müßten allerdings verdeutlichen, welche Verallgemeinerungen ihrer Substanz zugrunde liegen.

„Das postmoderne Bewußtsein ... reproduziert die phantomhafte Welt universaler Diffusion auf der Ebene der Unmittelbarkeit. Hier hat es sein Element der Wahrheit. Seine fundamentale Unwahrheit besteht darin, daß es die Erscheinungsweise seiner Unmittelbarkeit als das Ganze versteht oder ausgibt, daß es die Existenz einer anderen Wirklichkeit als die der Phantomwelt leugnet.“³¹

Viel wird davon abhängen, jene Übergänge deutlich zu machen, in denen sich der Umschlag von dieser Wahrheit zu dieser Unwahrheit vollzieht, jene Knotenpunkte aufzuspüren, an denen - aus welchen Gründen auch immer - Erkenntnisvorgänge in Einseitigkeiten und Verabsolutierungen münden, an denen - wie Lenin es einmal ausgedrückt hat - die „Phantasie dem Leben entschwebt“.³² Das setzt seinerseits voraus, das „Element der Wahrheit“ zu fixieren, jene realen Erscheinungen, die - so oder so - vom postmodernen Bewußtsein spontan reproduziert werden, die als Ausgangspunkt geistiger Aneignung fungieren. Als Ausgangspunkt auch für die eigentliche Alternative oder Ergänzung zur Ermittlung der postmodernen Unwahrheit, für den Nachweis jener Wirklichkeit, deren Existenz von der Postmoderne geleugnet wird.

Nichts kann natürlich die Kritik von Ideen durch Ideen ersetzen. Worum es

³⁰ Heimo Schwilk, Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation, Frankfurt/Berlin 1994, S.121, 193, 211, 427, 452.

³¹ Thomas Metscher, Pariser Meditationen, Wien 1992, S.396.

³² W.I.Lenin, Werke, Band 38, Berlin 1964, S.353.

mir geht, ist, dem spezifischen Status und Charakter dieses geistigen Gebildes gerecht zu werden. Wenn man die Postmoderne als Gesamtkomplex im Auge hat, dann gilt m.E., daß sie sich im Verhältnis zu anderen geistigen Gebilden - beispielsweise traditionellen philosophischen Systemen oder auch politischen Ideologien - weniger als geistiges Resultat der übergreifenden inneren Logik des betreffenden Bereichs und stärker im Ergebnis einer komplexen Konfrontation einer bestimmten Erfahrung oder Bewußtseinslage mit einer konkret-historischen gegebenen Realität formiert. Der Vergleich mit der Romantik wird - wenn auch in anderer Hinsicht - nicht selten gezogen. Daß diese „Konfrontation“ selbst spontan und organisiert, zersplittert und einheitlich, national und international, in den Bereichen der Kunst, der Politik und der Moral, im Rahmen einzelner Wissenschaften und interdisziplinär, simultan und mit zeitlicher Versetzung erfolgt und daher zu jener widersprüchlichen Gesamtheit führen muß, die wir ansatzweise im ersten Abschnitt darzustellen versucht haben, steht außer Zweifel. Diesem Verständnis sehr nahe kommt die Bestimmung der Postmoderne als „Konzept zur Interpretation der industriellen Lebenswelt und Weltsituation ...“ durch Reinhard Mocek.³³

Die im engeren Sinne theoretische Kritik der Postmoderne soll im letzten Abschnitt berührt werden. Zunächst soll es um die „unteren Etagen“ dieser „Konfrontation“ gehen. Die „Wahrheit“ der Postmoderne besteht in ihrer Bezugnahme auf reale Vorgänge, darin, daß sie gravierende Veränderungen der sozialen Wirklichkeit aufnimmt. Auch bei dieser „Begegnung“, diesem Widerspiegelungs- und Aneignungsprozeß handelt es sich um ein Geflecht objektiver und subjektiver, epochaler und singulärer, gesamtgesellschaftlicher und partieller Beziehungen und Ereignisse. Und wir treffen auf eine Reihe von Widersprüchen und Unstimmigkeiten. Einige Zusammenhänge sind hinlänglich klar herausgearbeitet worden. Andere bergen bislang ungelöste Probleme in sich.

Schon 1988 begründete Gerd Irrlitz plausibel und konkret das Verständnis der postmodernen Philosophie als „subjektphilosophische Reaktionsweise auf die neue Phase der Verdinglichung sozialer Beziehungen“.³⁴ Werner Seppmann hat eingehend aktuelle Entfremdungserscheinungen als Ausgangspunkt postmoderner Ideologiebildung analysiert.³⁵ Daß die für postmoderne Artikulationen relevante Entfremdung ihre destruktiven Wirkungen längst nicht mehr allein aus sozialökonomischen Konfliktfeldern bezieht, sondern nicht minder aus sozialen, politischen und kulturellen Krisenprozessen, betont Sandro Bocola aus der Sicht der Kunsttheorie.³⁶

Erhellend sind m.E. auch die Debatten über die tatsächlichen oder vermeintlichen Wurzeln postmoderner Verallgemeinerungen aus bestimmten Prozessen

³³ Reinhard Mocek, Die Postmoderne..., a.a.O., S.7.

³⁴ Gerd Irrlitz, Postmoderne-Philosophie..., a.a.O., S.359.

³⁵ Werner Seppmann, Die „Postmoderne“ als Realität und Ideologie, a.a.O., S.148ff.

³⁶ Sandro Bocola, Die Kunst der Moderne, München/New York 1994, S.574f.

in der Entwicklung der Wissenschaft. Die oft mit großer Selbstverständlichkeit vorgetragene Berufung auf angeblich zweifelsfreie wissenschaftliche Trends als Argument postmodernistischen Weltverständnisses sind durch das Auftreten namhafter Wissenschaftler fragwürdig geworden. Gezeigt wurde beispielsweise, inwiefern postmodernistische Relativismen als vorschnelle Reaktion auf defizitäre Tendenzen in der wissenschaftlichen Praxis zu relativieren sind.³⁷ Problematisch ist die fließende, schwer zu markierende Grenze zwischen normalen, unumgänglichen, seit etlichen Jahren jedoch zugespitzten weltanschaulichen Auseinandersetzungen um Gewißheit, Eindeutigkeit und Objektivität, um das Konstruktive und das Konstruktivistische von Erkenntnis und Wahrheit einerseits und postmodernen Verabsolutierungen und Radikalisierungen (die Position eines allgemeinen Skeptizismus gegenüber der modernen Naturwissenschaft, das übersteigerte Interesse an subjektiven Überzeugungen unabhängig von deren Wahrheitsgehalt, die Betonung von Diskurs und Sprache im Gegensatz zu Tatsachen, die unkritische Adaptation konstruktivistischer Positionen als erkenntnistheoretisches Credo etc.) andererseits.³⁸ Interessant ist zugleich, daß selbst scharfe Kritiker wie Sokal und Bricmont in „gemäßigten Formen“ postmoderner Haltungen ein „notwendiges Korrektiv“ zu einem „naiven Modernismus“ sehen, zum Beispiel dem Glauben an einen grenzenlosen und kontinuierlichen Fortschritt. Nicht nur diese beiden Autoren werfen auch die nicht weniger berechtigte Frage nach weißen Flecken oder Fehlentwicklungen der marxistischen Theorie bzw. der Geschichtsphilosophie überhaupt als Ansatzpunkt für postmoderne Interpretationen auf.³⁹

Von übergreifender Bedeutung als praktisch-geistige Vermittlungsinstanz, als Brücke zwischen objektiver Wirklichkeit und postmodernem Bewußtsein sind politisch-historische Erscheinungen und Erfahrungen. Karlheinz Barck ist zuzustimmen, wenn er feststellt, daß der Kontext des Streits um die Postmoderne sich erst dann adäquat bestimmen läßt, wenn die politische Dimension, die das Feld der Auseinandersetzung und den Einsatz der Argumente motiviert, in Betracht gezogen wird. Die „Verschärfung der Diskrepanz zwischen der beobachtbaren historisch-politischen Realität und den Ideen“, die mit dieser Realität verbunden sind - eine Formulierung von Lyotard - stelle seit den sechziger

³⁷ Alan Sokal/Jean Bricmont, *Postmoderne...*, a.a.O., S.936ff.; Paul Boghossian, *Sokals Jux und seine Lehren*, in: *Die Zeit*, 24. Januar 1997, S.49.

³⁸ Alan Sokal/Jean Bricmont, *Postmoderne...* a.a.O. S.929; Wolfgang Bonss, *Uneindeutigkeit, Unsicherheit, Pluralisierung*, in: *Merkur*, S.973; Hans-Peter Müller, *Das stille Ende der Postmoderne*, a.a.O., S.978.

³⁹ Vgl. Alan Sokal/Jean Bricmont, *Postmoderne...*, a.a.O., S.938; Winfried Schröder, *Über „das Versagen des modernen Subjekts“ - Versuch gegen Kurzschlüsse*, in: *Postmoderne - globale Differenz*, a.a.O., S.317; Peter Schöttler, *Prologe im Himmel der Theorie*, in: *Die Zeit*, 10. September 1998, S.44.

Jahren die gewichtigste Herausforderung an alle politischen Systeme und ihre Legitimationen dar.⁴⁰

Zwei Übereinstimmungen zwischen Interpreten und Repräsentanten fallen auf. Zum einen, daß die Postmoderne ein Produkt einer „Epoche der politischen Niederlage der Linken“ ist.⁴¹ „Eine ... Quelle für postmodernes Gedankengut ist die verzweifelte Lage und die allgemeine Desorientierung der Linken, eine Situation, die in ihrer Geschichte einmalig erscheint.“⁴² Die drastische Wortwahl sollte den Blick für die Grundaussage nicht verstellen. Zum anderen wird betont, daß in die von Lyotard angemerkte Diskrepanz keinesfalls allein Probleme der Linken eingehen. Sie ist vielmehr Ausdruck tiefer Krisenerscheinungen moderner Politik überhaupt. Wir haben es mit einer Zeit der Erstarrung politischer Systeme zu tun.⁴³ Lyotard wurde nicht müde, den Niedergang, die praktische Widerlegung aller maßgebenden politischen Doktrinen der Neuzeit zu registrieren. Ein Grundzug postmoderner Politikreflexionen ist die Klage über die Allmacht des Systems, über dessen scheinbar unbegrenzte Fähigkeit, Widerstand zu neutralisieren, zu integrieren. Die den Kapitalismus begleitenden Kämpfe haben sich zu Regulatoren des Systems transformiert - ein Fazit Lyotards.⁴⁴ Grund genug für Baudrillard, das „Verschwinden der Politik“ zu predigen - der Ansatz und das Resultat der Moderne war, alles zu politisieren; nun hat das Politische alles erfaßt und infiziert (Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Sport) und damit sich selbst verflüchtigt, in Mode und Werbung aufgelöst.⁴⁵ „Es gibt eine Art Gleichgültigkeit, für die man sich ein bißchen schämt. Aber man geht trotzdem wählen. Man glaubt nicht mehr an die Politik, aber bewahrt sich die Fiktion eines politischen Raumes.“⁴⁶ Ähnlich die Anonymisierung der Macht durch ihre Allgegenwärtigkeit bei Foucault: die Macht ist keine Institution, keine Struktur, „nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation gibt.“⁴⁷

Eine gewisse Verallgemeinerung derartiger „Entsprechungen“ zwischen Grundzügen der Realität und Elementen postmodernen Geisteshaltung versucht Eagleton: „Im Gegensatz zu ... Leitvorstellungen der Aufklärung betrachtet die Postmoderne die Welt als kontingent, als unbegründet, als vielgestaltig, unstabil, unbestimmt, als ein Nebeneinander getrennter Kulturen oder Interpretationen, die skeptisch machen gegenüber der Objektivität von Wahr-

⁴⁰ Karlheinz Barck, *Richtungswechsel...*, a.a.O., S.167.

⁴¹ Terry Eagleton, *Illusionen*, S.13.

⁴² Alan Sokal/Jean Bricmont, *Postmoderne...*, a.a.O., S.939.

⁴³ Hans-Peter Müller, *Das stille Ende der Postmoderne*, a.a.O., S.979.

⁴⁴ Jean-François Lyotard, *Postmodernes Wissen*, Wien 1986, S.48.

⁴⁵ Jean Baudrillard, *Transparenz des Bösen*, Berlin 1992, S.14; Falko Blask, *Baudrillard. Zur Einführung*, Hamburg 1995, S.20, 71.

⁴⁶ Jean Baudrillard, *Le Pen hat die Macht des Bösen*, in: *Die Zeit*, 23. Mai 1997, S.39.

⁴⁷ Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen*, Frankfurt/M. 1977, S.114.

heit, von Geschichte und Normen, gegenüber der kohärenten Identität der Subjekte und gegenüber der Vorstellung, daß die Natur der Dinge einfach gegeben ist. Diese Sichtweise beruht auf realen Verhältnissen: Sie entspringt dem im Westen stattfindenden historischen Wandel zu einer neuen Form des Kapitalismus - zu einer kurzlebigen, dezentralisierten Welt der Technologie, des Konsumdenkens und der Kulturindustrie, in der die Dienstleistungs-, Finanz- und Informationsindustrie über die traditionelle herstellende Industrie triumphiert und die gängige Klassenpolitik zugunsten eines diffusen Spektrums von 'Identitätspolitik' zurücktritt.⁴⁸

Mit solchen wie den bisher skizzierten Beziehungen zwischen Realität, Erfahrung und postmodernen Befunden haben wir allerdings noch nicht das Eigentliche, die Pointe der postmodernen Reflexion zur Sprache gebracht. Sicher, schon die hier erwähnten Darstellungen dieser und jener Prozesse lassen Verkürzungen, Verzerrungen und Verabsolutierungen erkennen. Bereits die postmoderne Sicht auf die Oberfläche der Erscheinungen, das Bewußtsein der Unmittelbarkeit, ist nicht unvermittelt. Beschreibung und Wertung gehen ineinander über.

Die entscheidende Grenze zur „Unwahrheit“ jedoch wird da überschritten, wo grundlegende Folgerungen für die menschliche Existenz und Welt-Orientierung, für menschliches Erkennen und Handeln gezogen bzw. implantiert werden.

Drei derartige Übergänge, die für das postmoderne Selbstverständnis paradigmatischen Charakter tragen, sollen benannt werden: der Zeithorizont, das Ästhetisierende und das „Verschwinden der Wirklichkeit“.

Das Zeitbewußtsein wird mit dem „Post-“ auf den Punkt gebracht, mit der Verdichtung der Einzelbeobachtungen und Diagnosen zu dem Diktum vom „Ende der Moderne“. Die oft gestellte Frage nach einem positiven Inhalt einer postmodernen Epoche etc. verfehlt die prinzipielle Botschaft, die Verkündung eines im Grunde totalen Bruchs, der durch Zuspitzung aller bisherigen Prozesse zum Exzeß heraufbeschworenen puren Negation, die generelle Leugnung von Geschichte und Entwicklung durch die Behauptung, ihr Subjekt und ihre Energien, ihre Antriebe und Potenzen seien erschöpft, sinnwidrig, kontraproduktiv geworden. „Die Zeichen des Ideals sind verwischt.“ Was allein zählt, ist „die Aufnahme für das Wunder, daß es (daß etwas) geschieht, die Achtung des Ereignisses.“⁴⁹ Wirklichkeit, Kausalität, die Unterscheidung von aktiv und passiv, Sinn, Zweck, alles hat sich aufgelöst; für „uns ist das Spiel gelaufen“;

⁴⁸ Terry Eagleton, Illusionen, S. VIII.

⁴⁹ Jean-François Lyotard, Postmoderne für Kinder, a.a.O., S.125.

... Nebel, der sich in seinen einfachen Elementen und in seiner Wahrheit nicht mehr dechiffrieren läßt“.⁵⁰

Allerdings halte ich selbst in diesem Zusammenhang Vereinfachungen für unangebracht. Man muß nicht die postmoderne Perspektive teilen, um die Tiefe der uns bewegenden Zäsur wahrzunehmen. Dieser Gedanke drängt sich auf, wenn man solche wie die eben wiedergegebenen Positionen Lyotards oder Baudrillards beispielsweise mit denen des nüchternen Historikers Eric Hobsbawm vergleicht. Auch er sieht in den achtziger und neunziger Jahren „eine neue Ära des Verfalls, der Unsicherheit und Krise - und für große Teile der Welt ... in der Tat eine Ära der Katastrophe“ beginnen. Auch für ihn endet das 20. Jahrhundert „mit Problemen, für die niemand eine Lösung hatte oder auch nur zu haben vorgab“. Alle „alten oder neuen Programme, mit denen die Angelegenheiten der menschlichen Rasse bewältigt oder verbessert werden konnten“, waren offensichtlich fehlgeschlagen.⁵¹ Und Hobsbawm denkt nicht daran, seine Diagnose mit oberflächlichem Optimismus oder einer konstruierten Vision ausklingen zu lassen. Entscheidend ist jedoch, daß er dem menschlichen Handlungs- und Eingriffsvermögen keine prinzipielle Grenze setzt (durch die Leugnung der Möglichkeit objektiver Erkenntnis), sondern es herausfordert. Er betont und begründet umfassend die strikte Notwendigkeit, die Welt zu ändern.

Genau dieser Anspruch wird ästhetisierend aufgefangen und abgelenkt, wenn empfohlen wird, das Versagen der Vernunft, den Zerfall des Kosmos, den Verlust der Option auf die Zukunft, von Orientierung und Perspektive nicht als Katastrophe, als Anlaß zu Trauer und Melancholie, sondern als Gewinn, als Grund zu Heiterkeit und Gelassenheit zu nehmen.⁵² „Ein fröhlicher Tanz auf dem Vulkan, ein spielerischer Zynismus gegenüber der eigenen Ohnmacht und Ernüchterung macht die Runde.“⁵³ „Null Problemo“ - das Credo von Alf, jener überaus erfolgreichen, in 50 Ländern ausgestrahlten Fernsehschöpfung der achtziger Jahre, die seinerzeit in einem Kommentar der „Deutschen Volkszeitung/die tat“ treffend als „Knuddeltier der Postmoderne“ apostrophiert wurde: man hat sich darin zu üben, Katastrophen mit einer Mischung aus Sarkasmus und Resignation, mit heiterer Trostlosigkeit und grenzenlosem Fatalismus hinzunehmen; für Alf ist „kein Problem, was für andere den alltäglichen Weltuntergang bedeutet.“⁵⁴ „Kritisch sein, Denken können, ist bereits unkritisch, ver-

⁵⁰ Jean Baudrillard, Agonie des Realen, Berlin 1978, S.51, 63.

⁵¹ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München/Wien 1995, S.20, 688, 694.

⁵² Wolfgang Welsch (Hrsg.), Wege aus der Moderne, a.a.O., S.12ff.; Andrea Köhler, Kilroy was here. Das Phantom des Buches, in: Merkur, S.845.

⁵³ Peter Kemper (Hrsg.), 'Postmoderne' oder der Kampf um die Zukunft, S.8.

⁵⁴ Georg Seeßlen, Der intergalaktische Medienspieler, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, 8.Juli 1988, S.12.

altet, zurückgeblieben; man bekennt sich heute, mit dem Design des flockig aufgeklärten Intellektuellen, durchaus zur eigenen Tumbheit“ - so Claus-Steffen Mahnkopfs bissiger Kommentar zur Botschaft postmoderner Positionen in der Musik-Ästhetik. Und er setzt dem die Forderung nach einer neuen musikalischen Sprache entgegen: „Es geht darum, eine Musik zu erfinden, die ohne Regression eine Expressivität entbindet, die ein authentischer Ausdruck des heutigen, zugegebenermaßen hochneurotischen, multiplen und komplexitätsüberforderten Menschen ist; eine Expressivität, die in Dichte und Energie, aber auch in ihrer Ambivalenz eine Vitalität erlebbar macht, die dem Subjekt ermöglicht, aufzubegehren gegen Entfremdung und Fremdbestimmung. Wir sind auf eine Musik angewiesen, die sensibilisiert, die mit Wahrheit, nicht mit Kompromissen aufwartet.“⁵⁵

Eine Welle von Debatten über „ästhetische Existenz“, „Lebenskunst als Real Life“, gipfend in dem Vorschlag, die traditionelle, aber abhanden gekommene Funktion der Ethik in einer ethischen Ästhetik auferstehen zu lassen, prägte literaturtheoretische und ästhetische Diskurse bzw. das Feuilleton der neunziger Jahre. Orientiert an Foucaults Spätschriften wird diesem Konzept ein „genuin aufklärerischer Zielhorizont“, eine „eminent politische Stoßrichtung“ bestätigt.⁵⁶

Der ästhetischen Dimension der Postmoderne nachzugehen, wäre eine den hier gegebenen Rahmen sprengende Aufgabe.⁵⁷ Hier geht es lediglich darum, auch in diesem Zusammenhang auf die Unterschiede und Übergänge von objektiver Problemlage, theoretischer Reflexion und philosophischen Verallgemeinerungen aufmerksam zu machen.

Die Realität von vielfältigen und gewichtigen Ästhetisierungsprozessen und eine Wandlung des Stellenwertes der Kunst im öffentlichen Bewußtsein wie im Alltag dieser Jahrzehnte⁵⁸ sind augenscheinlich. Relevante Ereignisse und Trends in bezug auf Urbanisierung, Werbung, Medien, Politik, Bewußtsein, Alltagsleben, Selbstverhalten etc. sind ausführlich dargestellt und erörtert worden.

Das Nachdenken über emanzipatorische Potenzen der Kunst bzw. des ästhetischen Verhaltens setzt da an und markiert ein Feld scharfer Auseinandersetzungen. Den einen Pol bezeichnen postmodern ästhetisierende Konzepte der oben angedeuteten Art. Im schroffen Gegensatz dazu Bemühungen um eine „Ästhetik des Widerstands“ bzw. der „Befreiung“. Was sich da gegenübersteht, ist - in grober Vereinfachung - das Hochstilisieren beliebiger, vornehm-

⁵⁵ Claus-Steffen Mahnkopf, Neue Musik am Beginn der Zweiten Moderne, in: Merkur, S.867, 874.

⁵⁶ Vgl. Kunstforum Bd.143, Januar-Februar 1999, S.45.

⁵⁷ Vgl. Erich Hahn, Zur Frage der Ästhetisierung. Beitrag zur Tagung der Internationalen Schopenhauer-Vereinigung „Ästhetik und Ethik“ 23./24. Oktober 1997 in München (unveröffentlicht).

⁵⁸ Sandro Bocola, Die Kunst der Moderne, a.a.O., S.578ff.

lich individualistisch geprägter ästhetischer Vorgänge („Lebensästhetik“, das „Leben als Kunstwerk“, „Ethik der Selbstfindung“) zu einem vermeintlichen Persönlichkeits- oder gar Humanitätsgewinn auf der einen, die Artikulation des Beitrages der Kunst zur Gewinnung von geschichtlicher Perspektive und Handlungsfähigkeit⁵⁹ auf der anderen Seite. Natürlich weist auch diese Entgegensetzung in der Realität Momente der Relativierung auf, der wechselseitigen Ergänzung.

Davon zu unterscheiden sind postmoderne Verallgemeinerungen philosophischer Art, die darauf hinauslaufen, auch über ästhetische Betrachtungen das postmoderne „Verschwinden der Wirklichkeit“ herzuleiten. Insbesondere Wolfgang Welsch wird nicht müde, die Ästhetisierung der Wirklichkeit in einem grundsätzlichen Sinne zu behaupten. In „allen Wissenschaften“ trete das Bewußtsein von „einem grundlegend ästhetischen Charakter des Erkennens und der Wirklichkeit“ auf.⁶⁰ Die Struktur der Wirklichkeit sei „grundlegend ästhetisch“.⁶¹ Hergeleitet wird dies wesentlich aus einem anderen Postulat postmodernen Denkens, dem „radikalen Pluralismus“, der „Unüberschreitbarkeit von Pluralität“. Pluralität müsse als „Elixier heutiger Wirklichkeitsverfassung“ angesehen und ästhetisches Denken daher als „in besonderer Weise wirklichkeitskompetent“ anerkannt werden.⁶²

Daß Ästhetisches nicht auf Kunst beschränkt werden darf, daß Elemente ästhetischer Weltaneignung sich wechselseitig mit Wissenschaft und anderen Praktiken durchdringen, ergänzen, befruchten, steht außer Zweifel. Worum es hier geht, ist eine „Ontologisierung“⁶³ des Ästhetischen, ist die Nivellierung der Spezifik von Zugängen zur Realität, von Aneignungsweisen und damit gerade die Aufhebung ihrer jeweiligen Unverzichtbarkeit auf dem Wege einer ästhetisierenden Extrapolation. Ästhetisierungsprozesse, ästhetische Beziehungen und Eigenschaften schaffen andere Merkmale des betreffenden Gegenstandes bzw. dessen wesentliche Konkretheit nicht aus der Welt.

Betrachtungen über die Postmoderne dürfen die Medienproblematik nicht ausblenden. Der Einfluß der Medienrevolution auf die Gestaltung nahezu aller menschlichen Verhältnisse kann nicht überschätzt werden. Die Frage nach den Auswirkungen der modernen Medien auf das Zusammenleben der Menschen und ihr Wahrnehmungsverhalten ist offen. Seit den grundlegenden Arbeiten von Adorno/Horkheimer und Günter Anders wiederholen sich mit jeder neuen technischen Errungenschaft die Warnungen vor nachhaltigen Beeinträchtigung-

⁵⁹ Thomas Metscher, Pariser Meditationen, a.a.O., S.34.

⁶⁰ Wolfgang Welsch, Grenzgänge der Ästhetik, Stuttgart 1996, S.93.

⁶¹ Ebenda, S.52, 94.

⁶² Wolfgang Welsch, Ästhetisches Denken, Stuttgart 1993, S.68ff.

⁶³ Reinhard Knodt, Ästhetische Korrespondenzen, Stuttgart 1994, S.21.

gen von Erfahrungs- und Orientierungsmöglichkeiten, vor der Zersetzung menschlichen Zusammenlebens. An der Wirksamkeit und immer weiter gesteigerten Akzeptanz dieser Medien hat das nichts geändert.

Der übergreifende Ansatz für postmoderne Überlegungen ist die Funktion der Massenmedien, eine neuartige, „von den zeitlichen und räumlichen Bedingungen bisherigen Erlebens unabhängige Erfahrungswirklichkeit“ zu erzeugen, in der die Grenzen zwischen Fiktion und Realität verschoben und verwischt werden.⁶⁴ „Wahrnehmungsfelder der Vortäuschungen“,⁶⁵ Simulationen, „Zeichenwelten“ entstehen, die - nach Baudrillard - den Zugang zur „unmittelbaren Wahrnehmung der Welt“ verschütten und an die Stelle konkreter Realitäten treten, die nichts mehr bezeichnen, über keinen Referenten verfügen, sondern nur noch mit anderen Simulationen interagieren.⁶⁶ Die Gegenwart wird durch den Code beherrscht. Semiokratie, das „Zeitalter der Simulation wird überall eröffnet durch die Austauschbarkeit von ehemals sich widersprechenden oder dialektisch einander entgegengesetzten Begriffen. Überall die gleiche Genesis der Simulakren: die Austauschbarkeit des Schönen und Häßlichen in der Mode, der Linken und der Rechten in der Politik, des Wahren und Falschen in allen Botschaften der Medien, des Nützlichen und Unnützen auf der Ebene der Gegenstände, der Natur und der Kultur auf allen Ebenen der Signifikation. Alle großen humanistischen Wertmaßstäbe, die sich einer ganzen Zivilisation moralischer, ästhetischer und praktischer Urteilsbildung verbanden, verschwinden aus unserem Bilder- und Zeichensystem. Alles wird unentscheidbar, das ist die charakteristische Wirkung der Herrschaft des Codes, die auf dem Prinzip der Neutralisierung und der Indifferenz beruht. Das ist das allgemeine Bordell des Kapitals, das kein Bordell der Prostitution ist, sondern ein Bordell der Substitution und der Kommunikation.“⁶⁷

Nun hat dieser theoretische und terminologische Ansatz Baudrillard zweifellos ein ausgeprägtes Gespür für aktuelle und überaus wirksame Mechanismen und Formen einer potenzierten geistigen Verkehrung der Wirklichkeit vermittelt und ihn in die Lage versetzt, eine Reihe diffiziler Beobachtungen vorzunehmen.⁶⁸ Die Frage nach Grenzen traditioneller Ideologiekritik muß ernst genommen werden. Tendenzen einer verselbständigten Logik des Systems der Massenkultur beschäftigten auch Wissenschaftler, die nicht dem postmodernen Spektrum zuzuordnen sind.⁶⁹

⁶⁴ Sandro Bocola, Die Kunst der Moderne, a.a.O., S.573.

⁶⁵ Burghart Schmidt, Postmoderne..., a.a.O., S.47f.

⁶⁶ Vgl. Falko Blask, Baudrillard..., a.a.O., S.23ff.

⁶⁷ Jean Baudrillard, Der symbolische Tausch und der Tod, München 1991, S.20f.

⁶⁸ Vgl. Erich Hahn, Paralyse des Bewußtseins-Ideologiekritik im Medienzeitalter. Beitrag zur Tagung der Bergischen Universität Wuppertal, der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal und des Historischen Zentrums Wuppertal „Karl Marx - Werk und Wirkung“ 9./10.Mai 1998 (unveröffentlicht).

⁶⁹ Vgl. Dieter Prokop, Medien-Wirkungen, Frankfurt/M. 1981, S.17.

Das Problem sind auch hier logische Brüche in Abstraktionsprozessen, unge-rechtfertigte Verallgemeinerungen, theoretische Radikalisierungen. Es ist aufschlußreich, daß die postmodernistische Ontologisierung der Simulation aus dem Gesichtswinkel der verschiedensten Wissenschaften kritisiert wird. Sie müsse sich beispielsweise fragen lassen, wie es möglich sei, „mittels referenzloser Zeichen dennoch Sinn und Bedeutung“ zu erzeugen.⁷⁰ Nach Josef Früchtl ist die Prämisse für Baudrillards „semiotischen Nihilismus“ u.a. eine fragwürdige Sprachtheorie, nach der Sprache sich „nicht auf etwas Außer-sprachliches“ bezieht.⁷¹ Die elektronische Verdoppelung der Welt auf dem Wege ihrer Codierung, die ihrerseits deren Auflösung in numerische Partikel, in Punkte voraussetzt, die wachsende Fähigkeit, so erzeugte Abbilder zu manipulieren, hebt die Unterscheidung von objektiver Realität und Abbild nicht auf. Und die Möglichkeit der nivellierenden Auflösung beliebiger Gegenstände als „Punkteschwärme mit unterschiedlicher Streuungsdichte“ in der Abstraktion - Villem Flussers Lieblingsargument für das Verschwinden der Wirklichkeit - hebt die Tatsache nicht auf, daß diese Gegenstände keinesfalls lediglich als „Punkteschwarm“ existieren.⁷² Es fällt auf, daß gerade in der Spezialliteratur, die sich mit den technischen Grundlagen der Virtualisierung beschäftigt, dieser Unterschied akzentuiert wird. Da ist dann beispielsweise immer wieder von der „wirklichen“ oder der „äußeren“ Wirklichkeit im Unterschied zu den virtuellen Welten die Rede.⁷³ Oder - aus der Sicht einer literaturwissenschaftlichen Kritik postmoderner Romane: „Auch im universellen Zeichenraum der sekundären Empfindung hat die Literatur noch immer mit dem verletzbaren Körper und dem Skandal der Sterblichkeit, dem Glücksverlangen und der Scham zu tun, kurz: mit all den Anachronismen, die der Mensch am Ende dieses Jahrtausends darstellt.“⁷⁴

Einen Königsweg zur Kritik der Postmoderne gibt es nicht. Warum auch? Als ein widerspruchsvolles Phänomen einer widerspruchsvollen Realität reibt sie sich an Problemen, die weit in die Gesellschaft hineinreichen, nicht nur ästhetische Insider oder eine intellektuelle Schickeria umtreiben und zu deren Bewältigung tragfähige Konzepte nicht eben überreichlich zur Hand sind. Insofern verstehe ich sie als Herausforderung zur Auseinandersetzung. Entschiedene Kritik ist angesagt, wo existentielle Gattungserfahrungen der Menschheit annulliert und auf diese Weise die geistigen Voraussetzungen der Erneuerung emanzipatorischer Praxis leichtfertig infrage gestellt werden.

⁷⁰ Jörg Lau, Der Jargon der Uneigentlichkeit, in: Merkur, S.947.

⁷¹ Josef Früchtl, Gesteigerte Ambivalenz. Die Stadt als Denkbild der Post/Moderne, in: Merkur, S.778.

⁷² Villem Flusser, Digitaler Schein, in: Florian Rötzer (Hrsg.), Digitaler Schein. Ästhetik der elektronischen Medien, Frankfurt/M. 1991, S.157.

⁷³ Vgl. z.B. Steve Aukstakahn/David Blatner, Cyberspace, Köln 1994, S.33, 240, 248.

⁷⁴ Andrea Köhler, Kilroy was here..., Merkur, S.849.

Helmut Peters

50 Jahre Volksrepublik China

Historische Bedingungen und aktuelle Herausforderungen

Die Volksrepublik China ist ein halbes Jahrhundert jung. Ihre Existenz und Entwicklung als eine Alternative zum Weltkapitalismus können denen, die für eine bessere und gerechte Welt streiten, neuen Mut und Optimismus geben. Salut, Volks-China!

Die chinesische Revolution ist bei allen nationalen Besonderheiten mit ihren Stärken wie mit ihren Schwächen ein Kind der sozialistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Geführt von seiner kommunistischen Partei, begann sich 1949 ein neues China zu entwickeln. Aus dem einst kolonial unterdrückten und ausgebeuteten Land ist eine politische Großmacht geworden, die auf dem Wege ist, im Verlaufe des nächsten Jahrhunderts zu einer Weltmacht heranzuwachsen. Die bisherige Geschichte der Volksrepublik kennt jedoch nicht nur Höhen. Auf die erfolgreiche Einleitung des Aufbaus nach 1949 folgte 1958 „der große Sprung nach vorn“, der mit der Volkskommune als „goldene Brücke“ in den Kommunismus führen sollte. Dieser Kurs und die Mitte der 60er Jahre von Mao Zedong entfachte „große proletarische Kulturrevolution“ warfen das Land in seiner Entwicklung in vielen Bereichen um nicht wenige Jahre zurück. Erst die Strategie der Reformen, der Öffnung des Landes nach außen und der Modernisierung im Rahmen des angestrebten „Sozialismus chinesischer Prägung“ seit Ende der 70er Jahre hat die Volksrepublik in ihrer Entwicklung - und zwar mehr und schneller als zuvor - wieder vorangebracht.

Besonderheiten der historischen Entwicklung

Die Diskussion um dieses China unter den Linken in unseren Breitengraden verläuft, wenn sie überhaupt geführt wird, höchst kontrovers. Genauso kontrovers sind dann die Wertungen. Eine wesentliche Ursache dafür scheint mir zu sein, daß die konkreten Umstände und die Besonderheiten des historischen Übergangs Chinas zum Sozialismus unzureichend zur Kenntnis genommen werden.

In China ist es nach wie vor üblich, die chinesische Gesellschaft vor 1949 als halbkolonial und halbfeudal zu kennzeichnen.¹ Die nachfolgenden Fakten erlauben eine präzisere Formulierung: Es handelte sich um eine noch weitgehend spätmittelalterliche, vor allem in Ostchina in den kapitalistischen Anfängen befindliche und durchweg kolonial geprägte Gesellschaft.

Auf dem Dorfe waren die feudalen Produktionsverhältnisse nach wie vor vor-

¹ Vergl. „Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas seit 1949“, Beijing 1981, S. 3. Die Resolution wurde von der 6. Tagung des XI. ZK der KPCh am 27. Juni 1981 angenommen.

herrschend. Großgrundbesitzer und reiche Bauern, die rd. 10 Prozent der dörflichen Bevölkerung ausmachten, besaßen 70-80 Prozent des Grund und Bodens.² Die Ausbeutungsverhältnisse wurden vor allem über Pacht und Wucher realisiert. Bis auf ländliche Regionen in Ostchina, in denen sich die Warenwirtschaft mit dem Eindringen ausländischer Waren zu entwickeln begonnen hatte, war die Naturalwirtschaft in China nach wie vor tief verwurzelt. Am Vorabend der Befreiung gab es auf den Dörfern Chinas (in der Größe Europa vergleichbar!) insgesamt nur 300-400 Traktoren. Wie seit Jahrhunderten prägte körperliche Arbeit die Landwirtschaft. Im Vergleich zu den USA wurde im damaligen China z.B. beim Anbau von Mais das 14,1fache an Arbeitskräften eingesetzt, aber nur 46 Prozent des Produktionsergebnisses erzielt.

Der Anteil der Industrie (plus Handwerk) am Gesamtproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft belief sich auf rd. 10 Prozent; ihr Pro-Kopf-Anteil am Nationaleinkommen betrug etwa 12 US-\$ (1933). Die Arbeitsproduktivität in den zumeist kleinen, technisch rückständigen Betrieben erreichte nur 1/19 der Arbeitsproduktivität in den USA (1936). Die entscheidenden Bereiche der Produktionsmittelfertigung fehlten. Auf 10 000 qkm kamen 21,91 km Eisenbahnnetz (1937), im Vergleich dazu in den USA 410 km, in Frankreich 780 km und in Holland 812 km.³ Über 80 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten. Der Anteil der Intelligenz machte nur 0,66 Prozent aus, der der hochqualifizierten Kräfte nicht einmal 0,01 Prozent. Mittlere Fach- und Berufsbildung fehlten fast völlig.⁴

Obwohl es Institutionen wie eine Nationalversammlung oder eine Politische Konsultativ-Konferenz gab, konnte von einer wirklichen Entwicklung der Demokratie und demokratischer Institutionen im nationalen Rahmen nicht die Rede sein. Das lag in dem stark nachwirkenden mittelalterlichen Einfluß, der kolonialen Unterdrückung und der jahrzehntelangen militärischen Form der Auseinandersetzung zwischen konservativen und progressiven Kräften begründet.

Fassen wir zusammen: 1949 standen in China gesellschaftliche Probleme an, die in anderen Ländern im Zuge kapitalistischer Entwicklung längst gelöst worden waren.

In China siegte 1949 jedoch nicht das Kapital, sondern eine soziale und nationale Befreiungsbewegung unter Führung einer kommunistischen Partei. Die neue Macht beschloß, unter Vermeidung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums direkt zum Sozialismus überzugehen. Im Grunde deutete sich diese Linie bereits im „Gemeinsamen Programm“ vom 29. September 1949 an.⁵ Mit

² Siehe: He Li, Geschichte der VR China, Beijing 1995, S.34, chin.

³ Siehe: Li Debin, Kurze Geschichte der Wirtschaft der VR China 1949-1985, Changsha 1987, S.23-31, chin.

⁴ Errechnet nach Angaben in: Tschou Enlai, Bericht über die Frage der Intellektuellen, Peking 1956, S.12-13.

⁵ In diesem ersten Grundgesetz der VR China wurde der Übergang zum Sozialismus - wohl aus

der Aufnahme der 1952/53 formulierten „Generallinie für die Übergangsperiode“ in die Verfassung von 1954 wurde diese Orientierung offiziell sanktioniert.⁶

Das bedeutet: Im Zuge des direkten Übergangs zum Sozialismus in der VR China sind historisch sowohl Aufgaben, die eigentlich einen sogenannten vorsozialistischen Charakter haben, als auch Aufgaben, die dem Sozialismus zuzuordnen sind, zu lösen, und zwar von einer *nichtkapitalistischen, sozialistisch orientierten* politischen Macht. Darin besteht eine wesentliche geschichtliche Besonderheit in der Entwicklung der chinesischen Volksrepublik.

Hinzu kommt, daß zwar im allgemeinen die Lösung der „vorsozialistischen“ Aufgaben (wie Überwindung des Mittelalters, Industrialisierung, allgemeine Bildung u.ä.) die Bedingung für die Inangriffnahme der nächsthöheren Aufgaben (neue Qualität der ökonomischen Verhältnisse, High-Tech-Revolution, neue Qualität der Demokratie u.ä.) ist. Die Beziehungen zwischen beiden Typen von Aufgaben sind jedoch keineswegs mechanisch, sondern vielmehr dialektisch zu sehen. In der Praxis verweben sie sich häufig miteinander, werden erstere unter dem Gesichtspunkt der zweiten in Angriff genommen. Ihre Lösung ist also in die allgemeine sozialistische Orientierung eingeordnet. Deshalb haben diese Prozesse auch einen prinzipiell anderen Charakter als die vergleichbaren Prozesse unter kapitalistischem Vorzeichen.

Die chinesische Gesellschaft - eine Übergangsgesellschaft

Wie der Kapitalismus nur auf der Grundlage einer hohen Entwicklungsstufe der vorangegangenen Gesellschaftsformation aufgebaut werden konnte, so kann sich der Aufbau des Sozialismus nur auf einer hohen Entwicklungsstufe des Kapitalismus vollziehen. Dazu gehört eine vergesellschaftete Großproduktion, die nur auf der Grundlage der Marktwirtschaft geschaffen werden kann. Augenscheinlich hat die KPCh diesen Weg im Rahmen ihrer sozialistischen Orientierung beschritten. Hier stoßen wir jedoch auf einen offensichtlichen Widerspruch. Bereits in der Verfassung von 1975 liest man, daß in der Volksrepublik bereits eine „sozialistische Gesellschaft“ existiert, die eine „ziemlich lange geschichtliche Periode“ umfasse.⁷ Im Grundgesetz von 1982 wird dann direkt ausgesagt, daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft vollzogen worden wäre und die Volksrepublik ein sozialistischer Staat sei, dessen grundlegende Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus die „sozialistische Modernisierung“ ist.⁸ Mit dem XII. Parteitag der KP Chinas 1987

taktischen Gründen - zwar noch nicht erwähnt, das staatliche und genossenschaftliche Eigentum aber bereits als sozialistisch bzw. halbsozialistisch charakterisiert. In: Das Gemeinsame Programm und andere Dokumente der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes, Peking 1952, Artikel 28 und 29.

⁶ Siehe: Die Verfassung der Volksrepublik China, Peking 1954, S.10.

⁷ Siehe: Verfassung der Volksrepublik China, Peking 1975, S.6.

⁸ Siehe: Verfassung der Volksrepublik China, Peking 1983, S.4, 6 u.12.

hieß es dann, daß sich die Volksrepublik in der „Anfangsetappe des Sozialismus“ befinde.⁹ „Unser Land befindet sich gerade in der Anfangsetappe des Sozialismus. Das ist ein historischer Zeitabschnitt für den Aufbau der sozialistischen Modernisierung im wirtschaftlich und kulturell rückständigen China, der nicht übersprungen werden kann.“¹⁰

Beim bisherigen direkten Übergang zum Sozialismus, vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten, sind in der chinesischen Volksrepublik bedeutende Veränderungen vor sich gegangen. Ich möchte dafür einige Beispiele anführen. Das BIP pro Kopf erhöhte sich von 1952-1978 um etwa das 6fache, bis 1997 stieg es - einigermassen real geschätzt - abermals um das 10fache. Im internationalen Vergleich dürfte es heute jedoch erst etwa 1/7 des Weltdurchschnitts ausmachen.¹¹ Die Anteile der Industrie und der Landwirtschaft am BIP des Landes, die 1949 25,1 Prozent (einschließlich Handwerk) bzw. 58,5 Prozent betragen hatten, kehrten sich bereits bis 1978 um; in den 90er Jahren pegelten sie sich bei etwa 42 Prozent bzw. 20-22 Prozent ein. Der Urbanisierungsprozeß war von 1949-1978 trotz einsetzender Industrialisierung nur geringfügig vorgekommen (Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung stieg von 10,6% auf 16,4%). Mit der Erhöhung seines Tempos seit Ende der 70er Jahre erreichte der Anteil der Stadtbevölkerung 1995 29,04 Prozent.¹² In der Bildungsstruktur der Bevölkerung sind seit 1949 bedeutende Veränderungen eingetreten. So konnte die Analphabetenrate bis 1997 von über 80 auf 16,9 Prozent gesenkt werden. Damit nimmt die Volksrepublik aber noch Platz zwei unter den Ländern mit hoher Analphabetenrate ein. Das allgemeine Bildungsniveau gilt in China nach wie vor als „sehr niedrig“.¹³ Zwischen Bildungsstruktur und den gegenwärtigen (!) Erfordernissen des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses besteht ein sichtbare Kluft; zu nennen sind hier vor allem die geringen Anteile der ökonomisch tätigen Bevölkerung mit Hochschul-, Fach- und Berufsschulbildung.

Die wenigen Beispiele illustrieren den Fakt, daß in der VR China nach wie vor die Lösung „vorsozialistischer“ Aufgaben Vorrang hat. Ausführungen des bekannten chinesischen Ökonomen Xue Muqiao vom Dezember 1980 bestätigen diese These: „Auf den Dörfern unseres Landes dominiert noch immer die Naturalwirtschaft. Bei den landwirtschaftlichen Produkten beträgt der Anteil der Warenwirtschaft allgemein nicht einmal 50 Prozent. Die Rate des Warengreides macht nur 21,5 Prozent aus. Über die Hälfte dient der Eigenversorgung. Abgesehen von einer geringen Zahl von Großstädten wie Shanghai, Ti-

⁹ Siehe: XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Materialien, Berlin 1988, S.12 f.

¹⁰ Siehe: Statut der KP Chinas (angenommen vom XV. Parteitag der KPCh am 18.9.1997), Renmin Ribao v. 23.9.1997.

¹¹ Berechnet auf der Grundlage offizieller chinesischer Statistiken. Generell gilt, daß die dort entnommenen Angaben nur als Annäherungswerte zu interpretieren sind.

¹² Siehe: Zhongguo Nongcun Jingji Sishi-nian, Beijing 1989, S.409.

¹³ Siehe: China heute, 20. Jg., Nr.9, September 1997, S.21.

anjin und Guangzhou ist die vergesellschaftete Großproduktion auch noch nicht entwickelt. Das Gebiet unseres Landes erstreckt sich weithin, und die wirtschaftliche Entwicklung ist sehr ungleichmäßig. Von Shanghai bis Qinghai, Xinjiang und Tibet bestehen Unterschiede, die mehrere Jahrhunderte ausmachen.¹⁴ Wenn es eines weiteren Beweises bedarf, kann auf die entsprechenden Ausführungen über die „Anfangsetappe des Sozialismus“ in den Dokumenten des XIII. und XV. Parteitages 1987 bzw. 1997 verwiesen werden.¹⁵ Für diese These spricht nicht zuletzt die Tatsache der massiven Nutzung des internationalen Kapitals, um die historisch überlieferte Rückständigkeit weiter zu überwinden und allmählich die materiellen Voraussetzungen für den „Sozialismus chinesischer Prägung“ zu schaffen. Daraus ergibt sich für mich ziemlich eindeutig, daß die VR China die Mitte des historischen Prozesses ihres direkten Übergangs zum Sozialismus noch längst nicht durchschritten hat. In diesem Sinne haben wir es nach wie vor mit einer Übergangsgesellschaft zu tun. Am Beispiel Chinas bestätigt sich offensichtlich die These W. I. Lenins, daß der Übergang zum Sozialismus desto langwieriger und vielstufiger sein wird, je weniger die Gesellschaft entwickelt ist.¹⁶ Wie die Geschichte der Gesellschaftsformationen zeigt, vollzog sich der Übergang von einer Gesellschaftsordnung zur nächst höheren nicht in Jahrzehnten, sondern in wesentlich längeren Zeiträumen. Angesichts der besonderen Bedingungen dürften in der VR China für diese Veränderung, wenn sie denn erfolgreich beendet werden kann, ein besonders langer Zeitraum erforderlich sein.

Ein neuer Entwicklungsabschnitt - neue Herausforderungen

Mit der Etablierung einer umfassenden „sozialistischen Marktwirtschaft“ auf Beschluß des XIV. Parteitages 1992 ist die Volksrepublik in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung eingetreten. In diesem neuen Zeitabschnitt werden generell die Bedingungen schwieriger, die Aufgaben komplizierter und die Auseinandersetzungen mit antisozialistischen Kräften härter werden. Die Führung der KPCh ist sich dessen bewußt. Das widerspiegelt sich überaus deutlich in der Rede ihres Generalsekretärs Jiang Zemin auf der zentralen Veranstaltung zum 20. Jahrestag der Einberufung der 3.Tagung des XI. ZK der KPCh am 18.12.1998.¹⁷

Die Zeit der schnellen greifbaren Erfolge durch Reform und Öffnung, von denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung profitieren konnte, dürfte vorbei sein. Um nur einige gewichtige Probleme zu nennen: Die Zuwachsraten

¹⁴ Lektion in der Zentralen Parteischule der KPCh, in: Xue Muqiao, Regulierung und Reform der Volkswirtschaft unseres Landes, Beijing 1982, S.5, chin.

¹⁵ Siehe: XIII.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Materialien. Berlin 1988, S.12-17; Bericht des Generalsekretärs Jiang Zemin an den XV.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. in: Renmin Ribao v. 14.9.1997.

¹⁶ Siehe: W.I.Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S.42 f.

¹⁷ Vergl.: Renmin Ribao v. 19.12.1998.

der Wirtschaft und der Einkommen haben begonnen sich abzuflachen. Die Arbeitslosigkeit in den Städten dürfte mit der weitergehenden Reform der Staatsunternehmen auf längerer Sicht einen noch höheren Stand erreichen. Die absolute Mehrheit der industriellen Staatsbetriebe, die auch künftig das Rückgrat der Volkswirtschaft bilden sollen, steht vor der Frage, wie in absehbarer Zeit der beträchtliche Abstand zum fortgeschrittenen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Weltniveau wesentlich verringert werden kann. Offen ist, auf welche Weise sich der Staat bei der Regulierung und Kontrolle der Marktwirtschaft dieser Unternehmen bedienen will, wenn sie grundsätzlich in die Marktwirtschaft entlassen worden sind. Zu lösen ist die seit längerer Zeit anstehende grundlegende Aufgabe, Strukturreformen zur Anpassung der Volkswirtschaft und der Produkte an die veränderten und sich verändernden Bedürfnisse des einheimischen und internationalen Marktes durchzuführen. Das ausländische Kapital, das dringend benötigt wird, verlangt noch günstigere Verwertungsbedingungen. Die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der VR China und den USA machen deutlich, daß das internationale Kapital seine Stärken rigoros ausnutzt, um einen möglichst breiten und ungehinderten Zugang zum chinesischen Markt zu erobern - mit allen möglichen Folgen für die noch konkurrenzschwache chinesische Wirtschaft. Die volle Entfaltung der marktwirtschaftlichen Verhältnisse in der Volksrepublik wird die bestehende politische Macht vor bisher nicht gekannte schwierige Probleme stellen. Sie wird eine neue Qualität der Reform des politischen Systems einfordern. Dazu gehören z.B. die strikte Durchsetzung der Verfassung und der Gesetze des Landes auch gegenüber den Führungskadern von Partei und Regierung, die weitere Demokratisierung des öffentlichen Lebens und Gewährleistung der Rechte der Bürger, die durchgehende und ständige Ausrichtung der Tätigkeit auch der lokalen Machtorgane auf die Interessen des Volkes, die Durchsetzung einer effektiven, von keiner Machtposition gehinderten gesellschaftlichen Kontrolle über die Tätigkeit von Partei und Staat und die angemessene Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten (z.B. auch der heranwachsenden neuen bürgerlichen Schicht) im politischen Überbau.

Die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche werden zunehmen und qualitativ höhere Anforderungen an die Bewahrung der gesellschaftlichen Stabilität stellen. Wie die Entwicklung der letzten Zeit verdeutlicht, können sogenannte Widersprüche im Volke, wenn sie nicht richtig und rechtzeitig reguliert werden, sehr schnell zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten führen. Die VR China muß sich darauf einstellen, daß die Aktionen antisozialistischer Kräfte von außen und innen an Massivität und Komplexität zunehmen werden. Die USA und andere westliche Staaten werden alles daransetzen, um der VR China Zugeständnisse abzupressen, die die sozialistische Orientierung des Landes in Frage stellen können. Zur Erkundung entsprechender Wege ist seit Jahren auch die bürgerliche Sinopolitologie unterwegs, die augenscheinlich

von den entsprechenden wissenschaftlichen Zentren in den USA maßgeblich beeinflusst wird.¹⁸

In diesem Zusammenhang darf die weitere Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen wie überhaupt die globale Hegemonie- und Machtpolitik der USA nicht außer acht gelassen werden. Aus chinesischer Sicht hat die Clinton-Politik eines „konstruktiven Engagements“ gegenüber Peking, wie sie im Herbst 1993 verkündet worden war, das Ziel, zum einen mit China in einer Reihe regionaler und globaler Fragen zu kooperieren und zum anderen die chinesische Innen- und Außenpolitik mit allen Mitteln im Interesse der USA zu wandeln.¹⁹ Die amerikanische Administration ist dabei bestrebt, nicht nur das große Interesse Pekings an Kapital, High-Tech und wirtschaftlicher Kooperation auszunutzen. Sie unterstützt auch in vielfältiger Weise die Aktivitäten der chinesischen Systemopposition, die in ihrem Kern von den USA aus heute mit modernsten Mitteln operiert. Schließlich kann nicht außer acht gelassen werden, daß sich die USA in Zentral- und Ostasien im Rahmen der neuen NATO-Strategie auch militärisch verstärkt engagieren. In Ostasien betrifft dieses Engagement vor allem die erweiterte Kooperation mit Japan in Sicherheitsfragen, die auf die Meerenge von Taiwan ausgedehnt ist, und das anvisierte Raketenabwehrsystem im Fernen Osten, das Taiwan einschließen soll. Augenscheinlich fällt der vorgesehene Aufbau dieses Systems auch mit dem zeitlichen Fahrplan der Pekinger Führung für die Wiedervereinigung mit Taiwan zusammen.

Die hier skizzierten inneren wie äußeren Probleme und Widersprüche, mit denen sich die chinesische Führung gegenwärtig und in den kommenden Jahren auseinanderzusetzen hat, machen bereits deutlich, daß es im kommenden Jahrzehnt bedeutend schwieriger und komplizierter sein wird, die sozialistische Orientierung nicht nur beizubehalten, sondern auch erfolgreich umzusetzen.

¹⁸ Vgl. die Untersuchungen, die unter dem Gesichtspunkt des Habermas'schen Zivilgesellschafts-Konzepts durchgeführt worden sind; siehe: Klaus Birk, Zivilgesellschaft in China? In: *Comparativ*, Heft 3 (1998) S.30-44. Ein besonders exponierter Fachmann auf diesem Gebiet ist Prof. em. Jürgen Domes, seit 1996 Direktor des Institute for the Relations of Europe with Non-European Areas. Er wendet sich - wie der chinesische antisozialistische Oppositionspolitiker Wei Jing-sheng - scharf gegen die Ansicht, die Volksrepublik gesellschaftlich durch Handel wandeln zu können. Am Beispiel des „nationalsozialistischen Deutschland“ und des „Stalinismus in der Sowjetunion“ habe sich gezeigt, daß „in vielen Fällen die Repressionsmechanismen durch wirtschaftliche Entwicklung von außen gestärkt“ werden. Mit einer solchen Politik würden sich Manager, Politiker und Diplomaten „mit totalitären Machthabern gegen ganze Bevölkerungen“ verschwören. Siehe: Jürgen Domes, Kann China im Sinne europäischer Werte verändert werden? In: *Das Parlament* v. 8.1.1999.

¹⁹ Siehe: Wang Jisi, China-Politik der USA: Eindämmung oder Engagement? In: *Beijing Rundschau* Nr. 43, Jg. 1996, 22. Oktober, S.7-8.

SPD - Abschied vom historischen Weg

Tagung in Kassel, 16. bis 18. April 1999

„Die Politik der Mitte schließt große Umformungen von vornherein aus. Sie bedeutet nicht Änderung, sondern Kontinuität. Man nimmt einfach die Plätze ein, die ein paar andere eben verlassen haben, und sitzt dort solange, bis man durch ein neues Wahlergebnis wieder abkomplimentiert wird. Diese Politik raubt der Linken jede Aktivität, denn sie zwingt sie, fortzusetzen und von den Vorgängern geschaffene Zustände zu verantworten. Die Wahlen vom 20. Mai aber sind eine klipp und klare Absage an alles, was seit vielen Jahren zusammenregiert worden ist. Es waren Linkswahlen, und die Wähler erwarten neue, von der Linken ausgehende Kräfte.“
Carl von Ossietzky in der „Weltbühne“ nach der Reichstagswahl 1928.

Wofür steht die SPD? Am Ende dieses Jahrhunderts, das Ralf Dahrendorf das „sozialdemokratische Jahrhundert“ genannt hat, haben vom 16. bis 18. April in der Gesamthochschule Kassel rund 130 Historiker, Sozialwissenschaftler, Gewerkschafter und (SPD-)Politiker Bilanz gezogen. Die Bürgerinitiative für Sozialismus (Hannover) hatte zusammen mit den Redaktionen der Zeitschriften Sozialismus und spw sowie Kasseler Hochschullehrern zu „einem Blick zurück nach vorn“ eingeladen. Ihre „Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie“ (Kongreßtitel) fiel, wie die „Frankfurter Rundschau“ resümierte, „streckenweise niederschmetternd“ aus.

Der Krieg blieb nicht draußen vor der Tür. Kaum hatte Professor Arno Klönne (Paderborn) seinen einleitenden Überblick über die Entwicklung der SPD - „Arbeiterpartei, Volkspartei, Partei der Mitte“ - mit der Diagnose eines politisch-sozialen Erosionsprozesses beendet, da meldete sich leidenschaftlich ein altgedienter Kasseler Sozialdemokrat mit einer Provokation: Wie eine bankrotte Firma sei die SPD ein Fall für den Konkursverwalter, rief er. Deshalb sei es sinnvoller und dringender, über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien zu beraten.

Das geschah denn auch - doch weil bei jedem Konkurs Gläubiger zurückbleiben, denen nicht gleichgültig sein kann, was es an brauchbaren Hinterlassenschaften gibt, wurde die Kriegsdebatte ins Schlußplenium vertagt und dessen wirtschaftspolitischer Teil verkürzt: Mit unerwartet breitem Konsens wurden unter anderen ein sofortiger Stopp der Nato-Angriffe und außerparlamentarische Aktionen gefordert und betont: jeder Einzelne müsse in seinem persönlichen Lebensumfeld laut und deutlich Nein sagen.

Bankrott der SPD - davon mochte Klönne nicht reden. Aber auch er sieht in der Beteiligung der Bundesregierung am Krieg gegen Jugoslawien ein Indiz dafür, daß „ein Stück sozialdemokratischer Politik zu Ende geht“. Fast vorbehaltlos leiste die Schröder-Regierung den Vorgaben der US-Regierung und der Nato-Militärs Folge. Angesichts der „national-militärischen Loyalität“, die

sich in historischen Entscheidungssituationen in der SPD seit dem 1. Weltkrieg immer wieder durchgesetzt habe, könne allerdings nur das Ausmaß an „Realitätsverlust, Rechtfertigungszwang und Demagogie“ überraschen. Es habe den Anschein, die SPD-Führung habe sich in eine „Agentur politischer Propaganda verwandelt“ - und dies sei „keine Stilfrage“.

Renegaten müßten nun einmal doppelt kräftig draufhauen, sekundierte der Historiker Professor *Wolfgang Wippermann* (Berlin): Schließlich müßten sie auch ihre früheren eigenen Überzeugungen totschiessen. „Daß diese Regierung einen so hohen Anteil an Renegaten hat, überrascht nicht“, ergänzte Professor *Michael Buckmiller* (Hannover), der über den „verhängnisvollen Subjektwechsel“ der SPD während der Weimarer Republik referierte, als die Partei mit sozialistischer Rhetorik zur Trägerin und Verteidigerin der bürgerlichen Demokratie geworden sei: „Der Widerspruch zwischen einer linken Rhetorik, die einbinden und mobilisieren soll, und einer Realpolitik, die Schlimmeres verhindern soll, ist ein Spezifikum der SPD in diesem Jahrhundert.“

Einen gewissen „sozialutopischen Überschuß“ habe die SPD immer transportiert, sagte Klönne. Zu keinem Zeitpunkt aber könne mit der SPD „der Versuch eines antikapitalistischen Systembruchs“ verbunden werden. In ihrer Gesamtfunktion sei die SPD Trägerin der bürgerlichen Demokratie und gesellschaftspolitisch darauf ausgerichtet gewesen, die Eigendynamik der kapitalistischen Ökonomie sozialstaatlich zu bändigen. Dabei sei die Mitwirkung der SPD bei historischen Prozessen einer Demokratisierung der Gesellschaft (1918/1968) unter dem Druck außerparlamentarischer Bewegungen zustande gekommen. Der „rheinische Kapitalismus“ sei sozialdemokratisch geprägt worden. Diese geschichtliche Leistung, so Klönne, könne wohl erst bei weiteren Verlusten an Sozialstaatlichkeit richtig gewürdigt werden. Nie sei die SPD eine wirtschaftsliberale Partei gewesen. Heute aber öffne sie sich „ziemlich vorbehaltlos dem Neoliberalismus“. Indem sie mit der Proklamation einer „neuen Mitte“ - eine „virtuelle Größe“ des Politikmarketings - ihre traditionelle Bindung an soziale Interessen der Arbeitnehmerbevölkerung kappe und sich von ihrer sozialstaatlichen Orientierung löse, verlasse sie ihren geschichtlichen Weg. Klönnes Diagnose fand breite Zustimmung. *Dr. Joachim Bischoff* (Hamburg) von der Zeitschrift *Sozialismus* warnte davor, die unter dem Begriff der „neuen Mitte“ oder des „dritten Weges“ gehandelten ideologischen Konzepte in ihren Folgen für die Regierungspolitik zu unterschätzen. Wie sehr die politischen Verzichtserklärungen dieser Konzepte bereits Eingang in den „neuen europäischen Weg“ gefunden haben, auf dem die SPD einen „Europäischen Beschäftigungspakt“ erreichen will, machte der frühere spw-Mitherausgeber *Dr. Andreas Wehr* (Berlin) deutlich, der die SPD wegen ihres Kriegskurses verlassen hat und jetzt auf der PDS-Liste zum EU-Parlament kandidiert: In dieser Agenda finde sich weder die Forderung nach einer Reform der internationalen Finanzordnung, noch die nach Einschränkung der Macht der weitgehend unabhängigen Europäischen Zentralbank, und es fehlten unter anderen auch entschiedene Schritte in Richtung auf eine deutliche

Verkürzung der Arbeitszeit. Während der Juso-Vizevorsitzende *Dr. Michael Schaller* meinte, da die Schröder-Regierung perspektivlos von einer unpolitischen Kategorie in die nächste - von wirtschaftsfeindlich zu wirtschaftsfreundlich und zurück - taumle, gebe es in der SPD steigende Chancen für handwerklich saubere Reformvorschläge linker Provinienz, blieb Bischoff skeptisch: Wenn Schröder seiner Partei Programmarbeit verspreche, sei dies keine Phrase. Schröder verfüge über eine ausgearbeitete Konzeption. Die beinhalte eine teilweise Fortführung der ökonomisch gescheiterten Politik des Neoliberalismus mit einer gleichzeitigen Neuauflage des Korporativismus in einem auf Dauer angelegten Sozialpakt (Bündnis für Arbeit). Allerdings werde auch diese Politik keinen Weg aus der Krise des Fordismus weisen. Einige der angedachten sozialstaatlichen Umbaupläne (Rententarifffonds) könnten sogar das Treibhausklima der Finanzspekulation anheizen. Eine Enttäuschung der sozialen Absturz fürchtenden Mittelschichten über die „neue Mitte“ sei abzusehen. Und mit Blick auf die Gewerkschaften mahnte Bischoff: Schröders strikte Vorgabe, Reformschritte nur im Konsens mit den Unternehmern zu gehen, könne nicht funktionieren. Auch der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete *Horst Peter* (Kassel) warnte, ohne gesellschaftliche Mobilisierung werde aus dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ eine „Erpressungsfalle“.

Horst Schmitthener, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, widersprach nicht. Er warb für wirtschaftsdemokratische Perspektiven und diagnostizierte, daß es nur noch begrenzte soziale und politische Schnittmengen zwischen Gewerkschaften und heutiger Sozialdemokratie gebe. Die Gewerkschaften müßten sich deshalb stärker mit einem eigenen Profil versehen, ihr politisches Mandat wahrnehmen und die außerbetriebliche Arbeit ausweiten. Notwendig sei eine Wiederbelebung der außerparlamentarischen Bewegung, wozu Teile der Gewerkschaften und die SPD-Linke Beiträge leisten könnten. Angesichts des Jugoslawien-Krieges seien keine neue Burgfriedenspolitik, sondern „konsequente antimilitaristische Aktionen“ von den Gewerkschaften gefordert. Klönne erinnerte daran, daß Schröder verkündet hat, Pazifisten sollten weiter ihren Platz in der SPD haben. Der SPD-Chef habe den Kriegsgegnern damit quasi den innerparteilichen „Status einer tolerierten religiösen Minderheit“ zugewiesen - ein machtpolitisches Muster, das auch auf andere Themen und Kritiker angewandt werden könne. In diesem Zusammenhang warnte Wippermann, der die fatale Entwicklung der SPD vom Konzept eines sozialistischen Antifaschismus (Prager Manifest von 1934) hin zur (deutschen Staats-)Ideologie des Totalitarismus schilderte, vor den Wirkungen eines „nekrophilen Antikommunismus“: Mit dieser Keule solle die Rest-Linke erledigt werden. Das drohende historische Verschwinden der Sozialdemokratie komme einem „Kollateralschaden“ für die demokratische Entwicklung gleich, meinte Klönne. Das sei kein Grund für Fatalismus. Noch sei auch offen, was aus der SPD werde. Ob sie zum Wahlverein degeneriere oder sich - so Professor *Rolf Schwendter* (Kassel), der über Fraktionierungen, Abspaltungen und Ausstößungen in der Sozialdemokratie referierte - vielleicht nach US-

Vorbild in Demokratische Partei umbenenne. Sicher aber ist, daß - anders als Franz Mehring im Januar 1900 voller Optimismus prophezeite - von einem „Jahrhundert der Erfüllung“ sozialdemokratischer Hoffnungen keine Rede sein kann.

Die „Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie“ war der zweite von drei Bilanz-Kongressen unter Federführung der Bürgerinitiative für Sozialismus: 1998 wurde in Hamburg die „Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften“ gezogen, die des Kommunismus soll Ende des Jahres folgen. Die Ergebnisse werden in Buchform veröffentlicht, die Gewerkschaftsbilanz liegt vor: Gisbert Schlemmer/Horst Schmittthener/Eckart Spoo (Hrsg.): Kapitalismus ohne Gewerkschaften?, VSA-Verlag Hamburg 1999.

Rainer Beeh

Positionen der gewerkschaftlichen Linken

Tagung in Oberursel/Frankfurt a. M., 16./17. April 1999

Bei dem Treffen der Gewerkschaftslinken im Oktober 1998 in Frankfurt/M. (vgl. Z 36, Dezember 1998, S. 123 ff.) war, wie auch in anderen regionalen Treffen, über die Notwendigkeit eines intensiveren und organisierten Meinungsaustausches gesprochen worden. Diesem Ziel diente eine von etwa 120 betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionären besuchte Tagung „Positionen der gewerkschaftlichen Linken“ am 16. und 17. April in Oberursel und Frankfurt/M. Als Veranstalter hatten das „Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften“, die „Initiative Neue Soziale Politik Hessen“ sowie die Redaktionen „express“ (Offenbach) und „Sozialismus“ (Hamburg) eingeladen. Der erste Teil des Treffens war einem stark betriebs- und branchenbezogenen Meinungs- und Erfahrungsaustausch gewidmet. Es ging um Gewerkschaftspolitik im Einzelhandel (*Anton Kobel*, HBV Mannheim, berichtete über Auseinandersetzungen bei Schlecker und Metro); um die Folgen von Konzernumbau und Outsourcing für Belegschaften und Gewerkschaftsarbeit bei Daimler-Chrysler und Opel (Berichte der Stuttgarter und Bochumer IG-Metall-Betriebsräte *Tom Adler* und *Wolfgang Schaumberg*) und um die Reorganisation kommunaler Dienstleistungen (und die Kooperations- und Konzessionsbereitschaft der Beschäftigten und der ötv) in Hanau (*Michael Schweitzer*).

Der zweite Teil der Tagung stand unter dem generellen Thema „Politikwechsel oder Fortsetzung neoliberaler Politik mit anderen Mitteln?“ Die Diskussion wurde stark bestimmt durch die einleitenden Vorträge von *Helmut Schauer* (IG Metall Frankfurt/M.) und *Frank Deppe* (Universität Marburg), in denen eine Standortbestimmung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftslinken unternommen wurde. Einhellig protestierte die Tagung gegen die Unterstützung des Angriffskrieges der NATO und die Rückendeckung für die Bundes-

regierung durch die DGB-Spitze, wobei sie den DGB aufforderte, „für eine sofortige Beendigung der NATO-Angriffe aktiv einzutreten, ebenso für die Beendigung der Gewalt und der serbischen Vertreibungspolitik im Kosovo“.

Die Tagung fand nur wenige Tage nach dem Rücktritt Lafontaines statt. Schauer konstatierte, daß in Bonn ein Richtungswechsel nicht stattgefunden hat. In dem von der Versammlung angenommenen Papier („Für einen Perspektivenwechsel gewerkschaftlicher Politik. Gemeinsame Erklärung von Gewerkschaftslinken“) heißt es, daß „sich die Arbeitgeberverbände mit einer beispiellosen Kampagne gegen jede größere Korrektur der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgesetzt (haben). Der Rücktritt von Lafontaine ... hat den Weg für eine moderne Liberalisierungspolitik auf der Basis eines Wettbewerbskorporatismus offensichtlich völlig freigemacht.“ Wenn in der Diskussion gelegentlich vom „Scheitern des Neoliberalismus“ gesprochen wurde, so dürfte dies wohl nur so zu verstehen sein, daß die von den Neoliberalen proklamierten Politikziele (z.B. „mehr Arbeitsplätze durch Entlastung der Unternehmen“) gründlich gescheitert sind. Die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik selbst wird fortgesetzt und ist, was die Bedienung ihres Klientels betrifft, durchaus erfolgreich. Mit Blick auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sprach Schauer von einem „Verfall des Politischen“, d.h. weitestgehendem Verlust an gesellschaftlicher Gestaltungsperspektive zugunsten eines pragmatischen, „bloß funktionalen Managements“. Dies schließt im Fall der Gewerkschaften zunehmende Anpassung an neoliberale Politikkonzepte ein, also Orientierung an shareholder-value-Interessen und die Entwicklung stark betriebsbezogener korporatistischer Beziehungen („competitive corporatism“) zwischen Gewerkschaften und Kapital unter dem Signum der Standortsicherung und -konkurrenz, ein Gesichtspunkt, den Frank Deppe stark hervorhob. In diesem Kontext wurde in der Diskussion die Konzessionspolitik im „Bündnis für Arbeit“ scharf kritisiert und das Bündnis abgelehnt. Deppe charakterisierte die gegenwärtige Situation als „Zäsur“, was nicht so sehr auf die aktuell-politische Lage (Scheitern „rot-grüner“ Reformerwartungen; Kriegseintritt) wie auf die Verfestigung und Neuformierung „neoliberal“ geprägter Sozial- und Klassenbeziehungen bezogen war. Dies drückt sich z.B. in der Neudefinition von Mitbestimmung als sozialpartnerschaftliche Kooperation zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus, im Eingehen auf die Prämissen der Angebotspolitik (weg von Flächentarifverträgen, Anerkennung von Deregulierung usw.), der Bereitschaft, von Gewerkschaftsseite faktisch Lohnleitlinien und einen Niedriglohnsektor zu akzeptieren (eine Gefahr, auf die besonders Michael Wendel hinwies).

Schauer betrachtete den allgemeinen Niedergang des gewerkschaftlichen Reformismus und den damit verbundenen Verlust einer den gewerkschaftlichen Tageskampf transzendierenden Perspektive der Gesellschaftsveränderung auch als ein Problem der und für die Gewerkschaftslinken. Sie denkt kaum über historische Alternativen jenseits einer Politik der radikalen Verteidigung des Sozialstaats nach. *Peter von Oertzen* griff das in der Diskussion mit dem Vor-

schlag auf, jetzt mit der Programmdiskussion einer, wenn auch eher virtuellen, linken Strömung in den Gewerkschaften zu beginnen. Deppe empfahl eine offenen-kontroverse Positionsdiskussion, die Bereitschaft, mit vielen „Fetischen“ und traditionellen, der heutigen Realität nicht mehr gerecht werdenden Vorstellungen (etwa von Arbeiterklasse) aufzuräumen und neu zu bestimmen, wie Klassen- und Machtbildung im heutigen Kapitalismus funktionieren, welche Rolle soziale Bewegungen spielen etc. Gerade angesichts der betrieblichen Stärke des Neokorporatismus dürfe eine solche Diskussion nicht abgekoppelt von der betrieblichen Interessenvertretung erfolgen.

In dem von der Tagung verabschiedeten Positionspapier wird für einen „grundlegenden politischen Perspektivenwechsel“ der Gewerkschaften plädiert. Das neue Moment dürften hier allerdings weniger die Stichworte sein, mit denen ein solcher Perspektivenwechsel umrissen wird - Umverteilung von Reichtum und Vermögen, Regulierung der internationalen Finanzmärkte, Arbeitszeitverkürzung, innergewerkschaftliche Reform und Demokratisierung, Orientierung auf Gegenmacht - , sondern eher die Tendenz zu einer stärkeren Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Weitere Tagungen und ein Aufbau örtlicher bzw. regionaler Diskussionsforen sollen folgen.

André Leisewitz

Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert

Symposium in Elgersburg (Thüringen) vom 18.-21.3.1999

Mit dem Ende des Jahrhunderts häufen sich dieses Jahr nicht nur die Konferenzen, die Bilanz ziehen (z.B. Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie – 16.-18.4. Gesamthochschule Kassel; vgl. den Beitrag in diesem Heft), auch in die Zukunft soll geschaut werden. Zumindest hatten sich das die VeranstalterInnen des Symposiums „Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert“ so gedacht. Damit betreten die Organisatoren der Konferenz (hier seien nur stellvertretend *Theodor Bergmann*, *Gert Schäfer*, *Wladislaw Hedeler* und *Mario Keßler* genannt) neuen Boden. Die vorausgegangenen Symposien hatten Trotzki, Bucharin, Lenin, Engels und die Russische Revolution zum Gegenstand: Themen, denen man sich mit den entsprechenden historischen Dokumenten bewaffnet gesichert nähern konnte. Diesmal nahm sich der erste Block des Themas Globalisierung an, dann folgten eine Reise nach China, ein Ausflug in die russische Misere, dann die sogenannte Frauenfrage und zwei Beiträge zur Ökologie. Danach waren die Themen nicht mehr unter einen Hut zu bringen: Es ging um den ideologischen Klassenkampf, das Internet als Möglichkeit und Voraussetzung einer neuen, ersten wirklichen Internationale, die Fehler und Irrtümer des bisherigen „offiziellen“ Marxismus, das Verhältnis von Theorie und Politik, um marxistische Visionen, die spätkapitalistische Massenkultur

und zum Schluß um die wissenschaftlichen Verheißungen des 19. und die chaotische Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts.

Die knapp 50 ReferentInnen kamen aus den USA, Polen, Rußland, China, Indien, Holland, Österreich, England, Ost- und Westdeutschland. Unterstützt wurde die Konferenz von der Historischen Kommission und der Stiftung der PDS.

Neu war, daß zum Symposium auch junge Forscher und GewerkschafterInnen eingeladen wurden und auch Beiträge mitbrachten. Ihre Herangehensweise war ungleich konkreter an den Problemen der heutigen Arbeiterbewegung, d.h. an der Gewerkschaftsbewegung orientiert. So etwa beim Thema Globalisierung (*Fritz Keller*), wo auf die neu entstandenen bzw. versuchten Gründungen „gelber Gewerkschaften“ von Haider in Österreich oder der Front National in Frankreich hingewiesen wurde, aber auch auf neue Organisationsformen etwa bei den Frauen. Wie in der Diskussion zum Thema hervorgehoben wurde (*Michael Krätke*), ist das europäische Gewerkschaftsbüro keineswegs als Gegengewicht bzw. als adäquate Antwort auf die europäische Herausforderung zu sehen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit der KollegInnen ist bisher meist von Unten organisiert; neue Medien (Internet) können hierbei eine wichtige unterstützende Rolle spielen.

Umstritten war, wie zu erwarten, das Thema China. Vor allem über die Thesen von *Theodor Bergmann* (siehe „Sozialismus“ 2/99) wurde debattiert. In der Diskussion warb *Helmut Peters* immer wieder um Verständnis für China, das kaum dem Mittelalter entronnen, natürlich nicht unsere europäischen Vorstellungen eines sozialistischen Landes erfüllen könne. Aber schon der Blick auf die kurze Entwicklungsetappe unter Deng Xiaoping eröffne durchaus ermutigende Entwicklungsperspektiven. Freilich würden die nächsten fünf bis zehn Jahre über das Schicksal Chinas entscheiden.

Nicht nur die Debatte zum Gewerkschaftsblock, z.B. „Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften“ (*Bernd Riexinger*, HBV), zeigte, daß auf der Konferenz einige (ostdeutsche) AnhängerInnen eines vielleicht als sozialdemokratischen Marxismus zu bezeichnenden Konzeptes zu finden waren, die mit älteren Konzepten wie der Wirtschaftsdemokratie und der Mitbestimmung aus der Krise und in die Offensive zu kommen hofften. Denn alle waren sich klar darüber, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften in einer tiefen, wessensverändernden Krise seien. *Sibylle Stamm* (IG-Medien) warb mit einem engagierten Plädoyer für ein Hinwenden der kritischen Intellektuellen zu den Fragen der Gewerkschaftspolitik, da sich etliche linke GewerkschafterInnen mit den großen, auch theoretischen Problemen allein gelassen sehen.

Auf den Beitrag der Russen ist hier nicht weiter einzugehen, da ihre Beiträge bereits in „Utopie kreativ“ (101/1999) abgedruckt wurden. In der Debatte wurde die Neugierde auf die Frage gelenkt, wie die russische Ökonomie (noch) funktionieren könne (*Boris Kagarlitzki*), wenn häufig keine Löhne mehr gezahlt oder Betriebe von einem Tag auf den anderen geschlossen wer-

den. Natürlich waren die weitere Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und seine Spezifika umstritten.

Die Frauenfrage ist eine Geschlechterfrage, vermittelte der entsprechende thematische Block, in dem *Frigga Haug* anhand entsprechender Marx-Zitate auf den richtigen Ansatzpunkt bei Marx und Engels aber auch die dann erfolgende Selbstblockade bei Engels zum Thema der gesellschaftlichen Reproduktion (Haus- und/oder tauschwertproduzierende Arbeit) hinwies. Diese fort-dauernde Blockade verhindere ein Wieder-in-Gang-kommen der menschlichen Emanzipationsbewegung. Die weiteren Beiträge beschäftigten sich mit dem patriarchalischen Geschlechtermodell der Arbeitsteilung (*Gisela Notz*) bzw. dem falschen d.h. reduzierten Arbeitsbegriff. In der Debatte wurde freilich diese „Reduzierung“ als gegenstandsadäquat für die politische Ökonomie verteidigt, da deren Gegenstand eben die kapitalistische Ökonomie sei.

In den letzten anderthalb Tagen wurde ein bunter Strauß an freilich äußerst spannenden Themen - vom kritischen Marxismus (*Manfred Behrend*) bis zu Fragen des Übergangs in die zukünftige sozialistische Gesellschaft - angesprochen. *Friedrich Tombergs* Aufforderung, die kapitalistische Entwicklung mit zu vollenden, sowie seine Konzeption einer kapitalistischen Weltgesellschaft, die in den Polen einer Weltregierung und der kommunale Ebene sich verding, stieß auf das Bedürfnis nach Klärung wie auf den notwendigen Widerspruch. Auch die Thesen von *Ronald Löttsch* zum Begriff des „Ethnos“ wurden stark kritisiert, dem er (wohl mißverstanden) eine Priorität vor dem Klassenkampf eingeräumt haben sollte.

Überhaupt kam die gute alte bzw. schlechte Machtfrage so wie auch die nach dem revolutionären Subjekt in den Vorträgen mehr noch als in den Debattenbeiträgen zu kurz. Eine Theorie sozialer Herrschaft und ihrer modernen Techniken, Massenpsychologie oder (klassische) Ideologiekritik wurden kaum entwickelt.

Damit sind wir bei den zwangsweisen und überflüssigen Mängeln des Symposiums. Wichtige Themen fehlten, wenngleich keine Frage ist, daß in zweieinhalb Tagen nur Ausschnitte zu diskutieren sind. Die Entwicklung der Klassenstruktur der Arbeiterklasse, die klassische Verbindung von Psychoanalyse und Marxismus, fehlte, wie auch andere Ansätze einer entsprechenden psychologischen Theorie (z.B. Subjekttheorie). Die marxistische Staatstheorie war kein Thema, die wenigen kritischen Äußerungen von *Wolfgang Haible* zur (Dialektik der) Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft stießen auf heftigen Widerspruch. Auch wenn das in der Pause und am Abend bei der auch zu einem Symposium gehörenden Möglichkeit des weiteren vertiefenden Austausches relativiert wurde, insbesondere bezogen auf die erstaunlich rasche Entwicklung der Integration der PDS, so zeigt das die Notwendigkeit der Konferenz und ihre hohe Berechtigung: Der Versuch der Weiterentwicklung der Marxschen Theorie, wenn sie eine „bessere“ und das heißt, die Massen ergreifende Rolle im nächsten Jahrhundert spielen will. Das perspektivische Denken freilich kam in den meisten Beiträgen zu kurz, sei es, weil die

anwesenden HistorikerInnen sich vor der ungesicherten Zukunft fürchten, oder, weil der Zusammenbruch von '89 nachwirkt und alle „Spekulation“ als müßig erscheinen läßt; oder sie das auch einfach nicht als ihr Geschäft verstehen. Gerade deshalb aber ist den VeranstalterInnen anzuraten, in Zukunft auch die „organischen“ Intellektuellen der Arbeiterbewegung, z.B. eben GewerkschaftsfunktionärInnen, stärker zu beteiligen, damit die akademischen bzw. wissenschaftlich forschenden Intellektuellen in möglichst enger Verbindung mit den Herausforderungen der reformerischen und weitergehenden Praxis die Antworten entwickeln, die uns aus der Defensive und Misere der Linken herausbringen.

Marvin Chlada, Wolfgang Haible

US-amerikanische Außenpolitik

Robert L. Hutchings, *Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht*, Alex. Fest Verlag, Berlin 1999, 490 S., DM 58,-

Inzwischen gibt es eine kaum noch zu überblickende Zahl von Veröffentlichungen zum Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Gesellschaften in Europa und zu den Umbrüchen der Nachkriegsordnung der Jahre 1989-1992. Die meisten von ihnen stellen die Ereignisse dar, wie sie sich vor dem Vorhang und auf der Bühne der Politik abspielten. Hutchings Buch unterscheidet sich von dieser Art der Darstellung, indem er als Akteur und Augenzeuge beschreibt, was die US-amerikanischen Regisseure und Inspizienten hinter der Bühne dachten, beabsichtigten, welche ihrer Optionen zu welchen Ergebnissen führten. Seine Kompetenz ergibt sich daraus, daß er von 1989 bis 1992 Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA unter Präsident George Bush und danach bis 1993 Sonderberater im US-Außenministerium war. Das Anliegen des Buches ist nicht, den chronologischen Verlauf der Ereignisse zu rekonstruieren. Hutchings befaßt sich vielmehr mit der Darstellung *thematischer konzentrischer Kreise*, so daß auch die Besprechung problemorientiert erfolgen muß.

Hutchings behandelt nicht vorrangig die Zeit nach dem Kalten Krieg, wie der Titel suggeriert, sondern den Prozeß seiner Beendigung sowie die darauf bezogene Strategie und Taktik amerikanischer Außenpolitik. Um

das Gewicht der jeweils in Aussicht genommenen Optionen und getroffenen Entscheidungen im Machtzentrum der USA offenbar nicht einer Unterschätzung preiszugeben, unterstreicht er wiederholt die Offenheit der Entwicklung in jeder ihrer Phasen zwischen 1989 und 1992. Sich auf den französischen Philosophen Bergson beziehend, mokiert er sich über jene, die mit der „Illusion des retrospektiven Determinismus“ den Verlauf der Ereignisse betrachten und beurteilen. Politiker hätten es stets mit Konfusion, mit gegenläufigen Trends und eigenen Wissenslücken zu tun, weshalb die Folgen ihrer Aktionen nicht vorherbestimmt wären (17). So hätte auch niemand annehmen können, daß mit dem Fall der Berliner Mauer das Schicksal der DDR besiegelt gewesen wäre (115).

Die Politik der Bush-Regierung, der er diene und die er rechtfertigt, stellt er gleichwohl nicht kritiklos dar; doch seine Kritik betrifft nicht die Grundprämissen, -interessen und -ziele dieser Politik, sondern richtet sich lediglich auf die Art und Weise ihrer Realisierung. Er beginnt damit, daß die Bush-Administration, nachdem sie im Januar 1989 die Amtsgeschäfte übernommen hatte, nicht nur personell den Beraterstab Reagans auswechselte, sondern „grundlegende politische Neuerungen“ durchsetzte, deren „außenpolitische Ansätze konträr zur Politik der Reagan-Zeit standen“ (25). Zwar ging es weiterhin um die Beendigung des Kalten Krieges, dessen Ursprung Hutchings in offizieller amerikanischer Lesart in der „sowjetischen Beherrschung Ostmitteleuropas sowie der vorgerückten Stationierung

von über einer halben Million sowjetischer Truppen im Herzen Europas“ und auf die „Bedrohung seitens der UdSSR“ seit deren Besitz der Atombombe zurückführt. Die mit der sowjetischen Verfügung über Atomwaffen entstandene „Bedrohung der USA“ und der Kalte Krieg seien Synonyme gewesen (429). Der Sowjetunion wird nach dem Zweiten Weltkrieg „Expansionsdrang“ gegenüber Westeuropa zugeschrieben, was selbst G. F. Kennan mehrfach in Abrede gestellt hat. Vom maßgeblichen Anteil der USA am Zustandekommen des Kalten Krieges, weil die USA nicht bereit war, der UdSSR nach den Kriegserfahrungen legitime Sicherheitsinteressen in Osteuropa sowie den ihr zustehenden Einfluß auf die mitteleuropäischen Angelegenheiten zuzubilligen, wie es selbst amerikanische Historiker und Politiker anerkennen, ist im Buch nirgends die Rede.

Im Unterschied zur Außenpolitik unter Reagan orientierte man sich nunmehr nicht mehr auf einen Ausgleich mit der Sowjetunion in Bezug auf Rüstungsbeschränkungen und Osteuropainteressen, sondern auf die Herauslösung der Länder „Ostmitteleuropas“ aus der sowjetischen Einflußsphäre mit der Intention, so die sowjetische Macht- und Sicherheitsstruktur, wie sie der Bipolarität entsprach, auszuhöhlen. „Der Kalte Krieg hatte in und wegen Ostmitteleuropa begonnen, und genau dort mußte er auch enden.“ (59) Wenn gleich die Begründung weniger der historischen Realität als vielmehr dem amerikanischen Führungsanspruch gegenüber Gesamteuropa entsprach, war es tatsächlich diese

Strategie, die am besten und erfolgreichsten die Interessen der USA durchzusetzen und den Herrschaftsbereich der UdSSR zu destabilisieren vermochte. Folgerichtig mußte die Idee Henry Kissingers abgelehnt werden, eine Verständigung der USA mit der Sowjetunion über Ostmitteleuropa abzuschließen (59).

Das US-amerikanische Credo für die Nachkriegsjahre ebenso wie für die Zeit nach den Umbrüchen formuliert Hutchings ganz am Schluß seines Buches: „Und die lange Dauer des Kalten Krieges und der Erfolg aller Strategien, die zu seinem Ende geführt haben, brachten ein paar simple Wahrheiten zutage: Das transatlantische Sicherheitssystem ist unteilbar und muß erhalten bleiben; Europas Zukunft hängt vom Schicksal der demokratischen Entwicklung in seiner östlichen Hälfte ab; und die Führungsrolle der Vereinigten Staaten ist in dieser neuen Ära ebenso unerlässlich, wie sie es in der alten war.“ (449) Und gerade auf diesen Überlegungen gründete sich die außenpolitische Strategie der Bush-Administration, die der Verfasser mit „Grand Strategy“ bezeichnet. Für diese „Grand Strategy“ waren vom Beraterstab Bushs im Nationalen Sicherheitsrat vier Grundvoraussetzungen und -aufgaben formuliert worden: *Erstens* mußte „zuerst einmal wieder kohärentes außenpolitisches Denken unter den Demokraten und Republikanern in den USA“ hergestellt werden, das es nicht mehr gegeben habe. *Zweitens* hätten in diesem Zusammenhang „die diversen US-Behörden wieder auf eine Wellenlänge“ gebracht werden müssen, da zuvor „jede eine völlig eigene

Außenpolitik betrieben und damit Freund und Feind gleichermaßen verwirrt hatte“. *Drittens* hätte es gegolten, „wieder den Zusammenhalt und eine gemeinsame Zielorientierung mit unseren europäischen Bündnispartnern herzustellen, deren Vertrauen in die Führungsrolle der USA von den Pendelbewegungen der amerikanischen Politik schwer beschädigt worden war“. Und schließlich sei es *viertens* darum gegangen, „die internationale Agenda von Gorbatschows ‘gemeinsamem europäischen Haus’ wegzulenken und dafür die Beendigung des Kalten Krieges an oberste Stelle zu setzen“ (31ff.). Zu den ersten Entscheidungen der Bush-Administration gehörte die „Rückkehr zum Prinzip der atomaren Abschreckung“, um die Grenzen von Gorbatschows „neuem Denken“ zu testen (47).

Die veränderte amerikanische Strategie gegenüber der Sowjetunion unter Gorbatschow bedarf einer näheren Betrachtung. Die USA waren bestrebt, entgegen den Zielvorstellungen Gorbatschows die Überwindung der Teilung Europas mit der Überwindung des Sozialismus zu koppeln (70). Das verlangte aber ein Einschwören der europäischen Verbündeten auf diese Strategie, da diese in eine „euphorische Gorbomanie“ verfallen waren und im Konzept eines „Gemeinsamen europäischen Hauses“ im Rahmen friedlicher Koexistenz fortbestehender unterschiedlicher Gesellschaftssysteme eine akzeptable Lösung sahen. Die USA witterten darin einen Verlust ihres europäischen Einflusses, d.h. ihrer Präsenz und ihrer Führungsrolle. „Wir gingen davon aus, daß die Ver-

einigten Staaten als Gegengewicht zur Macht Rußlands in Europa bleiben mußten, damit ein geeintes Westeuropa seine demokratische Stabilitätszone in Richtung Osten erweitern konnte.“ (220) Dazu mußten auch die vorgesehenen amerikanischen und sowjetischen Truppenreduzierungen „entkoppelt“ werden, damit der vollständige sowjetische Truppenabzug aus Deutschland nicht im Sinne von Reziprozität auch den Gedanken eines Truppenabzugs der USA aus Europa aufkommen lassen könnte (184). In gleicher Weise waren nach den Umbrüchen in Europa die USA in Wahrnehmung ihres „Führungsanspruchs“ bemüht, „die militärische Präsenz der USA in Europa ... vom europäischen Integrationsprozeß zu trennen“ (226). Deshalb widersetzten sie sich auch den „gefährlichen Initiativen“, die WEU als Sicherheitsorganisation der Europäischen Union auszubauen (350), weil dies zur Verminderung der Rolle der NATO und damit der Führungsrolle der USA gegenüber Europa geführt hätte. In dieser Beziehung war Frankreich entscheidender Widersacher der USA.

Das Verhältnis der USA zur Sowjetunion und zur Politik Gorbatschows durchzieht das ganze Buch. Hutchings verdeutlicht hierbei zwei Aspekte. Die vom Niedergang gezeichnete Entwicklung in der UdSSR sollte zum einen in eine Richtung gelenkt werden, die den amerikanischen Interessen entsprach. Es sei nicht darum gegangen, Gorbatschow und der Sowjetunion zu helfen, sondern die amerikanischen Interessen durchzusetzen (55ff.). An anderer Stelle heißt es: „In der Bush-Regie-

rung verfolgten wir vom ersten Augenblick der Amtsübernahme eine auf Interessen basierende Strategie. Wir beugten uns beispielsweise nie dem Druck, Gorbatschow auf halbem Wege entgegenzukommen.“ (439) Als „Druck“ gemeint ist offenbar die Bereitschaft der europäischen Alliierten, mit Gorbatschow auf der Grundlage seines Europa-Konzepts zu einer Verständigung zu gelangen. Zum anderen galt es für das „Management der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“ in Anbetracht der Tatsache, daß die UdSSR bereits im Verlaufe des Jahres 1989 die politische Kontrolle gegenüber Ostmitteleuropa verlor, „die Sowjets zu beruhigen, ohne sie zu erniedrigen... und [Moskaus] legitime Sicherheitsinteressen nicht [zu] gefährden“ (82). Dies spielte besonders sodann im Jahre 1990 eine Rolle, als Außenminister Baker im Mai in Moskau sein „Zehn-Punkte-Programm“ erläuterte (185). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang folgendes Eingeständnis Hutchings: „Präsident Bush und Außenminister Baker müssen wohl Hunderte Male öffentlich wie privat wiederholt haben, daß die Entwicklung in Ostmitteleuropa die legitimen sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht gefährden. Dabei war es wirklich schwierig, Wahrheit und Taktik bei dieser Zusicherung auseinanderzuhalten.“ (129) Für den unbefangenen Beobachter dürfte es allerdings ohne Zweifel sein, daß es in erster Linie nicht um Wahrhaftigkeit der politischen Absichten, sondern um Taktik zwecks Interessenrealisierung ging. Gorbatschow wurde, wie der Verfasser zugibt, seitens der USA unterstützt, damit er sich

gegen die innere Opposition durchsetzen konnte, ohne ihm aber eine Chance einzuräumen, seine europolitischen Träume verwirklichen zu können.

Indirekt wird ein genereller Schwachpunkt sowjetischer Außenpolitik, auch der Gorbatschows, verdeutlicht: Im Unterschied zu den USA, die ihren internationalen Führungsanspruch auf Konsensbildung gründeten, mangelte es den Sowjets völlig an dieser Fähigkeit, so daß es für sie nur die Alternative widerspruchsloser machtpolitischer Unterordnung der Verbündeten oder den Verzicht auf jegliche Bündnisverpflichtungen gab. Die Rede Gorbatschows vor der UNO im Dezember 1989 war für die USA ein Signal für die zweite Variante, das es zu nutzen galt (29). Unglaublich ist deshalb die Bemerkung Hutchings, Gorbatschow hätte ebenso wie alle anderen sowjetischen Führer ein „ausgeprägtes Machttempfinden und Gespür für die ‘Korrelation der Kräfte’ besessen (83). Offenbar dient eine solche Wertschätzung vor allem dazu, das Geschick der amerikanischen Politik hervorzukehren. In Wirklichkeit trifft das zu, was Valentin Falin feststellte, nämlich daß Gorbatschow auf der Jagd nach außenpolitischem Erfolg um jeden Preis die Grenze aus der Sicht verloren hätte, „jenseits der das Einvernehmen mit den anderen zur Abkehr von der eigenen Pflicht wird“.¹

An der Existenz der NATO und der amerikanischen Führungsposition ließen die USA trotz oder gerade wegen der tiefen Umbrüche in der internationalen Ordnung keine Ab-

striche zu. Sie waren nicht nur, wie erwähnt, gegen die WEU als eigenständige, konkurrierende Sicherheitsorganisation der Europäer, sondern auch gegen die Aufwertung der KSZE. Diese sollte nur als Ergänzung der NATO dienen (360). Damit war die Richtung jener Entwicklung und jener Anmaßung angedeutet, die zur heutigen Situation geführt hat. Vor diesem Hintergrund wird auch die Erklärung des Londoner NATO-Gipfels vom Juni 1990 ad absurdum geführt, in der deklariert wurde: „Kooperation und Partnerschaft mit den ehemaligen Gegnern“ (die UdSSR bzw. Rußland selbstverständlich eingeschlossen), Waffeneinsatz „grundsätzlich nur zur Selbstverteidigung“ und Einsatz von Nuklearwaffen „nur als letzter Zugriff“ (193) - also Verzicht auf den inzwischen wieder bekräftigten Ersteinsatz von Atomwaffen.

In Bezug auf die Entwicklungen in Deutschland hegten die USA Hoffnungen und Sorgen zugleich. Die Interessen der USA und der BRD hätten sich in dieser Zeit zwar weitgehend gedeckt, seien aber nicht identisch gewesen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten, so erfährt der Leser, seien deshalb damals „um einiges komplizierter [gewesen], als es das Bild einer nahtlosen Kooperation vermittelte, das Genscher im nachhinein so gerne zeichnete“ (158). erinnert wird u. a. darin, daß Genscher noch im Juni 1990 gegen die Osterweiterung der NATO plädiert hätte, während dies für die USA eine längst entschiedene Zielvorgabe war. „Unsere Diplomatie in dieser Zeit war vollständig darauf ausgerichtet, die amerikanischen - nicht die

deutschen - Interessen zu verteidigen.“ (132) Es gab in den USA Befürchtungen, daß sich die BRD im Interesse der Einheit der Einordnung in das westliche Bündnis entziehen und erneut eigenständige Politik betreiben könnte. Es mißfiel den USA offenkundig, daß Kohl Ende November 1989 seinen Zehn-Punkte-Plan für die Beziehungen zwischen BRD und DDR ohne vorherige Konsultation mit den Verbündeten verkündete. Man mußte zur Kenntnis nehmen, daß Kohl hinsichtlich der weiteren Geschehnisse in Deutschland nicht bereit war, den Verbündeten die Initiative und die Führerschaft zu überlassen und deshalb bestrebt war, ihren Entscheidungen zuvorzukommen (143). An den zehn Punkten vermißte man zwei Essentials, auf die Bush bei seinem Treffen in Malta besonders einging: den Verbleib eines vereinten Deutschlands in der NATO und die Anerkennung der bestehenden Grenze (gemeint war die Oder-Neiße-Grenze). Die in der BRD verbreitete „Gorbomanie“ bot den USA Anlaß zur Befürchtung, die BRD könne durch eine Verständigung mit der Sowjetunion den deutschen Einigungsprozeß mit dem Preis der Neutralität, mit einem neuen Rapallo, betreiben, so daß in der Tat die Interessen der USA in Europa erheblich beeinträchtigt und die NATO in Frage gestellt worden wären. Hierzu, so meint der Verfasser, hätte die Kohl-Regierung kaum eine andere Wahl gehabt, wenn die USA sich „den Franzosen und Briten angeschlossen und gegen die Vereinigung opponiert hätten“ (131).

Die BRD galt in mancherlei Hinsicht als unsicherer Partner. So waren die

USA auch darüber enttäuscht, daß die amerikanische Unterstützung der deutschen Einigung und die von Bush im Mai 1989 in Mainz angebotene Partnerschaft *in leadership* von der deutschen Regierung nicht mit Dankbarkeit und nicht ihrerseits mit uneingeschränkter Unterstützung für die internationalen Unternehmungen der USA honoriert würden (201). Diesen Bedenken schließt Hutchings die Frage an: „Haben wir schließlich gar zur deutschen Einheit beigetragen, ohne die deutsche Frage zu beantworten?“ (200) Man wird an Paul Kennedys Feststellung erinnert, daß „die deutsche Frage durch die Teilung Europas nach 1945 'beantwortet' zu sein schien“, was sich allerdings nur als zeitweilig erwiesen hätte, daß sie vielmehr nach der Einigung „wiederaufgetaucht“ sei, wodurch die Suche nach neuen Strukturen für Europas Sicherheit kompliziert geworden sei.²

Zum Schluß wendet sich Hutchings gegen die These seines Landsmanns Francis Fukuyama vom Ende der Geschichte. Das Ende des Kalten Krieges war auch nicht „der endgültige Sieg der Demokratie“ (383). Vielmehr müsse man von der „Rückkehr der Geschichte“ sprechen, da das Ende des Kalten Krieges „erneut die Probleme herauf[beschwor], die sich zu Beginn des Jahrhunderts aus dem Untergang der vier Imperien ergeben hatten... Die Befreiung von autoritärer Kontrolle hatte wieder dem Zusammenspiel jener antagonistischen Kräfte Raum geschaffen, welchen diese Geschichte überhaupt entsprungen war.“ (381 u. 384) Was Hutchings vermutete, ist inzwischen bittere Realität: Das Ende des Kalten

Krieges habe gleichermaßen das Ende jenes 'langen Friedens' bedeutet, als „das nukleare Abschreckungsprinzip auch konventionellen Krieg verhindert hatte“ (206).

Eben aus diesen Tatsachen leitet er die oben erwähnten Lehren ab, die die USA aus der jüngsten Geschichte ziehen und die zur Begründung ihrer fortgesetzten weltpolitischen Führungsrolle dienen.

Harald Neubert

¹ Valentin Falin, Politische Erinnerungen. München 1993, S. 471.

² Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1993, S. 347.

Reaktionäre Geschichtspolitik

Karl Heinz Roth, *Geschichtsrevisio-nismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Konkret-Texte 19, Hamburg 1999, 152 S., 19,80 DM.*

Öffentliche Geschichtsdebatten, wie zuletzt die Walser- oder die Goldhagendebatte, kehren periodisch wieder und werfen Schlaglichter auf den Stand des momentanen Geschichtsbewußtseins. Sie können somit Indikatoren für Veränderungen im allgemeinen Geschichtsbewußtsein sein, erklären jedoch diese Veränderungen nicht. Um langfristige Verschiebungen, gar Paradigmenwechsel ausmachen zu können, ist eine intensivere Beobachtung nötig, die aus kleinen Schritten ein Gesamtbild entwirft, um so Richtung, Funktion und Inhalt der neuen Tendenz zu verdeutlichen. Genau dieser Aufgabe widmen sich die hier versammelten Texte von

Karl Heinz Roth aus den letzten sieben Jahren. Isoliert schon an verschiedenen Stellen veröffentlicht, geben die Texte erst in ihrer Zusammenstellung das erwünschte Gesamtbild der neuen Tendenzen eines konservativen Geschichtsrevisionismus.

Im Gegensatz zum Historikerstreit aus der Mitte der achtziger Jahre, verlaufen die gegenwärtigen geschichtsrevisionistischen Tendenzen sehr viel weniger spektakulär, ihre Wirkungen dürften, das läßt sich schon heute sagen, jedoch langfristiger und bestimmender sein. Dabei handelt es sich nicht um getrennte Entwicklungen, sondern die von Roth analysierten Tendenzen knüpfen inhaltlich und in ihrer politischen Funktion an die von Nolte, Hillgruber u.a. vorgeführten Geschichtsdarstellungen an. Die entscheidende Veränderung liegt weniger auf Seiten der konservativen Geschichtsrevisionisten, als vielmehr an der fast völlig fehlenden Gegenbewegung, wie sie im Historikerstreit noch zu verzeichnen war. Verantwortlich hierfür, und das zeigt Roth in aller Eindringlichkeit, ist der Untergang der staatssozialistischen Länder und die damit einhergehende Wiederkehr eines politisch-historischen Interpretationsrahmens, der nun zur dominierenden Deutungsformel der Geschichte des Jahrhunderts wird: die Totalitarismustheorie.

In der Einleitung des Bandes entwirft Roth ein Panorama des aktuellen Geschichtsrevisionismus und seiner politischen Funktion für das vereinigte Deutschland. Habe es sich politisch mit dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik um die „Wieder-

erweckung eines großdeutschen Nationalbewußtseins“ (7) gehandelt, so sei die Aufgabe des geschichtspolitischen Diskurses die Beseitigung ebender historischen Blockaden gewesen, die sich aus der deutschen Geschichte, insbesondere des Faschismus, für eine neue Großmachtpolitik ergeben hätten. Große Teile der Geschichtsschreibung hätten es dabei verstanden, sich als „Legitimationswissenschaft des kapitalistischen Nationalstaats zu etablieren“ (ebd.). Als wichtigste Bereiche dieses politisch funktionalen Revisionismus nennt Roth die Beseitigung der „Sonderwegsthese“, die Relativierung der deutschen Hauptverantwortung für den Ersten Weltkrieg, die Delegitimierung der Weimarer Republik als Ergebnis eines „Diktatfriedens“ und die Bewertung des deutschen Faschismus als Ausdruck einer modernisierenden, sozialen Revolution. Aus dieser Sichtweise folge eine Bewertung der bundesrepublikanischen Entwicklung bis 1989 als „Interregnum“, das nun seinerseits als Sonderweg verstanden wird. Die Rückkehr zur geopolitischen Bestimmung der Rolle Deutschlands als europäischer Hegemonialmacht wird demgegenüber als „wiedergewonnene Normalität“ verstanden.

Als treibende Kraft dieses Geschichtsrevisionismus macht Roth eine Gruppe jüngerer Historiker um Rainer Zitelmann aus, die mit ihren Vorstößen das Terrain für diese neuen Sichtweisen bereiten. Wichtiger als diese „Spitze des Eisbergs“ sei es jedoch, daß immer mehr Vertreter der etablierten Geschichtswissenschaft diese Vorgaben annähmen und damit auch eigene methodische

Grundannahmen vernachlässigten. Auf den ersten Blick gewinnt man den Eindruck, Roth konstruiere hier eine geschichtsrevisionistische Verschwörung, gerade wenn er auch abweichende Meinungen einzelner Vertreter als nicht maßgebend für die Bewertung des Gesamtbildes ausgibt. Im Laufe der Darstellung wird jedoch deutlich, daß das von ihm eröffnete Panorama tatsächlich weitgehend ein sich neu etablierendes Geschichtsbild trifft und hegemoniale Ausstrahlung hat, auch wenn die vorhandenen Gegenbewegungen bei Roth nicht vorkommen.

Als wichtigstes Element, um das beschriebene Bild durchzusetzen und gegenläufige Sichtweisen zu diskreditieren, dient laut Roth die geglückte Neuetablierung der Totalitarismustheorie. Von den sechs Beiträgen des Bandes, davon drei längere Aufsätze und drei Kommentare, beschäftigen sich zwei explizit mit der Totalitarismustheorie, darunter der mit fast siebenzig Seiten längste Beitrag zur Durchsetzung des Totalitarismusparadigmas in der offiziellen Bewertung der DDR. Zunächst jedoch widmet sich Roth den revisionistischen Tendenzen in der bundesdeutschen Faschismusforschung und expliziert hier einige der Punkte, die er bereits in der Einleitung als zentrale Elemente der Umwertung benannt hatte. „Modernisierung“ und „Historisierung“ erscheinen als die wichtigsten Stichworte einer vor allem von Zitelmann und seinen Mitstreitern angestrebten Neuinterpretation des NS-Regimes. Dieses wird von Zitelmann u.a. als Ausdruck einer spezifischen Variante der allgemeinen Modernisierung ausgegeben, verbunden

vor allem mit einer stärkeren Egalisierung der Gesellschaft. Der Nationalsozialismus erscheint hier als „soziale Revolution“ und als notwendiger Katalysator für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Roth verdeutlicht die methodischen Fragwürdigkeiten dieses rein phänomenologischen Ansatzes und die damit verbundenen Leerstellen in der Bewertung: So spielen bei Zitelmann u.a. Terror und Genozid nur eine untergeordnete Rolle, hervorgehoben werden dagegen die positiven Seiten des Regimes, das, abzüglich seiner negativen Begleiterscheinungen, als probates Mittel der gesellschaftlichen Modernisierung erscheint. Neben der Kritik dieses Ansatzes verdeutlicht Roth auch dessen Bezugspunkte in der etablierten Geschichtswissenschaft, wobei er auf die Defizite tradierter Modernisierungsmodelle verweist und auch den von Martin Broszat in die Diskussion eingeführten Historisierungsbegriff problematisiert. Deutlich wird, daß die Revisionisten vorhandene Tendenzen der Historiographie aufgegriffen, gebündelt und umgewertet haben. Einen Grund für den fehlenden Widerstand gegen diese Entwicklung sieht Roth darin, daß sich die Vertreter der Sozial- und Strukturgeschichte 1989/90 an der Zerschlagung der DDR-Historiographie beteiligt haben und damit auch die Begründung dieser Zerschlagung übernehmen mußten: das Totalitarismusparadigma.

Im zentralen Aufsatz des Bandes, zum Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquetekommission zur Aufarbeitung der „SED-Diktatur“, verdeutlicht Roth diese

Entwicklung. Um jedoch die gegenwärtige Totalitarismuskritik verstehen zu können, gibt Roth einen detaillierten Überblick über diesen nunmehr fast achtzig Jahre alten Strang der Geschichtsinterpretation. Deutlich wird hier die Anlage des Totalitarismuskonzepts zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Ideologie. Roth geht es jedoch insbesondere darum, die methodologische Unzulänglichkeit der Theorie herauszuarbeiten, und hier gelingt ihm eine Bewertung der Erkenntnisleistungen dieser Theorie, die in genau umgekehrten Verhältnis zu ihrer momentanen Konjunktur steht. Letztlich handele es sich hier um eine „Pseudowissenschaft“, die aufgrund ihres eigenen schematischen Freund-Feind-Verständnisses zum Gegner offener gesellschaftlicher Entwicklungen werde, die sie zu verteidigen vorgibt (64). Die von ihr benannten Probleme, vor allem bezüglich der diktatorischen Verfassung des Realsozialismus, seien jedoch nicht fiktiv und ihre Bearbeitung gehörten zu den Kernaufgaben der politischen Linken. In der Anwendung des Totalitarismuskonzepts auf die Bewertung der DDR nach 1989/90 zeigt sich für Roth auch die institutionelle und finanzielle Durchsetzungskraft einer bestimmten wissenschaftlichen Richtung. Die Wiederbelebung des Totalitarismusmodells brachte nicht nur den gewünschten politisch-ideologischen Effekt, sondern diene auch der beruflichen Sicherung seiner Anhänger, die nun, vor allem in den neuen Bundesländern, bestens im Forschungsbetrieb etabliert sind. Fast peinlich berührt ist man dann, wenn Roth die

Diskussionen in der Enquetekommission nachzeichnet und vorführt, wie etablierte Vertreter der Sozialgeschichte, wie z.B. Jürgen Kocka, vor dem Druck des Totalitarismusparadigmas kapitulieren und bereitwillig ihre eigenen methodischen Überzeugungen verleugnen.

Im dritten Aufsatz des Bandes zeigt Roth dann, daß die Anziehungskraft der neuen/alten Totalitarismustheorie auch weit in die Linke hineinwirkt. Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung seit Beginn der neunziger Jahre versuchte wissenschaftliche Einordnung der „Makroverbrechen“ des 20. Jahrhunderts führte auch hier schließlich zum Rückgriff auf das Totalitarismusschema, womit man den bereits fahrenden Zug der vorherrschenden Jahrhundertinterpretation bestieg.

Die drei den Band abschließenden Kommentare setzen sich noch einmal mit dem auf den deutschen Faschismus bezogenen Revisionismus auseinander, wobei besonders die von Roth gelieferte Zwischenbilanz von Interesse ist. Ohne unnötige Dramatisierung konstatiert er, daß die 'Jungkonservativen' um Zitellmann nur im Verbund mit dem saturierten Konservatismus eine Chance haben, ihre politisch-ideologischen Ziele zu verwirklichen. Der historische Revisionismus sei „ein ideologisches Herrschaftsbündnis im Wartestand“ (144). Seine Funktion liege darin, eine „volksgemeinschaftlich-nationale“ Einheit zu erzeugen, gerade in Zeiten, in denen eine beschleunigte klassenpolitische Polarisierung und Internationalisierung zu erwarten ist.

Roths Analysen ermöglichen einen

instruktiven Überblick über den gegenwärtigen Stand und die Perspektive konservativer Geschichtspolitik. Zwar würde man sich manchmal einen stärkeren Blick gerade auf die politische Funktion des Revisionismus wünschen, doch bietet die von Roth akzentuierte methodische Kritik an den revisionistischen Ansätzen die Möglichkeit, diese Kritik für eigene Geschichtsinterpretationen nutzbar zu machen.

Gerd Wiegel

Europäische Beschäftigungspolitik I

Joachim Schuster, *Europäische Beschäftigungspolitik - Beschäftigungsförderung und Mehrebenenregulation, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft, Bremen, Diskussionbeitrag Nr.1. spw-Verlag, Dortmund 1998, 76 S., DM 10,-.*

Neben den jeweiligen Hauptströmungen der europapolitischen Debatte, die jahrelang von der Euro-Einführung dominiert wurde und mittlerweile auf die Agenda 2000 eingeschwenkt ist, gibt es auch einen kontinuierlich fließenden Nebenstrom, der sich mit Fragen der Beschäftigung befaßt. Hier reiht sich auch Schusters Diskussionsbeitrag ein, der „Ansatzpunkte für eine europäische Beschäftigungspolitik“ (Kap. 5) aus theoretischen Überlegungen (Kap.1), der Geschichte des neoliberalen Prozesses der Währungsintegration (Kap. 2 und 3) sowie gegenwärtigen Kontroversen (Kap. 4) ableitet.

Theoretisch grenzt Schuster sich von einem Entwicklungsschema ab, dem-

zufolge die Binnenmärkte der fünfziger und sechziger Jahre in den siebziger Jahren in eine Krise gerieten und seither in einem Prozeß der Weltmarktintegration aufgelöst wurden. Ganz zu recht weist er darauf hin, daß auch die nationalen 'Fordismen' in ein System internationaler Arbeitsteilung eingebunden waren. Integration, so die Schlußfolgerung, ist daher als Wandel schon bestehender internationaler Strukturen zu verstehen, der auf verschiedenen Ebenen zu regulieren ist. Entwicklungsperspektiven finden sich demnach weder in dem Versuch, die Bedingungen fordistischer Akkumulation wieder herzustellen, noch in einem Abbau nationaler Regulierungen, der lediglich zu einer „negativen“ Weltmarktintegration führen würde. Ein Konzept „positiver Integration“ (16) muß dem gegenüber angeben, welche Regulierungen sinnvollerweise auf welcher Ebene zu erfolgen haben.

Tatsächlich impliziert die Idee deregulierter Weltmärkte politische Aufgabenzuweisungen in Form des Subsiditätsprinzips. Danach gibt es einen ökonomischen Entwicklungsprozeß, der durch unternehmerisches Handeln vorangetrieben wird und fortlaufende Anpassungsleistungen der Nationalstaaten erforderlich macht. Die praktische Umsetzung dieses allgemeinen Prinzips „neoliberaler Integration“ (19) in der Europäischen Währungsunion ist an Hand Schusters historischem Überblick gut nachzuvollziehen. Deutlich wird dabei auch die neoliberale 'Selbsttäuschung' einer politisch unbeeinflussten Wirtschaftsentwicklung, da weder Binnenmarkt noch Währungs-

union ohne politische Initiative auf den Weg gekommen wären.

Sofern sich die europäische Integration aber nicht im ökonomischen Selbstlauf ergibt, sondern als politisches Projekt verstanden werden muß, besteht auch die Möglichkeit alternativer Projekte. Mit der Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den Maastrichter Vertrag sowie dem Luxemburger Beschäftigungsgipfel zeichnete sich denn auch ein erster Silberstreif am neoliberalen Horizont ab. Schuster spricht zwar von einem „Blockadegipfel“ (44), macht aber zugleich deutlich, daß es konzeptionelle Alternativen zu bisherigen Integrationspolitik gibt, die umgesetzt werden könnten, sobald ausreichend politischer Druck in dieser Richtung entsteht. Die Probleme einer Neuorientierung werden an der Position der SPD geschildert, die einerseits das Maastrichter Konvergenzprogramm und den daran anschließenden Stabilitätspakt befürwortet und andererseits beschäftigungspolitische Ansätze fordert, die in dem engen Konvergenz- und Stabilitätsrahmen keinen Entfaltungsspielraum haben dürften. Konsistenter ist dagegen das „Memorandum europäischer Wirtschaftswissenschaftler“, das seine beschäftigungspolitischen Forderungen mit einer ausdrücklichen Zurückweisung der engen makroökonomischen Spielräume des Maastrichter Vertrages verbindet. Inhaltlich knüpft Schuster am 'Euro-Memo' an. Er fordert quantifizierte Zielvorgaben zum Abbau der Arbeitslosigkeit, eine europäische Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik, die neben der Inflation auch das Beschäftigungsniveau be-

einflussen soll, sowie eine Devisenumsatzsteuer und im Bedarfsfälle Kapitalverkehrskontrollen zur Stabilisierung des Finanzsystems. Insgesamt soll die Makropolitik damit konjunkturelle Schwankungen dämpfen und das Beschäftigungsniveau dauerhaft anheben. Zudem soll die Strukturpolitik ausgebaut werden, um die noch immer bestehenden Entwicklungsunterschiede innerhalb der EU zu verringern.

Bezüglich der politischen Zuständigkeiten für all diese Ziele greift Schuster seine These des internationalen Strukturwandels und einer hieran ansetzenden Mehrebenenregulation noch einmal auf und schreibt, daß „eine klare Ebenenabgrenzung sachlich (häufig) nicht möglich“ ist. Deshalb „kann es nicht um eine widerspruchsfreie Zuweisung von Kompetenzen und Aufgaben gehen ...“ (46) Damit dürfte eine realistische Einschätzung des gegenwärtigen Entwicklungsgrades einer europapolitischen Alternativkonzeption gegeben sein. Deren praktische Durchsetzung wird aber erst gelingen, wenn außer den inhaltlichen Zielsetzungen auch die notwendigen Mittel und die Anwendungskompetenzen klar formuliert werden können. Die neoliberale Aufgabenzuweisung, derzufolge die europäische Geldpolitik die Inflationsrate, die nationale Fiskalpolitik die Investitionsneigung und die Tarifpolitik das Beschäftigungsniveau bestimmen, mag inhaltlich falsch sein, politisch hat sie sich dagegen als höchst wirkungsvoll erwiesen.

Die Notwendigkeit, politische Kompetenzen zu klären, ergibt sich schließlich auch aus den Forderungen

gen Schusters, die „industriellen Beziehungen zu demokratisieren“ (61) und „politische Demokratie (zu) wagen“ (63), sowie aus den gegenwärtigen Problemen des Standort- und Steuerwettbewerbs. In der Tat ist eine europaweite Angleichung der nationalen Steuersysteme utopisch. Europäische Institutionen hätten jedoch darüber zu wachen, daß es trotz unterschiedlicher Ausgestaltungen zu ähnlichen Belastungsniveaus kommt, um dem tatsächlichen oder auch nur angedrohten Kapitaltransfer an 'Niedrigsteuerstandorte' den Boden zu entziehen. Insofern solche Verlagerungen innerhalb multinationaler Konzerne vorgenommen werden, ergibt sich zugleich ein Handlungsfeld für Europäische Betriebsräte, die über verbesserte Informationsrechte dem Gewinntransfer an Standorte mit geringeren Steuersätzen entgegenwirken könnten. Damit wäre auch dem gegenwärtigen Trend, die Steuerlast immer weiter auf die 'immobilen Faktoren' Arbeit und Konsum zu überwälzen, ein Riegel vorgeschoben.

Eine thesenhafte Zusammenfassung am Schluß dürfte den 'Gebrauchswert' der vorgestellten Argumente in politischen Debatten erhöhen, weil es dort mehr um Zuspitzung als um weitreichende Begründungen geht. Gerade in diesem Bereich besteht ja die Gefahr, daß die politische Lage, die nach dem Ende der konservativ-liberalen Regentschaft in Bonn recht offen ist, nicht genutzt werden kann, um die beschäftigungspolitischen Proklamationen der EU mit Leben zu füllen. Anstelle einer beschäftigungspolitischen Vertiefung der europäischen Integration scheint mit

der Agenda 2000 eher eine Verschiebung politischer Regulierungsfunktionen von der EU auf die Mitgliedsstaaten stattzufinden. Damit bliebe Europa auf den Euro verkürzt und die Beschäftigungspolitik bliebe ein Nebenarm des neoliberalen Mainstreams.

Ingo Schmidt

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neu: Inhalt per Email

Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.



Veränderungen...
beginnen in Kopf

Kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
 analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
 Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
 Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

Europäische Beschäftigungspolitik II

Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik – Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 18, Marburg 1998, 85 S., DM 15,-.

Beschäftigungspolitik als „Politikfeld im Schwebezustand“ (6) - so stellt Tidow den Gegenstand der jüngsten FEG-Studie einleitend vor: Und bereits vorab soll verraten werden, daß dieser Eindruck auch durch die Lektüre des Arbeitspapiers nicht wesentlich verändert wird. Fachkundige LeserInnen vermag dies nicht zu verwundern; trotz des mittlerweile deutlichen Übergewichts von Regierungen, in denen die Sozialdemokraten als alleinige Partei bzw. zumindest als Koalitionspartner vertreten sind, zeichnen sich nur zaghaft Konturen einer Beschäftigungspolitik ab, die auch wirklich den Namen verdient.

So liegen denn die Meriten dieser Studie auch hauptsächlich darin, das schon theoretisch, aber umso mehr in der europäischen wirtschaftspolitischen Praxis, schwer faßbare Politikfeld einzugrenzen und zu strukturieren. Dazu werden zunächst die inhaltlichen Änderungen, die sich durch die Hinzufügung des sogenannten „Beschäftigungskapitels“ im EU-Vertrag ergeben haben, kurz vorgestellt. Anschließend wird der Entstehungs- und Konkretisierungsprozeß des Politikfeldes rekapituliert sowie die europäische Beschäftigungspolitik in den Kontext des europäischen Mehrebenensystems ge-

stellt, um den Verlauf der Beschäftigungsdebatte als auch ihre inhaltlichen Schwerpunkte zu durchdringen, denn „[e]ine reine Rückbindung an Akteurstrategien vermag ... die Dynamik nur unzureichend erklären.“ (7)

Die Ergänzung des EU-Vertrags um das Beschäftigungskapitel und somit die Etablierung der Beschäftigungspolitik als explizites Handlungsfeld der europäischen Wirtschaftspolitik, auf dem Gipfel in Amsterdam im Juni 1997 vorgenommen, interpretiert Tidow m.E. zutreffend als logische Reaktion auf die Legitimationskrise des europäischen Integrationsmodells, die in den letzten Jahren v.a. durch immer neue Arbeitslosigkeitsrekorde stets virulenter wird. Kern dieser zusätzlichen Vertragsbestimmung ist „die Förderung der Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verstärkung ihrer Wirksamkeit durch die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie“ (10). Hier offenbart sich bereits die Crux dieser Bestimmung: Abgesehen von ihrer inhaltlichen Indeterminiertheit wird die Hauptverantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin den Mitgliedsstaaten zugewiesen; darüber hinaus sind makroökonomische Beschäftigungsstrategien überhaupt nicht Thema des Beschäftigungskapitels. So stellt Tidow resümierend fest, daß die Analyse der Vertragsbestimmungen selbst unterschiedlichste Einschätzungen hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit und Reichweite in Wissenschaft und Politik hervorgebracht hätte - „Lippenbekenntnisse“ versus „Moloch“ (14). Daher könne entscheidende Hinweise

für eine Einschätzung des beschäftigungspolitischen Handlungspotentials auf der Grundlage des neuen Beschäftigungskapitels nur dessen Entstehungsgeschichte geben.

Tidow stellt dem folgenden Hauptabschnitt „Europäische Beschäftigungspolitik: Die Herausbildung eines Politikfeldes“ (15) die Anmerkung voraus, daß die Schaffung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes zu keiner Zeit als ein keynesianisch geprägtes Projekt im Sinne einer weitgehenden Binnenmarktorientierung konzipiert, sondern stets „Teil eines neoliberalen Transformationsprozesses“ (16) gewesen sei. Die damit einhergehenden sozialen Kosten und die folgende Legitimationskrise des gemeinsamen Europa seien der Hintergrund, vor dem Anfang der 90er Jahre die Debatte um eine europäische Beschäftigungspolitik geschürt wurde. Drei wichtige Phasen prägen die Entstehung des Politikfeldes: Erstens das „Weißbuch“ der EU-Kommission von 1993, das sowohl angebots- als auch nachfragepolitische Maßnahmen vorschlägt und nationalstaatlich verankerte Strategien mit einer verstärkten Europäisierung verbindet. Zweitens die Regierungskonferenz, die von März 1996 bis Juni 1997 dauerte und dazu diente, die Positionen der nationalen Regierungen sowie der europäischen Institutionen und Sozialpartner zu einer europäischen Beschäftigungspolitik deutlich zu machen und einen tragfähigen Kompromiß zu finden. Und schließlich die Periode zwischen dem Gipfel von Amsterdam im Juni 1997 und dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg im November 1997.

Die Ausführungen zum Verlauf der Regierungskonferenz 1996/1997 sind der interessanteste Abschnitt der Studie, v.a. die Klassifikation der einzelnen Mitgliedsstaaten anhand des Kriteriums „Einstellung zur Beschäftigungspolitik“. „Befürworter“ (Schweden, Österreich, Belgien, Dänemark, Italien, Griechenland) stehen neben „Zögerlichen“ (Finnland, Irland, Portugal, Niederlande, Luxemburg und Spanien) bzw. „Gegnern“ (Großbritannien, Deutschland und Frankreich [!]). Eindrücklich wird den LeserInnen einmal mehr vor Augen geführt, wie heterogen diese Assoziation von Staaten hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen und somit auch ihrer wirtschaftspolitischen Präferenzen und Prioritäten tatsächlich ist: Eine Heterogenität, der allein schon ein Großteil der mangelnden beschäftigungspolitischen Dynamik geschuldet sein dürfte. Außerdem zeigt gerade das Beispiel Frankreich, das für die Periode dieser Regierungskonferenz-Periode von Tidow als „Gegner“ eingestuft wird, daß die Positionen der Mitgliedsstaaten selbst durchaus Veränderungen unterworfen sind.

Politökonomisch mindestens ebenso aufschlußreich ist die Betrachtung der einzelnen Gremien auf nationalstaatlicher und besonders auf EU-Ebene, da hier Interessenkonflikte und Motivationen sowie ihre Auswirkungen auf die Herausbildung des Politikfeldes zutage treten. Während das Europäische Parlament Beschäftigungspolitik ganz oben auf seine Agenda setzte und auch die Anwendung makroökonomischer Strategien einforderte, blieb die Europäische

Kommission bei der Forderung nach einer Koordinierung nationaler Politik stehen. Noch größere Gegensätze waren zwischen den Arbeitgebern, die als alleinige Voraussetzung eines hohen Beschäftigungsstandes die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit postulierten, und den Gewerkschaften festzustellen, die (wenn auch nicht frei von Widersprüchen) den Akzent auf makroökonomische Konzepte sowohl auf EU- als auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten setzten.

Das Zusammenspiel der Länderregierungen und der verschiedenen Institutionen führte schließlich zu einem Kompromiß-Entwurf als Vorbereitung auf den Gipfel in Amsterdam, der im wesentlichen die Formulierung von „Anreize(n) durch Initiativen, die darauf abzielen, Informationen auszutauschen“ (62) als Grundlage für ein Beschäftigungskapitel enthielt. Die endgültige Fassung des Beschäftigungskapitels wird von Tidow als ein asymmetrischer Kompromiß hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich (wo kurz vor dem Gipfel die Linksregierung gewählt wurde) dargestellt: Damit die Franzosen den von Deutschland vehement eingeforderten Wachstums- und Stabilitätspakt akzeptierten, ließ Deutschland sich im Gegenzug auf ein sofort zu etablierendes Beschäftigungskapitel sowie einen Beschäftigungs-Sondergipfel im November 1997 ein. Die Beurteilung als rein symbolische Politik werde dem Beschäftigungskapitel jedoch nicht gerecht, denn sie berücksichtige nicht die zugrundeliegenden Konflikte zwischen „Befürwortern“ und „Gegnern“. Außerdem habe die

erzielte Einigung durchaus eine Modifikation bzw. „molekulare Veränderungen“ (66) des Binnenmarktprojektes eingeleitet.

Abschließend ordnet Tidow die europäische Beschäftigungspolitik nach Amsterdam in das europäische Mehrebenenmodell ein: „Im Vordergrund stehen dabei einerseits Fragen der alltäglichen Moderation und Koordination der nationalen Arbeitsmarktpolitiken und andererseits die Formulierung und Ausrichtung der beschäftigungspolitischen Zielsetzung bestehender und neu geschaffener regional-, struktur- und beschäftigungspolitischer Programme.“ (74)

Gleich ob man die Einschätzungen Tidows teilen oder keinerlei Hoffnungsfunken in dem kleinschrittigen Diskussions- und Verhandlungsprozeß über den Stellenwert und v.a. die Ausgestaltung europäischer Beschäftigungspolitik erkennen kann: Insgesamt macht auch dieser Beitrag wieder einmal deutlich, wie weit die EU selbst noch von einer wirklichen Beschäftigungspolitik im Sinne einer expansiven Geld- und v.a. Fiskalpolitik auf der Grundlage eines erweiterten Budgets sowie eigener Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten entfernt ist. Allerdings wird auch daran erinnert, daß das Projekt Europa und die Gestaltung seiner wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume keineswegs statisch und von Handlungszwängen geprägt sind, wie insbesondere die alte Bundesregierung gern insinuiert hatte, sondern vielmehr gewissermaßen als „work in progress“ zu verstehen sind, das durchaus Veränderungen offensteht.

Margit Schratzenstaller

Grüne europäische Beschäftigungspolitik

Frieder Otto Wolf, *Vollbeschäftigung neu bestimmen. Strategien für eine europäische Beschäftigungspolitik*, Verlag P.S.P., Berlin 1999, 49 Seiten.

Eine handliche Orientierungshilfe im politischen Alltagsgeschäft bietet diese neue Broschüre der Grünen im Europäischen Parlament zum Thema europäische Beschäftigungspolitik, herausgegeben von Frieder Otto Wolf unter Mithilfe von Klaus Dräger und Lisa Paus. Zunächst werden die aktuellen Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten skizziert, mit einem Caveat hinsichtlich der Verlässlichkeit europäischer Statistiken zur Erfassung der Erwerbslosigkeit, da die Europäische Union (EU) nicht über eine „realitätstüchtige, vereinheitlichte Zählmethode“ verfüge (4). Es folgt eine Kritik der bisherigen Beschäftigungspolitik der EU, ihrer Vernachlässigung bzw. Ausgestaltung „ohne Biß“ (10). Sehr nützlich scheint der Rezensentin die Auseinandersetzung mit der „Modelldiskussion“, welche besonders in der deutschen Debatte über beschäftigungspolitische Strategien breiten Raum einnimmt: In übersichtlichen Kästen werden die Grundelemente der Beschäftigungspolitik im „Deregulierungsmodell Großbritannien“, im „Teilzeitmodell Niederlande“ sowie im „Arbeitspflicht-Modell Dänemark“ aufgegriffen. Fazit: „Die Fixierung auf einen kleinen Kreis nationaler ‚Modelle‘ versperrt den Blick darauf, daß es in der Realität auch andere nationale Wege zu niedrigen Erwerbslosenzahlen gegeben hat und für die Zukunft in Euro-

pa ganz andere Strategien denkbar sind.“ (13)

Wie ist nun die Einschätzung der künftigen Möglichkeiten effektiveren europäischen Handelns in diesem Politikfeld, unter den Bedingungen einer überwältigenden Mehrheit sozialdemokratisch (mit-)regierter Länder in der EU, die im Juni 1999 immerhin einen „Europäischen Beschäftigungspakt“ verabschieden wollen? Allzu Großes trauen die VerfasserInnen der Broschüre den Sozialdemokraten aller Mitgliedsländer offenbar nicht zu: Zwar werde eine „Balance zwischen deregulierten, entfesselten Marktkräften mit deutlich höherem Wirtschaftswachstum und einem Mindestrahmen für stabile Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit der Bevölkerung“ gesucht. Doch bleibe das Leitbild auch der Sozialdemokraten die „Selbstbehauptung Europas‘ gegenüber den USA als auf gleicher Augenhöhe tätiger Weltmacht“ (18), so daß Widerstand und Alternativen von unten, von den sozialen Bewegungen ausgehen und mitbestimmt werden müßten. Zu verfolgen sei „ein erneuertes Modell der Vollbeschäftigung“ (32), das existenzsichernde Beschäftigung für alle Menschen ermögliche und mehrere Ebenen bzw. Politikfelder umfasse und statt auf altmodischen Beton-Keynesianismus auf ökologisch nachhaltige Entwicklung sowie demokratische Vollbeschäftigung setze.

Die Broschüre ist ein weiterer Hinweis (vgl. auch die übrigen Rezensionen zu Publikationen über dieses Thema in diesem Heft) darauf, daß sich allmählich bei den Kräften und

iz3w



Themenschwerpunkte 1999:

- ▶ Turbulenzen im Weltmarkt
- ▶ Neoliberalismus, was nun?
- ▶ Global Cities
- ▶ Gesellschaft und Alter
- ▶ Das Jahrhundert der Lager
- ▶ KulturIndustriePolitik
- ▶ 2000 Reisen – Reisen 2000
- ▶ Politik sexueller Identitäten

Einzelheft DM 8,- ▶ Abo DM 60,-
erhältlich im linken Buchhandel, in
Dritte-Welt-Läden oder direkt beim

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: <http://www.rolf.de/iz3w>



iz3w-Aboauftrag

- Ich abonniere die iz3w
blätter des informationszentrums 3. welt
- Jahresabo (8 Ausgaben) DM 60,-
- Jahresabo (8 Ausgaben) erm. DM 50,-
(europäisches Ausland + DM 10,-
andere Länder + DM 30,- Porto /Jahr)
- Förderabo für DM 100,- /Jahr
- Probeabo: 3 Ausgaben für DM 15,-

Name

PLZ/Ort

Straße

Unterschrift

Datum

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb
einer Woche widerrufen kann.

Unterschrift, Datum

iz3w ▶ Politik, Ökonomie und
Kultur zwischen Nord und Süd

Bewegungen, die sich in irgendeiner Weise als links oder alternativ verstehen, ein breiter strategischer Konsens über die Notwendigkeit einer aktiven europäischen Beschäftigungspolitik herausbildet: Und zwar über eine Beschäftigungspolitik, die nicht auf deregulierten Arbeitsmärkten, Workfare-Strategien und Niedriglohn-Sektoren beruht. Mit Sicherheit werden nicht alle Ausführungen uneingeschränkte Zustimmung unter den linken Kräften und Bewegungen finden. Hinsichtlich der konkreten Taktik, betreffe sie nun konkrete Maßnahmen oder Finanzierungsfragen, wird man sich künftig noch intensiv auseinandersetzen müssen. Nur am Rande sei bemerkt, daß diese Broschüre weiterhin als Beleg dafür zu werten ist, daß zwischen ParteienvertreterInnen, die auf nationaler, und solchen, die auf europäischer Ebene agieren, wohl keineswegs immer Einigkeit über Inhalte und Aktions Ebenen in bestimmten Politikfeldern besteht: Die Grünen müssen sich künftig auch diesem Konflikt stellen; denn die von ihren europäischen VertreterInnen geforderten expansiven Beschäftigungsmaßnahmen und deren Finanzierungsbedarf müssen zwangsläufig auf den Widerstand beispielsweise ihrer deutschen KollegInnen stoßen, welche sich zunehmend den Austeritätswängen des europäischen Stabilitätspaktes verpflichtet fühlen.

Neben einer für „nur“ wirtschaftspolitisch interessiertes, aber nicht unbedingt fachspezifisch ausgebildetes Publikum hilfreichen Allgemeinverständlichkeit zeichnet sich die Broschüre durch ein lesefreundliches Layout aus. Wer sich weiter durch

Lektüre über aktuelle politische und ökonomische Entwicklungen und Fragen im Bereich der europäischen Beschäftigungspolitik informieren will, findet eine ausführliche Literaturliste am Ende der Broschüre. Von Nutzen ist auch die Adressenliste offizieller und alternativer Vereinigungen bzw. Stellen, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Margit Schratzenstaller

Ein Jahrbuch mit Verbesserungsmöglichkeiten

Joachim Betz, Stefan Brüne (Hrsg.),
Jahrbuch Dritte Welt 1999, Verlag
C.H.Beck, München 1999, 225 S.,
DM 24,-.

Schon oft hat sich der Rezensent über das seit 1983 jährlich erscheinende, vom Deutschen Übersee-Institut/Hamburg betreute „Jahrbuch Dritte Welt“ geärgert. Die Besprechung des Bandes von 1999 (der in Wirklichkeit nur Ereignisse bis Mitte 1998 abdeckt) gibt Gelegenheit, auf einige Grundschwächen dieser potentiell wichtigen Veröffentlichung zu verweisen. Der Anspruch ist hoch angesetzt: Das Jahrbuch will über die wichtigsten Ereignisse in der Dritten Welt informieren, Zusammenhänge aufzeigen, Hintergrundinformationen liefern, und es behauptet, „sich mit jedem Band zu einem umfassenderen ... Handbuch der Dritten Welt zu entwickeln“ (Selbstdarstellung). Die Wirklichkeit ist leider weit entfernt von diesem Ziel.

Doch zuerst zum Inhalt des Bandes von 1999: Nach einem von den Herausgebern formulierten „Editorial“ folgen 14 Beiträge in den Abschnit-

ten „Forum“, „Überregionales“, „Regionalbeiträge“ und „Süd-Süd-Beziehungen“. Im Anhang findet sich eine Chronik der wichtigsten aktuellen Ereignisse und ein Gesamtregister aller Jahrbücher.

Das „Editorial“ 1999 widmet sich der „neuen Armut“ in der Dritten Welt. Abgesehen davon, daß nicht erklärt wird, was an der behandelten Armut „neu“ ist (wahrscheinlich hielten die Autoren und Herausgeber das für einen netten Gag, da die Ausgabe für 1998 mit einem Beitrag zum „neuen Reichtum“ editiert worden war), ist der Beitrag von kaum zu übertreffender Dürftigkeit. Der analytische Höhepunkt wird mit der Behauptung erreicht: „So könnte man etwas überzogen formulieren, daß Wachstumsförderung die effizienteste Form der Armutsbekämpfung darstellt.“ (14) Das ist nun nicht „etwas“ überzogen sondern 'ganz' falsch und widerspricht allen Erfahrungen und Analysen. Bei allen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Akteuren und Beobachtern der Armutsbekämpfung in der Dritten Welt besteht in einem Punkt ziemliche Einhelligkeit: „Wirtschaftliches Wachstum ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Reichtum.“ - so z.B. Winfried Piniger, developmentspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Die Autoren und Herausgeber sind mit ihrem Editorial einfach nicht auf dem aktuellen Stand der Debatte.

Zwei Beiträge im Abschnitt „Forum“ widmen sich dem Problem der Migration und der Einwanderungspolitik - beide sind lesenswert, nehmen

aber keinerlei Bezug aufeinander. Der eine stellt richtig fest, daß Migration vor allem ein Süd-Süd-Problem ist, der andere wendet sich gegen die „Festung Europa“-Politik, die in Wirklichkeit überall dort „Migrationstore“ öffne, wo es wirtschaftlich vorteilhaft sei (46). Beide Artikel sind zu breit angelegt. Man kann eben auf 12 bis 14 Seiten nicht die ganze Historie von Migration und Einwanderung, die aktuellen Entwicklungen und die wichtigsten analytischen Fragen gleichzeitig behandeln.

Im Abschnitt „Überregionale Beiträge“ wird die Welthandelsorganisation WTO und das Problem der „Nachkriegsgesellschaften“ behandelt. Der Beitrag über die WTO wirft die wichtige Frage auf, ob die WTO auf dem Wege zu einer Institution ist, die einen Beitrag zur Zukunftsgestaltung leisten kann. Nach einer Analyse der Umweltpolitik, des Problems der Sozialklauseln, der Direktinvestitionen und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft kommt der Autor zu dem pessimistischen Schluß, daß bei der WTO von „Zukunftsfähigkeit“ nicht die Rede sein kann (65). Allerdings fragt man sich als Leser, warum der Autor das zentrale Problem der WTO, nämlich die Förderung der Entwicklung der Dritten Welt, in diesem Zusammenhang nicht behandelt hat.

Im Beitrag über „Nachkriegsgesellschaften“ werden einige Probleme dargestellt, mit denen sich Länder der Dritten Welt nach Beendigung von Bürgerkriegen konfrontiert sehen: Entwaffnung und Reintegration der Kämpfer, Versöhnung, Demo-

kratisierung. Merkwürdigerweise wird auch hier das Hauptproblem, nämlich der Bezug zu den Ursachen der Konflikte, nur implizit und am Rande angesprochen.

Sechs Beiträge behandeln im Abschnitt „Regionalbeiträge“ einzelne Länder (Somalia, Kenia, Ecuador, Irak, Indonesien und Südkorea.), auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Die Darstellungen sind von unterschiedlicher Qualität. Die meisten (vor allem die über Somalia, Ecuador und den Irak) sind kaum mehr als journalistische Schilderungen der aktuellen Ereignisse. Analysen fehlen ganz oder sind nur am Ende kurz angedeutet. Ein halbwegs regelmäßiger Zeitungsleser ist da ebensogut bedient. Vor allem die Beiträge über Indonesien und Südkorea bringen mehr, indem sie immerhin eine Analyse und nicht bloß eine Beschreibung der politischen Situation leisten.

Der letzte Abschnitt über „Süd-Süd-Beziehungen“ bringt Beiträge über die Regionalkooperation in Afrika, das Asiatisch-Europäische Diskussionsforum (ASEM) und über Lateinamerika vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise. Ein Beitrag über die Außenpolitik Irans ist eher ein Regionalbeitrag.

Die Schilderung einiger aktueller Entwicklungen auf dem Gebiet der westafrikanischen ECOWAS und der südafrikanischen SADC ist sicher informativ, begründet aber nicht ausreichend die ‚analytische‘ Feststellung des Autors, daß bei regionalen Kooperationsbemühungen in Afrika „nationale Interessen im Zweifelsfall dominieren“ (181). Dazu hätte man

gerne mehr gelesen - u.a. auch zu der Frage, ob im afrikanischen Kontext eigentlich umstandslos von „nationalen Interessen“ gesprochen werden kann.

Der kurze und informative Beitrag über Lateinamerika macht vor allem einen zentralen Mangel des vorliegenden Bandes deutlich: Das wohl wichtigste Ereignis der Dritten Welt im Berichtszeitraum - nämlich das Ende der „These vom ‚asiatischen Wunder‘“ (197) als (mögliche) Folge der asiatischen Finanzkrise - wird überhaupt nicht explizit behandelt. Dabei wirft die Asienkrise zentrale Fragen der Entwicklungskonzeption auf - u.a. die Frage, ob eine durch private Kapitalströme finanzierte nachholende Entwicklung vor dem Hintergrund deregulierter Finanzmärkte funktional ist.

Zusammenfassend sollen drei große Schwächen des Jahrbuchs (und nicht nur der Ausgabe von 1999) hervorgehoben werden:

- Die Themenwahl erscheint willkürlich und zufällig;
- die Beiträge sind oft zu breit angelegt und wollen auf wenigen Seiten ‚alles über den Elefanten‘ behandeln;
- manche Beiträge sind oft nur mehr oder weniger informative Schilderungen auf journalistischem Niveau ohne analytischen Gehalt.

Der Verlag sollte einmal ein ernstes Wort mit dem Herausgeber reden. Vielleicht sollte sich die Veröffentlichung einen wissenschaftlichen Beirat leisten, der bei der Auswahl von Themen und Autoren einbezogen wird und der über den Umkreis des Übersee-Instituts hinaus geht. Es fällt

nämlich nebenbei auf, daß bei den Autoren Wissenschaftler (das ‚innen‘ betrifft ohnehin nur zwei von 16 Autoren) aus dem Umfeld des Übersee-Instituts und seiner Facheinrichtungen dominieren.

Jörg Goldberg

Das gute Buch
zum schlechten Film...

antimilitarismus information

ami

5/99

Kosovo-Krieg:

- Friedenspolitische Stellungnahmen • Daten und Fakten
- Medien und Krieg • sowie: Bodenkrieg in der Colbitz-Letzlinger Heide • Rot-Grüne Waffenexporte • Verfassungsklage gegen die Wehrpflicht
- Türkischer Rechtsruck uvm.

monatliche Informationen und
Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-
(+Porto). Probeheft gratis
Bezug: Verein für Friedenspolitische
Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785
Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>
Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

Soziale Bewegungen in Lateinamerika

Dieter Boris, *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, VSA Verlag, Hamburg 1998, 254 S. mit Abb. und Tab., DM 36,80.

Völlig zu Recht betont D. Boris in seiner Einleitung, daß das Themenfeld, das mit dem Begriff „soziale Bewegungen“ skizziert wird, weder in Lateinamerika noch in Europa zur Zeit eine publizistische oder mediale Hochkonjunktur erlebt. Ganz im Gegensatz zu den achtziger Jahren, in denen es kurzfristig so schien, als seien die sozialen Bewegungen und vor allem die sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ (Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen) neues soziales Subjekt, Kern und Motor eines neuen zivilgesellschaftlichen Aufbruchs.

Dieter Boris unternimmt mit seiner Studie den Versuch, sowohl eine Lücke zwischen ökonomischen und politischen Betrachtungen über Lateinamerika zu schließen, da es einen Gesamtüberblick über die sozialen Bewegungen Lateinamerikas im deutschsprachigen Raum nicht gibt, als auch der Frage nachzugehen, ob dieses zurückgegangene Interesse mit einem entsprechenden realen Bedeutungsverlust der sozialen Bewegungen einhergeht.

Neben der Einleitung, die einige definitorische und theoretische Betrachtungen einschließt und gleichzeitig die Form einer Zusammenfassung bildet, gliedert sich das Buch in neun Kapitel, die in einem handbuchartigen Aufbau folgende soziale Bewegungen darstellen. Die Campesino, Indigena und gewerkschaftliche

Arbeiterbewegung, die Menschenrechtsbewegung, Guerilla und religiösen Bewegungen, die Frauen, Stadtteil- und Umweltbewegungen.

Dabei sind die Kapitel über die sozialen Bewegungen folgendermaßen strukturiert. Sie beginnen mit ihrer historischen Einbettung in den ökonomischen politischen und sozialen Gesamtzusammenhang der lateinamerikanischen Entwicklung, einer Bestimmung der objektiven und subjektiven Momente ihres Entstehungszusammenhangs wie ihres Stellenwerts in der historischen oder aktuellen politischen Auseinandersetzung und gipfeln in konkreten Länderbeispielen, wo diese Bewegungen besonders markante, beispielhafte Formen angenommen haben. Daher erfüllt die Studie sowohl den Anspruch, einen Gesamtüberblick zu geben, als auch - die einzelnen Kapitel jeweils für sich genommen - eine Einführung in die jeweils spezifischen Bewegungen darzustellen.

Aus der Fülle der angesprochenen Themenkomplexe der Studie greife ich folgende heraus, die mir besonders wichtig erscheinen. In einem Abschnitt der Einleitung (16ff.), der sich der Frage der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der sozialen Bewegungen in Europa/Nordamerika und Lateinamerika widmet, betont Boris den sozialen Unterschied im Entstehungszusammenhang der neuen sozialen Bewegungen, indem er zustimmend R. Rott zitiert. „Während in den westlichen Industrieländern soziale Bewegungen fast ausschließlich von der nach dem Zweiten Weltkrieg sehr stark angewach-

senen Mittelklasse getragen werden - und dann zumeist auch nur von einer jüngeren Generation - sind es in Lateinamerika die Unterschichten, junge und alte Menschen, die die Stärke der Bewegungen ausmachen und materielle Forderungen nach einem Mehr an ökonomischer Mitbeteiligung stellen. Und sie sind zumeist in einer Situation der politischen Bedrohung, der Nicht-Repräsentanz und materieller Not entstanden, Verhältnisse, die sehr verschieden von dem westeuropäischen Sozialstaat der Nachkriegszeit sind.“ Wenn es trotz dieser differentiellen sozialen Situation zu einem Theorieimport aus Europa und den USA nach Lateinamerika gekommen ist, weil es sehr wenig Theorieentwicklung zu sozialen Bewegungen in Lateinamerika selbst gegeben hat, so verweist dies trotz der Tatsache, daß bestimmte Aktionsformen, Basisorientierungen, netzwerkartige Strukturen und Attitüden formale Ähnlichkeit suggerieren, auf ein Problem hin, das mit mangelnder Realitätswahrnehmung der Theorieproduzenten hier und in Lateinamerika umschrieben werden könnte und einhergeht mit ahistorischen Betrachtungsweisen. Schon bei diesen reflexiven Betrachtungen von Boris in der Einleitung wird deutlich, daß die Studie gerade in diesem Realitätsbezug und Nüchternheit ihre Stärke besitzt.

Auch die modisch-ideologisch bedingte Versenkung klassenanalytischer Kategorien wird von Boris nicht mitvollzogen. „Nun kann nicht bestritten werden“, so Boris, „daß die Auseinandersetzungen von Stadtteilbewohnern mit den Stadtbehörden, von Indigenas mit dem Staat

usw. durchaus etwas mit dem Verhältnis von ‚Kapital und Arbeit‘ zu tun haben. Allerdings scheint das Verhältnis von Klassen zu anderen sozialen Kategorien, wie Ethnien, Gender, religiöse Gruppierungen usw. komplizierter zu sein, als dies in einer bloßen Forderung nach Ersetzung der Klassenanalyse gedacht sein mag (...). Die genannten Kategorien sind zwar selbst sehr relevant für Sozialstrukturuntersuchungen, werden aber ihrerseits von anderen sozialstrukturellen Kategorien geprägt und stets durchdrungen; d.h. die Ethnien sind zum einen in sich nach Besitz, Alter etc. strukturiert, und sie nehmen (‚als Ganze‘) in der gesellschaftlichen Gesamtordnung ebenfalls eine mehr oder minder klare Position ein. ... Nicht auf ein ‚reines‘ Klassenphänomen reduziert werden zu können, schließt keineswegs aus, in der Klassengesellschaft verortet zu sein und von dort erst in seinen Handlungsspielräumen und Entwicklungsrichtungen adäquat bestimmt werden zu können.“ (18) In diesem Zusammenhang verweist Boris zustimmend darauf, daß natürliche die „Ersetzung“ der Klassenanalyse durch die Analyse sozialer, oft kleinräumiger Milieus und/oder Bewegungen nicht nur mit einer abgehobenen Theorieentwicklung oder dem Wechsel akademischer Moden zu tun hat, sondern auch Veränderungen gesellschaftlicher Wirklichkeit Lateinamerikas widerspiegelt, die als stärkere Zersplitterung und Pulverisierung sozialer Strukturelemente, schnellerer Wechsel der Erwerbspositionen und zum Teil als eine räumlichen Dezentralisierung und Migration beschrieben und als ge-

sellschaftlicher Nährboden für das Entstehen und die Ausbreitung sozialer Bewegungen angesehen werden können (24). Neben den politischen Rahmenbedingungen (Militärdiktaturen) und der Erschöpfung eines ökonomischen Entwicklungsmodells (Ende der Importsubstitutionsstrategie) müssen - so Boris - diese spezifischen Sozialstruktur Tendenzen als Hintergrund für das Aufkommen, das Profil und die Reichweite sozialer Bewegungen in Lateinamerika wesentlich stärker in die Diskussion einbezogen werden, als dies bisher geschehen ist. Gerade die lokalen, bzw. dezentralen Orientierungen der sozialen Bewegungen, ihre Ausrichtung auf eine Zielebene (Umwelt/Gender/Stadtteil etc.) entsprechen heute besser den sozialen Bedingungen als je zuvor (25). Sie sind aber auch gleichzeitig Ausdruck der weiter gewachsenen gesellschaftlichen Heterogenität Lateinamerikas. Bei aller Differenziertheit und vielfacher Heterogenität darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich eine Tendenz der Annäherung und Affinität der einzelnen Bewegungen untereinander hinzugesellt. Dies wird zum Beispiel durch die personelle Überschneidung in der Trägerschaft der Bewegungen deutlich. „So ist bekannt, daß die Stadtteilbewegungen zu einem erheblichen Teil von Frauen getragen werden, desgleichen kann festgestellt werden, daß in den meisten religiös-sozialen Bewegungen der Anteil der Frauen weit überwiegt; starke Überlappungen in der personellen Trägerschaft finden sich zwischen Campesino-Bewegungen und indigenen Bewegungen oder wiederum zwischen indigenen und

ökologischen Bewegungen.“ (26) Was wiederum zu Interessenbündelung, Koalitionen oder regionalen Bündnissen führen kann.

Diese Überlegungen führen zu der eingangs gestellten Frage zurück, ob der Rückgang des medialen Echos auch den realen Bedeutungsverlust der sozialen Bewegungen wiedergibt.

„... auch wenn man die gelegentlich zyklischen Bewegungsformen des ‚populären Protests‘ und die partiellen Rückschläge der sozialen Bewegungen nach der Demokratisierung in Rechnung stellt, wird man“, so Boris, „nicht leugnen können, daß Ende der 90er Jahre insgesamt ein Niveau und ein Ausmaß an Diversifizierung und Differenzierung sozialer Bewegungen in Lateinamerika erreicht worden ist, das überhaupt nicht mit dem Stand zu Anfang der 70er Jahre zu vergleichen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß soziale Bewegungen oft wegen ihrer lokalen problemspezifischen Orientierung fast unmerklich bleiben oder Latenzphasen durchmachen, aber zu bestimmten wichtigen Anlässen durchaus auf eine nationale Aktion hin zu konzentrieren und zu mobilisieren sind.“ (35)

Auch die theoretisch beliebte Entgegensetzung von sogenannten alten und neuen sozialen Bewegungen wird von Boris nicht nachvollzogen. Das Attribut „neu“ ist zwar für einige Bewegungen berechtigt (wie z.B. für die Ökologiebewegung), weil die Forderungen dieser Bewegungen sich nicht ohne weiteres in der bisher bekannten Kritik von Herrschaftsbeziehungen in der Arbeits- und Wohnsphäre erschöpfen, aber „manche theoretischen Ansätze zur Erklärung

und zur Charakterisierung der ‚neuen sozialen Bewegungen‘ verabsolutieren diesen Neuheitscharakter insofern, als sie behaupten, es ginge wesentlich um die Erlangung und/oder Bewahrung der eigenen kollektiven Identität bestimmter Gruppen, was nichts mit materiellen Forderungen/Interessen zu tun habe“ (13).

Boris verweist in diesem Zusammenhang auf Verbindungslinien zwischen alten und neuen Bewegungen, die z.T. nachweisbare personelle Kontinuität, und auch auf die früheren historischen Phasen Lateinamerikas hin, wo es Kämpfe von sozialen Gruppen gab, die wesentlich für die Bewahrung ihrer kollektiven Identität eintraten.

Natürlich gibt es bei jeder Studie, die eine solche Themenvielfalt bietet, Aspekte, die dem Rezensenten zu wenig ausgeleuchtet sind. Dazu gehört m.E. das Beziehungsgeflecht zwischen Staat und sozialen Bewegungen. Einmal historisch, da die Staaten Lateinamerikas nie die Funktion des Sozialstaates so ausgeprägt haben, wie dies für den europäischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg galt. Zum zweiten im Hinblick auf die sich auch in Lateinamerika aktuell vollziehende Entstaatlichung sozialer Sicherungssysteme mit ihren Auswirkungen auf soziale Bewegungen, deren Artikulationsformen und Forderungen. Deutlich wird dieses Problem zur Zeit auch bei der Agrarfrage. Zieht sich der Staat aus dem aktiven Prozeß der Bodenverteilung zurück, privatisiert oder reprivatisiert er die Flächen oder schafft er kollektive Eigentumsformen ab, dann hat das unmittelbare Auswirkungen auf

die sozialen Bewegungen im Agrarsektor.

Insgesamt ist das Buch sehr benutzerfreundlich gestaltet mit einer klaren graphischen Gestaltung und einem umfangreichen Literaturverzeichnis.

Peter Hiedl

Erschöpfung des Neoliberalismus?

Michael Heinrich/Dirk Messner (Hrsg.), *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag, Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 350 S., DM 58,00.*

„Für Elmar Altvater war es selbstverständlich“, schreibt Ludger Volmer (Bündnis 90/Die Grünen) in der Altvater gewidmeten Festschrift, „Ende der 70er Jahre die Alternative Liste Berlin zu gründen und nach ihrer Verschmelzung mit der Bundespartei Die GRÜNEN auch dort Mitglied zu werden. Ob die Partei immer weiß, wen sie in ihren Reihen hat, muß heute stärker bezweifelt werden.“ (265) Volmer erinnert an die Kampagne gegen den IWF, Anfragen zur Schuldenkrise und den Gegenkongreß zur Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 1988 in Berlin, zu deren Gelingen Altvater beigetragen habe. „Warum hat sich dieses Bild in den 90er Jahren so dramatisch geändert?“ (267) Die Bundestagsfraktion habe sich zunehmend gesperrt, kritische Ökonomen wie Altvater einzuladen. „Man traute der Partei mittlerweile zu, Ökologiepolitik als Veranstaltung für Besserverdienende zu organisieren.“

(272) Erst mit dem Bruch des Bündnisses für Arbeit durch Kohl habe sich die Einsicht durchgesetzt, „daß ein grüner Monetarismus weder in der Lage sei, schnell die Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen, noch soziale und ökologische Reformansprüche zu erfüllen.“ (271)

„Globalisierung und Perspektiven linker Politik“, die Elmar Altvater zum 60. Lebensjahr gewidmete Festschrift, setzt sich mit der ‚Erschöpfung des Neoliberalismus‘ den Widersprüchlichkeiten der Globalisierung und Verteilungskämpfen auseinander. Der Band lebt von einer beziehungsreichen Person. Elmar Altvater steht für kritische Ökonomie. Seine Arbeiten handeln von Weltmarkt, Akkumulation, internationaler Verschuldung und Globalisierung. Mit ihm verbinden wir die Zeitschrift ‚Probleme des Klassenkampfes‘. Und als Hochschullehrer hat er dem Otto-Suhr-Institut (Berlin) zu einer neuen Ära verholfen. „Dein Gesicht ist, wie ich das aus unserer letzten Begegnung in Erinnerung behalten habe,“ wundert sich Oskar Negt, „völlig ohne Falten...“ (17) Den Jungbrunnen vermutet Negt in der Kritik der politischen Ökonomie. „Du hast Dich auf eine kapitalistische Realität in voller Breite eingelassen,“ schreibt Negt seinem Freund, „die ja in der gegenwärtigen Zeit die Notwendigkeit des Marxschen Ansatzes der Gesellschaftskritik in einer für mich geradezu verblüffenden Weise aktualisiert hat.“ (17f)

Die Festschrift lebt ferner von der Verknüpfung mit der westeuropäischen Linken. Ihr Einfluß macht sich

in der Rückbesinnung auf die Kapitalismustheorie geltend. „Zum ersten Mal in der Geschichte“, glaubt Oskar Negt, „funktioniert der Kapitalismus, von der Abgrenzungsrealität des Ostens ebenso befreit wie von den sozialstaatlichen Barrieren im Innern, im wesentlichen genauso wie Marx es in seinem Kapital beschrieben hat.“ (18) Diese Analyse will Heiner Ganßmann (Berlin) von „einer eschatologisch getönten Geschichtsphilosophie“ befreit wissen. Von einer theoretischen Konzentration auf Reproduktion als Veränderung, Verwendung des gesellschaftlichen Nettoprodukts und sozialstaatlicher Dekommodifizierung der Arbeitskraft verpricht sich der Soziologe einiges. Während sich Ganßmann mit einer kritischen Wirtschaftssoziologie zufrieden geben will, spannt Alex Demirovic (Frankfurt am Main) den Bogen weiter. Offenkundig würden sich die Individuen mehr mit dem Erfolg von Steffi Graf, Guido Horn oder Michael Schumacher beschäftigen als mit der konsequenten Wahrnehmung ihrer eigenen Lebensperspektive. Anhand der Frankreich-Schriften zeigt der Politikwissenschaftler, inwiefern Marx Bedeutungsträgern und Sinnstiftung Rechnung getragen hat. „Der entscheidende Gesichtspunkt von Marx ist die Kritik der politischen Revolution, deren Modell er in der Französischen Revolution sieht.“ (41) Was Demirovic unter „Überwindung der Logik der Äquivalenzketten“ versteht, wendet sich gegen Ökonomismus und Politizismus.

Unverkennbar steckt die Kapitalismustheorie in der Globalisierungsdebatte. Raubbau an Ressourcen, inter-

nationale Verschuldung und finanzkapitalistische Suprematie - das ist das Herzstück der wissenschaftlichen Arbeit des Geehrten. Mit ‚Grenzen der Globalisierung‘ haben Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf ein Standardwerk geschaffen. Im Pro und Contra bestätigt dies auch der Diskussionsband. Damit Ökonomen den Problemen der Umwelt gerecht werden können, verlangt ihnen Hans Peter Dürr (München) ein angemessenes Verständnis der Natur ab. Dürr stört, daß sich die Ökonomie immer noch an einem klassischen Verständnis orientiere. Mehr wäre von der neueren Physik zu lernen, nach der sich Teile wesentlich aus der Beziehung zum Ganzen definieren würden. Der Physiker will auf eine Weltsicht hinaus, die dem Ganzen und seiner offenen Entwicklung mehr Beachtung schenkt. Während Dürr sich mit Altvater einig weiß, ist Ulrich Albrecht (Berlin) von diesen naturtheoretischen Anleihen nicht überzeugt. Er bezieht sich auf Altvaters Rückgriff auf die Thermodynamik, womit die Unumkehrbarkeit und der Schwund von Naturprozessen für das Verständnis begrenzter Ressourcen herausgehoben werden soll. Der Politikwissenschaftler sieht darin eine eigenwillige Übertragung. Ulrich Albrecht kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob so gegen den Sachzwang des Marktes ein zweiter konstruiert werden solle. Neben der Umwelt ist auch die Globalisierung selbst umstritten. André Gunder Frank (Toronto), dessen Dependenztheorie die Entwicklungspolitik bis zur neoliberalen Gegenrevolution maßgeblich beeinflusst hat, zieht mit großer Leidenschaft gegen die euro-

zentristische Sichtweise zu Felde. Mit Adam Smith, Karl Marx, Max Weber und Karl Polanyi sei man in die Irre geführt worden. Dieses Bild will Frank mit Wallerstein revidieren. Danach verdankt sich der Aufstieg des europäischen Kapitalismus mittels südamerikanischem Gold und afrikanischen Sklaven eigentlich dem Abstieg Asiens. Mit der Globalisierungsdebatte ist auch Leo Panitch (Toronto) unzufrieden. Panitch drängt auf präzise Erklärung des neoliberalen Scheiterns. Er macht auf eine ‚Sozialdemokratisierung der Globalisierung‘ aufmerksam. Dafür führt der Politikwissenschaftler den Bericht der Weltbank von 1997 an. Hier werde der Akzent auf Effektivierung von Staatseingriffen gelegt, wofür sich Clinton und Blair ins Zeug legen wollten. Zwar hätten die liberalen Sozialisten gelernt, Wahlen zu gewinnen. Jedoch sei ihnen mit dieser Weiterbildung die reformistische Befähigung verloren gegangen. Diese Diskussion wird durch eine Reihe von Beiträgen ergänzt. Marek Waldenberg (Kraków) untersucht die destruktive Rolle des Nationalismus in Osteuropa. Mit den Paradoxa der Transformation setzt sich Milos Nikolic (Novi Sad) auseinander. Anlässlich der Bildung von Wirtschaftsblöcken fragt Heribert Dieter (Duisburg), ob diese für Fragmentierung oder Durchgangsstufen stehen? Und über Brasiliens Arbeitsemigranten berichtet Victor Hugo Klagsbrunn (Niterói).

Das Themenspektrum wird durch Beiträge über die Religionsgeschichte (Otto Kallscheuer), Informationstechnologie (Rau Rojas), ‚Hans im Glück‘ (Peter Kammerer), Privatisie-

rung (Bodo Zeuner) und Dienstleistungen (Jürgen Hoffmann) erweitert. Abgerundet wird der Band durch das Thema Verteilungspolitik. Das betrifft zunächst den Beitrag über die Altersversorgung von Urs Müller-Plantenberg (Berlin). Mit der Rentenreform von 1957 habe man sich von den ‚qualvollen Mühen der Aufzucht eigener Nachkommen mit Aussicht auf einen auskömmlichen Ruhestand‘ freigekauft. Konsequenz sei der dramatische Rückgang der Geburtenrate ab 1964 gewesen. Insofern habe sich der Wegfall einer 1956 noch vorgesehenen ‚Jugendrente‘ gerächt. Der Soziologe befürchtet, daß man dem Beispiel der Kfz-Versicherung folgen werde und mit einer generationspezifischen Differenzierung der Beitrags-Leistungs-Verhältnisse gerechnet werden müsse. Von Wachstum, Produktivität, Zuwanderung und Kapitalisierung erwartet sich Müller-Plantenberg keine Lösung, mehr dagegen von einem Paket (Grundrente, Ausdehnung der Versicherungspflicht, Familienpolitik und demographisch bedingte Anpassungen). Zweifellos bringt die rentenpolitische Debatte zugespitzt den Mangel verteilungspolitischer Maßstäbe zum Ausdruck. Insofern fragt Helmut Schauer (Frankfurt am Main), „ob das Fehlen einer linken politischen Alternative nicht auch auf den Mangel einer allgemeinen verteilungspolitischen Gegenkonzeption zurückzuführen ist.“ (276) Der Neoliberalismus versuche, das politische Element in den Verteilungsverhältnissen ganz auszuschalten. Insofern sei selbst die Lohnpolitik, die bloß Ausgleich der Inflation und Erhöhung der Arbeitnehmer-Einkommen

im Maße der Produktivitätsfortschritte bezweckt habe, bekämpft worden. Durch den Shareholder-Kapitalismus, der weniger auf Wachstum als auf Umverteilung beruhe, sei der Verteilungskampf noch aggressiver geworden. Dabei stellt der IG-Metaller die Veränderungen von Klassen und deren Mentalitäten heraus. „Was Galbraith für die USA registriert, die ‚Kultur der Zufriedenheit‘ einer Mittelklasse, die sich auf die illusionäre Verteidigung ihrer privilegierten Stellung zurückzieht, hat auch in Westeuropa längst ihre Entsprechungen. Diese Strömungen reichen weit in die Arbeitnehmermitte und die Bildungsschichten hinein...“ (282f) Helmut Schauer fordert den Aufbau einer verteilungspolitischen Alternative, die über partielle einkommens- und vermögenspolitische Korrekturen hinausgehe. „Es geht um nicht weniger als um die gesellschaftliche Transformation mit tiefgreifenden Veränderungen der sozialen Klassen- und Machtstrukturen.“ (283)

Fritz Fiehler

Mehr als Reklame Plakate der internationalen Arbeiterbewegung

Bruno Margadant, Hoffnung und Widerstand. Das 20. Jahrhundert im Plakat der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung. Verlag Hans-Rudolf Lutz und Museum für Gestaltung Zürich, Zürich 1998. 308 Seiten, 640 Farbabbildungen, Hardcover, Format 29,5 x 23 cm. SFR 140.-/DM 160.-

Ein großformatiger Band mit opu-

lenten farbigen Abbildungen, der unter dem Titel „Hoffnung und Widerstand“ Plakate der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung seit Beginn des Jahrhunderts versammelt - wo mag der 1998 erschienen sein? In der Schweiz, wo sonst. Nur auf neutralem Boden, in einem Land, das schon Georg Büchner und Lenin Exil gewährt hat, ist so etwas scheinbar Unzeitgemäßes möglich. Dort gibt es einen passionierten Plakatsammler, der von seiner familiären Herkunft her bereits mit der Arbeiterbewegung verbunden war, es in seinen Berufen als Schriftsetzer und später als Publizist blieb und, wie es in der Einleitung heißt, „zeit seines Lebens Stellung bezogen hat gegen die Macht der Herrschenden und ihrer Verhältnisse“: Bruno Margadant.

Von vornherein sieht Margadant Plakate nicht nur als Agitationsmittel oder als zeitgeschichtliche Dokumente an, sondern auch als reale oder potentielle Kunstwerke. Er begeistert sich für die Nüchternheit und Klarheit der „Neuen Typografie“, die sich seit den 20er Jahren entwickelt hat. „Bereits in der Lehre ... verbindet sich der politische Kampf in durchaus problematischer, der Parteidoktrin oft entgegenstehender Weise mit ästhetischen Fragen“, schreibt Martin Heller in der Einleitung über Margadant. Die unorthodoxe Haltung spiegelt sich in seiner Sammlung und in den darauf aufbauenden Publikationen wider. Keinesfalls hat er nur politische Plakate oder gar nur Plakate der Linken gesammelt, sondern auch Werbe-, Kultur- und Künstlerplakate, vor allem aus der Schweiz. Deshalb konnte er 1983 ein Standardwerk über „Das Schweizer Pla-

kat“ herausgeben, in bester Ausstattung, mit dreisprachigem Text (Birkhäuser Verlag, Basel).

Dort schreibt er: „Die gleichen Künstler, die dem modernen Tourismus- oder Warenplakat zum Durchbruch verholfen hatten, machen auch die ersten politischen Plakate ... Ein eigentlicher politischer Stil, und bei den großen Parteien eine Vereinheitlichung der gesamten Plakatwerbung, läßt sich erst in jüngster Zeit beobachten. Während Jahrzehnten waren nicht nur der Gestalter - die meisten Grafiker arbeiteten für verschiedene Parteien -, sondern auch die von ihm verwendeten Motive austauschbar. Dieser Umstand sollte den Politforscher eigentlich davon abhalten, zuviel ins politische Plakat hineinzuinterpretieren“. So richtig diese Beobachtung ist - mit seinem neuen Buch zeigt Bruno Margadant, daß dem Plakat der Linken doch von Anbeginn an eine eigenständige Bedeutung zukommt, wenn man es nicht in erster Linie unter ästhetischen Gesichtspunkten, sondern unter denen seiner sozialen und politischen Funktion sieht.

Bereits 1973 erschien in der Zürcher Verlagsanstalt unter dem Titel „Für das Volk - Gegen das Kapital“ ein kleiner, handlicher Band Margadants mit Plakaten der schweizerischen Arbeiterbewegung seit 1919. Hier schon war deutlich, daß es nicht nur um vielfach gebrauchte politische Symbole wie die geballte Faust oder die rote Fahne geht, sondern um bildliche Darstellungen, die sich auf alle Lebenssphären der arbeitenden Menschen beziehen. Im vorliegenden Buch zeigt sich das schon an den

Kapitelüberschriften. Die großen Themen heißen: „Werktag“, „Freiheit“, „Gewalt“, „Opfer“, „Frieden“. Unter „Freiheit“ findet sich dann folgendes: „Der lesende Arbeiter“, „Jahrestag“, „Zusammenkunft“, „Unterhaltung“. Diese Unterkapitel sind noch einmal gegliedert. Beispielsweise enthält „Menschenrecht“, das dem „Werktag“ zugeordnet ist, Plakate zu „Recht auf Boden“, „Recht der Frau“, „Recht auf Arbeit“, „Recht auf Zusammenschluß“, „Recht auf Heimat“. Einerseits also ein systematischer Anspruch, andererseits aber auch ein unbefangener subjektiver Umgang mit dem Material, der sicherlich der Struktur und den Schwerpunkten der Sammlung entspricht.

Plakate aus Revolutionszeiten sind neben Plakaten aus den Kriegen und Bürgerkriegen dieses Jahrhunderts unter dem Thema „Gewalt“ eingeordnet, was die Frage aufwerfen kann, wie das gemeint ist. Sicherlich nicht im Sinne einer anthropologischen Konstante der Gewaltsamkeit oder des bürgerlichen (Miß-) Verständnisses, das Revolution mit Gewalt gleichsetzt und deshalb ablehnt. Daß das letzte Thema „Frieden“ heißt, hängt einmal damit zusammen, daß die Friedensbewegung nach 1945 die größte, verschiedene politische Strömungen und soziale Schichten übergreifende gesellschaftliche Bewegung gewesen ist, aber auch damit, daß hier Forderungen angesprochen werden, die innerhalb der Arbeiterbewegung von Anbeginn an erhoben wurden: „Nie wieder Krieg“, „Atomkrieg nein“, „für eine gesunde planvolle wirtschaft - gegen menschen- und warenvernichtung“ -

um nur einige Parolen von Plakaten zu zitieren, die in diesem Teil abgebildet sind. Am Ende, also in die Zukunftweisend, geht es auch um den „Frieden mit der Natur“.

Die Plakate hat Bruno Margadant auf den einzelnen Seiten so angeordnet, daß ikonografische Reihungen oder motivische und stilistische Parallelen eine Struktur bilden, die es dem Betrachter ermöglicht, Zusammenhänge zu erkennen und Vergleiche zu ziehen. Dabei werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Strömungen und Fraktionen der Arbeiterbewegung in ihren visuellen Facetten sichtbar. Die grafische und typografische Gestaltung von Hans-Rudolf Lutz zeichnet im wörtlichen Sinn das Auf und Ab und zugleich die Kontinuität der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung nach. Überraschenderweise bestimmen eher die Vielfarbigkeit und optische Vielgestaltigkeit des Gezeigten den Gesamteindruck, als der zu erwartende nostalgische Effekt. Das liegt auch an der Auswahl der Plakate und der Qualität der Farbbildungen, die derjenigen von Originalen kaum nachsteht.

Unter jedem Plakat stehen ein oder zwei Texte, meistens Zitate aus literarischen, wissenschaftlichen oder dokumentarischen Quellen, die die zeitgeschichtliche Situation beleuchten, aber auch Erläuterungen zu Bildmotiven, Künstlern oder dargestellten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Bei einem Schriftplakat der schweizerischen Gewerkschaft Bau und Holz, das in vier Sprachen herauskam, zitiert Margadant den Schriftsteller Peter Bichsel,

der 1987 erklärt, stolz darauf zu sein, dieser Gewerkschaft anzugehören: „Wir leben in einem reichen Land, in einem Land der Reichen. Reichtum kann Arbeit lächerlich machen, wenn man mit Geld allein, mit Spekulation, mehr verdienen kann als mit Arbeit. Jeder Volkswirtschaftler weiß zwar, daß nur Arbeit wertvermehrend sein kann. Aber der Reichtum dieses Landes hat sich unverhältnismäßig zur Arbeit vermehrt. Zu jener Klasse, die bekämpft werden soll, gehören wir im Kopf alle schon längst - nicht weil wir Reiche sind, sondern weil wir nur noch Reichtum im Kopfe haben. Wir müßten gegen uns selbst kämpfen - es wäre schön, wenn wir das könnten.“

Die historischen Irrtümer und Tragödien der Arbeiterbewegung sind über ihre visuellen Kommunikationsmittel kaum zu erschließen. Höchstens indirekt: über das angestrebte Pathos, die mechanische Kollektivität, den „Personenkult“ auf einigen der von Margadant ausgewählten Plakate. Martin Heller benennt in der Einleitung weitere kritische Punkte. Das linke Plakat appelliere in seiner Überdeutlichkeit oft eher an die Schwerhörigen und Kurzsichtigen. „Leichtfüßige Ironie, perlender Witz oder kühles Understatement gehen ihm indessen ab; seine Theatralik liegt weit eher in der eindrucksvoll festgeschriebenen Geste, im Nimbus der Formelhaftigkeit. Die wenigen Ausnahmen verstärken diesen Eindruck.“ Sie finden sich gerade in den hoffnungsvollsten Phasen sozialer Bewegung „in denen alles anders war: die junge Sowjetunion, der Spanische Bürgerkrieg, das revolutionäre Kuba, der Pariser Mai '68, die Zür-

cher Jugendbewegung der frühen achtziger Jahre.“ Der kampfbetonte Gestus linker Plakate hängt, das wäre gegen Heller einzuwenden, ganz eng mit ihrer Funktion zusammen, gegen einen meist übermächtigen Gegner zu mobilisieren. „Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit/Konnten selber nicht freundlich sein“ - diese Zeilen aus Brechts Gedicht „An die Nachgeborenen“ fassen schmerzhaft Erfahrungen zusammen, die innerhalb der Arbeiterbewegung dieses Jahrhunderts gemacht wurden.

Wenn Heller auf die Plakatpropaganda bezogen schreibt, es ergebe sich der Eindruck, „die Linke sei nicht imstande, aus der Geschichte zu lernen, weil sie zu Bildern ein im Grunde feindseliges Verhältnis pflegt“, so ist das sicherlich ein zu harsches Urteil. Aber provokante Zuspitzungen können auch manchmal zur (Selbst-)Erkenntnis verhelfen.

Immerhin hat die Arbeiterbewegung, wie das vorliegende Buch beweist, genügend heute noch interessante und ästhetisch anspruchsvolle visuelle Zeugnisse hinterlassen, die dazu beitragen können, ihre Geschichte zu rekonstruieren. Bilder sind dafür ein besonders geeignetes Mittel, weil ihre Eigenständigkeit und symbolische Mehrdeutigkeit auch das weniger oder nicht Bewußte, das Abweichende oder Unterdrückte kenntlich machen. Das gilt selbst für die scheinbar einfachen und eindeutigen Botschaften politischer Plakate.

Martin Heller schreibt, daß beim Gang durch die Sammlung Margadant immer mehr „jene unspektakulären Plakate in den Vordergrund tre-

ten, die der aktuellen Weltpolitik geschuldet sind - in Palästina, Südafrika, Albanien und alle den anderen Krisengebieten internationaler Arroganz und Ohnmacht ... Alle diese Bilder repräsentieren eine Wirklichkeit, die üblicherweise auf die Berichterstattung der Medien reduziert ist, hier aber eine Authentizität gewinnt, die betroffen macht.“ Dabei seien dann Fragen nach der „guten“ oder auch nur „richtigen“ Gestaltung erst einmal ausgeblendet. Das Plakat der Linken ist oder kann eben doch mehr sein als Reklame.

Das Buch von Bruno Margadant erschien zur gleichnamigen Ausstellung, die vom 2. September bis zum 18. Oktober 1998 im Museum für Gestaltung Zürich stattfand. Auf der Einladungskarte mit dem ausgestanzten Symbol Hammer, Sichel und Stern stand als Parolenzitat, aber wie ein immer noch aktuelles Motto: „Für Brot und gegen den Krieg! Soziale Gerechtigkeit! Kampf dem Imperialismus!“ Die Sammlung Margadant ist jetzt Teil der umfassenden Plakatsammlung dieses Museums.

Reiner Diederich

Erinnerungen an heiße und kalte Kriegstage

Peter Baumöller, „Es war nicht alles für die Katz“, Geschichten aus heißen und kalten Kriegstagen, Verlag Druck im FgK (Verein zur Förderung gleichberechtigter Kommunikation), Düsseldorf 1998, 274 S., DM 29,80.

Zu seinem 70. Geburtstag hat sich der langjährige Vorsitzende der Deutschen Journalistenunion in der

IG Druck und Papier einen persönlichen Lebenswunsch erfüllt und ein autobiographisches Buch vorgelegt, das mit seinen Geschichten einen lebendigen Eindruck in mehr als einem halben Jahrhundert gewerkschaftlicher, journalistischer und linker Tätigkeit vermittelt. Dieses Buch ist keine Geschichtsarbeit im engeren Sinn, es regt aber an, über die Geschichte der alten Bundesrepublik nachzudenken. Baumöller legt die Finger auf die offenen Wunden westdeutscher Wirklichkeit, nicht als Buchgelehrter, sondern als Zeitzeuge, als Chronist, als aktiv Handelnder. Das Buch beginnt mit der Geschichte der Düsseldorfer Arbeiterfamilien Clages/Baumöller und es zeigt seinen politischen Werdegang zum Kommunisten sowie seine Metamorphose zum demokratischen Sozialisten, der in seinem Leben kein Anhänger des Kriegsgangs war.

Peter Baumöller schildert die Männer der ersten Stunde in Düsseldorf, die mithalfen, das Leben wieder in Gang zu bringen, die aber, weil Kommunisten, in der Stadtgeschichtsschreibung mehr als vernachlässigt werden. Es wird in Erinnerung gebracht, daß mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 die deutsche Spaltung vom Westen aus perfekt gemacht wurde und wie schon kurz danach „Totschläger des Führers“, so der Name einer Broschüre Baumöllers, Militaristen vom Schlage eines Hasso Eccart von Manteuffel in die Politik drängten und der Widerstand dagegen kriminalisiert wurde. Wer erinnert sich noch daran, daß es der Westen war, der Menschen daran hinderte, nach dem Osten zu gehen, so während des Deutschlandtreffens der

FDJ zu Pfingsten 1950 und zu den Weltfestspielen 1951? Wer kennt noch die Aktivitäten des „Bundes deutscher Jugend“ und die von ihm angefertigten Mordlisten? Adenauer hatte dieser Organisation 1952 „eine glückliche Zukunft“ gewünscht. 1958 wurden 15 Männer, bis 1956 aktive Mitglieder der KPD, angeklagt und verurteilt. Baumöller erhielt acht Monate Gefängnis. Sie hatten gewagt, zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als Einzelpersonen zu kandidieren. Im Schlußwort vor Gericht zitierte Peter Baumöller aus einem Buch, das „in sagenhafter Übereinstimmung“ mit dem stand, was der Staatsanwalt zum Besten gegeben habe, Hitlers „Mein Kampf“.

1963 wurden zwei DDR-Bürger von dem Düsseldorfer Landgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt, deren „Verbrechen“ allein darin bestand, daß sie ein Grußschreiben des FDGB an den außerordentlichen DGB-Kongreß überbringen wollten.

Baumöller deckt auf, wie die Nazi-richter und selbst ehemalige Gauleiter der NSDAP wieder in Amt und Würden kamen. Er begründet unter anderem, wie es für ihn nach den Ereignissen des Jahres 1953, insbesondere des 17. Juni in der DDR, notwendig wurde, sich nach einer tragfähigeren politischen Basis umzusehen, als es zu diesem Zeitpunkt die KPD war. Er fand sie in den Gewerkschaften. Ausführlich zeichnet er die gewerkschaftlichen Kämpfe nach, insbesondere den Kampf um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984. Sein Lied „Aus den Stahlbetrieben kommen wir“ wurde vielerorts mit Begeisterung gesungen.

Ein besonders trauriges Kapitel ist der Auseinandersetzung des Kommunisten Baumöller mit dem Parteivorstand der DKP in den achtziger Jahren gewidmet. Er schildert in seinem Buch die „Krankheit“ vieler ehrlicher und liebenswerter Kommunisten, die dann nicht zu halten waren, wenn sie einen „Auftrag“ von oben erhielten und denen „im Glauben an die Sowjetunion“ zeitweilig der kritische Verstand verloren ging.

Das Buch ist spritzig geschrieben. Aus vielen Zeilen erkennt man den gewieften Büttenredner des rheinischen Karnevals. Als Franz-Joseph Strauß 1980 in Düsseldorf einer Zwischenruferin mit Anatole France antwortete: „Die Dummheit ist schlimmer als die Bosheit“, kam unter einem Sturm der Begeisterung postwendend Baumöllers: „Herr Strauß, der kannte sie noch nicht.“

Baumöller resümiert im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot und vielen anderen dunklen Punkte in den 50 Jahren Bundesrepublik: „Es wäre an der Zeit, daß diejenigen, die nach einer völligen Aufarbeitung der Vergangenheit in der DDR rufen, auch dieses Kapitel deutscher Geschichte einmal kritisch unter die Lupe nehmen.“ Eckart Spoo, der lange Jahre an der Spitze der Deutschen Journalistenunion der BRD stand, merkt in einem Brief an den Autor, der als Vorwort im Buch Aufnahme fand, an: „Wichtig finde ich auch, daß in den Erinnerungen aus den heißen und kalten Kriegstagen auf manche ‚Leichen im Keller‘ der Bundesrepublik hingewiesen wird. Ja, das sollten viele zu lesen bekommen.“

Heinz Schäfer

Autorinnen und Autoren

Rainer Beeh – Hannover, Studium der Germanistik und Politikwissenschaft, Journalist, ehrenamtlicher Aktivist der IG Medien

Prof. Dr. Anneliese Braun - Neuenhagen bei Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin

Jörg Cézanne - Oxted/Surrey, Großbritannien, Soziologe, Doktorand

Prof. Rainer Diederich - Frankfurt/M., Hochschullehrer

Dr. Fritz Fiehler - Schobüll, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Wolfgang Förster - Berlin, Philosophiehistoriker

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler

Peter Gowan - London, Hochschullehrer für European Studies an der University of North-London, Mitherausgeber der „New Left Review“

Ralph Graf - Goslar, Sozial- und Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Erich Hahn - Berlin, Philosoph

Dr. Wolfgang Haible - Stuttgart, Kulturwissenschaftler

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - Berlin, Rechtswissenschaftler

Peter Hiedl - Essen, Diplompolitologe

Prof. Dr. Hans-Joachim Höhme - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Z-Redakteur

Kai Michelsen - Frankfurt/M., Medizinsoziologe, Z-Redakteur

Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker

Emmerich Nyikos - Neusiedl a. See, Österreich; z.Zt. México, Mexiko; Philosoph und Historiker

Monika Peichl - Frankfurt/M., Politikwissenschaftlerin, Journalistin

Prof. Dr. Helmut Peters - Berlin, Sinologe

Dr. Jürgen Reusch - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Friedrich Siekmeier - Bremen, freiberuflicher Journalist, ehrenamtlicher Funktionär der IG Medien

Dr. Heinz Schäfer – Griesheim, Journalist

Dr. Ingo Schmidt - Göttingen, Hochschulassistent am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Göttingen

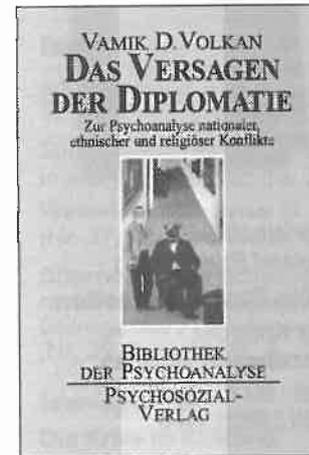
Margit Schratzenstaller - Gießen, Dipl.-Ökonomin, wiss. Mitarbeiterin an der Universität Gießen

Dr. Harald Werner - Bremen, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, wiss. Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der PDS, Z-Beiratsmitglied

Gerd Wiegel - Marburg, Politikwissenschaftler

Mag Wempel - Bochum, Industriesoziologin

Für eine friedliche Lösung ethnischer Konflikte



April 1999 · 284 Seiten
DM 48,- · öS 350,- · Sfr 44,50
ISBN 3-932133-49-8

„Wenn ich über Bosnien und Kosovo schreibe, möchte ich das, was dort geschehen ist, nicht nur auf die Reaktivierung eines gewählten Traumas reduzieren. Ich wollte vielmehr eine detaillierte Darstellung von einem gewählten Trauma liefern. Sich die gewählten Traumata von Gruppen, die in Konflikt miteinander liegen, bewusst zu machen, kann dazu beitragen, besser zu verstehen, wie sie zum Zündstoff für die Entfachung der entsetzlichsten menschlichen Dramen werden und/oder das Feuer in Gang halten können, wenn die Feindseligkeiten erst einmal angefangen haben.“

Vamik D. Volkan

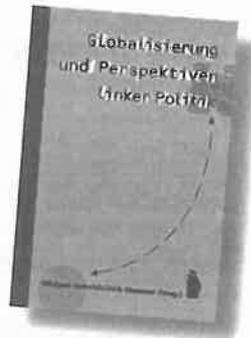
PSV
Psychosozial-Verlag

Michael Heinrich/
Dirk Messner (Hrsg.)

Globalisierung und Perspektiven linker Politik

Festschrift für Elmar Altvater
zum 60. Geburtstag

1998 - 351 Seiten - DM 48,00
ISBN 3-89691-443-X



Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung

Ökonomie, Ökologie und Politik
in der Weltgesellschaft

1997 - 3. Auflage - 637 S. - DM 58,00
ISBN 3-929586-75-4

Christoph Gärg/
Roland Roth (Hrsg.)

Kein Staat zu machen

Zur Kritik der
Sozialwissenschaften

1998 - 504 S. - DM 58,00
ISBN 3-89691-444-8

Hansgeorg Conert

Vom Handelskapital zur Globalisierung

Entwicklung und Kritik der
kapitalistischen Ökonomie

1998 - 579 Seiten - DM 68,00
ISBN 3-89691-428-6

Bernd Röttger

Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation

Die politische Konstitution
des Marktes

1997 - 252 Seiten - DM 39,80
ISBN 3-89691-420-0

Jürgen Ritsert

Soziale Klassen

(Einstiege Band 8)

1998 - 171 S. - DM 29,80
ISBN 3-89691-692-0



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080
Fax 0251/6086020 · e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

isw sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Süd-Globalisierung Entwicklungsländer
in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)

Weltwirtschaftskrise ?!
(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM

**Alternative Wirtschaftspolitik
an der Jahrtausendwende**
Beiträge des 7. isw-forums
(Nr. 39, Febr. 1999), 5,- DM

isw-spezial

Die Krise in Rußland
Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38
(Nr. 11, Nov. 1998), 4,- DM + Versand

isw-wirtschaftsinfo

Fakten & Argumente
zu Produktion, Produktivität, Gewinne,
Löhne, Investitionen, Pleiten, Fusionen ...
(Nr. 28, Febr. 99), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 1996) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 1997) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 1998) 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Neu bei isw!

7. isw-forum

Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende

Prof. Dr. Karl Georg Zinn
Andree und Clancian
einer alternativen Wirtschaftspolitik

Michael Wendt
Links-Kaynesianismus
und gemeinschaftliche Strategien

Lee Meyer
Die Macht der Multis und Gegenstrategien
Die Suche nach Alternativen begründet

isw REPORT NR. 39
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

isw + wirtschaftsinfo Nr. 28

Fakten und Argumente
zu Produktion und Wachstum
im sozial-ökologischen Wirtschaftsforschung e.V. München
Februar 1999 Seite 4/12

Fakten & Argumente

- Produktion ● Produktivität ● Preise ● Gewinne
- Löhne ● Steuern ● Vermögen ● Investitionen
- Arbeitsplätze ● Verteilung ● Schulden ● Pleiten
- Außenhandel ● Fusionen

